

Nr.

12

Dezember
1988

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon †
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1988
36. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl †
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ulrich Gemhardt
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Postfach 20 13 62
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 23 80 83
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
In der Raste 20-22
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 88,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Ulrich Gemhardt
Horst von Glzycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinmut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanna Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreissliste Nr. 16
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

Herausgeber, Redaktion und Redaktionsbeirat der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ gratulieren zwei bedeutenden deutschen Politikern: Willy Brandt wird in diesem Monat 75, Helmut Schmidt 70 Jahre alt. Die beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler sind sehr unterschiedliche historische Figuren; mit unterschiedlicher Geschichte, unterschiedlicher Psychologie und unterschiedlicher Arbeitsweise. Über den Abstoßungseffekten der späten Jahre sollte man die Kooperationsfähigkeit der frühen nicht vergessen; der Modernisierungsschub in der SPD der sechziger Jahre wurde von einer kleinen Gruppe erstrangiger Politiker bewerkstelligt, in der Brandt und Schmidt herausragende Rollen spielten. Der charismatische Politiker Willy Brandt hat mit seiner Ostpolitik eine historische Leistung vollbracht, die den gleichen Rang hat wie die Westpolitik Konrad Adenauers. Das Pathos der Nüchternheit und der republikanische Pragmatismus, mit denen Helmut Schmidt sein Land durch zwei Ölpreiskrisen und eine Phase wirtschaftlicher Stockung geführt hat, waren stilbildend, auch wenn sein unmittelbarer Nachfolger diesem Stil nicht folgen konnte. Beide Männer werfen lange Schatten auf die deutsche Politik; ihre Gemeinden, so verschieden sie sein mögen, reichen weit über die engere Anhängerschaft der Sozialdemokratie hinaus. Unsere herzlichen Glückwünsche begleiten Willy Brandt und Helmut Schmidt.

*

Ein politisches „Ereignis“ ist zu registrieren: Der Zukunftskongreß der IG Metall in Frankfurt. Die Schlußrede, die Franz Steinkühler auf diesem Kongreß gehalten hat, kann als bedeutendes Dokument der Auseinandersetzung gewertet werden, die derzeit in der Bundesrepublik zwischen Modernität und Traditionalismus geführt wird. Wenn der Vorsitzende einer mächtigen deutschen Gewerkschaft darauf hinweist, daß der Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland, der gleichzeitig ein Zugewinn an Arbeitsplätzen in Portugal oder Spanien sei, unter bestimmten Umständen hingenommen werden müsse, dann ist dies eine Nachricht wert. Der beschwörende Ton, mit dem Steinkühler darauf hinwies, daß auf der Brücke eines großen Tankers nicht sofort alle Ratschläge über einen neuen Kurs berücksichtigt werden könnten, bleibt in Erinnerung. Ein wichtiger Kongreß; wir kommen auf ihn zurück.

*

Vor einem Jahr ist Eugen Kogon, einer der Herausgeber unserer Zeitschrift, gestorben. Deshalb widmen wir ihm einen Teil dieses Dezember-Hefes. Wir beginnen es mit Kogons bedeutendem Essay „Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland“ von 1947; dann würdigen Walter Jens, Gottfried Erb, Lutz Lemhöfer und Ernst-Otto Czempel diesen großen Demokraten, Lehrer und Europäer. Vom späten Eugen Kogon, der am Heiligen Abend 1987 seinen letzten Weg antrat, stammt der bittere Satz über die Politiker: „Meistens sind es hilfende Zwerge, die lange Schatten werfen, weil die Sonne tief steht.“ Wir wollen uns diesen Satz hinter den Spiegel stecken.

*

Der Schwerpunkt des Dezember-Hefes heißt „Nachbar Frankreich“. Die Beiträge analysieren unterschiedliche Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen; vom unterschiedlichen Charakter der politischen Öffentlichkeit in beiden Staaten (Duve) zur militärpolitischen Kooperation (Manfrass-Sirjacques), von einer neuen Europapolitik (Dehnhard) bis zu „alten Geschichten“ – Döblins französischem Exil (Scheller). In allen Beiträgen wird eins deutlich: Die Bundesrepublik braucht nicht nur eine neue, „zweite“ Ostpolitik, sie braucht auch eine neue Westpolitik. Gerade die Linke muß sich dieser Aufgabe mit größerem Elan als in der Vergangenheit stellen.

*

Von der Wirkung der neuen Politik Michail Gorbatschows spricht alle Welt. Wir analysieren die Perestrojka aus sehr unterschiedlichen Perspektiven: Der in Berlin lehrende marxistische Philosoph Wolfgang Fritz Haug stellt Gorbatschows neues Denken in den Zusammenhang marxistischer Theoriesgeschichte; der sozialdemokratische Politikwissenschaftler Heinz Timmermann analysiert die Entwicklung der Beziehungen zwischen KPdSU und internationaler Sozialdemokratie. Unsere Zeitschrift wird dieses Thema künftig noch intensiver beackern als in den vergangenen Jahren, denn ihr langjähriger verantwortlicher Redakteur, Hans Schumacher, geht als Leiter eines Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung nach Moskau und wird von dort der Zeitschrift als Korrespondent verbunden bleiben. „Sein“ Thema, die geistig-politische Entwicklung in den sozialistischen Ländern und insbesondere in den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Ost-Mitteleuropas, wird eines der entscheidenden Themen dieser Zeitschrift bleiben.

P. Gl.



Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
1076	Eugen Kogon	Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland
1088	Walter Jens	Eugen Kogon
1092	Gottfried Erb	Der europäische Föderalist
1102	Lutz Lemhöfer	Eugen Kogon als Faschismus-Forscher
1107	Ernst-Otto Czempel	Professor Kogon
1113	Iring Fetscher	Dieser Revolutionär nahm die parlamentarische Demokratie ernster als seine bürgerlichen Gegner. Bemerkungen zu Brigitte Seebacher-Brandts Bebel-Biographie
		Thema: Nachbar Frankreich
1120	Freimut Duve	Deutsch-französische Gemeinsamkeiten, deutsch-französische Mißverständnisse
1124	Christian Deubner	Kontinuität und Wandel in der französischen Europapolitik
1129	Françoise Manfrass-Sirjacques	Möglichkeiten und Grenzen einer deutsch-französischen Kooperation
1136	Albrecht Dehnhard	Eine neue Phase der Westintegration?
1139	Berthold Meyer	Der Teufel steckt in den Begriffen. Konventionelle Stabilität in Europa
1144	Wolf Scheller	Pardon wurde ihm nicht gegeben. Alfred Döblins Emigrationsjahre in Frankreich
1147	Klaus Bloemer	„Wir haben Reichtümer an uns gerissen“
1148	Wolfgang Fritz Haug	Die geistige Situation der Zeit und ihre Veränderung durch die Perestrojka
1157	Heinz Timmermann	Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie. Akzentänderungen im Zeichen des „neuen Denkens“
1163		Kritik

Eugen Kogon Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland

Diesen Beitrag hat Eugen Kogon im September 1947 in der Zeitschrift „Frankfurter Hefte“ veröffentlicht.

Programme haben wir seit hundert Jahren genug. Die Registratur der Reformvorschläge deckt lange Wandreihen. Buch an Buch steht da, Broschüre an Broschüre, Doktorarbeit an Doktorarbeit, Manuskript an Manuskript; ehrwürdig dazwischen, durch vielen Gebrauch für Vorträge abgegriffen, auch das Päpstliche Rundschreiben „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“ dazu. Kein Jota der Sozialen Frage, das nicht tief sinnig erörtert wäre. Nur planmäßig verwirklicht wurde beinahe nichts. Von 1820 bis 1830 an hätte jährlich eine Arbeitswoche allein der christlichen Unternehmer und der christlichen Arbeiter genügt, um die Erfahrungen aus praktischer Reformarbeit in allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, die das Jahr über gemacht worden wären, zu überprüfen und den Plan freiwilliger Initiative für das nächste Jahr festzulegen. Es gäbe heute, nach hundert Jahren, kein Problem „Kapitalismus oder Sozialismus“ mehr, weil das Statut der Jenaer Zeiß-Stiftung, in Dutzenden von Abwandlungen gemeinschaftlich erprobt, und der unermüdete Wille zu sozialer Gerechtigkeit das gesamte Gefüge unserer Wirtschaft und Gesellschaft längst umgestaltet hätte. Aber die bewußten und unbewußten Klasseninteressen der Beteiligten waren stärker als ihr Christentum. Ein Kommunist, mit dem ich neulich über Freiheit und Zwang sprach, lachte: Wann hätte je eine herrschende Klasse, sagte er, wenn sie sich im Vollbesitz der Macht befand, ohne Revolution ihre Interessenvorherrschaft preisgegeben?

Ich habe ihm geschichtliche Gegenbeispiele genannt, so den friedlichen und die Verhältnisse doch von Grund auf reformierenden Eroberungszug des Zisterzienserordens gegen den Feudaladel des 11. und 12. Jahrhunderts – aus der Kraft einer Idee, einer Gemeinschaft und des persönlichen Beispiels. Hundertfünfzig Jahre lang hörte die Unterdrückung – nicht nach modernen freilich, sondern nach damaligen Begriffen – als Sozialsystem auf.

Ist es utopisch, zu meinen, die Not des 20. Jahrhunderts könne jene Kräfte wecken, die wenigstens

mit einem Zustand allgemeiner Verrottung fertig werden? Nicht mehr eine festgefügte großindustriell-kapitalistisch-großagrarische Klassenherrschaft steht in Deutschland den Sozialisten der Freiheit gegenüber, sondern nur mehr ein Trümmerhaufen wuchernder Reste. Es handelt sich lediglich darum, ob das Bewußtsein der Sozialisten klar und ihre Kraft groß genug ist, aus allem, was noch da ist, und aus allem, was uns zuwachsen wird, ein bewohnbares Gemeinschaftshaus zu bauen, – beraten, gefördert, gehemmt von westlichen Freunden einer in sich sehr fragwürdigen Restaurierung und von östlichen Förderern einer im Namen des Proletariats mit aller Härte verfochtenen staatssozialistischen Zwangslösung.

Freie Initiative und gesetzliche Regelungen werden einander ergänzen müssen. Der Entwicklungsabschnitt, in dem wir uns befinden, wird mehr durch Gesetze als durch freie Initiative zu einer vernünftigen, jedermann ebenso zumutbaren wie auf Dauer nützlichen Gemeinschaftsordnung gekennzeichnet. Die Initiative zu wecken und die notwendige Gesetzesarbeit teils zu verringern, teils zu erleichtern, ist der Zweck der nachfolgenden Darlegungen. Von einem Programm kann keine Rede sein. Das würde nur wieder auf irgendwelche Fahnen geschrieben, hinter denen mehr oder weniger viele Leute einhermarschieren – im Kreis herum oder in den Nebel hinein. Wir gehen von der gegebenen Wirklichkeit aus und versuchen, vorsichtig das nächste Stück Boden zu erkunden; ein paar Zielbahnen treiben wir ins Unbekannte. Wir haben dafür weder ein Erfolgspatent in der Tasche, noch Dogmentafeln in den Händen. Es ist alles ein Wagnis – für die Kapitalisten (deren Erfolgspatent abgelaufen ist), für die Sozialisten der Freiheit, für die Kommunisten (deren Dogmen wir nicht anerkennen). Wir, das heißt die Sozialisten der Freiheit – wache Christen in jeder Klassenlage und fortschrittliche, sich selbst gegenüber kritische, dem Staatsallmachtsdenken nicht anheimgefallene Marxisten –, wollen gemeinsam erörtern, was in dieser deutschen Situation wirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoll ist, wo wir hinauswollen, was uns sachlich in Ausgang und Ziel verbindet.

Geboten werden *Gedanken zur Orientierung*, und zwar realistische Gedanken, nicht Utopien. Sie sind nicht die Wirklichkeit selbst, sie sollen nur dazu beitragen, einer chaotischen Hinterlassenschaft allmählich brauchbare Form zu geben und so eine neue Wirklichkeit zu schaffen, in der sich wieder leben läßt. Wir bilden uns nicht ein, daß Sozialismus der Freiheit identisch sei mit einem wirtschaftsdemo-



Eugen Kogon um 1950

Foto: Privatbesitz

kratischen System. Das System ist immer nur ein Gerippe, ein anatomisches Gerüst, das dem Ganzen Halt gibt. Sozialismus selbst ist genossenschaftlich-freiheitliches Leben. Dahin wollen wir kommen. Die Arbeit fängt beim Gerüstbau aus genossenschaftlichem Geiste und bei der unermüdlichen Förderung des Bewußtseins der Solidarität durch praktisches Vorbild an. Wir werden von dem, was wir Jahr für Jahr bauen, Jahr für Jahr auch wieder korrigieren oder wenigstens zurechtrücken müssen. Es ist ein ununterbrochener Prozeß aus privater Bemühung, Gruppenarbeit, Gesetzgebung, Aufklärung und kritischer Beratung.

Ein Kreis von Männern um die „Frankfurter Hefte“ – Publizisten, Politiker, Wirtschaftler und Verwaltungsbeamte – ist mit den Herausgebern dieser Zeitschrift seit längerem daran, das allgemeine Anliegen „Sozialismus heute und in Deutschland“ aufzuhellen und mit den Bestrebungen anderer Kreise entweder in Verbindung oder in Übereinstimmung zu bringen. Einige erste Formulierungen stellen wir zur Erörterung, damit sie bewußtseinsbil-

dend und aktionsfördernd wirken, – bei den Männern, die Gesetze, und bei den Bevölkerungskreisen, die Geschichte machen (wozu, an seinem Platz und in seiner Weise, jeder gehört).

*

Im gegenwärtigen Abschnitt der deutschen Entwicklung fehlt es ebenso an klaren Herrschaftsverhältnissen wie an leitenden Gesichtspunkten der Erneuerung, die als allgemein verbindlich anerkannt wären. Infolgedessen nimmt die *Gefahr eines bürokratischen Staatssozialismus*, der unfruchtbar, ja leben- und freiheitstötend ist, überhand. Weder die verschiedenen Anhänger einer kapitalistischen Freiwirtschaft noch die verschiedenen Verfechter sozialistischer Anschauungen vermögen derzeit seiner Herr zu werden; beide Gruppen wirken ziemlich wild, allerorten in unübersichtliche Macht- und Stellungskämpfe verwickelt, durcheinander. Wer sich für eine geordnete Zukunft noch den kühlen Kopf und für die menschliche Not der Millionen besitzloser oder besitzlos gewordener Deutscher ein mitfühlendes Herz bewahrt hat, sieht sich vor die fast unlösbar erscheinende Aufgabe gestellt, ein Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge in Entwicklung zu bringen, das der freien Persönlichkeit die notwendige Entfaltung gestattet. Richtige Ordnungen sind die Voraussetzung und zugleich die Sicherung der Freiheit. Mit einer formalen politischen Freiheit, Stimmzettel abzugeben, ist es nicht getan. Die echte, die materielle Freiheit des Einzelnen kann folglich nicht bindungslos sein, besonders dann nicht, wenn das Bewußtsein moralischer Verpflichtung gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen bei uns allen nicht mehr vorhanden ist oder bei weitem nicht zureicht (auch bei den Christen nicht); die Wiedergewinnung wirklicher Freiheit fordert daher sozialistische Einrichtungen. Ihr Ziel und ihr Maß ist nicht der Staat, nicht eine Klasse, nicht irgendeine Totalität, sondern eben die Freiheit des Einzelnen.

Jedermann ist sich der *außerordentlichen Schwierigkeiten* bewußt, die einem „Sozialismus der Freiheit“ unter den bestehenden Umständen entgegenstehen. Die Not erfordert Zwangsmaßnahmen, die ihrerseits dem Sozialismus ein falsches Zeichen aufprägen und ihn zu einem System dauernder bürokratischer Bevormundung in allen Lebensbereichen zu machen drohen. Wir können heute nicht umhin, über Material und Menschenkraft behördlich verfügen zu müssen. Es bleibt nahezu kein Spielraum mehr für eigene Initiative und persönliche Entscheidungen. Wir stecken tief in einem rein naturalen Be-

reich, der uns seine Notgesetze aufzwingt. Ein solcher „Sozialismus der Not“, bliebe er Dauerzustand und würde er zum System gemacht, wäre dann in der Tat die Straße zu einer neuen Sklaverei. Sozialistische Politik muß aber den Weg zu einer geordneten Volkswirtschaft und zu einem ausgewogenen Sozialleben mit einer vernünftigen Verteilung der Machtbefugnisse und der Einflußmöglichkeiten nach Maßgabe der sachlichen Bedeutung der einzelnen Gesellschaftsschichten eröffnen.

Eine solche sozialistische Politik bedeutet *Vielfalt, Mannigfaltigkeit, Veränderlichkeit der Formen und Methoden*. Sie muß schon von vornherein darauf angelegt sein. Denn auch das geordnete Leben ist vielfältig, mannigfaltig, veränderlich. Wenn es aber, wie jetzt, gilt, überhaupt erst einmal gewisse Grundordnungen zu gewinnen, ohne die wir nicht bestehen und nicht vorwärts kommen können, dann dürfen wir nicht dulden, daß unter Mißbrauch an sich richtiger Erkenntnisse und Forderungen hartstirnige, festgriffige und ziemlich skrupellose Vertreter von Klasseninteressen (die freilich notfalls auch zu jammern und zu winseln verstehen) die entscheidenden sozialistischen Ziele verwässern oder auf dem Weg über Parteien zu einseitigen Machtzwecken und zum Stimmenfang mißbrauchen. Wir kennen diese Wirklichkeit, und wir sind bereit, sie zu demaskieren. Weder wünscht das Volk eine Wiedereinführung der Diktatur „durch Sozialisierung“, noch darf die sozialistische Sehnsucht der Massen mit der Absicht betrogen werden, durch *unehrlichen Schlagwortgebrauch* von Bezeichnungen wie „christlicher Sozialismus“ oder „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ eine durchgreifende Wirtschafts- und Gesellschaftsreform möglichst fernzuhalten. Auch gegen *falsche Fronten* in Sachen der Sozialisierung müssen wir uns von allem Anfang an wenden: wo sich Christen und Nichtchristen in der Forderung nach einem demokratischen, freiheitlichen Sozialismus und in der Arbeit für ihn treffen, lehnen wir Parolen wie „Der Feind steht links“ oder „Gegen den Marxismus“ ab; weltanschauliche und politische Gegensätze dürfen nicht jede sachliche Bemühung, zu einer gemeinsamen Lebensgrundlage zu gelangen, zum Schaden aller vereiteln; auch können wir mit den notwendigen Reformen nicht warten, bis einmal sämtliche Grundsatzfeindschaften beseitigt sind (was nie der Fall sein wird).

Ein *Haupteinwand*, der heute gegen jedes sozialistische Streben in Deutschland vorgebracht wird, ist der Hinweis auf einen angeblichen Widerstand Amerikas, von dessen Hilfe wir ja völlig abhängig

seien. Man vergesse jedoch das Vorhandensein Großbritanniens und Frankreichs nicht! Der freiheitliche Sozialismus ist dort eine Macht. Aber selbst hochkapitalistische Gruppen der USA – zu Zeiten recht eifrige Befürworter und Förderer enger Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland! – können sehr wohl daran interessiert werden, daß in den Gebieten, die an den sowjetischen Einflußbereich angrenzen, dauerhafte Wirtschafts- und Sozialverhältnisse mit einem gewissen Wohlstand sich entwickeln. Wenn das hier (nicht in den USA mit ihren völlig anderen Voraussetzungen) nur durch einen freiheitlichen Sozialismus möglich ist, dann wird ihr eigenes Interesse sich durchaus nicht abhalten lassen – mögen im einzelnen ihre konkreten Ziele sein, wie sie wollen –, ein System von Rohstoffkrediten, Veredelungsarbeiten und Außenhandelsbeziehungen in Gang zu setzen, ja sogar von Baranleihen und unmittelbaren Kapitalbeteiligungen für Neuinvestitionen, das dem Freikapitalismus zwar nicht Herrschaft, aber doch mannigfaltigen Nutzen bringt. Es ist im wesentlichen eine Entscheidung darüber, ob der Sozialismus in Deutschland staatlich-zentralistisch-bürokratisch wird oder freiheitlich.

Wir haben also bei der Aufgabe, zugleich gründlich und vorsichtig die erste Stufe der neuen sozialistischen Politik in Deutschland zu verwirklichen, die besonderen Umstände vor Augen: den ganzen Umfang der Verhältnisse in unserem Land und die deutsche Stellung zwischen Sowjetrußland einerseits, dem mehr oder minder unter amerikanischem Einfluß stehenden Westen andererseits. *Die brauchbare, originale deutsche Lösung soll nicht Unversöhnliches versöhnen wollen, sondern in Deutschland Notwendiges in beispielhafter Weise sachlich ordnen*. Wir gehen von einigen grundsätzlichen Erwägungen aus und konkretisieren sie zu praktischen Anregungen anhand der besonderen deutschen Tatbestände.

I

Das Ziel der sozialistischen Politik ist Bedarfsdeckung, bei der der Mensch im Maße seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leistung Träger und Nutznießer zugleich ist. Bedarfsdeckung ist also in der sozialistischen Wirtschaft nicht Mittel zum Gewinnzweck, dessen Ergebnis seinerseits, in Form der Rendite, die Wirtschaft (mit umfassenden Krisenfolgen, die zur Genteil bekannt sind) regeln soll, sondern das bestimmende Ziel selbst, von dessen Erfüllung der individuelle Ertragsanteil abhängt.

Die sozialistische Wirtschaft ist infolgedessen kein starres System, sondern der vielgestaltige Aus-

druck eines Grundsatzes: daß der Einzelne in der Gemeinschaft lebt und wirkt und in seinen materiellen Voraussetzungen von dieser abhängt. Die Freiheit der Persönlichkeit ist zwar das Ziel, die Wirtschaft aber vorwiegend eine Aufgabe der *Gemeinschaft*. Durch sie erhält die Wirtschaft im Sozialismus den Charakter der Gemeinschaft, jedoch, der Vielfältigkeit der Gemeinschaften und ihrer Aufgaben entsprechend, in vielerlei Formen und Methoden. Die zentrale Bürokratie des Staates spielt dabei nur eine sehr begrenzte Rolle insofern, als sie die der gesamten Volkswirtschaft angepaßte letzte Planung in ihren Grundzügen bestimmt und kontrolliert; *im übrigen ist der Sozialismus eine Sache des lebendigen Volkes in seinen reichen Gliederungen.*

Sozialistische Politik ordnet vor allem *drei Kernbereiche*: Besitz, Mitbestimmung und Planung.

Lenkung allein ist nicht Sozialismus; es gab und gibt sie auch in der kapitalistischen Wirtschaft. Die wirtschaftliche Anteilnahme aller Kräfte des ganzen Volkes muß vielmehr individuell und gemeinschaftlich im Besitz verankert werden. Das Realinteresse an Gedeih und Verderb der Wirtschaft ist nur dann ausreichend gesichert. Von entsprechend gebundenem individuellem Eigentum aus erfolgt sodann stufenweise nach oben, im Maße der zu leistenden Aufgaben, die Mitbestimmung der Einzelnen und der Gemeinschaften, sowie die Planung der Produktion und der Verteilung zur Deckung des festgestellten Bedarfs.

Die sozialistische Wirtschaft soll nicht *von oben her*, womöglich in starr-schematischer Weise, verbindlich regeln, sondern Eigentum und Arbeit in geeigneter Form miteinander verbinden, – in einer Form, die keineswegs einheitlich ist, sondern vielgestaltig wie die wirtschaftlichen Aufgaben selbst. Sie soll *von unten her* nach allgemeinen Richtlinien, die sich aus den wechselnden Notwendigkeiten ergeben, die geordneten Bezirke sachgemäßer Freiheit aufbauen.

Sozialismus ist also überall dort vordringlich, wo Produktionsmittel und Arbeit rechtlich voneinander getrennt sind, und ist um so notwendiger, je größer die Kluft zwischen Eigentum und Arbeit ist.

II

Die *Besitzverhältnisse* erfordern in Deutschland heute dringend eine gründliche und umfassende Neuordnung. Der herrenlos gewordene Besitz umfaßt Werte, die in die Hunderte von Millionen Mark gehen. Der beschlagnahmte Besitz ist noch weitaus größer. Die Frage des Ersatzes der Kriegssachschä-

den ist ebenfalls, wirtschaftlich und sozial gesehen, von umwälzender Bedeutung. Die Wiedergutmachungen, die im Innern Deutschlands und an das Ausland geleistet werden müssen, zeigen erst recht, daß die Zeit überreif ist, eine nach den angedeuteten Gesichtspunkten bestimmte sozialistische Besitzpolitik in Angriff zu nehmen.

Demokratische Sozialisten sind *nicht gegen, sondern für Erhaltung, Sicherung und Ausbau des Eigentums*. Allerdings eines Eigentums, an dem alle nach ihrer Leistung und ihrem Verdienst Anteil haben. Sozialisierung in diesem Sinne ist die dem heutigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechende Form der Schaffung von Eigentum, also ein Weg zur Entproletarisierung, zur Aufhebung der Proletarisierung, der doch die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes anheimgefallen ist. Daher die Notwendigkeit, die Arbeitenden selbst – nicht anonyme Gremien – vorzugsweise zu Trägern der Wirtschaft zu machen. Nur so kann dem Menschen von heute die Voraussetzung geschaffen werden, daß er das rechte Verhältnis zu seiner Arbeit zurückgewinnt. Jeder soll wieder sagen können: „Das ist unser Betrieb, unser Unternehmen!“ Gewiß werden sich die seelischen Folgen nicht unmittelbar einstellen; aber im Laufe der Zeit werden, wenn persönliches Eigentum das Ziel ist, gesteigerte Arbeitsfreude, Bewußtsein der Mitverantwortung für das Ganze, bessere Arbeitsleistung, weil es um die eigene Sache und die mögliche Steigerung des Ertragsanteils geht, nicht ausbleiben.

Die allgemeinen Vorstellungen von notwendiger oder angestrebter Sozialisierung sind völlig verworren. Kein Wunder, daß der Sozialismus auch in Formen auftritt, die geschichtlichen Mächten von wenig freiheitlicher Art als Mittel zu Herrschaftszielen dienen. Versuchen wir daher eine grundsätzliche *Abgrenzung*. Wo die Natur der Sache ebenso wie der Stand der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, ferner die Gefahr übermäßiger Machtzusammenballung es erfordern, soll *Gemeineigentum* vorherrschen: im Bergbau, in der industriellen Rohstoffgewinnung und in den Grundstoffindustrien, im Verkehr, überwiegend im Geld- und Bankwesen, in der See- und Luftschifffahrt, in der Energiewirtschaft, in den größten verarbeitenden Industriebetrieben. Andererseits gibt es *zweifelsfreie Bereiche des Privateigentums*: wo Produktionsmittel und Arbeit noch miteinander verbunden sind oder wo zumindest der private Eigentümer noch den Gesamtbereich seines Betriebes entscheidend bestimmt: in der Landwirtschaft (Großgrundbesitz ausgenommen), im Hand-

werk, überwiegend im Handel (besonders in Klein- und Mittelbetrieben), im Gaststättengewerbe, in der Kleinindustrie. Dazwischen liegen Bereiche, in denen *Gemeindeeigentum und Privateigentum nebeneinander* auftreten können. Industrielle Mittelbetriebe zum Beispiel können durchaus in privater Hand verbleiben, ohne daß die Ziele der Gemeinwirtschaft gefährdet werden; denn alle Klein- und Mittelbetriebe zusammen vermögen eine wirtschaftliche Übermacht nicht zu entwickeln, ganz abgesehen davon, daß sie untereinander in einem vielfältig verschlungenen, wirkliche Machtzusammenballung ausschließenden Wettbewerb zu stehen pflegen.

Überall, wo das Privateigentum an einem Produktionsmittel oder an einer Produktionsstätte die besonderen Aufgaben einer umfassenden und befriedigenden Bedarfsdeckung nicht zu erfüllen vermag, sieht die sozialistische Politik als Wirtschaftsträger grundsätzlich Gemeinschaften vor. Sie werden in der Regel aus den Belegschaften, den Anlieferern und Abnehmern, den Gemeinden und dem Staat bestehen, jeder Teil für sich allein oder die einzelnen Gruppen in verschiedenen Verbindungen miteinander. Es kann *kein Schema* dafür geben, ob ein Wirtschaftsbetrieb, der für die Sozialisierung in Betracht kommt, dem einen oder dem anderen genannten Besitzträger allein oder mehreren von ihnen zusammen zu überantworten ist. Die Entscheidung darüber hängt von den konkreten wirtschaftlichen, lokalen, regionalen oder gesamtsozialen Verhältnissen ab. Eine Zuckerrübenfabrik zum Beispiel kann in den Besitz der Belegschaft, der Zuckerrübenbauern und der in Betracht kommenden Gemeinden überführt werden. Eine Großmühle kann einem Privateigentümer und einigen landwirtschaftlichen Genossenschaften oder auch diesen allein gehören. An einem Betrieb der pharmazeutischen Industrie können die Krankenhäuser eines Bezirks oder eines Landes in der Form einer Stiftung beteiligt sein. Ein Walzwerk wird vernünftigerweise der Belegschaft oder allenfalls dem Kreis, in dem es gelegen ist, gehören. Es ist nur in jedem Fall genau darauf zu achten, daß durch eine gute *Ausgewogenheit der Interessen* nicht überregionale Machtzusammenschlüsse erfolgen können. Bei der Einschaltung der Anlieferer und Abnehmer zum Beispiel könnten sich Vertikal-konzerne bilden. Die Möglichkeiten, staatliche Wirtschaftsmacht zu mißbrauchen, bedürfen kaum eines warnenden Hinweises, so offenkundig sind sie; das Kapitel „Kapitalismus und Demokratie“ ist von der Geschichte nicht weniger deutlich geschrieben

worden als das Kapitel „Demokratie und Diktatur“. Die Gewerkschaften werden die Betriebe, die sie seit jeher in Eigenbesitz hatten, weiterführen. Eine Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen Eigenbetätigung wäre fehl am Platze. Drei Gründe sind hierfür maßgebend: Die Gewerkschaften würden dadurch zum Aufbau einer größeren Verwaltungsbürokratie gedrängt, womit niemandem gedient wäre. Des weiteren kann der Apparat einer Gewerkschaft leicht durch radikale, entschlossene politische Minderheitsgruppen erobert werden, wofür es ja schon jetzt Erfahrungsbeispiele in diesem Nachkriegsdeutschland gibt; die Überführung von Industrien in Gewerkschaftsbesitz kann unter solchen Umständen für eine politische Minderheit ein Weg zur „Eroberung der Macht“ sein, der auf parlamentarischem Wege verschlossen ist. Drittens ist es bedenklich, wenn die Vertretung von Arbeitnehmern mit dem Arbeitgeber identisch ist; was geschieht, wenn die Belegschaft berechnete Gründe hat, mit der Leitung des Unternehmens unzufrieden zu sein, diese aber aus Gewerkschaftsfunktionären oder Beauftragten der Gewerkschaften besteht, die das Interesse der Arbeitnehmer der Betriebsleitung gegenüber wahrnehmen sollen? Man hat im sozialistischen England nicht ohne guten Grund die Beteiligung der Gewerkschaften an der Leitung verstaatlichter Betriebe abgelehnt; allzu leicht gerät man inmitten einer machtwahnbessenen Welt in den verderblichen Kreislauf des Totalitarismus. Die Gewerkschaften sind in einer sozialistisch-freieitlichen Wirtschaft die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung und insoweit an den Kontroll- und Aufsichtsorganen beteiligt, sie sind weder Arbeitgeber noch Befehlsempfänger des Staates oder einer Partei.

Der sozialistische Besitz findet seinen rechtlichen Ausdruck in *Anteilen*. Sie sind den Betriebsangehörigen nach Überlegungen zuzusprechen, die folgende Umstände in jedem Fall berücksichtigen: die Stellung im Betrieb, die individuelle Leistung, die Zeitdauer der Betriebszugehörigkeit und das Lebensalter. Danach kann ein Punktsystem (die Industrie nennt so etwas eine „Rennformel“) ausgearbeitet werden, das je nach den wechselnden Verhältnissen eine leichte Anwendung ermöglicht.

Der Rechtsanspruch, der sich aus dem Anteil ableitet, liegt über jenen Mindestrechten, die jedem Betriebsangehörigen zustehen, ob er auf Dauer oder nur vorübergehend im Betrieb arbeitet, ob es sich um eine qualifizierte Arbeitskraft handelt oder um einen Hilfsarbeiter. Die Mindestrechte, die sich hauptsächlich auf das Betriebsleben erstrecken, wer-

den durch die Gewerkschaft und den Betriebsrat gewahrt. Die Anteilsrechte sind also gestaffelte *Zusatzrechte*, die sich auf die Leitung des Unternehmens und auf die Beteiligung am wirtschaftlichen Ertrag beziehen.

Die Eigentumsanteile in sozialistischen Betrieben sind, solange der Eigentümer der Betriebsgemeinschaft angehört, unveräußerlich, das heißt: sie bleiben in der *Bindung der Betriebsgemeinschaft*; scheidet der Eigentümer aus, so sind sie an die Betriebsgemeinschaft zurückzugeben und neu in Betracht kommenden Belegschaftsangehörigen zu übertragen.

Es handelt sich hier um eine der möglichen Formen des *„gemeinwirtschaftlichen Betriebes“*. Es wäre gut, wenn die neue Rechtsform in allen Gebieten Deutschlands, deren Bevölkerung sich zu einem demokratischen, freiheitlichen Sozialismus bekennt, einheitlich entwickelt würde, und es ist wichtig, daß der gemeinwirtschaftliche Betrieb eigene Rechtspersönlichkeit erhält. Er soll nicht Zweigwerk eines konzernähnlichen Gebildes werden können (wie vielfach in der Ostzone und in Osteuropa). Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe müssen völlig selbständig sein und sowohl untereinander wie mit den Privatfirmen frei konkurrieren.

Im Übergang, mit dem wir es gegenwärtig zu tun haben, bedarf die Frage der *Entschädigung der Vorbesitzer* einer Regelung. Sie ist in allen Fällen bereits beschlagnahmten Besitzes zu leisten, sofern die früheren Besitzer nicht Kriegsverbrecher oder – im juristischen Sinne – mit Schuld belastete nationalsozialistische Aktivisten waren; ferner für alle sonst zu sozialisierenden Vermögenswerte. Gemischte Fachausschüsse schätzen den Wert des in Frage stehenden Eigentums ab. Entschädigung für herrenlos gewordenen Besitz und ähnliche Summen sind in einen Ausgleichsfonds zu bezahlen, damit bei unterschiedlicher Bewertung gleichartigen Besitzes im Laufe der Zeit der Zustand erreicht werden kann, daß gleichartiger Besitz überall zu gleichen finanziellen Bedingungen sozialisiert wird. Volle Entschädigung wird in Deutschland kaum möglich sein; sie soll nach Maßgabe des zu erwartenden allgemeinen Lastenausgleichs für Kriegsgeschädigte jeder Art (Flüchtlinge, Ausgebombte, durch Haus- und Wohnungsbeschlagnahmungen Geschädigte, und so weiter) erfolgen. Die soziale Lage der Vorbesitzer ist zu berücksichtigen, allenfalls durch besonderen Schutz der kleinen Anteilseigner, die aus den Anteilseinkünften gelebt haben.

Die *Zahlung von Entschädigungen* soll grundsätz-



Eugen Kogon um 1951

Foto: Privatbesitz

lich nur aus dem Ertrag der sozialisierten Unternehmen vorgenommen werden, am besten wohl mit Hilfe von Obligationen.

Der Anteilsanspruch der neuen Inhaber auf *Auszahlung von Erträgen* wird begrenzt durch das Ersterfordernis der Anlage einer Risikoreserve des Unternehmens, durch den Kapitalbedarf, durch die Verzinsung und Amortisation der Entschädigungsobligationen.

Aus der *Risikoreserve des Einzelunternehmens* soll vor allem die Prämie für eine allgemeine Risikoversicherung innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige geleistet werden, die ihrerseits in einer gesamt-nationalen Rückversicherung den allgemeinen Ausgleich suchen. Diese Versicherung wird in den schwierigen Jahrzehnten des Übergangs eine erhebliche Rolle spielen, bis in einer stabilisierten sozialistischen Wirtschaft die schweren Krisen, wie sie das

kapitalistische Wirtschaftssystem immer wieder hervorbringt, nicht mehr auftreten.

Dem *Kapitalbedarf* sozialistischer Betriebe – der, wovon noch zu sprechen ist, eine andere Gestalt annimmt, als es in der kapitalistischen Wirtschaft der Fall war, – ist schon innerhalb des einzelnen Unternehmens die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Wir werden in Deutschland auf lange hinaus unsere Ausgaben für Verbrauchsgüter zugunsten von Investitionen im Produktionsapparat beschränken müssen; wenn wir die in den Grundlagen getroffene deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringen wollen, wird uns keine andere Wahl bleiben. Das wird im Einzelbetrieb unter anderem durch einen vorläufigen Ausfall, zumindest durch eine Begrenzung von Gewinnauszahlungen spürbar werden. Die Beteiligten, besonders die Arbeiter- und Angestelltenschaft, müssen von vornherein und immer wieder auf diesen Umstand hingewiesen werden, damit sich nicht ganz falsche Vorstellungen von der sozialistischen Wirtschaft, vor allem in der Übergangszeit, entwickeln. Ihr Hauptvorteil wird vorerst in der größeren Existenzsicherheit und in einer allgemein besseren Versorgung mit Konsumgütern der lebensnotwendigen Kategorie bei Wahrung der Stabilität der Kaufkraft bestehen, nicht aber in Einkommenssteigerungen aus Erträgen.

III

Die *Mitbestimmung in der Wirtschaftslenkung* ist eine doppelte: sie ist im Einzelunternehmen anders als in den darüber hinausgreifenden Wirtschaftszusammenhängen.

Die Anteilshaber eines sozialistischen Unternehmens halten jährlich eine Generalversammlung ab, die einen *Kontrollausschuß* als ständiges Organ wählt. Im Kontrollausschuß müssen alle beteiligten Gruppen vertreten sein. Er setzt seinerseits den Vorstand (die Direktion) ein. Der Vorstand ist bei der Planung der Produktion an den Kontrollausschuß insofern besonders gebunden, als er ihn oder die von ihm eigens dafür bestellten Fachleute hören muß. Auch die Preispolitik des Einzelunternehmens wird – im Rahmen allgemein verbindlicher Weisungen übergeordneter Körperschaften – vom Vorstand und vom Kontrollausschuß gemeinsam in ihren Richtlinien festgelegt. Darüber hinaus ist die Direktion in allem dem Kontrollausschuß verantwortlich.

Die Rolle der *Betriebsräte* ist in privaten und in sozialisierten Betrieben verschieden. In den zweitgenannten Unternehmen beschränkt sich die Mitbestimmung der Betriebsräte darauf, um die Einhal-

tung der zugunsten der Arbeiter und Angestellten geltenden gesetzlichen Vorschriften, der Tarifverträge und der Betriebsvereinbarungen im Betrieb besorgt zu sein; in Fällen, wo tarifliche Regelungen nicht bestehen, mit der Leitung des Unternehmens die Arbeitsordnung des Betriebes, die Akkord- und Stücklohnsätze, die Entlohnungsmethoden, die Arbeitszeit, die Urlaubsansprüche und die Ausbildung der Lehrlinge zu vereinbaren; in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung den Arbeitsfrieden zu sichern; Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und gesundheitlicher Schädigung zu empfehlen und zu unterstützen; soziale Betriebs Einrichtungen anzuregen, zu fördern und mitzuverwalten. Ferner auf Vorschläge, Bedenken und allenfalls Einsprüche bei der Einstellung und der Entlassung von Personal. An der Regelung rein wirtschaftlicher Fragen nehmen die Betriebsräte in sozialisierten Betrieben, soweit überhaupt erforderlich, nur beratend teil, da ja die Belegschaften ohnehin auf Grund des Anteilsbesitzes ihrer Mitglieder in den Kontrollausschüssen vertreten sind. In privaten Betrieben hingegen ist die Mitbestimmung der Betriebsräte in der Regelung wirtschaftlicher Fragen von hoher Bedeutung. Man kann darüber streiten, wie weit ihr Einfluß reichen soll. Er wird grundsätzlich um so stärker zu befürchten sein, je weniger die gesamte Wirtschaftspolitik eines Landes sozialistisch ist und je geringer die Gefahr eingeschätzt werden muß, daß die Rechte der Betriebsräte durch politische Gruppen mißbraucht werden können. Beide Umstände sind beim Erlaß von Durchführungsbestimmungen zu einem Betriebsrätegesetz konkret zu berücksichtigen. Als äußerste Grenze der Mitbestimmung in Wirtschaftsfragen von Privatunternehmen muß die Gleichberechtigung mit dem Unternehmer bei Übernahme einer gewissen Mitverantwortung für das Schicksal des Betriebes gelten. Eine solche Regelung würde bedeuten, daß die Betriebsräte in das laufende Geschäft etwa alle Vierteljahre Einblick nehmen, zu welchem Zweck die Leitung des Unternehmens dem Betriebsrat anhand der Unterlagen Berichte über den Stand und die Aussichten erstattet, insbesondere über Produktion, Aufträge, Absatz, Beschäftigung, Finanzen und Ertrag; der Betriebsrat kann zu diesen Berichten Stellung nehmen und Vorschläge machen. Nach Ablauf des Geschäftsjahres legt die Leitung des Unternehmens dem Betriebsrat die Geschäftsbilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und den notwendigen Erläuterungen vor; hierzu erklärt der Betriebsrat der Leitung des Unternehmens das Einverständnis oder Nichtverständnis. Fer-

ner würde Gleichberechtigung mit dem Unternehmer bedeuten, daß der Betriebsrat in allen sachlichen Fragen, die den Bestand, den Aufbau und die Entwicklung des gesamten Unternehmens betreffen, mitentscheidet. Hierzu gehören insbesondere Entscheidungen über bedeutende Investitionen und Kapitalveränderungen, Umstellung der Produktion, Einführung neuer Fabrikations- und Arbeitsmethoden, größere Einstellungen oder Entlassungen von Personal, Änderung der Form des Unternehmens, Veräußerung und Betriebsstilllegung. Bei Gefahr im Verzug entscheidet in allen Fragen, die der Mitbestimmung des Betriebsrates unterliegen, zunächst die Leitung des Unternehmens allein; jedoch ist die nachträgliche Zustimmung des Betriebsrates unverzüglich einzuholen. Ist für ein Unternehmen ein Aufsichtsrat bestellt, so entsendet der Betriebsrat in diesen Vertreter, denen insgesamt das gleiche Stimmrecht zusteht wie der Gesamtheit der übrigen Aufsichtsratsmitglieder.

Eine direkte Mitbestimmung der Betriebsräte ist ohne *Schlichtungsstellen* nicht durchführbar. Es sind daher innerhalb jedes Wirtschaftszweiges ständige Schiedsstellen und für besondere Fälle von allgemeiner Bedeutung eine zentrale Schiedskommission zu errichten. Sie werden paritätisch zu je einem Drittel aus Vertretern der Unternehmerschaft, der Betriebsräte und der für den Wirtschaftszweig zuständigen Planungs- und Lenkungsorgane zusammengesetzt. Gelingt eine gütliche Einigung der streitenden Parteien nicht, so entscheiden die Schiedsstellen oder, in den bezeichneten Fällen, die zentrale Schiedskommission verbindlich.

Die Betriebsräte üben ihre Tätigkeit im *Einvernehmen mit den Gewerkschaften* aus. Dieses Einvernehmen wird in der Weise hergestellt, daß die Betriebsräte den Gewerkschaften von Zeit zu Zeit einen allgemeinen Bericht erstatten und in besonderen Fällen, die das unmittelbare Betriebsinteresse überschreiten, den Rat der Gewerkschaften einholen. Dieser Rat ist nur im Rahmen der den Gewerkschaften durch das Gesetz übertragenen Aufgaben zu erteilen. Die allgemeine Wirtschaftspolitik ist Sache der Planungsausschüsse, von denen gesondert zu sprechen ist.

IV

Wie ersichtlich, ist sozialistische Wirtschaft alles andere als Staatssozialismus, der sich im gegenwärtigen Abschnitt wenig von einem bürokratischen Staatskapitalismus unterscheiden würde. Die Rolle des Staates in der sozialistischen Wirtschaft be-

schränkt sich auf die Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und auf die Kontrolle der verstaatlichten Betriebe selbst.

Zu *verstaatlichen* sind im allgemeinen nur: auf dem Gebiete des *Verkehrs* Post und Eisenbahn, unter Umständen bestimmte Großunternehmen der Binnenschifffahrt und später der Zivilluftfahrt; auf dem Gebiete der *Energiebeschaffung* die Elektrizitäts- und Gas-Großkraftwerke von überregionaler Bedeutung, soweit sie nicht in Kommunalbesitz sein können; auf dem Gebiete der *Finanzen* das Zentralnoteninstitut, die Landeszentralbanken und die Großbanken; auf dem Gebiete der *Landwirtschaft* die Domänen, soweit sie nicht für die Zwecke der Bodenreform benötigt, umgekehrt aber als Versuchsgüter für die Gesamtheit gebraucht werden.

Für Unternehmen des Bergbaues, der eisenschaffenden Industrie, der Stahlindustrie und einiger anderer Zweige, wo es zweckmäßig erscheinen kann, dürfte sich empfehlen, daß Staat, Belegschaften und allenfalls Gemeinden oder kommunale Gremien die Anteilsbesitzer werden. Die Form des eigentlichen „gemischt-wirtschaftlichen“ Unternehmens, das heißt also eines Unternehmens, in welchem privates und öffentliches Kapital vereinigt sind, ist an sich nicht besonders empfehlenswert: sie hat in ihrer bisherigen Form (51 Prozent des Kapitals in öffentlichem Besitz) den Sozialisierungszweck kaum erfüllt. Bei Beteiligung von Auslandskapital ist ein gemischtwirtschaftlicher Gesellschaftstyp jedoch am ehesten geeignet.

Für das *Versicherungswesen* muß geprüft werden, ob eine weitreichende Reform mit dem Ziel der Auflösung schädlicher oder entbehrlicher Konzernbindungen, der Beteiligung der Versicherten an Verwaltung und Gewinn (Grundsatz der Gegenseitigkeit), der Rationalisierung, insbesondere der Kostensenkung, bei schärferer Staatsaufsicht genügt, oder ob eine Zusammenfassung aller Versicherungen (mit Ausnahme der See- und Transportversicherung) in einem Angebotsmonopol einer einheitlichen öffentlich-rechtlichen Gesellschaft zweckmäßiger wäre. Doch darf eine solche Gesellschaft unter keinen Umständen staatlich sein, da sie sonst zusammen mit der Sozialversicherung eine geradezu ungeheuerliche Machtzusammenballung bringen würde. Daß das Versicherungswesen dringend reformbedürftig ist, steht für jeden freiheitlichen Sozialisten außer Zweifel. Die Gesellschaften, wie sie bis jetzt bestanden haben, waren größtenteils typische Beispiele von sozialer Unwirksamkeit des Kapitalismus, von unerträglicher Gewinnmacherei, man-

gelder Rationalisierung der Unkosten und schädlicher Konkurrenz zu Lasten des Volkes.

Soweit der Staat bei der Sozialisierung überhaupt als Wirtschaftsträger in Betracht kommt, sollen die *einzelnen Länder* in allen Fällen, wo dies möglich ist, den Vorrang haben. Der künftigen deutschen *Zentralgewalt* sind nur Wirtschaftseinheiten von wirklich und unmittelbar gesamtdeutscher Bedeutung zu übertragen, in erster Linie also das Zentralnoteninstitut, die Bahn und die Post.

Die verstaatlichten Betriebe werden gleichwohl auch durch die Belegschaften, die Gewerkschaften sowie die politischen Parteien kontrolliert, ohne daß diese jedoch den bestimmenden Einfluß auf sie ausüben dürften.

Der *Ertrag staatlicher Betriebe* fließt in der sozialistischen Wirtschaft nicht einfach dem Fiskus zu, sondern ist von den Planungsausschüssen bestimmten Finanzinstituten in einem Ausmaß, das von den Parlamenten festgelegt wird, zur Erfüllung der Aufgabe der Kapitalinvestition zur Verfügung zu stellen.

Ob die für die Verstaatlichung überhaupt in Betracht kommenden Unternehmen im einzelnen nicht jeweils doch in anderen Formen sozialisiert werden können, ist im Zusammenhang der jeweils gegebenen Umstände sorgfältig zu prüfen. *Die Verstaatlichung muß so eingeschränkt bleiben wie nur möglich*; sie soll gerade ausreichend genug sein, um den staatlichen Behörden ein entsprechendes Gewicht auf Wahrung der Allgemeininteressen gegen Teilinteressen zu verschaffen, sie darf aber keinesfalls zu einer wirtschaftlichen Machtzusammenballung führen, die von herrschaftslüsternen Gruppen auf dem Umweg über die Politik in Besitz genommen und gegen die wahren sozialistischen Volksinteressen mißbraucht werden könnte. Auf eine wirksame Kontrolle gerade des Staatsbesitzes durch die mannigfachen Organisationen der Wirtschaft und der Politik (Kontrolle, nicht sachliche Leitung) ist daher stärkstes Gewicht zu legen; sie sollte sogar gesetzlich vorgeschrieben und gesichert werden.

V

Genossenschaftliche Unternehmen vervollständigen die sozialistische Wirtschaft überall dort, wo das verstaatlichte Unternehmen nicht erwünscht ist und der Privatbetrieb die vielseitigen Aufgaben der modernen Bedarfsdeckung nicht mehr ausreichend erfüllen kann. (Es sei nur auf Rohmaterialbeschaffung, Einkauf, Absatz, Export, Rechtsberatung und juristische Vertretung hingewiesen.) Besonders im Handwerk und in der Landwirtschaft ist die genos-

senschaftliche Form zu bevorzugen. Sie läßt eine starke Abwandlung nach Sachgebieten und lokalen Bedürfnissen zu, legt auch nur jenen Teil der Aufgaben in neue Hand, der die Kraft des Einzelnen wirklich übersteigt, während sie ihn in seinem eigentlichen Wirtschaftsbereich nicht behindert, sondern sogar fördert.

Ferner könnte wohl der *Gedanke der Stiftungen* eine neue moderne Wirtschaftsbedeutung auf zahlreichen Gebieten erhalten. Hier böte sich auch die Möglichkeit, daß kulturelle oder soziale Organisationen aktiv als große Bedarfsträger in den Wirtschaftsprozeß eingreifen, nicht indem sie sich durch Eigenproduktion selbst versorgen, sondern dadurch, daß sie Kapitalien, über die sie verfügen, in Anteilen verschiedener, ihnen sachlich zugehöriger Unternehmen anlegen. Allerdings ist auch hier mit großer Wachsamkeit darauf zu achten, daß sich nicht unter dem Deckmantel der Sozialisierung Vertikalkonzerne bilden, daß also nicht bestimmte Industriezweige auf dem Umweg über Stiftungen von Einzelunternehmen oder von Gruppen beherrscht werden, zum Beispiel die Papierindustrie durch Verlage und große Publikationsorgane. Wohl hingegen könnte durch gut kontrollierte Stiftungen des deutschen Volkes und Anlage des Kapitals dieser Einrichtungen in Teilen der deutschen Heilmittelindustrie wahrscheinlich die Gefahr gebannt werden, daß ein wahrer Leviathan von staatlicher Einheitssozialversicherung, wie er derzeit drohend heranwächst (und in der Ostzone Deutschlands bereits ausgewachsen ist), durch Beherrschung von Krankenhäusern und Medikamentenerzeugung die letzte Lilcke zum Diktat über Leben, Gesundheit und Tod des einzelnen Staatsbürgers schließt. (Man wird freilich insgesamt mit aller Macht gegen diesen heraufziehenden Moloch angehen müssen.)

VI

Neuregelung der Besitzverhältnisse und Mitbestimmung, in die nach und nach das ganze arbeitende Volk einzubeziehen ist, dienen der Entstehung einer neuen sozialen Eigentumsordnung, in der Kapital und Arbeit wieder verbunden sind. Sie müssen, soll die freiheitliche sozialistische Wirtschaft nicht in Besitzkämpfen von vornherein ersticken und soll sie ihrem eigentlichen Ziel: der allgemeinen, befriedigenden Bedarfsdeckung nähergebracht werden, durch eine wirtschaftsdemokratische Planung vervollständigt werden.

Planwirtschaft – den einen Zauberwort, den anderen Schrecken! Es muß bereits aus den bisherigen

Darlegungen klar geworden sein, daß der Sozialist, der Freiheit will, mit Planung nicht zentralistische Befehlswirtschaft meint. Ziel darf keineswegs die Steuerung von allem und jedem sein: von Maschinen, Rohstoffen, Verbrauchsgütern und selbst Menschen. Plan nach der Auffassung, wie sozialistisch denkende Christen und fortschrittliche Marxisten ihn anstreben, bringt indirekte Lenkung: Kapitallenkung, Steuerung und Kontrolle der Investitionen, Lohnpolitik, Preispolitik, Zinspolitik nach Gesichtspunkten der Gemeinschaft. Direkte Steuerung ist nur ein zusätzlicher und vorübergehender Behelf. (Man muß natürlich darauf achthaben, daß aus dem Behelf nicht eine Dauereinrichtung wird.) Der letzte Verbraucher soll im Genuß der Freiheit der Verbrauchswahl sein. Die Lebensmittelkarten, die Bezugsscheine und alle sonstigen mit Recht verhaßten Mittel direkter Verbrauchsregelung sind daher nach und nach abzuschaffen.

Solange die äußerste Not nicht überwunden ist, wird die notwendige Planung selbstverständlich einen sie vorläufig noch diskreditierenden Charakter haben. Trotzdem können wir die Not nicht ohne Planung wenden: durch Feststellung des Bedarfs auf allen Gebieten und Stufen des Sozialganzen, durch Steuerung der Bedarfsdeckung nach aufeinander abgestimmten Dringlichkeiten, durch Lenkung der Kapitalinvestitionen.

Die *Feststellung des Bedarfs* ist eine statistische Angelegenheit auf Grund regelmäßiger Erhebungen. Die Bestimmung der *Bedarfsdeckung nach Dringlichkeiten* hat insbesondere den lebensnotwendigen Konsum der breiten Schichten (Ernährung, Kleidung, Wohnung) und den Produktionsgüterbedarf (Erhaltung und Neuschaffung) in das richtige Gleichgewicht zu bringen, wobei in den ersten Jahren nach Deckung des wichtigsten Konsumgüterbedarfs der nationalen *Kapitalbildung* in zahlreichen Zweigen der Wirtschaft ein gewisser Vorrang zu geben sein wird. Die *Kapitallenkung* soll sich in der Weise vollziehen, daß die Planungsausschüsse vor allem Anregungen und Empfehlungen geben, daß sie die Privatinitiative möglichst ermuntern. Je nach den Umständen werden sie allerdings nicht umhin können, bestimmte Investitionen zu hemmen oder sogar zu unterbinden. Für Investitionen der erforderlichen und erwünschten Produktion ist bei den Planungsausschüssen unter Einreichung der Unterlagen Genehmigung einzuholen, wenn die Investition eine bestimmte Größenordnung, die je nach den Verhältnissen wechselnd festzusetzen sein wird, überschreitet. Kapitalinvestitionen kleinerer Art

bleiben dem Ermessen überlassen, wie immer die erforderlichen Gelder beschafft werden. Ist ein Antrag genehmigt, so leitet der Planungsausschuß selbst, falls das Kapital nicht aus eigenen Mitteln des Antragstellers vorhanden ist, eine entsprechende Anweisung an die Finanzinstitute des betreffenden Wirtschaftszweiges, wenn der Antragsteller nicht selbst mit Banken über die Durchführung aus eigenem verhandeln will. Die Kreditgewährung ist im einzelnen, im Rahmen der allgemeinen Verzinsungssätze, Sache des Bankgewerbes und der freien Vereinbarung.

Die Lenkung der Kapitalinvestitionen durch die Planungsausschüsse ermöglicht auch eine geordnete soziale *Regelung der technischen Entwicklung*. Der Privatkapitalismus hat den technischen Fortschritt im ganzen (allerdings unter gewaltigen volkswirtschaftlichen Substanzverlusten) außerordentlich hochgetrieben, ohne sich um die unmittelbaren sozialrechtlichen und allgemeinen gesellschaftlichen Folgen zu kümmern. Eine sozialistische Politik wird auf dem Wege über die Steuerung der Kapitalinvestitionen den technischen Fortschritt, also vor allem die Erfindungen und die sogenannte Rationalisierung, statt sie wild dem Gewinnstreben zu überlassen, mit den wirtschaftlichen und sozialen Gesamterfordernissen in Einklang bringen. In der unmittelbaren Praxis wird das bedeuten, daß technische Verbesserungen größerer Art, die auf einzelnen Gebieten oder insgesamt umwälzend sind, nur zusammen mit rechtlichen, sozialen und kulturellen Maßnahmen, die ihnen entsprechen, verwirklicht werden können. Das heißt unter keinen Umständen Hemmung des technischen Fortschritts (wie sie unter dem Einfluß einseitiger Kapitalinteressen in der früheren Wirtschaft da und dort immer wieder vorgekommen ist); es heißt nur, eine umfassendere und weitsichtigere Politik betreiben. Gerade wir in Deutschland müssen um intensivste Rationalität der Produktion bemüht sein, um Steigerung des volkswirtschaftlichen Ertrages, also auch um Kostensenkung und Erhöhung sowohl der Mengen wie der Güte der deutschen Erzeugung. Höchstproduktivität mit Hilfe überlegener Planung ist der Weg aus dem gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsleind.

Die *Organisation der Planung* erfolgt dezentralisiert von unten nach oben bis zu einer zentralen Spitze. In ihr sollen die Gewerkschaften, die Wirtschaftsorganisationen, die Behörden für Wirtschaft, Arbeit, Wiederaufbau, Verkehr und Finanzen, sowie die politischen Vertretungen zusammenarbeiten. Es empfiehlt sich, daß die Handwerks-, Industrie-,

Landwirtschafts- und Handelskammern zu diesem Zweck von den Bezirken aufwärts bis zu einer zentralen Wirtschaftskammer unter Beteiligung der Arbeitnehmer-Vertreter (Gewerkschaften) eigene gemeinsame Planungsabteilungen oder Planungsausschüsse schaffen. Ihnen stehen besondere Sachverständige für die in Frage kommenden Landschaften und Sachgebiete zur Verfügung.

Die Planungsausschüsse haben nach unten hin in ihren Bereichen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen des sozialistischen Staates Hoheitsbefugnis, nach oben hin die Aufgabe der Vertretung der Wünsche und Vorschläge der Betriebe.

Die zentrale Planungsstelle regelt die Erfordernisse des Außenhandels, ferner zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Zentralnoteninstitut und den deutschen Landeszentralbanken den Devisenverkehr, die beide im übrigen so frei wie nur möglich werden sollen, so daß ohne ein System vielbogiger und durchgeklügelter Antrags- und Bewilligungsformulare der Einzelunternehmer und der Einzelbetrieb lediglich nach festgelegten großen Richtlinien den Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland pflegen kann. Es wird sich sonach auf Dauer, nach einer wohl harten Übergangszeit (die aber immer noch leichter sein wird als das gegenwärtige Außenhandels- und Devisenregime der Militärregierungen) im wesentlichen um ein Außenhandelssystem sozialistischer Führung handeln, das heißt um ein System von Untersagungen (bei der Einfuhr allenfalls von Begrenzungen) – nicht aber um ein System von Genehmigungen –, und um intensive Empfehlungen mit entsprechender Förderung.

Die Planungsausschüsse müssen in enger Zusammenarbeit mit den Finanzinstituten und den staatlichen Finanzbehörden stehen. Sie haben den Finanzinstituten gegenüber ein Anweisungsrecht, dessen Inhalt und Grenzen gesetzlich festzulegen, dessen Praxis von den politischen Vertretungen zu kontrollieren ist. Bei der Festlegung der staatlichen Ausgabenwirtschaft und der Steuerpolitik sind sie zu hören; ihre Empfehlungen haben den Charakter einer Gesetzesinitiative.

Die zentrale Planungsstelle arbeitet auf der Grundlage wissenschaftlich exakter volkswirtschaftlicher Kräfte-, Wert- und Mengenbilanzen.

Die „Marki-Planwirtschaft“ des freien Sozialismus strebt sonach mit Hilfe von Marktanalysen und Verbrauchsstatistik den überschaubaren Gesamtverbrauch und seine Befriedigung durch möglichst nur indirekte Steuerung an. Der Käufer wird in der Marktstellung gegenüber dem Verkäufer gestärkt.

Der Erzeuger, im Regelfall durch keinerlei Produktions- und Lieferauflagen beschränkt, steht in verhältnismäßig weitreichender Konkurrenz zu jedem gleichartigen Betrieb. Er wie der Händler erhalten Einkaufsberechtigungen – etwa durch Bezugsschecks – und können frei unter den Lieferanten wählen.

Planung in diesem gesunden Sinn bedeutet also durchaus nicht Bürokratie und Zwangsherrschaft. Auch in der Organisation der Planung, die neben der Eigentumsordnung das Herzstück des Sozialismus ist, herrscht der Grundsatz der Dezentralisierung, soweit er sachlich nur einigermaßen vertretbar ist: die nächsthöhere Stelle hat als Aufgabenbereich immer nur das zu regeln, was die nächsttiefere nicht selbst zu regeln vermag, und auch dies nur insoweit, als die kleinere Einheit es nicht bewältigen kann. Von einem totalen, zentralistischen Planungsapparat kann im freien Sozialismus folglich überhaupt keine Rede sein.

Auch ist der richtig sozialisierte Betrieb nicht ein bürokratisierter Betrieb. Er ist unabhängig von der staatlichen Finanzwirtschaft. Weder bekommt er staatliche Subventionen, noch werden ihm sozusagen automatisch durch den Fiskus die Gewinne abgeschöpft; er unterliegt der normalen Steuergesetzgebung wie jeder andere Betrieb auch. Das sozialisierte Unternehmen ist ein Betrieb der Selbstverwaltung der Anteilinhaber, mit kaufmännischer Geschäftsführung, exakter Kosten- und Preisrechnung und privater Reingewinnverteilung.

Sollen die sozialistischen Betriebe funktionieren, so brauchen sie sozialistische Unternehmer, die sich – genau wie die Direktoren von Aktiengesellschaften den Verwaltungs- und Aufsichtsräten – den Anteilinhabern gegenüber als Beauftragte verantwortlich wissen. Doch muß auch der Privatunternehmer lernen, freiheitliches sozialistisches Denken zu verstehen. Das liegt in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse, sofern er nur die Zeichen der Zeit zu deuten weiß. Er wird sich allmählich in geplantes Wirtschaften um so leichter und lieber einfügen, je mehr wir uns von dem heutigen Zustand einer regellosen bürokratischen Notplanung und von der Mangelwirtschaft entfernen werden, die das Gegenteil sozialistischer Planwirtschaft in der hier entwickelten Art sind. Planungsstellen, ihrerseits richtig geleitet, werden nicht allzu lange brauchen, bis sie wissen, welchen Unternehmern mit Initiative für das Ganze sie jeden nur möglichen Anreiz gewähren sollen. Die Leiter sozialistischer Betriebe aber üben im Rahmen der Planung volle Unternehmerfunktion mit allen

Rechten und Verantwortungen aus; weder können ihnen unbefugte Stellen mit unregelmäßigen Eingriffen Hindernisse in den Weg legen, noch hat der Betriebsrat ihnen gegenüber Klassenkampf- oder Polizeifunktion. Voraussetzung ist in jedem Fall freilich, daß die Bestimmungsrechte klar gegeneinander und füreinander abgegrenzt sind.

VII

Die Verwirklichung eines Sozialismus der Freiheit in Deutschland hat viele *Voraussetzungen*, die, wenn überhaupt, bisher samt und sonders nur sehr bruchstückhaft gegeben sind. Und kein System, mag es geformt sein wie immer, wird mit Erfolg funktionieren können, wenn die unmittelbar drängendsten deutschen Wirtschaftsfragen nicht vorher gelöst sind: die Überwindung der Ernährungs- und Rohstoffnot, die Reform der Währung, die Bodenreform – von der im einzelnen gesondert zu sprechen sein wird –, die Eingliederung der Millionen von Ausgewiesenen und Evakuierten, der allgemeine Lastenausgleich, die Steuerreform. Allerdings wollen wir sofort hinzufügen, daß jedes einzelne dieser weittragenden und schweren Probleme um so besser wird angepackt und um so befriedigender wird gelöst werden können, je rascher die Organe eines freien Sozialismus ins Leben gerufen werden.

Die Aufgaben, die vor dem deutschen Volk stehen, damit es allmählich statt einer bloß formalen Demokratie eine Demokratie des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlstandes, eine Demokratie menschenwürdiger Freiheit erhält, sind beinahe unabsehbar. Doch sollten wir immerhin wissen, wo wir hinauswollen: aus unseren Trümmern, die unter sich auch hemmende Überlieferungen begraben haben (in allzuvielen Köpfen leben sie leider noch fort), zu einer gesunden Wirtschaft und Gesellschaft aller, die ein Anrecht auf zureichenden Unterhalt haben, in unserem gemeinsamen, gemeinschaftlichen Haus. Nur eine *vernünftige Sozialisierung* bietet uns die Gewähr dafür, daß jene Machtgruppen für Dauer ausgeschaltet bleiben werden, die uns in diesem Hause morgen schon wieder vergewaltigen möchten. Daß eine sozialistische Wirtschaft nicht

nur keine Gefahr für die europäischen Nachbarn bedeutet, sondern ganz im Gegenteil ein Bestandteil neuer europäischer Solidarität ist, versteht sich von selbst; Wohlstand und soziale Ordnung bieten den besten Schutz gegen jeden Totalitarismus.

Über dem Sozialismus als einem System und einer Methode darf jedoch niemals der *soziale Mensch* vergessen werden. Darauf hinzuweisen, erscheint uns besonders in einem Abschnitt der Entwicklung wichtig, der durch eine Fülle autoritärer Maßnahmen unter allerlei demokratischen Fiktionen gekennzeichnet ist. Es besteht die äußerste Gefahr, daß von einer institutionellen Veränderung, die erneut der Bürokratie zugutekäme, alles Heil erwartet wird, durch Einrichtungen, die in Wahrheit ein nationales Unglück sondergleichen wären. Der freie Mensch ist es, der die neue Wirtschaft einer vernünftigen Bindung zustandebringen wird. Die deutsche Situation bietet uns trotz ungeheuerlichen Schwierigkeiten, mit denen wir fertigzuwerden haben, wenn wir weiterleben wollen, gleichzeitig eine ungewöhnliche Möglichkeit zu beispielhaftem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. Da es in dieser Übergangszeit, in der Not und Hemmnisse von allen Seiten jede Initiative zum Erliegen zu bringen drohen, ohne einen gewissen Zwang nicht abgeht, ist es um so dringender, daß das ganze Volk unablässig auf die *Freiwilligkeit der gemeinschaftlichen Aufgabe sozialistisch-freiheitlicher Grundlagen unseres gesamten Neubaus* aufmerksam gemacht wird. Jedermann ist zur Mitarbeit an seinem Platz aufzufordern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im deutschen Volk eine Fülle brauchbarer Ideen, praktischer Vorschläge und guten Willens vorhanden ist. Sie sollen geweckt werden, um allorts die sozialistische Politik in Kritik und positivem Vorschlag zu einem Anliegen der gesamten Nation zu machen. Die Parteien werden sich dann dieser Initiative und der lebendigen, formenden Kraft, die von ihr ausgeht, nicht mehr entziehen können.

Wir wollen keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates.

Pestalozzi

Walter Jens Eugen Kogon

Diese Würdigung Eugen Kogons geht zurück auf die Laudatio, die Prof. Dr. Walter Jens, geb. 1923, 1980 auf Eugen Kogon hielt, als dieser die Buber-Rosenzweig-Medaille erhielt.

„Wir sind die Kohns, die Isaaks und die Wolfensteiner,

durch uns're Fratzen allgemein bekannt.

*Gibt's eine Rasse, die noch viel gemeiner,
so ist sie sicherlich mit uns verwandt.“*

*„Nun trauern unsere krummen Judennasen,
umsonst ist Haß und Zwietracht ausgesät.*

*Jetzt gibt's kein Stehlen mehr, kein Schlemmen
und kein Prassen,*

es ist zu spät, für immer ist's zu spät.“

Das sind Sätze, die Eugen Kogon ins Zentrum einer Szene gestellt hat, der, heute so gut wie damals, exemplarische Bedeutung zukommt: Die Juden singen beim Appell („abgerackert“, nennt sie Kogon, „ausgemergelt“, „todgeweiht“, „klapprig in Reih und Glied“), und oben, von der Loge des Hauptturms herab, verfolgt, schaulustig und amüsiert, die Prominenz des Faschismus, der Erbprinz an der Seite des Gauleiters, der preußische General neben dem Plebejer von der SS, den Auftritt der in der Arena versammelten Juden. Ausgestelltes Menschenmaterial! Knochen und Haut, Zungen und Münder, deren einzige Bestimmung es war, die Herren aus Deutschland zu belustigen.

Was haben sie gedacht, damals, die Juden, deren überwältigende Mehrheit seit Generationen kein anderes Ziel kannte als: Deutscher zu werden – so wie alle anderen? Was haben sie gedacht, jene in Reih und Glied angetretenen Sänger, deren Elite, nach Joseph Roth, lernbegierig wie sie war, Goethe und Schiller besser kannte als jeder „hakenkreuzlerische Gymnasiast“?

Alles hatten sie preisgegeben, die meisten, in ihrer Liebe zu Deutschland und dem Dichter der Nation, Friedrich von Schiller: ihren Gott, ihre Heimat, ihre Gemeinde – und das Ergebnis war (die Quittung für die Selbstaufgabe): Das Judenlied in Buchenwald, ein paar Kilometer weit von Schillers letzter Ruhestätte entfernt.

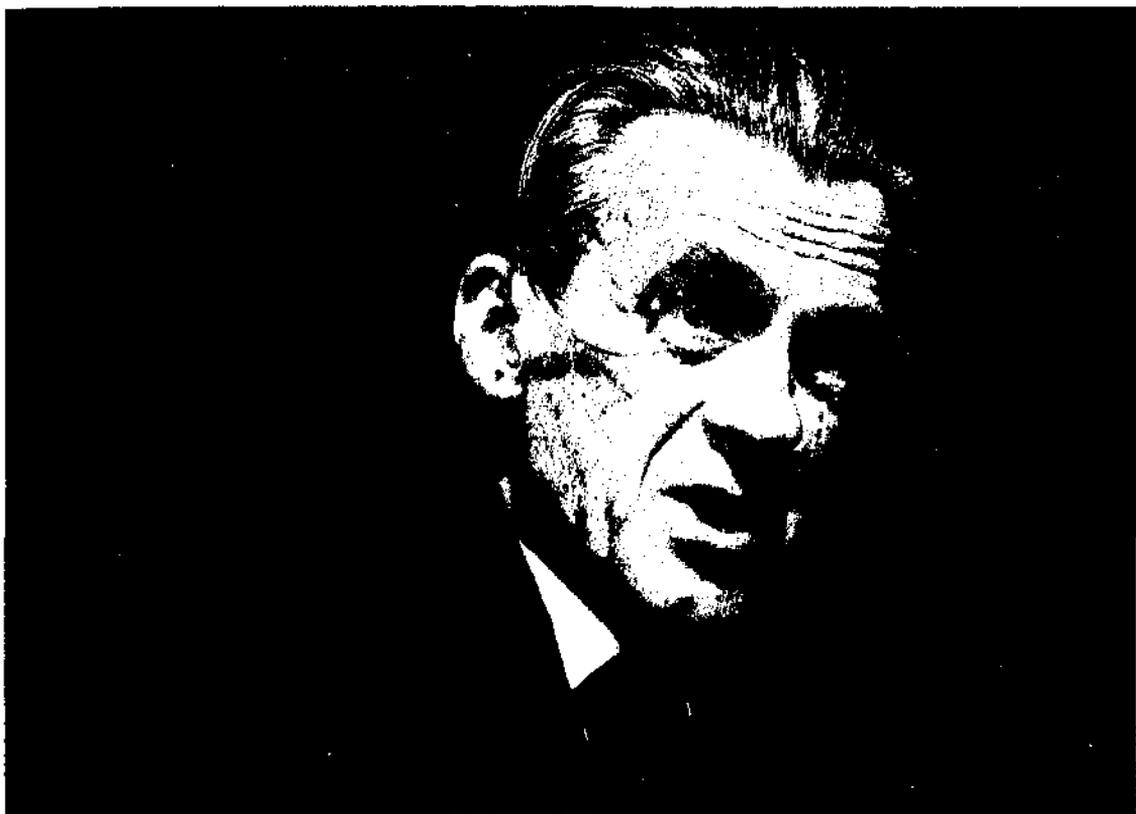
Was haben sie gedacht, die deutschen Juden, auf die, wie Jean Améry dargestellt hat, ein Judesein

hereinbrach, wie ein „Elementarereignis“, das sie „ohne Gott bestehen mußten, ohne Geschichte, ohne messianisch-nationale Erwartung“? („Ich trage auf meinem linken Arm die Auschwitz-Nummer; die liest sich kürzer als der Pentateuch oder der Talmud und gibt doch gründlichere Auskunft.“)

Was, ein letztes Mal, haben sie gedacht, die Juden, denen die Bereitschaft zur Selbstaufgabe: ihr Übertritt in den Kulturraum der Weimarer Klassik, in eben diesem Weimar – die Goethe-Eiche war das Zentrum Buchenwalds – mit dem Befehl gedankt wurde, im „Stürmer“-Jargon um ihr Leben zu singen? Wie harmlos nimmt sich am Umschlag von „Alle irdischen Gebrechen stühnet reine Menschlichkeit“ in „Wir sind die Kohns, die Isaaks und die Wolfensteiner“ gemessen, die Verwandlung des erbetenen Brots in einen Steinhagel aus: Nicht am Frauenplan, sondern in Buchenwald wurde, und dies noch vom letzten SS-Mann, dekretiert, was deutsche Kultur sei.

Vernichtung der Juden als ein Akt deutscher Selbstvernichtung im Sinne eines Widerrufs der Humanitäts-Gebote von Weimar: Dieser Gedanke gewinnt erst dann Konkretion und Inständigkeit, wenn wir uns entschließen, aus der Lager-Arena von Buchenwald nach Weimar zu sehen und nicht, aus der Turmloge, von Weimar nach Buchenwald: wenn wir uns auf die Sichtweise jenes Eugen Kogon einlassen, der nicht müde geworden ist, bis zum heutigen Tag, die Welt durch die Augen des „andern“ zu sehen, des „Ungeliebten und Preisgegebenen“. „Mit den Verlorenen gehen“, heißt eine ergreifende Meditation, in der Kogon, den Part des polnischen Arztes übernehmend, Janusz Korczak („Morgen früh also ist es so weit“) seinen letzten Weg bedenken läßt: „Ich kann das Dunkel der Vorsehung nicht aufhellen. Ich kann nur notgedrungen helfen, daß darin selbst der Erstikungstod, den meine Kinder und ich erleiden werden, den erlösenden Sinn haben wird, Menschlichkeit wachzurufen.“

Mit den Augen des andern zu sehen: Das heißt, in Kogons Sinne, sehr konkret, sich die Frage zu stellen, ob wir, die nichtjüdischen Deutschen, die „anderen“, Menschen deutscher Nationalität und jüdischer Herkunft, nicht immer noch aus der Turmperspektive betrachten: wie Ausstellungs-Objekte, denen wir geruhen, eine Festwoche lang Aufmerksamkeit zuzuwenden: so, als seien sie nur durch unsere Verachtung oder unsere Akklamation fähig, jene Identität zu gewinnen, derer der geborene Grenzgänger wie kein anderer bedarf. (Deutscher und Jude: das „und“, hat Franz Rosenzweig geschrieben, wird



Walter Jens

Foto: dpa

im gleichen Augenblick zum Problem, „wenn man die beiden Stücke nicht ‚lasch‘ nimmt“: und welcher „und“-Träger könnte das schon, nach Auschwitz und Buchenwald?)

Mit den Augen des anderen zu sehen: Das heißt, jedenfalls für eine Stunde lang, in Gedanken, in die Lagerarena zu steigen, die Rollen zu tauschen und sich vorzustellen, was einer, der damals singen mußte im Lager, hier und heute empfindet, wenn ihm die Nachfahren der Logenbesucher „Versöhnung zwischen Juden und Deutschen“ anbieten – wo es doch, und auch dann nur aufgrund einer Handreichung von seiten der *Opfer*, eine Versöhnung zwischen „Juden“ und „Christen“, „Deutschen“ und „Israelis“, aber niemals zwischen „Deutschen“ und „Juden“ geben kann: Das nämlich hieße, sehr bezeichnend, den zum Appell Versammelten zu befehlen, sich miteinander selbst zu versöhnen.

Mit den Augen des andern zu sehen, Eugen Kogons Appell zu befolgen, daß heißt: Wir stellen uns vor, es sei uns, den nichtjüdischen Deutschen, zwi-

schen 1933 und 1945, so wie den Juden gegangen. Was würden *wir* sagen, anno 80, wenn eine Universität es ablehnte, den Namen eines deutschen Märtyrers anzunehmen – eines *nichtjüdischen* Autors vom Rang Ossietzkys. (Oder Heines, natürlich.) Was, wenn die Kinder derjenigen, die einst zur Seite sahen, als man uns fortschleppte, heute einem unserer Bewacher eine triumphale Solidaritätsadresse zukommen ließen; was, wenn ausgerechnet jener Mann, dem wir's verdanken, daß wir uns millionenfach, das Personsein preisgebend, Hans und Grete nennen mußten, die Geschäfte der ersten Bundesregierung, nach der Befreiung vom Faschismus, besorgte? („Genau zu bestimmen“, so Jean Améry, „wußte ich mich nicht; da man mir doch Vergangenheit und Zukunft konfisziert hatte, da ich doch nicht in einem Haus wohnte, sondern in einer Baracke Nummer soundso, da ich auch den zweiten Namen Israel führte, den nicht die Eltern mir gegeben hatten, sondern ein Mensch namens Globke“.) Das war nicht gut. Was, frage ich, würden *wir* denken, wir

nichtjüdischen Deutschen mit unserer Rente von zweihundertdreißig Mark der Entschädigung für lange Jahre der Haft, angesichts der fürstlichen Pensionen für diejenigen, die uns, da wir Deutsche waren, ausrotten wollten? Was würden wir sagen, inmitten der Verfolger von gestern mit ihrem kurzen Gedächtnis und ihrem guten Gewissen – einem pervertiertem Gewissen, da, dem Erinnern geschwisterlich verwandt, Gewissen auch „Einsicht“ und „klare Erkenntnis“ bedeutet (Luther spricht vom „Gewissen der Sünd“, dem Wissen um Sünde.)

Ja, wie wäre uns zumut, in diesem Land, den übriggebliebenen dreißigtausend Deutschen, denen unsere Verfolger von gestern – nein, deren Kinder und Enkel – Wochen der Brüderlichkeit bereiten, die, nochmals, in einem kleinen Dorf mit einer Ovation für jenen Mann begännen, der *unsere*, der Deutschen, Kinder in den Tod fahren ließ?

Erst die Verfremdung macht deutlich, wie janusgesichtig sich, aus der Perspektive von unten: der Sichtweise des zum Appell versammelten Grüppchens, die bundesrepublikanische Wirklichkeit annimmt, mitsamt der Selbstgewißheit, der Unfähigkeit, für beide Seiten zu denken und, dies vor allem, der preisgegebenen – Erinnerung an die Geschichte und ihre langlangen Wurzeln. Wann endlich werden wir begreifen – Eugen Kogon hat wieder und wieder darauf verwiesen, daß Vergangenheit nicht abzuschütteln ist, die bittere so wenig wie die gloriose: so, wie es durch Taten und mehr noch durch Unterlassungen hierzulande in zunehmendem Maße versucht wird; daß Auschwitz, als ein *présentes* Faktum, anerkannt und in unsere nationale Geschichte integriert werden will; das es also, wollen wir unsere Identität nicht verlieren, fortan unmöglich ist, von Weimar zu sprechen, ohne an Buchenwald zu erinnern, daß aber – Eugen Kogon: „Gericht und Gewissen“, geschrieben im April 1946 – gerade die größte Niederlage der deutschen Geschichte „sehr wohl ein Anlaß sein kann, um in die eigenen verschütteten Tiefen hinabzusteigen, wo das wahre Gold begraben liegt.“

Befreiende Erinnerung: Das ist ein Schlüsselwort in Kogons Werk – Erinnerung an jene Dialektik von göttlichem Heilsplan und menschlicher Schuld, die der Autor des „SS-Staats“ aus einer Sicht beschrieben hat, die in der Geschichte der Historiographie beispiellos ist: aus der Optik eines Mannes, der Solidarität mit den Opfern bezeugt, indem er eine Schreibart wählt, die, in ihrem Duktus, sichtbar macht, wie Menschen hätten leben können, die in Buchenwald niedergemacht wurden: heiter und unfanatisch, ge-

lassen und gerecht miteinander. Kogons „SS-Staat“: Das ist das Zeugnis eines Christen, der, während er schreibt und Rechenschaft ablegt, bereits vom anderen Ufer aus argumentiert: im Licht der wiedergewonnenen Vernunft – ein christlicher Nathan, der sich daran gemacht hat, die ins zwanzigste Jahrhundert projizierte Geschichte „Ihr wißt wohl aber nicht, daß . . . die Christen alle Juden mit Weib und Kind ermordet hatten“ sub specie aeternitatis, dem Heilsplan vertrauend, nachzuerzählen: Totale Negation als Appell zur Umkehr. Humanität jenseits des Holocaust. Nathans Glaube – „Doch nun kam die Vernunft allmählich wieder. Sie sprach mit sanfter Stimme: ‚Und doch ist Gott!‘“ – übertragen in unsere Zeit. Das Prinzip der Brüderlichkeit nicht als „leeres Geschwätz“, sondern „als mit Blut erkaufte Leben“: mit diesen Worten hat Franz Rosenzweig jenen Lessing geehrt, der für ihn ein „wirklicher Christ“ war, „mit Erfahrungen, die ganz jenseits der Bereiche Goethes und Schillers liegen“ und hat damit jene Symbiose von Leidenserfahrung, Vertrauen und Versöhnungsbereitschaft bezeichnet, die auch Eugen Kogon charakterisiert: einen Christen, der sich zu gleicher Zeit als Anwalt der Kirche unter dem Kreuz und als ein *homme de lettres* versteht, der, Humanität und Moral im Raum der Politik einklagend, das unerledigte Geschäft der Aufklärung betreibt.

Eugen Kogon, ein Mann zwischen den Fronten: Ein Christ, der sich nicht scheut, seine Kirche mit einer belagerten Festung und seine geistlichen Oberen (angenommen, er hätte sie) mit Mineuren zu vergleichen, die, statt sich ins Freie zu wagen und mit der Welt, wie sie ist, zu kooperieren, Schützengräben um ihre dogmenbewaffnete Burg ziehen.

Eugen Kogon: Ein Sozialist, der für den Einzelnen kämpft: das Individuum, das sich mit formaler Freiheit, vor dem Gesetz und bei der Wahl alle vier Jahre, nicht begnügt, sondern, vor allem, dort Demokratie verwirklichen möchte, in der Arbeit, wo der Mensch, in Fabrik und Kontor, Objekt geblieben ist. („Die Wiedergewinnung wirklicher Freiheit“, heißt es in dem großen Essay ‚Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland‘, „fordert sozialistische Einrichtungen. Ihr Ziel und ihr Maß ist nicht der Staat, nicht eine Klasse, nicht irgendeine Totalität, sondern . . . die Freiheit des Einzelnen.“)

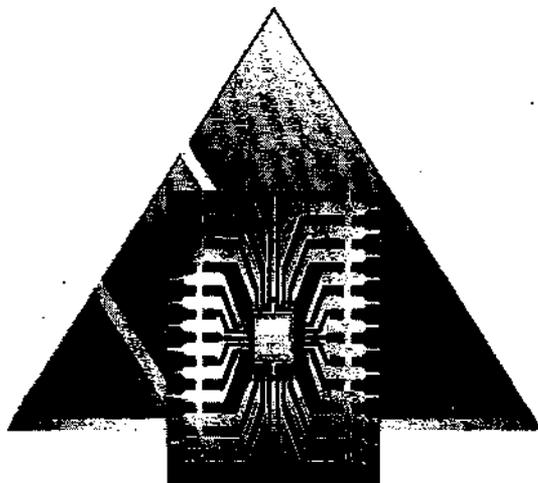
Eugen Kogon: Ein politischer Schriftsteller, der die nüchterne Alltags-Beschreibung, die Analyse des Hier und Heute beherrscht und zu gleicher Zeit Grundfragen der Geschichte und ihrer Sinngebung nie aus den Augen verliert – ein nüchterner Utopist

also, der sich, mit geschliffener Feder, auf die Darstellung des Punktuellen versteht, aber dabei nicht verharrt, sondern dem scheinbar Singulären seinen Platz im Rahmen jenes Gesamt anweist, dessen mögliche Richtung er mit Chiffren wie „Erfüllung des Liebestaments“ oder „Zugewinn an Menschlichkeit“ im Sinne seines Grundaxioms bestimmt, daß sich in der Geschichte, Auschwitz und Buchenwald zum Trotz, ein objektiver Fortschritt in der Entwicklung der Menschheit, ein Zuwachs an Humanität, ablesen lasse. „Geschichte ist nicht irrational in dem Sinne, daß sie überhaupt keinen abgabe, keinen Sinn hätte“, heißt es, 1966 publiziert, im Essay ‚Aufklärung heute‘. „Das Bewußtsein von uns selbst, von der spezifischen Würde, die uns innewohnt und uns von allen übrigen erkennbaren Wesen unterscheidet, das Bewußtsein also auch von dem, was dem Menschen zukommt, was ihm, gemäß seiner Würde als Person, gebührt, ist im Laufe der Jahrtausende gegen alle tiefeingewurzelten Vorurteile und Vorbehalte, gegen alle hartnäckig verteidigten Vorrechte gewachsen; kein Rückfall in die Barbarei konnte es jemals völlig auslöschen, im Gegenteil, die Barbarei ist durch ihr immer besser gesehenes, immer systematischer definiertes Gegenteil

als das, was sie ist, erkannt worden, ihre ideologischen Verkleidungen sind heute in den meisten Formen durchschaut.“

Aufklärung heute, wenn ich recht sehe, neben dem Essay ‚Auschwitz und eine menschliche Zukunft‘, Kogons geschichtsphilosophische Summe, bemißt den Rang des politischen Schriftstellers nach dem Maß, in dem er, mit seinen Kräften, auf zwiefache Weise die Erziehung des Menschengeschlechts, als einer Pädagogik zur Humanität, befördern hilft: zum ersten durch den Entwurf von Modellen, die Mangelzustände der Gegenwart als solche denunzieren und dem besseren Möglichen die Qualität eines noch nicht Realisierten, uns Aufgetragenen geben, zum zweiten durch den entschiedenen, die große Bataille der Aufklärung gegen Vorurteile aller Art fortsetzenden Kampf – den Kampf gegen den Nationalismus in jederlei Gestalt, den Kampf gegen den Antikommunismus und den Anti-Intellektualismus als Ausdrucksformen einer fanatischen Generalisation, die sich gegen jedermann richtet, der von der Gruppennorm abweicht, den Kampf gegen den gewaltsamen Austrag von Gegensätzen – kurzum, den Kampf gegen all jene -ismen, die, wie Adorno und Horkheimer gezeigt haben, den Antisemitismus

NEUE WEGE GEHEN



ABC

Die Zukunft erforschen, um die Gegenwart lebenswert zu gestalten – das ist die Aufgabe unserer Zeit.

Die BHW-Gruppe entwickelt darum Perspektiven für das Leben, Wohnen und Bauen von morgen und bietet gleichzeitig Antworten auf die Fragen von heute.

60 Jahre Erfahrung in Bausparen, Immobilien-Vermittlung, Finanzierung und Versicherung – Kompetenz für neue Wege in die Zukunft. **BHWA**

gleichsam automatisch mit zutage befördern. (Das auf unbotmäßige Schriftsteller gemünzte Wort von den „Ratten und Schmeißfliegen“, mit denen man nicht prozessiert, spricht für sich selbst; fest verankert in antisemitischer Tradition verweist es (verräterisch genug, wenngleich dem Sprecher sicher nicht bewußt) auf Eugen Dührings Diktum: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt.“)

Nicht der *manifeste*, der *latente* Antisemitismus, das Syndrom aus Sozialistenhaß und Nationalismus, aus Fremden-Verachtung und Verhöhnung der „anderen“; (der Roten und Russen, der Gastarbeiter und der Zigeuner, die den Juden einmal brüderlicher verbunden waren, zur Zeit der Vernichtung, als alle Vertreter der christlichen Amtskirche zusammen und die bis heute, wie die meisten Verfolgten, unentschädigt in jeder Weise, auf die Stellvertreterschaft der Juden angewiesen sind) . . . die Summe der „wir-ih“-Feindschaften (hier die Guten, dort die Bösen), die zuerst zur Deklaration des *Gegners* als *Feindes*, sodann zur Fixierung des *Feindes* als *Nicht-Menschen* verführt: das ist es, was die Erbschaft des Nationalsozialismus so bedrohlich sein läßt – bedrohlich, weil es ihr ein Weiterleben *innerhalb* der Demokratie garantiert. Darum Eugen Kogons unermüdlicher Kampf – leise, aber entschieden: von einer Sanftmut bestimmt, die unerbittlich sein kann – gegen die in politischen Vorurteilen aller Art verborgene Präsenz des Faschismus; darum sein Hohn über jene vermeintlichen Juden-Freunde, die eigenes Schuld- und Minderwertigkeitsgefühl längst, mit

Hilfe neuer Stereotypen und Klischees, auf Abwechler anderer Art, Linke vor allem, transponieren; darum seine von Zorn und Empörung zeugende Invektive gegen die „Fähigkeit der Deutschen, himelschreiendes Unrecht gegen andere zu verüben . . . dann aber, wenn sich die Dinge gegen sie selber wenden, keinen Zusammenhang zu sehen, geschweige denn ihn anzuerkennen“; darum, um des von der historischen Erinnerung beförderten Grundsatzes „*audiatur et altera pars*“ willen, sein Insistieren auf geduldiger, zukunftsöffnender Erinnerung; darum aber auch, als Gegenzeichen entworfen, die Hoffnung auf die große – und einzige! – Wende in Deutschland, jene Revolution der Wiederbegegnung von Geist und Politik, die Eugen Kogon im Juli 1946 mit den Worten beschwor: „Laßt den Traum nun Wirklichkeit werden.“

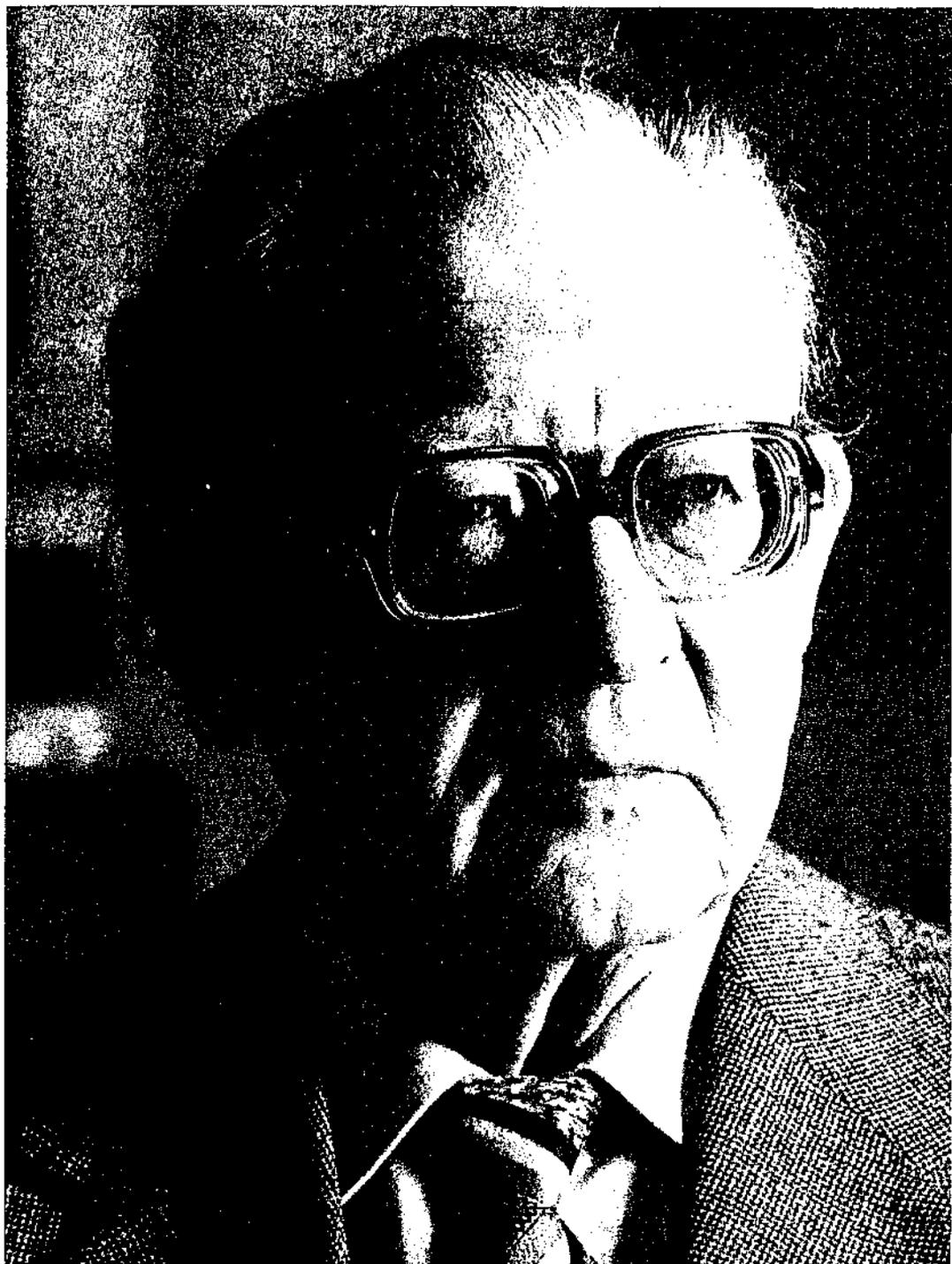
Es spricht nicht gegen den Träumer, daß seine Vision 34 Jahre später – das von deutschen Juden 1980 veröffentlichte Buch ‚Fremd im eigenen Land‘ beweist es – irrealer erscheint als jemals zuvor. Es spricht – nein, nicht gegen die andern. Es spricht gegen uns – uns alle, die wir noch immer nicht gelernt haben – den Herrenblick von oben – da die Juden! die Zigeuner! die Russen! – gegen die brüderliche Perspektive zu tauschen und namens der angetretenen Juden, die in Weimar zuhause waren und in Buchenwald starben, im Zeichen des Kogonschen Traums von der gewaltlosen, der Revolution der Gerechtigkeit zu sagen: Wir sind die Kohns, die Isaaks und die Wolfensteiner.

Gottfried Erb Der europäische Föderalist

Prof. Dr. Gottfried Erb, Jahrgang 1931, lehrt an der Justus-Liebig-Universität Giessen Politikwissenschaft; er war Mitherausgeber der Frankfurter Hefte und in deren Redaktion tätig.

Die Reaktion der Unterdrückten auf die nationalsozialistische Terrorherrschaft war nicht nur Widerstand. Viele von den so hoffnungslos gegen ein übermächtiges Unrechtssystem Kämpfenden machten sich Gedanken über die Zeit nach alledem. Unter

diesen Konzepten war die Idee von einem integrierten Europa für die Deutschen am tröstlichsten. In ihr war die Überwindung der Rache an den Zerstörern Europas schon enthalten. So wie die Widerstandsbebewegung bis hinter die Stacheldrahtszene der Konzentrationslager reichte, schlug auch dort die Europa-Idee ihre Wurzeln. Ob Eugen Kogon an Gruppenüberlegungen solcher Art beteiligt war, läßt sich heute, da sein Nachlaß erst noch erschlossen werden muß, nicht feststellen. Er war aber von solchen Gedanken bereits angesteckt. Davon hat er erzählt. Unter dem „Manifest von Buchenwald“¹⁾ stand sein Name jedenfalls nicht. Nun, das waren Sozialisten, die sich da zusammengetan hatten. Kogon selbst hatte sich im KZ zwar von einem eher konservativen Katholiken zu einem Sozialisten gewandelt, zu einem „freiheitlichen Sozialisten“, versteht sich, er



Eugen Kogon 1978 kurz vor seinem 75. Geburtstag

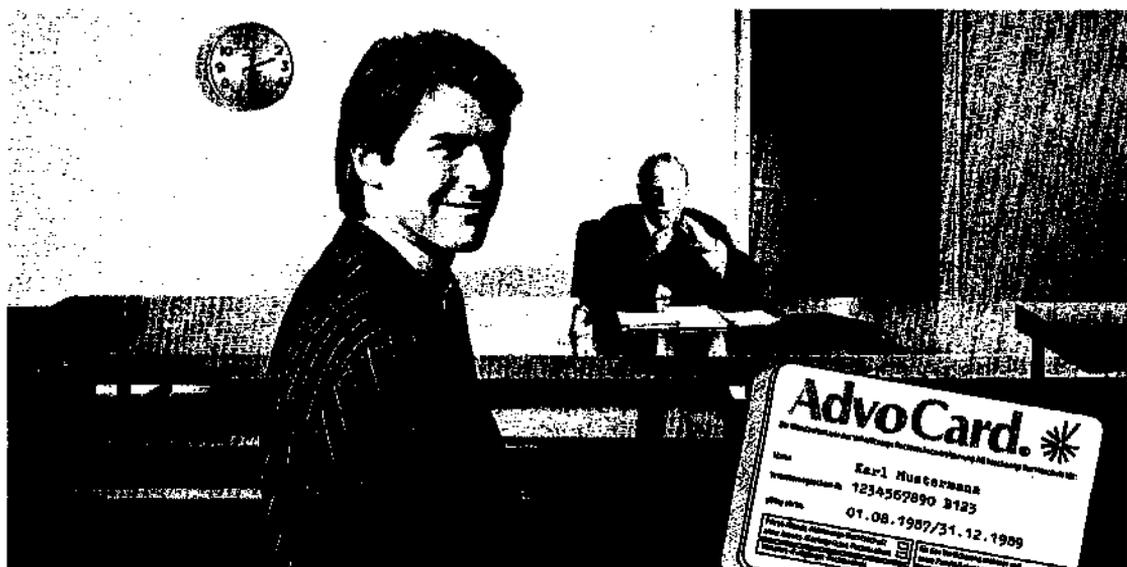
Foto: dpa

war aber damals parteipolitisch nicht festgelegt. Er hat übrigens, nachdem eine die alten Formationen übergreifende sozialistische Partei nicht zustande kam – KPD und SPD reetablierten sich nach altem Muster – zusammen mit Walter Dirks zur Gründung der Frankfurter CDU beigetragen. Beide waren nicht wenig daran beteiligt, daß in deren „Frankfurter Leitsätzen“ immerhin von einem „wirtschaftlichen Sozialismus“ die Rede war. Wer die Entwicklung der CDU kennt, wird sich denken können, daß die Verbindung der beiden Begründer der Frankfurter Hefte zu der christlichen Partei bald schief ging. Für Eugen Kogon blieb aber noch lange eine wichtige Übereinstimmung: Die Adenauer-CDU steuerte einen strikten Europa-Kurs, eine den damaligen Konstellationen adäquate Realpolitik, wogegen die SPD auf die illusionäre nationale Karte setzte. Ihr schien die Wiedervereinigung durch diese „Westintegration“ auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben zu sein. Dazu war ihr dieses Adenauer-de Gasperi-Schuman-Europa suspekt. Und in der Tat: Die in den fünfziger Jahren schrittweise vorankommende Wirtschaftsintegration hat nicht gering zur Restauration des westdeutschen Kapitalismus beigetragen. Bei aller Kritik an dieser Politik, Eugen Kogon unterstützte sie (siehe „Zwischen Atlantik-Pakt und Schuman-Plan“, Frankfurter Hefte, Juni 1950, Seite 570): „Wir halten Herrn Dr. Adenauer für einen Mann der Restauration, aber daß er den Weg zur Einigung Europas über Straßburg führen sieht, ist von erfreulicher Bedeutung.“ Mit der europapolitischen Abstinenz der SPD tat er sich schwer. Er hatte dort nur wenige Partner. Unter ihnen insbesondere Hermann Brill, mit dem er im Konzentrationslager Buchenwald gelitten hat. Doch zurück zur Zeit unmittelbar nach dem Krieg.

Kogon gehört nicht zu den ersten, die sich um die Verbreitung der Europa-Idee kümmerten. Er war auch nicht an der Gründung einer der vielen Gruppen beteiligt. Das waren Leute wie Heinrich Ritzel, deutscher Sozialdemokrat und ehemaliger Reichstagsabgeordneter, der 1939 in die Schweiz emigriert war und dort als Zentralsekretär der Schweizer „Europa-Union“ fungierte. Zusammen mit dem Schweizer Heinz Bauer, dem Holländer Hendrik Brugmans und zwanzig anderen aus mehreren Ländern Westeuropas hat er im September 1945 bereits das „Hersteiner Programm“ formuliert, wohl das erste Aktionsprogramm der sich mehr und mehr ausbreitenden europäischen Bewegung. Im Dezember 1946 erblickte die deutsche „Europa-Union“ das Licht der Welt, deren Präsident Kogon später wer-

den sollte. Damals war von ihm noch nichts zu hören. Es war allerdings auch die Zeit, in der er den SS-Staat schrieb und sich mit Walter Dirks an die Gründung der Frankfurter Hefte heranmachte.

In deren ersten Nummern setzte er sich hauptsächlich mit der deutschen Vergangenheit auseinander. Die furchtbare Erinnerung an das eben Überstandene (etwa in den Artikeln: „Gericht und Gewissen“, Frankfurter Hefte April 1946 und „Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus“, Frankfurter Hefte Mai 1946), aber auch historische Ausflüge (etwa: „Das Dritte Reich und die preußisch-deutsche Geschichte“, Frankfurter Hefte Juni 1946 und „Traum und Wirklichkeit des Abendlandes“, Frankfurter Hefte Juli 1946) nahmen ihn in Anspruch. Zum ersten Mal ist im Artikel „Demokratie und Föderalismus“ (Frankfurter Hefte, Sept. 1946) von den „Vereinigten Staaten von Europa“ die Rede, die keinen Bestand haben könnten, „wenn sie nichts anderes wären als ein Zweckverband von Nationalstaaten, deren jeder, zentralistisch, unitarisiert, mit Macht ausgestattet, Potentiale des Kollektiv-Egoismus, hier von dieser, dort von jener Klasse beherrscht, um den Vorrang kämpfen wollten“ (Seite 78). Das war wie etwas Selbstverständliches gesagt und eher nebenher. Bis zum Januar 1948 dauerte es, daß wenigstens ein kleiner Leitartikel mit dem Titel „Kampf um Europa“ erschien. In der Zwischenzeit waren alle anderen Themen wichtiger. Selbst in den großen Aufsätzen „Über die Situation“ (Frankfurter Hefte vom Januar 1947) und „Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland“ (Frankfurter Hefte vom September 1947) ist von Europa nicht die Rede. Schließlich noch ein Indikator: Kogon war von der Union Européenne des Fédéralistes zusammen mit anderen Deutschen zu ihrem Kongreß nach Montreux geladen²⁾. Er war nicht da, wurde aber in seiner Abwesenheit ins Präsidium gewählt. Alle diese Hinweise wären nicht wichtig, wären es nur persönliche Lebensdaten. Doch es sind Symptome der damaligen Zeit. Obwohl in vielen Ländern, wie gesagt schon während des Krieges über Konzepte nachgedacht worden war, wie dieses sich in immer neuen Kriegen zerstörende Europa neu organisiert, wie es aus dem nationalstaatlichen Gegeneinander in eine Friedensordnung gebracht werden könnte, geschah in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nichts, was die sich neu etablierende Politik zukunftsweisend geändert hätte. Die alten Nationalstaaten richteten sich wieder ein. 1949 (siehe Frankfurter Hefte vom Mai 1949, Seite 409 ff.) sprach Kogon selbst vom „Politischen Untergang des europäi-



„Ein Mensch, der zieht vor das Gericht,
denn er ist auf sein Recht erpicht.

Die Kostenfrage läßt ihn kalt,
rechtsschutzversichert ist er halt.

Man sieht's ihm an, das zahlt sich aus,
mit der AdvoCard ist er fein raus.„

Ob Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen
oder Reise-Krankenversicherung,
sprechen Sie mit einem der 35.000 Volksfürsorge-Mitarbeiter.



Keine Sorge –

Volksfürsorge
 Versicherungen

schen Widerstandes“, womit er zwar viel Allgemeineres meinte, aber eben auch die Arbeit für ein neues Europa. Er stellte die völlige Zersplitterung der im Kampf gegen den nationalsozialistischen Feind einst so einig operierenden Widerstandsorganisationen fest, dazu ihr allzu sehr in der Erinnerung verharrendes Bewußtsein und die nicht endende Trauer. Daraus könne die richtige Politik nicht gemacht werden. So schlußfolgerte er, der sich zwar selber erst später die europäische Orientierung zu eigen machte, die Aufgabe aber dann mit unerhörter Energie anpackte. Auch vorher war er, wenn auch auf anderen Feldern, sehr aktiv. Ja, er gehörte zu den wenigen, denen es vergönnt war, der Marter ungeboren zu entrinnen.

Europabegeisterte gab es zunächst nur in kleinen Gruppen, die Mühe hatten, sich national und erst recht übernational zusammenzuschließen und einen Minimalkonsens zu finden. Erst nach der Verkündung der Truman-Doktrin und vor allem, nachdem der Marshall-Plan angelaufen war, bekam die Europaidee Auftrieb. Im Januar 1949 schrieb Eugen Kogon in den Frankfurter Heften (Seite 3): „Das European Rehabilitation Program (ERP) . . . setzt eine gewisse bleibende Organisation Europas voraus. Es liegt an uns, ihr die richtige Form und den richtigen Inhalt zu geben“. Das war alles andere als das selbstbewußte Agieren derjenigen, die aus Krieg und Faschismus gründlich gelernt hatten und nun daran gingen, wenigstens den zerstörerischen Nationalismus zu überwinden. Von amerikanischen Gnaden und in der Angst vor dem Sowjetkommunismus und eben nicht als Friedenspolitik entstanden die Zusammenschlüsse in Europa. Mit anderen Worten: Wieder, wie nun schon Jahrhundert um Jahrhundert, hatte die Friedensidee keine Kraft zur Umgestaltung freisetzen können, auch wenn sie immer neu aus entsetzlichen Kriegserfahrungen geboren wurde. Am Ende waren es immer nur wenige, die so ansetzten. Eugen Kogon zählte zu ihnen. Er verstand sich von vorneherein als europäischer Förderalist und Sozialist. Der projektierte europäische Bundesstaat enthielt mehrere Kernelemente seiner politischen Philosophie.

- Er sollte die institutionelle Form einer Friedensstruktur werden. Die politischen Konflikte, auch wenn sie noch nationale Abgrenzungen offenbarten, sollten einer supranationalen Regelung zugänglich sein.
- Die vertikale Organisation der politischen Ebenen sollte föderalistisch bestimmt sein, mit wirklicher Bundesautorität, aber eben, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, nur auf den Gebieten, auf denen der Zentralisierungsbedarf unerlässlich war, wie etwa in Fragen der Wirtschaftsordnung und der Außenpolitik.

ritätsprinzip entsprechend, nur auf den Gebieten, auf denen der Zentralisierungsbedarf unerlässlich war, wie etwa in Fragen der Wirtschaftsordnung und der Außenpolitik.

- Europa sollte über eine starke sozialistische Bewegung bzw. Partei verfügen, die mehr Partizipation und mehr soziale Gerechtigkeit, besonders in den materiellen Lebensbedingungen durchzusetzen hätte. Denn gerade die gerechte soziale Ordnung galt als wichtige Voraussetzung für friedliche Gesellschaftsverhältnisse.

Kogon vertrat diese Grundorientierungen konsequent bis an sein Lebensende. Die Enttäuschungen über das, was sich tatsächlich entwickelte, hat ihn davon nicht abbringen können, sondern nur bitter gemacht. Er war alles andere als ein „Realpolitiker“. Einen sich von Tag zu Tag durchwurzelnden Pragmatismus, so ausgeprägt in den meisten politischen Systemen, verachtete er. „Gouverner c'est prévoir“, regieren heißt vorausschauen, das predigte er geradezu: in Lehrveranstaltungen, Vorträgen und Gesprächen. Aber dem muddling through der Politik entsprach eine „schwere Beeinträchtigung des politischen Denkens breiter Schichten, das, in manchen Fällen sogar unter die Schwelle des lebendigen Interesses überhaupt und damit in den erstickenden Sumpf irrationaler Empfindung abgedrängt wurde“ (in: „Das Jahr der Entscheidungen“, in: FH Januar 1948, Seite 20). Die Nachkriegsnot hatte jenes unpolitische Klima geschaffen, in dem der Neuanfang wenig neue Impulse aufkommen ließ, so daß man sich vielmehr im alten, früher gewohnten, also in den nationalen Institutionen und Normen einrichtete. Die europäische Bewegung hatte es nach diesen drei bis vier Jahren eben nicht nur mit dem Umbau der alten, sondern mit der sich neu nach alten Mustern etablierenden Ordnung zu tun. Das war auch in den europäischen Dimensionen kein Neuanfang, keine Stunde Null.

An der politischen Biographie Kogons läßt sich das präzise ablesen. Sein entschiedenes europapolitisches Engagement beginnt erst im Jahre 1948. Mit Hermes, Hallstein, Adenauer und von Brentano gehört er zu den Sprechern der 60-köpfigen deutschen Delegation auf dem berühmten Haager Kongreß vom 7. - 10. Mai 1948, der nicht nur zur länderübergreifenden Gründung der europäischen Bewegung führte, sondern auch den ersten Anlauf zur Staatenintegration unternahm. Der Versuch endete freilich kläglich. Im Europarat kam nicht mehr als eine Bestätigung der nationalstaatlichen Souveränität heraus. Sie blieb ganz und gar unangetastet, was die

heute noch existierende internationale Organisation zur weitgehenden Erfolglosigkeit verdammt. Viele meinten, Großbritannien sei schuld gewesen. Die meisten wollten, daß sich der Inselstaat beteiligte, obwohl man aus der berühmten Rede Churchills in Zürich vom 19. Juni 1946 schon hätte deutlich heraushören können, was Großbritannien wollte: „Wir sind mit Europa, aber nicht in Europa“, so hatte er gesagt. Und schließlich war er es, der zum Haager Kongreß eingeladen hatte. Auch Kogon schrieb: „... Diesmal zusammen mit den Briten, nicht ohne sie“ (Die britische Europa-Politik, in: Frankfurter Hefte, Oktober 1946, Seite 663). Ob es wirklich nur an den Briten gelegen hat? Man muß es bezweifeln. Der damals gängige Streit zwischen „Unionisten“ und „Föderalisten“ trennte ja auch die Kontinentaleuropäer. Die Unionisten, übrigens besser Internationalisten genannt, weil es ihnen ja gerade nicht um eine wirkliche Union ging, sondern um irgendwelche Formen additiver nationalstaatlicher Macht, konnten mit dem Statut des Europa-Rates durchaus zufrieden sein. Und die Regierungen? Als sie sich mit dem Schuman-Plan entschlossen, ohne Großbritannien zu beginnen, da kam zwar ein Stück Supranationalität heraus, aber nur wirtschaftspolitisch und nur auf den Montansektoren, also alles andere als ein noch so rudimentärer Bundesstaat. Die EWG bestätigte diese nationale Renitenz. Sie gab dem Ministerrat, dem nationalstaatlichen Repräsentationsorgan, und nicht dem Parlament die entscheidenden Befugnisse. Die Funktionalisten, die andere Formation, die gegen die Föderalisten stand, hatte gesiegt.

Sobald Kogon zur Europa-Union gestoßen war, wurde er energisch aktiv. Schon auf dem Hamburger Kongreß vom 19. - 22. Mai 1949 wurde er deren Präsident. Am 13. Juni des gleichen Jahres wählte ihn der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung, eine Organisation, in der alle Europa-Verbände der Bundesrepublik Deutschland zusammengefaßt waren, zum Vorsitzenden seines Exekutivkomitees. 1951 wurde er Präsident des Zentralkomitees der Union Européenne des Fédéralistes, des europaweiten föderalistisch gesonnenen und von Sozialisten wie Altiero Spinelli und Henry Frenay beeinflussten Zentralverbandes. Bis 1953 war Kogon der maßgebliche und agilste deutsche Europapolitiker. Er raktete sich ab in unzähligen Versammlungen, in Ortsverbänden der Europa-Union (rund 40 000 Mitglieder waren dabei), in Schulen, auf Kongressen, in unzähligen Gesprächen mit Politikern und nicht zuletzt auf großen Kundgebungen etwa in Hamburg oder in Frankfurt. Er wurde auch zum besten Redner

unter den deutschen „Europäern“. Mein Vater, Alfons Erb, der von 1959 bis 1953 im Deutschen Rat der Europäischen Bewegung mit Kogon zusammengearbeitet hat, erzählte mir, wie Kogon auf der Fahrt zu einer großen Kundgebung in seinem Manuskript las, es nach einiger Zeit als untauglich beiseite legte, um dann am Rednerpult frei zu reden, über eine Stunde, formvollendet und mitreißend. Ja, reden konnte er meisterlich. Schon in jungen Jahren war er, was in Deutschland selten genug war, darin ausgebildet worden. Dominikaner in Vechta waren seine Lehrer.

Die vier bis fünf Jahre rastloser Tätigkeit waren zugleich die Zeit, in der die europäische Bewegung ihre Hoch-Zeit erlebte. Die Europaidee ist tatsächlich in aller Munde. Spektakuläre Abstimmungen wie die in Breisach und Castrop-Rauxel ergeben 95,6 % und 95,7 % für die Abschaffung der Grenzen und den „Zusammenschluß aller europäischen Völker zu einem europäischen Bundespakt“³). Die Europa-Union verbreitet Broschüren, gründet eine Monatszeitung und macht zusammen mit Schwesterverbänden in den Nachbarländern nach der Enttäuschung über den Europarat für einen europäischen Bundespakt mobil. In Straßburg versucht ein Rat der Völker, parallel zur Beratenden Versammlung des Europarates, die Abgeordneten eben jener Versammlung für Integrationsschritte zu gewinnen. In Frankfurt entsteht unter Führung von Kogon eine Serie von Institutionen, eine Art „Europa-Konzern“, in dem sich ein Verlag, Bildungsarbeit, eine Filmgesellschaft organisatorisch miteinander kopeln. Die Frankfurter Hefte stecken mitten drin.

Die Lage Kogons wird paradox. Man braucht ihn überall. Die Europapolitik beherrscht die Szene. Aber, was da tatsächlich geschieht, bedeutet ein massives Scheitern seiner eigenen Optionen. Nicht nur der Föderalismus erlebt eine Niederlage. In dem sich schärfer zuspitzenden Ost-West-Konflikt zerbröckelt die europäische Friedensidee. Bald nach dem Zweiten Weltkrieg zerfiel die Kriegscoalition der Alliierten. Die Akteure stürzten sich in eine scharfe Konfrontation. Im Mai 1946 schrieb Kogon in den Frankfurter Heften: „Das Land ist voll vom Gerede über einen neuen Krieg“ (Seite 1). Ost und West polemisieren nicht nur gegeneinander. Die Blöcke werden formiert und die Rüstung neu angekurbelt. Die Atombombe steigert die Schreckensphantasie ins Unermeßliche. „... Krieg, der die Katastrophe als solche wäre, von unabsehbaren Folgen und von unabsehbarem Ausmaß...“ (Eugen Kogon in: „Krieg und ‚Frieden‘“, Frankfurter Hefte, September 1948,

Seite 778). Der Systemgegensatz, die deutsche Frage, die Konflikte innerhalb der Blöcke, die ja erst zu festigen waren, das sah bedrohlich aus. Kogon redet zwar gegen die allgemein verbreitete alleinige Schuldzuweisung an die Sowjetunion: „Warum haben ihn (den Krieg: GE) die Russen übrigens bei ihrer angenommenen „notorischen“ Kriegsbereitschaft und Kriegslüsterheit nicht schon längst vom Zaun gebrochen, viel früher, irgend einmal nach Laune im ganzen Verlauf dieser letzten Jahre, als die Westalliierten bei weitem nicht so auf dem Plan waren, wie sie es jetzt sind? Wird denn der berühmte russische Blitzlauf zur atlantischen Küste von Tag zu Tag leichter? Es gibt eine Menge Gründe für das tatsächliche Verhalten der Russen“ (ebenda, Seite 772). Solche Fragen gehen in der allgemeinen antikommunistischen Mobilmachung einfach unter. Der Westen setzt alles daran, sich militärisch zu stärken und wirtschaftlich zu gesunden. Die Gründung der NATO läßt nicht lange auf sich warten. Und die Deutschen? Sollte es wieder deutsche Soldaten geben? Die Antwort darauf erfolgt nicht so flott. Ein jahrelanger Streit, quer durch alle Lager und Länder, hebt an. Große Aufregung hatte schon eine Äußerung von Kogon auf einer am 24. November 1948 in Frankfurt stattfindenden Pressekonferenz hervorgerufen. Von einem Kongreß der U.E.F. aus Rom zurückgekehrt, hatte er von einer Debatte in der politischen Kommission berichtet, in der die Remilitarisierung Westdeutschlands im Mittelpunkt stand. Er sagte dort auch, daß in den amerikanischen und in der britischen Zone Westdeutschlands bestimmte Dinge sich entwickelten, die eine Wiederbewaffnung der Deutschen zur Folge haben könnten. Daraus machten viele Journalisten gleich konkrete Pläne, ja eine bereits erfolgende Remilitarisierung. Offensichtlich glaubte man, Kogon, der vorher in den USA gewesen war, wisse mehr. Die öffentliche Diskussion war wild und erbittert. Kogon versucht in seinem Artikel „Man braucht Deutschland, auch deutsche Soldaten?“ (Frankfurter Hefte vom Januar 1949), zu sortieren. Er ist für die offene Diskussion, die womöglich das Gespenst verscheuchen könnte: „Wir in Deutschland haben es schon einmal erlebt, die Welt hat es dann bitter mitzerleben bekommen, daß Gespenster aufstanden und tätig wurden, deren man später nicht mehr Herr wurde. Es ist wieder so eine Stunde. Wir wollen die im Augenblick erst fließenden Schemen ruhig aufs Korn nehmen. Vielleicht brauchen wir sie nicht einmal stärker anzurufen, daß sie verschwinden, wie es Gespenster zu tun pflegen, wenn man sie anruft“ (ebenda, Seite 26). Zu

deutschen Soldaten sagt er, wie übrigens auch Walter Dirks, eindeutig nein. Selbst eine ausgebaute Bundespolizei macht ihn skeptisch: „Modern kaserierte Polizeitruppen können heutzutage im Handumdrehen zu mehr entwickelt werden . . .“ (ebenda, Seite 33). „Deutschland sollte in jeder anderen Hinsicht darauf bedacht sein, seinen höchsten Beitrag für das gemeinsame Wohl Europas und der Welt zu leisten. Eine wahrhaft lautere und bedingungslos europäische Gesinnung wäre unter seinen möglichen Beiträgen nicht der geringste.“ Später zählt er immer wieder die Hilfe für die Dritte Welt dazu.

Obwohl seit Mitte 1950 der Korea-Krieg den Antikommunismus im ganzen Westen enorm hochpotschte und mehr denn je nach deutschen Soldaten gerufen wurde, bleibt Kogon standfest. Noch im September 1950 redet er in den Frankfurter Heften vom „Wahnsinn einer deutschen Remilitarisierung“. Um den „ganzen Widersinn, der uns und der Welt da zugemutet wird“ bloßzustellen, nennt er ironisch folgende Voraussetzungen: „Fünf Jahre alliiertes Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus sind als Irrtum zu erklären und rückgängig zu machen. Die Demontage des deutschen kriegsindustriellen Potentials erweist sich als verbrecherischer Leichtsin. Deutsche Generäle und Soldaten sollen trotz Nürnberg und Landsberg wackere Bundesgenossen sein. Man bewaffnet die Deutschen, obgleich sie weiterhin als unzuverlässig gelten, in der Hoffnung, daß sie schon auf der richtigen Seite kämpfen und im Kampf bleiben werden. Die östliche Propaganda, die Idee der nationalen Einheit, der Neutralitätswahn, Angst, Dummheit und Berechnung spielen bei all dem keine Rolle. Man kennt die Schwäche der Demokratie in Westdeutschland, die Stärke der kreuz- und querliegenden Gefühle, die massive Wiederbesetzung Hunderttausender von Schlüsselstellungen durch ehemalige Nationalsozialisten, die einiges an der jüngsten Entwicklung auszusetzen haben und durch deutschnationale und erwartet eine demokratische Armee, geführt von freiheitsbegeisterten Offizieren ohne jeden sozialen innenpolitischen und europäischen Anspruch. Die Todesziffern und die jahrelange terroristische Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in den sowjetischen Lagern sind für die künftige Kampfmoral der Truppen, die den ersten Stoß an vorderster Front auszuhalten hätten, bedeutungslos, obgleich es nicht sicher ist, wo die Westalliierten sich die „eigentliche“ Verteidigungslinie denken. „Entnazifizierte“ ehemalige Aktivisten kann man nicht noch einmal ausschalten, sie werden

die Waffen, die sie erhalten, und die Macht, die ihnen damit gegeben wird, selbstverständlich gegen niemanden anwenden als allein gegen Kommunisten; gerade mit ihnen werden sie auch nie paktieren (wie in der Sowjetzone). Die deutschen Demokraten werden fünf Jahre nach dem Ende des Hitler-Krieges, dessen Folgen sie kollektiv mitzutragen haben, nichts lieber tun, als sich wieder kasernieren zu lassen. Der Widerwille beachtlicher Kreise des deutschen Volkes, besonders in der jüngeren Generation, gegen das Kriegshandwerk ist unter solchen Umständen nur als Drückebergerei und abermals als politische Unreife zu bezeichnen. Die heimatvertriebenen Ostdeutschen in der neuen Armee werden ausschließlich von Defensivabsichten erfüllt sein. Die zuerst vom Dritten Reich, dann von Sowjetrußland unterjochten slawischen Völker des europäischen Ostens warten sehnsüchtig darauf, eine deutsche Freiheitsarmee bei sich zu begrüßen: Die Tschechen auf die Sudetendeutschen, die Polen auf die Schlesier und die Ostpreußen, . . ." (in: „Die Entscheidung auf Leben und Tod“, Frankfurter Hefte, Sept. 1950, Seite 911).

Aber, man weiß es, alles kam anders. In der neu entstandenen Bundesrepublik Deutschland gab es bereits Gruppen, die ihre Zeit gekommen sahen. Und die USA übten auf alle westlichen Staaten Druck aus, deutsche Soldaten zu akzeptieren. Nach langen heftigen Konflikten lag das Projekt der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auf dem Tisch, kurz nach dem Schuman-Plan. Da wurde es schwer, beim Nein zu bleiben, zumal der EVG-Vertrag den berühmten Artikel 38 enthielt, in dem eine politische Gemeinschaft vorgesehen war, die schon die Umrisse eines Bundesstaates haben sollte. Einen solchen Schritt nach vorn wollte Kogon natürlich nicht bekämpfen. Hatte er die europäische Einigung nicht immer als existentiell beschworen, weil Europa sonst „über kurz oder lang zum zerfransten Wurmfortsatz Asiens, zum Landungsgeklüft von Atlantis“ werden könnte? (in: „Der entscheidende Schritt“, Frankfurter Hefte, Juli 1948, Seite 586).

Im Dezember 1950 legte er noch einmal in den Frankfurter Heften (Seite 1261 ff.) seinen Standpunkt dar. Die Sowjetunion war für ihn nicht in erster Linie militärisch bedrohlich. Die sowjetische Strategie sei primär eine andere: „Bekanntlich haben die Marxisten der stalinistischen Einheitsschule . . . ihre Glaubenssätze. Einer ist der, daß der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen und Spannungen zerfallen werde.“ „ . . . dieser Vorgang kann durch bewußte Eingriffe beschleunigt werden. Man

muß dann nur den richtigen Augenblick erfassen, revolutionär die Macht an sich zu reißen.“ (Ebenda, Seite 1263). Deshalb sei alles daranzusetzen, in Westeuropa Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Bei zu hohen Militärausgaben würden gerade dafür die Mittel fehlen. So plädierte er für eine begrenzte, strikt defensive Europaarmee. Die deutschen Soldaten, genauer das Militär mit zuerst preußischer, dann nationalsozialistischer Tradition, war ihm für die junge Demokratie und wegen möglicher Aggressivität gegenüber den so verhaßten Russen und Sowjetkommunisten zu gefährlich. Konnten aber genau diese Gefahren gebannt werden, wie es innerhalb eines europäischen Bundesstaates mindestens möglich schien, vor allem wenn das deutsche Kontingent klein und wenn es unter strikt demokratisch-europäischer Kontrolle agierte, dann waren seine Sorgen zwar noch nicht verscheucht, aber doch soweit reduziert, daß er zustimmen konnte. Am 9./10. Oktober 1959 verkündete er auf dem Kongreß der Europa-Union in Köln: „Ich selbst sage contre coeur und schweren Herzens ja“.⁴⁾

Er war beileibe nicht der einzige, der erst nach so kompliziertem Entscheidungsprozeß und mit so großen Bedenken die EVG akzeptierte. Sein Freund Walter Dirks, sein Mitarbeiter Alfons Erb und viele andere „Europäer“ waren zu gleichen Schlussfolgerungen gelangt. Aber alle wußten: Es würde noch schwerer werden, die deutsche Gesellschaft zu erneuern, vor allem dauerhafte demokratische Substanz zu entwickeln. Der Restauration, die Eugen Kogon und Walter Dirks für die neue Republik bald diagnostizieren sollten, erwuchs mit der Remilitarisierung ein Wesenselement, zumal sie nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eben doch die gefährliche nationale Form erhielt, vor der sich das „andere Deutschland“ mit Recht so fürchtete.

Wie prekär das Kogon'sche „ja“ zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fundiert war, zeigt sein Vorschlag zum Angebot der Sowjetunion, Deutschland wiederzuvereinigen, wenn „auf die Einheit Europas, vor allem militärisch, verzichtet wird“ („Widerspruchsvolle Politik der Einigung“, Frankfurter Hefte, Oktober 1951, Seite 705). Man solle der Sowjetunion anbieten, das vereinigte Deutschland entmilitarisiert zu lassen, aber es in einen europäischen Bundesstaat zu integrieren. Einzelne Deutsche könnten sowohl in der Europa-Armee als auch im Osten als freiwillige Soldaten zugelassen werden. In der Tat, auf diese Weise wäre man deutschem Militär als kompaktem Faktor ausgewichen. Kogon

schrrieb selbst, daß diese Idee keine Realisierungschance habe, „nicht weil der Westen den Krieg möchte; keineswegs. Sondern weil er kein rechtes Vertrauen in den Frieden und in die eigene Kraft der politischen Freiheit hat. Allzu sehr herrscht bereits das aus Angst und Schwäche geborene Denken vor, die Sicherheit des Friedens sei in *erster Linie* eine Sache der Menge der Waffen und der *Zahl* der Soldaten, die sie tragen. In Wahrheit lebt der Friede *zuerst* aus dem Mut, seine Werke zu tun“. (Ebenda).

Nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung gescheitert war, schreibt Kogon einen seiner dramatischsten Artikel, voller Bitterkeit und böser Ahnungen. Jetzt sieht er – und wie sich ja bald herausstellen sollte, zu Recht – das Militärische zur dominanten Orientierung der wesentlichen Politik emporwuchern. „... in der Richtung, die einige von ihnen (den Staatsmännern: GE) jetzt buchstäblich zu marschieren entschlossen sind, wäre uns der schmutzigste aller Kriege, so fürchte ich, über kurz oder lang ziemlich sicher.“ („Der schmutzige Krieg“, in: Frankfurter Hefte, Oktober 1954, Seite 720). Und so schreibt er weiter: „Während ich den Wunsch (leider nur) zu Papier bringe, donnern in Minutenabständen die Düsenjäger durch das, was sich einmal der Himmel nannte, als er noch nicht zum Exerzierfeld des feigsten Massenmordes ganzer Zivilbevölkerungen herabgewürdigt war. Und mit Atomwaffen wäre der Krieg ja von A bis Z, obwohl nicht in Dschungelstümpfen stattfindend, sondern wahrscheinlich mit einer blitzsauberen Auslösemechanik, ein dreckiges, untermenschliches, in nichts mehr zu verantwortendes Geschäft. Soeben wird es in Norddeutschland – und vielerorts in der Welt, die in dieser ihrer apokalyptischen Erbärmlichkeit durchaus nicht gespalten ist – geübt.“

Als die Manöver begannen, strahlte die Stimme Amerikas in zahlreichen osteuropäischen Sprachen Präsident Eisenhows Worte aus: „Betet mit uns um Frieden, er ist das Werk des guten Willens der Völker“.

Irrer kann es ja wohl kaum mehr zugehen. Und da sitzen wir – bekennende Nachfolger Jesu Christi, der gelehrt hat „Ihr habt es gehört, es ward gesagt: Du sollst Deinen Nächsten lieben, doch hassen magst Du Deinen Feind. Ich aber sage Euch: Liebet Eure Feinde, tut Gutes denen, die Euch hassen und betet für die, die Euch verfolgen und verleumdend“ (Matthäus 5, 43–44). Mit der Gabe gelehrter Unterscheidung hat Carl Schmitt seinerzeit („Der Begriff des Politischen“) aus der Denk- und Sprechweise der

Heiden erläutert: „Liebet Eure Feinde heißt: Diligite inimicos vestros, und nicht: Diligite hostes vestros; vom politischen Feind ist nicht die Rede“. Denn inimicos, so sagt schon das Lexikon, ist der private Feind, hostes aber der öffentliche. Gepriesen sei der Wert des Lexikons gegen Jesus Christus und die paar Witwen und Waisen, die die Folgen dieser feinen, angeblich selbst jetzt noch im Sinne der Staatsraison liegenden Unterscheidung, vielleicht überleben werden“ (ebenda). Von allen deutschen Politikern, vom gesamten Bundestag und der Bundesregierung, ist er enttäuscht. „Der Bundeskanzler, sein Kabinett und der ganze Bundestag konnten nach dem 30. August, ... wie ein Mann, wenn sie nur wollten, aufstehen und feierlich erklären: Und nun, damit niemand verkenne, was Deutschland will – nicht für einen einzigen Soldaten bewilligen wir die Mittel, bevor nicht in sofortiger und gemeinsamer Bemühung die politische Gemeinschaft Europas zustande gebracht ist!“ (Ebenda).

Und empört geht es weiter: „Im Anschluß an das Debakel die Aufrüstung der Bundesrepublik innerhalb der NATO zu fordern, mit Volkssouveränität und nationalstaatlicher Koalitionspartnerschaft, das war erst das wahre Ende! Kein Strich und Faden von der Politik der europäischen Einigung kann, wenn dies ausgeführt wird, übrigbleiben. Dr. Dehlers Wunsch wird in Erfüllung gehen: Auch die Montanunion übersteht das nicht. Was bleiben wird, werden deutsche Soldaten sein – und mehr, als uns lieb sind. Kontrolliert würde diese Entwicklung nur von den auf sich allein gestellten demokratischen Kräften der Bundesrepublik. Die Haare treibt es einem zu Berge über soviel eitlen Selbstvertrauen.“ (Ebenda, Seite 722). Hier ist das Innerste aus ihm herausgebrochen. Zwei Projekte, für die er sich in den vergangenen Jahren so vehement eingesetzt hatte, waren gescheitert: Erstens die Verhinderung eines deutschen, nationalformierten Militärs und zweitens die Europäische Föderation. Mit dem Abgesang für die europäische Verteidigungsgemeinschaft verschwand auch der bereits ausgearbeitete Vertrag über eine Europäische Politische Gemeinschaft von der politischen Bühne. Mit der Beschwörung einer Sondergefahr, die eine deutsche Remilitarisierung nicht nur für das eigene Land, sondern für den ganzen Westen haben sollte, hat er so nicht recht behalten. Eine elementare Gefährdung der Demokratie ging vom Militär nicht aus, bisher wenigstens nicht. Indessen hat die deutsche Militärpolitik den ganzen Rüstungswahnsinn des Westens mitgemacht. Was den europäischen Einigungsprozeß angeht, so hatte er recht. Denn was in

der Europäischen Politischen Gemeinschaft zum Greifen nahe schien, wurde seither nie wieder angestreut. Über einen europäischen Markt hinaus ist nicht viel zustande gekommen.

Beides war ihm ein Greuel, die Militarisierung der Politik ebenso wie ihre Ökonomisierung. Natürlich wußte er nur zu gut, wie umfassend die Wirtschaftsverhältnisse nicht nur die Politik bestimmten, sondern von ihr auch zu gestalten waren. Er war auch kein Pazifist im radikalsten Sinne des Wortes. Wenn er auch gegen deutsche Soldaten war, so war er doch für eine europäische Verteidigung. Aber es war für ihn eine gefährliche Reduktion von Politik, wenn das ihre Dominanten waren. Für das, was er die „Bedingungen der Humanität“ nannte, war weit mehr wichtig: Der große Bereich der Kultur, insbesondere die Geisteswelt und nicht zuletzt die religiöse Perspektive. Auch wenn ihm gegen sein Lebensende die theologischen Zweifel immer mehr plagten, so war er doch zutiefst dem Gott der Liebe verbunden. Bei allen Fehlern, die auch er mit sich herumschleppte, aus seinem Glauben schöpfte er trotz aller pessimistischen Zeitdiagnosen und Zukunftsprognosen immer wieder Hoffnung. Und die brauchte er dringend, denn die Entwicklung der eigenen Republik, des Westens und insbesondere des Ost-West-Verhältnisses gaben ihm wenig Anlaß zur Genugtuung. Nur wenig entwickelte sich nach seinen politischen Vorstellungen. Dazu gehört insbesondere die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Mehr und mehr hat er sich für eine Aussöhnung mit Polen, aber auch für eine Verständigung mit der Sowjetunion eingesetzt. Nachdem seine Tätigkeit in der europäischen Bewegung abrupt ein Ende fand⁵⁾, wurde er mehr und mehr zu einem der bekanntesten Rundfunk- und Fernsehpublizisten. In dieser Eigenschaft hat er besonders in den 60er und den 70er Jahren viel für die Bewußtseinswende getan, die eine der wesentlichen Bedingungen für eine Umkehr in der Ostpolitik der Bundesrepublik war. Er war einer der Mitbegründer des Bensberger Kreises, einer Vereinigung von kritischen Katholiken, die wohl als erste Großgruppe in der Bundesrepublik eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verlangten und damit damals viel Aufsehen erregten. Er war mit Martin Niemöller und einigen anderen Freunden in Moskau, hat dafür Sorge getragen, daß der Bergedorfer Gesprächskreis zusammen mit exponierten Politikern der Sowjetunion in Rußland eine Tagung abhielt usw.

So arbeitete er, wo er nur konnte, für den Abbau

der Ost-West-Spannungen, die ja Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre zu jener Deformation der europäischen Einigungspolitik geführt hatten, die ihm soviel Enttäuschung eingebracht hat. Nicht zuletzt ist auch aus diesem unseligen Weltkonflikt neben anderen Ursachen, die in den Binnenstrukturen, d. h. in den massiven Interessen am Militärkomplex zu finden sind, jene immer noch irrsinnigere Rüstung der beiden Blöcke hervorgegangen, die zu geißeln er Zeit seines Lebens nicht erlahmte. Im letzten Heft der alten „Frankfurter Hefte“, d. h. ehe es zum Zusammenschluß mit der „Neuen Gesellschaft“ kam, schrieb er noch einmal: „Die globale Friedenssicherung ist das Vordringlichste. Wenn der Irrsinn der Superrüstung nicht aufhört, wird jede andere der notwendigen Bemühungen aller Wahrscheinlichkeit nach vergeblich, – eines unheilvollen Tages kann die der Vernunft widersprechende funktionale Ratio der Militärs, die das Gleichgewicht der sich fortwährend steigenden Aus- und Aufrüstung mit Atomwaffen für friedenssichernd hält, die menschheitliche Existenz beenden. Krieg mit diesen Waffen ist kein Mittel der Politik mehr.“ Inzwischen, besonders seit Anfang der 80er Jahre, gibt es einen ganzen Chor von solchen Stimmen. Als Kogon begann zu warnen, da war er zwar nicht der einzige – man denke nur an Günter Anders –, aber er war einer der wenigen, die durchschauten, welche Geister da gerufen worden waren. Das hat damals keinen Ruhm eingetragen, eher Einsamkeit und Bitterkeit. Sein großer Erfolg als Publizist mag ihm darüber hinweggeholfen haben, solange er noch arbeiten konnte. Im Alter, als die Kräfte erlahmten, wurden die Einsamkeiten bestimmend. Ein Mahner ist er geblieben, bis zum Schluß. Es wäre leichtfertig, seine Stimme zu überhören.

Fußnoten

- 1) Siehe Walter Lippens: „Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945“, Oldenbourg-Verlag, München 1968, Seite 175 f. Diese Dokumentation enthält eine Fülle von wichtigen Zeugnissen.
- 2) Siehe Karlheinz Koppe, Das grüne E setzt sich durch, Europa-Union-Verlag, Köln 1967, Seite 21.
- 3) Ebenda, Seite 47.
- 4) Ebenda, Seite 44.
- 5) Die vielen Aktivitäten innerhalb des „Europa-Konzeros“ in Frankfurt ließen eine finanzielle Klemme entstehen, aus der Kogon nicht mehr herauskam. Insbesondere ein Filmprojekt hat Verluste verursacht, die nicht zu verkraften waren. So endete auf eine unglückselige Weise seine Tätigkeit in der Europäischen Bewegung. Er gab alle Posten ab. Das war Ende 1953.

Lutz Lemhöfer Eugen Kogon als Faschismus-Forscher

Lutz Lemhöfer, Jahrgang 1948, studierte Kath. Theologie, Soziologie und Politikwissenschaft und arbeitet als Referent für Gesellschaftswissenschaften an der Katholischen Hochschulgemeinde Frankfurt. Er ist freier Mitarbeiter bei mehreren Rundfunkanstalten und war ein halbes Jahr nebenamtlicher Redakteur der „Frankfurter Hefte“.

Gestorben ist er ausgerechnet im Jahr 1 nach dem bundesdeutschen „Historikerstreit“ um die geschichtliche Einmaligkeit der Verbrechen des NS-Regimes. Eugen Kogon war nach 2 Jahren Gestapo-Haft 5 Jahre lang als Häftling in Buchenwald entwürdigt zum „bespiceenen Objekt“ der braunen Brutalität; und zugleich, so schrieb er im Vorwort zu seinem wohl bekanntesten Buch „Der SS-Staat“¹⁾, fühlte er sich „als religiöser und politischer Mensch, als Soziologe und Schriftsteller“ fähig, „kritisch Umkreis und Bedeutung des Geschehens abzuschätzen, das organisatorische Gefüge ausfindig zu machen, den Motivierungen und Reaktionen der vergewaltigten, der kranken, der pervertierten, der blindgewordenen Seelen nachzuspüren und im Individuellen das Typische zu erkennen“, also: nach allen Regeln der Wissenschaft den NS-Staat zu analysieren. Wann immer er in dieser Sache Stellung nahm, faszierte seine Mischung aus äußerster subjektiver Betroffenheit und disziplinierter, objektivierender Distanz. Wie hätte er sich geäußert gegenüber jüngeren Kollegen aus der „scientific community“, die 32 Jahre nach Kriegsende herauszufinden meinten, daß die Nationalsozialisten „eine ‚asiatische Tat‘ nur vollbrachten, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer asiatischen Tat betrachteten“? (Ernst Nolte am 6. 6. 1986 in der FAZ). Wie hätte der Ex-Häftling Kogon, der von der Sabotage kriegswichtiger Produktion durch seine Kameraden in Buchenwald billigend berichtete, einem Andreas Hillgruber geantwortet, der dem Historiker der letzten Kriegsmomente die Identifikation mit der kämpfenden Wehrmacht nahelegte? Es wäre reizvoll gewesen, gerade seine Stimme im Historikerstreit noch einmal zu hören; dazu ist es nicht mehr gekommen, denn auch im Jahr vor seinem Tod am 24. 12. 1987 war Kogon zu krank, um noch

zu schreiben. Ob er sich überhaupt, solange die Kraft noch reichte, geäußert hätte? Zu solch einem Anlaß vielleicht schon.

Ansonsten fällt bei der Durchsicht seiner Schriften auf, daß der Faschismus keineswegs das zentrale Thema des Politikwissenschaftlers Kogon bildet. Mit einer Ausnahme: Unmittelbar nach der Zeit des Grauens, in den Jahren 1945/46/47 schrieb Kogon nicht nur seine grundlegende Analyse „Der SS-Staat“ (über 300 000 Exemplare sind bis heute gedruckt); in den „Frankfurter Heften“ erschienen wichtige Aufsätze: „Gericht und Gewissen“ (April 1946), „Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus“ (Mai 1946), „Das Recht auf den politischen Irrtum“ (Juli 1947), um nur einige zentrale Arbeiten zu nennen, schließlich als – resignierter? – Abschluß „Der politische Untergang des europäischen Widerstands“ (Mai 1949).

Spätere größere Reden und Aufsätze haben zu meist einen konkreten Anlaß: den Frankfurter Auschwitz-Prozeß 1965, den 30. Jahrestag des Kriegsendes, den 50. Jahrestag der Machtergreifung.

Kogon ist kein spezialisierter Faschismus-Theoretiker geworden (diese Spezies entwickelte sich an deutschen Universitäten erst nach 1968); die richtige Politik für die Gegenwart brannte dem streitbaren Publizisten (von den FH bis zur zeitweiligen Leitung des Fernsehmagazins „Panorama“) mehr auf den Nägeln: Frieden, Europa, Ökologie. Als er Anfang der 80er Jahre noch einmal mitgeholfen hat, eine Dokumentation über „Nationalsozialistische Massentötung durch Giftgas“ zusammenzustellen²⁾, hat er diese Arbeit bald bereit; zu schmerzhaft war die erneute Erinnerung an diese Vergangenheit.

Kurz nach Kriegsende war das anders. Die Erinnerung war ohnehin frisch, bedrängend die Frage nach dem „Warum“ und erst recht die nach dem Weg zur gründlichen Umkehr. Es war nicht die Zeit kühler gesellschaftstheoretischer Konstruktionen, um nachzuweisen, warum alles so habe kommen müssen, wie es tatsächlich gekommen sei. Warum haben die Menschen das „Dritte Reich“ mitgetragen oder zumindest hingenommen? Das war Kogons zentrale Frage, und seine Antwort lautete: „Nicht begeistert, aber gehorsam – das ist die Formel, die für die unmittelbare Vorkriegszeit das Verhältnis des Volkes zum Regime wiedergibt.“ Autoritätsglaube und apolitische Gleichgültigkeit hätten das Volk verführbar gemacht und weitgehend hilflos gegenüber dem Trommelfeuer der NS-Propaganda. „Gegnerschaft blieb trotzdem genug. Aber sie hatte keine aktuell-aktive Bedeutung.“ Es fehlten der

Mut und das entschlossene Beharren auf der Humanität als einzigem gültigem Maßstab politischen Handelns. Zunächst hoffte Kogon, der Schock der Einsicht ins Unrecht der vergangenen 12 Jahre könne das deutsche Volk zur Umkehr bewegen. (Und dazu würde, nach kirchlichem Verständnis, wie es der im Kloster erzogene Katholik Kogon kannte, gehören: Gewissenserforschung, Reue, Schuldbekennnis, der gute Vorsatz und ein Werk der Buße oder Sühne: es ist nicht reizlos, diese theologischen Begriffe einmal politisch durchzudenken.) Freilich ist es schon mit dem ersten, der Gewissenserforschung, nichts geworden; die von den Alliierten betriebene Entnazifizierung, so mußte Kogon bald ernüchert feststellen, bewirkte eher das Gegenteil einer ernsthaften Besinnung aufs eigene Tun und Lassen. Die formalistische Schuldzuweisung nach Organisationsmitgliedschaft statt nach individuellem Verhalten hatte fatale Konsequenzen. „Über Millionen war die braune Farbe gleichmäßig ausgegossen, so daß sie, statt an Deutlichkeit zuzunehmen, in den Augen der Menge zu verschwimmen begann: aus Braun wurde grau, aus grau grünlich. Dies wiederum kam vielen schuldigen Aktivisten und frechen Nutznießern zugute. Sie konnten mit richtigen Argumenten für ihre schlechte Sache hausieren gehen⁴⁾.“ Kogons Maßstab ist dagegen von bestechender Klarheit: „Es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben. Verbrechen zu verüben oder an ihnen teilzunehmen, wäre es auch nur durch Duldung, ist Schuld⁵⁾.“ Diejenigen, die nicht wegen erwiesener Verbrechen bestraft werden mußten, gelte es, positiv zu gewinnen. „Ich würde sie mit aufklärenden, Leben und Gesinnung ändernden Tatsachen füttern, nicht bloß mit der einen: Weg mit Euch!⁶⁾.“

Bei der Versöhnung mit den „Geläuterten“ (nicht den Konjunkturrittern) maß Kogon zunächst den Verbänden der Widerstandskämpfer, etwa der VVN, eine besondere Rolle zu. Noch 1948 setzte er auf ihre überparteilich wirksame Überzeugungskraft. Im Mai 1949 jedoch, der mit der Annahme des Grundgesetzes so etwas wie ein Geburtsmonat der Bundesrepublik Deutschland wurde, korrigierte er sich: „Unter den Kräften, die heute den Lauf der Dinge bestimmen, befindet er (der Widerstand) sich nicht mehr. Aus einer Hoffnung wurde eine Illusion⁷⁾.“ Den Widerstand habe nichts miteinander verbunden als die gemeinsame Feindschaft zum Nationalsozialismus; eine tragfähige gemeinsame politische Konzeption habe „der Widerstand“ nie gehabt. Kogon schreibt das mit einer Nüchternheit, die mich immer wieder beeindruckt. Denn ich erinnere

mich noch der Studienzeit in den 70er Jahren, als viele von uns „Enkeln“ mit großem Getöse glaubten entdeckt zu haben, daß die fehlende Volksfront vor 1933 und nach 45 den Weg zur Machtergreifung 1933 und zur Restauration 1948/49 geebnet habe. Mit roten Ohren lasen wir den „Schwur von Buchenwald“, hielten das Auseinanderbrechen des gemeinsamen Widerstands von Sozialisten, Kommunisten und Christen für ein Werk böser Mächte und Individuen. Wir hätten die alten FH-Jahrgänge aufmerksamer lesen sollen! Freilich hätte uns damals nicht gepaßt, was Kogons Fazit blieb: auf die Einsicht und Lernfähigkeit des einzelnen zu setzen und nicht auf Organisationen.

Das gilt, obwohl Kogon sehr wohl die soziologischen Bedingungen des Faschismus zu würdigen wußte. Er hat sie in späteren Aufsätzen ausführlich dargestellt^{7a)} – nicht zuletzt, um sich und andere zu vergewissern, daß diese Bedingungen in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben seien und von daher die Chancen eines jeglichen Neonazismus minimal seien:

- In Weimar waren wirtschaftlich und politisch starke Gruppierungen der Republik feindlich gesonnen, die den Staat nahezu wie ihr Privateigentum zu behandeln suchten. Im einzelnen nannte Kogon das Großagrariertum, „Herrenklub und Präsidentenkamarilla des besonderen Typs, wie die junkerlichen Kreise samt ihren deutschnationalen gesellschaftlichen Zusammenhängen sie mit den bekannten Folgen hervorgebracht haben“; ein Großkapital, das angesichts fehlender gesetzlicher Schranken und einer durch Zersplitterung geschwächten Gewerkschaftsbewegung politische Kulissenentscheidungen habe treffen können wie heutzutage nicht mehr; schließlich eine Reichswehr, geleitet von einem republikfeindlichen Offizierskorps, die einen „Staat im Staate“ bildete.
- Politische Parteien, welche die Republik erklärtermaßen abschaffen wollten, waren nicht nur geduldet; sie konnten sogar Kampfverbände bilden, die zeitweise das Straßenbild beherrschten und den Straßenkampf zum Mittel politischer Auseinandersetzung machten.
- Die Justiz (vom Reichsgerichtshof bis zu den einfachen Richtern) ließ sich in ihren Urteilen von restaurativer Voreingenommenheit gegen die Republik leiten, womit sie „zum Ruin der Demokratie, nach 1933 dann bis zuletzt – oftmals bis zu allerletzt – zur Stabilisierung der Herrschaft des Nationalsozialismus beigetragen hat“. Demgegen-

über hielt Kogon die bundesdeutsche Justiz zwar für konservativ, nicht aber für antidemokratisch. - Hinzu kamen sozialpsychologische Belastungen, denen die Weimarer Republik letztlich nicht gewachsen war. Eine nicht hinreichend eindeutige militärische Niederlage hatte sofort die „Dolchstoßlegende“ entstehen lassen; rasch waren die Demokraten, und damit die Träger des neuen Staates, als Schuldige ausgemacht. Dies und die unleugbaren Belastungen des Versailler Vertrages verschaffte den nationalistischen Trommlern der Rechten leichtes Spiel. Demgegenüber habe sich das gesellschaftspolitische Klima in der Bundesrepublik radikal geändert, sei einerseits freierlicher, andererseits internationaler geworden, bis hinein in den Lebensstil, „die Art der Mobilität, die Art zu essen, sich zu kleiden, zu sprechen, sich zu vergnügen, miteinander umzugehen“.

Kogon hat die Chance und Gefährlichkeit des Neonazismus in der Bundesrepublik in erster Linie mit diesen soziologischen Argumenten relativiert: Bonn ist nicht Weimar, um mit Paul Sethe zu sprechen. Dennoch steht im Zentrum seines Schreibens nicht die Analyse, sondern der ganz frühe Appell: „Daß Mann und Frau im Kampf um Freiheit und Recht – nicht des Kollektives, sondern aller einzelnen! – über berechnete und gar über unberechnete Bedenken hinweg zum höchsten Wagnis sich erheben müssen“.

Dieses Beharren auf der Verantwortung des einzelnen impliziert die Absage an verschiedene, höchst gegensätzliche globale Faschismus-Theorien. Kogon hat sie früh formuliert: an „linke“ wie „rechte“ Varianten. So antwortet Kogon einem Frankfurter-Hefte-Leser, der in der Säkularisierung, im Abfall von Gott den Kern des Nationalsozialismus sieht und folglich die Rückkehr zum Christentum für das erste Postulat des politischen Neuanfangs hält: „Selbst wenn sich alle Deutschen über Nacht wie durch ein Wunder zum lebendigsten Christentum bekehren würden (wir mit, teuerster Herr, wir mit!); der arme Körper hat zu viele giftige Säfte in sich“). „Mit der Abkehr von der Säkularisierung, der – wie Kogon bemerkt – schließlich auch die Siegermächte anhängen, ist es also nicht getan. Ebensowenig freilich ist es getan mit der Entlarvung des Kapitalismus als dem fruchtbarsten Schoß, aus dem der Faschismus kroch. „Man kann den Nationalsozialismus nicht einfach als politische ‚Exponenten des deutschen Großkapitals‘ bezeichnen. Hitlers Vorstellungen waren andere, und auch die Wirklichkeit, die er und seine Kamarilla schufen,

sah anders aus als die privatkapitalistisch denkenden Kreise (...) erwartet hatten. Die Tendenz der herrschenden Männer mit Hitler an der Spitze ging vielmehr, als sie einmal an die Macht gelangt waren, dahin, sich selbst mit Hilfe ihrer parteilichen Mittelsleute in den Besitz der wirtschaftlichen Kommandostellung zu bringen. (...) In soziologischer Beurteilung kann ein solches Staatswesen nicht mehr kapitalistisch genannt werden, zumindest nicht in irgendeinem liberalen Sinne.“¹¹⁾ Aber auch totalitarismus-theoretischen Gleichsetzungen „rot = braun“ hat sich Kogon immer verweigert, aller Kritik am Kommunismus einschließlich kommunistischer Kameraden im Widerstand zum Trotz. Im Gegenteil: Gerade der Katholik Kogon hat vor allem um 1970 herum den Antikommunismus als hypertrophe bürgerliche Angst und als Hindernis realistischer Entspannungspolitik deutlich gemacht; kein populäres Unterfangen vor siebzehn, achtzehn Jahren. Damals war noch nicht daran zu denken, daß ein Sowjetpolitiker wie Michail Gorbatschow bei den Bundesbürgern populärer sein würde als der amerikanische Präsident. . .

Wenn Kogon in den letzten 10 Jahren seines Lebens zum Themenkreis Faschismus/Nationalsozialismus/Widerstand schrieb oder sprach, dann schrieb und sprach er vor allem für die Jüngeren, die „dritte Generation“, wie er sie nannte, nach den mehrheitlich unbusfertigen Beteiligten und der „Wirtschaftswunder-Generation“, die von der Vergangenheit nicht behelligt sein wollte. „Die ‚Dritten‘ fragen plötzlich ganz unvoreingenommen, wie denn ‚das damals‘ überhaupt möglich war. Sie können die Frage in aller Eindringlichkeit stellen, weil sie selbst völlig unbelastet sind.“ Für sie wollte er noch ein Buch über das „Dritte Reich“ schreiben; „Bericht an die Enkel“ sollte es heißen. Ein passender Titel, denn als „politischer Großvater“ hat Kogon Anfang der 80er Jahre noch viele Enkel mitgerissen, sei es in großem Stil wie bei der Abschlußkundgebung des „Katholikentags von unten“ 1982, sei es im kleineren Rahmen wie bei den regelmäßigen „politischen Großvatergesprächen“, zu denen er gemeinsam mit Walter Dirks 1980 – 82 in die Katholische Studentengemeinde Frankfurt kam. Geizig erst mit der Zusage, dann aber unglaublich präsent, lebhaft, souverän. Und zur Hochform lief er auf, wenn er genug Widerspruch bekam – das Wort von der „politischen Streitkultur“ war noch nicht erfunden, aber er verkörperte sie.

Eine Heroisierung seiner eigenen Rolle oder des Widerstands insgesamt hat er dabei immer vermie-

Geschlechterverhältnisse und technisches Know-how

Cynthia Cockburn

Die Herrschaftsmaschine



Argument

Die Herrschaftsmaschine

Das Thema »Frauen und Technik« ist aktueller denn je. Technologie vermittelt Macht und Stärke: ökonomische Macht ist zu allen Zeiten primär aus dem Besitz von Werkzeugen und Maschinen entstanden, und aus der Möglichkeit, andere damit arbeiten zu lassen.

Cockburn untersucht, wie sich die technologische Revolution auf die Beziehung zwischen Unternehmen und Arbeitenden sowie auf die Stellung von Frauen und Männern im Arbeitsprozeß auswirkt: Welche Art von Qualifikation erfordern die neuen Tätigkeiten? Wer profitiert von den neuen Technologien, Frauen oder Männer?

Es wird gezeigt, daß neue Technologien zwar Arbeitsplätze verändern, die Arbeitsverhältnisse aber unangetastet bleiben: die Arbeit mit und rund um neue Technologien bleibt weiterhin geschlechtsspezifisch geteilt.

Abschließend entwickelt die Autorin praktisch-politische Strategien und benennt die Voraussetzungen, die nötig sind, wenn

Frauen in bezug auf technologische Qualifikation und technologische Arbeitsbereiche mit Männern gleichziehen wollen.

»Der revolutionäre Schritt wäre, die Männer zurück auf die Erde zu holen, die Technologie häuslich zu machen, den Zusammenhang zwischen Produzieren und Bewahren neu zu gestalten.«

277 S., DM 28,-

Der Streit um Automationsarbeit währt seit fast zwei Jahrzehnten. Die Positionen wechseln: aus den Gegnern von einst werden Freunde. Aber ähnlich bleiben die Logik des Streitens und der Analyse. Gesucht wird die *Wirkung* der technologischen Entwicklung, die positiv oder negativ angenommen wird. Andere sprechen von den *Folgen* der Automatisierung und prophezeien Elend oder Glück, je nach Standpunkt. Die Schwarz-Weiß-Logik verdankt sich der eigentümlichen Sichtweise, in der die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, selbst als Subjekte des Geschehens gefaßt werden, die eigentlich Handelnden aber als Betroffene, als Opfer im Guten und im Schlechten.

Um die Logik des einfachen Dafür oder Dawider zu durchbrechen, haben wir unseren Band um Arbeitspolitik selbst als Streitbuch konzipiert.

Aus dem Inhalt:

- Arbeit, Mensch, Natur und Religion
 - Automationsforschung im internationalen Vergleich
 - Zukunft der Arbeit — Alternative Konzepte
 - Computervernetzung und Geschlechterverhältnisse
 - Arbeitspolitik von Parteien und Gewerkschaften
 - Künstliche Intelligenz und gegensätzliche Berufskulturen
- AS 187, 201 S.
DM 18,50/15,50 für Studierende



Politik um die Arbeit

Argument

Politik um die Arbeit

Projektgruppe Automation und Qualifikation (Hrsg.)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

den, eindringlich auf die komplizierte Verschränkung von Widerstand und Anpassung hingewiesen; absoluten Widerstand gebe es nur am Schreibtisch. Gibt es so etwas wie eine Quintessenz dessen, was er uns Jüngeren klar zu machen versuchte? Ich denke, drei Kernaussagen lassen sich aus den Analysen herausfiltern:

Erstens: „Die Entstehung, die Ausbreitung, der Sieg des Nationalsozialismus 1933 hatte vielerlei Ursachen, aber geschichtlich ihn kennzeichnend ist die *systematische, die konsequente Inhumanität*“⁽¹²⁾; Inhumanität und Massenmord nicht als Kaufpreis für die bessere Ordnung, sondern als Plan und Programm: dies sei das Spezifikum des Nationalsozialismus allen anderen Diktaturen gegenüber (Kogons Wort in Ernst Noltes Ohr). Zweitens die Konsequenz: Kogon forderte von seinen Zuhörern „die Erkenntnis und die Entschlossenheit, als das oberste, im letzten immer maßgebende Prinzip der gesellschaftlichen und selbstverständlich auch der staatlichen Entwicklung unter allen Umständen die Humanität gelten zu lassen. Folglich deren Nichtbeachtung, ihre Mißachtung, jede Politik gegen sie sofort, wo immer es erforderlich wird, zu diskriminieren“⁽¹³⁾. Und das heiße drittens, daß die entscheidende Stunde des Widerstandes die Normalität sei und nicht die entwickelte Diktatur. Zustände, in denen der Widerstand Kopf und Kragen koste, gelte es zu verhindern, bevor er Kopf und Kragen koste. Und damit wies er uns wieder an die Gegenwart: an die Aufrüstung, die Umweltverschmutzung, die Berufsverbote. „Die Weimarer Republik ist mit den Problemen von damals auf ihre Weise nicht fertig geworden. Die Aneiferung, die sich für uns daraus ergibt, ist die wache Bereitschaft, die Probleme von jetzt, die nicht mehr die von seinerzeit sind, als unsere spezifischen Aufgaben zu sehen.“⁽¹⁴⁾

Was hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus für Eugen Kogon persönlich bedeutet? Mehr sicherlich als für alle Beteiligten des „Historikerstreits“ zusammengenommen. Der Forscher Kogon hat den Faschismus nicht in Bibliotheken und Archiven aufgestöbert, er hat ihm wortwörtlich ins Auge gesehen – wie dem SS-Wachmann in Buchenwald, der mit erhobenem Knüttel vor ihm stand und den er, Kogon, mit einem Blick so fixierte, daß dieser den Knüttel nicht auf den Schädel sausen ließ. Die Erfahrung von insgesamt sieben Jahren Haft (was für ein euphemistischer Ausdruck angesichts dessen, was sich dahinter verbirgt!) haben Kogons Weltansicht nachhaltig verändert. Das gilt zum einen politisch. Kogon war von Herkunft und

Studium her ein Konservativer. Er hatte seine Schulzeit in Benediktiner- und Dominikaner-Klosterschulen verbracht; sein wichtigster Lehrer im Studium war der Ständestaat-Theoretiker Othmar Spann. So lag es nahe, daß er in keiner linken Zeitschrift der Weimarer Republik mitarbeitete, sondern an der von Josef Eberle in Wien herausgegebenen konservativen Zeitschrift „Schönere Zukunft“, zusammen u. a. mit Anton Böhm, dem späteren Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“. Aber nach seiner Verhaftung hat Kogon erfahren müssen, daß die erlernten abstrakten Naturrechtsnormen und Tugenden von der SS den Häftlingen vorgehalten wurden: „Es gibt einen Weg in die Freiheit: Sauberkeit, Gehorsam usw.“ Seine Konsequenz: Er suchte nach neuen gesellschaftlichen Kräften, mit denen zusammen eine humane Welt zu bauen war, in denen sinnvolle Normen wieder ihren Platz haben konnten: konkret und nicht abstrakt. Er fand diese Kräfte in der Arbeiterbewegung, insbesondere den Gewerkschaften. Die von ihm selbst mitgegründete CDU verließ er, als sie sich immer mehr von dem „freiheitlichen Sozialismus“ entfernte, der Kogon nach 1945 vorschwebte. Seine eigene „linke Alternative“ zur Adenauerschen Restauration hat er zusammen mit Walter Dirks publizistisch in den Frankfurter Hefen und nicht mehr parteipolitisch verbreitet; der Sozialdemokratischen Partei stand er kritisch nah, ohne sich ihr zu verpflichten. Aber im bundesdeutschen politischen Spektrum ist der ehemalige Klosterschüler ein „Linker“ geworden. Genauer: ein linker Christ – denn seinen angestammten katholischen Glauben hat er nicht verlassen.

Freilich kannte er Zweifel an Amtsträgern und der Institution Kirche – als er 1982 auf einem Katholikentag sprach, war's der „Katholikentag von unten“ der kritischen Gruppen. Tiefer noch saß die immer wieder aufbrechende Ver-Zweiflung an einem Gott, der menschliches Leid wie das der Konzentrationslager zugelassen hatte. Im Gespräch konnte diese Frage nach der „Theodizee“ ganz plötzlich hervorbrechen, in seinen Schriften offenbarte er sie selten. Bis auf eine Szene aus dem Wiener Gefängnis, die er beschrieben hat: Nach dem Novemberpogrom 1938 wurden jüdische Häftlinge eingeliefert; die Wachmannschaft befahl ihnen zwischen gellenden Kommandorufen, sie sollten singen. Und sie sangen hebräisch. „Das waren Psalmen, und da ich selbst nur von dreien oder vierten einige Zeilen auswendig wußte, so klammerte ich um die Gitterstäbe des Fensters meine Hände, denn ich wollte sie nicht zu unser aller Vater aufheben, dem Vater der Juden und

der SS-Männer, damals, der die wunderbaren Melodien aus dem Munde seiner Getreuen inmitten des „Auf“, „Hinlegen!“, „Auf“, „Hinlegen!“ vernahm und ja doch keinen Engel sandte, wie er ihn tausendmal in der Geschichte des Heils nicht gesandt hat, das Graten zu beenden, denn die Zeit war nicht gekommen (...), und so betete ich, nicht wissend warum und für wen und ganz außerhalb allen Verstandes.“¹⁵⁾

Die Greuel der NS-Zeit haben Kogon bis an physische und psychische Grenzen gebracht, zerbrochen haben sie ihn nicht. Eine feste politische oder eine feste religiöse Überzeugung halfen, das KZ durchzustehen, und am besten eine feste politische und religiöse Überzeugung: das hat er immer wieder erzählt. Nur unter solchen Voraussetzungen konnte er später schreiben: „Der Mensch kann schrankenlose Gewalt ohne nachhaltigsten Schaden eher ertragen als ausüben.“¹⁶⁾ Das hat Eugen Kogon nicht nur geschrieben, das hat er gelebt.

Ernst-Otto Czempiel Professor Kogon

Dr. Ernst-Otto Czempiel, Jahrgang 1927, ist Professor für Auswärtige und Internationale Politik an der Universität Frankfurt und Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt.

Sehr zu Unrecht wird über Eugen Kogons publizistischer und politischer Tätigkeit übersehen, daß ein großer Teil seines Arbeitslebens seiner Professur für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt gewidmet war. Gewiß, dem Umfang nach kann sich diese Tätigkeit nicht mit den beiden anderen vergleichen. Der Leistung nach kann sie es jedoch durchaus. Eugen Kogon gehört zur Gründergeneration der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Er hat dieser Disziplin von Darmstadt aus wichtige Hilfestellungen gegeben, hat dazu beigetragen, sie im Unterrichtskanon der deutschen Hochschulen zu verankern. Mit seinen Beiträgen zu den wissenschaftlichen Konferenzen dieser jungen Disziplin hat er ihr manchen Weg gewiesen; als Vorsitzender der berufständischen Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft hat er der entfalten Disziplin über ihre Phase der Unruhe und der überstarken Politisierung hinweggeholfen. Schließlich hat er vier jungen Wissenschaftlern an seinem Institut die Möglichkeit geboten, ihre eigene Hochschul-lehrerlaufbahn vorzubereiten. So hatte der Lehrstuhl an der TH Darmstadt einen wichtigen und geräumigen Platz im Arbeitsleben Eugen Kogons inne. Umgekehrt hinterließ seine Tätigkeit vielfältige Wirkungen in der deutschen Politikwissenschaft. Sie treten zwar hinter seinen Beiträgen für die Diskussion in der Öffentlichkeit zurück, dürfen aber von ihnen nicht verdunkelt werden.

Am 30. Mai 1951 wurde Eugen Kogon auf einen der drei Lehrstühle berufen, die die Hessische Landesregierung als erste aller Bundesländer in Hessen eingerichtet hatte. Bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1968, siebzehn Jahre also, hat Kogon in Darmstadt regelmäßig und ohne Unterbrechung gelehrt. Dieser ersten Generation von Politikwissenschaftlern fiel die Aufgabe zu, das Fach in der Bundesrepublik neu zu begründen. Kogon war einer der wenigen, die sich dieser Aufgabe mit großem Fleiß und erheblichem Aufwand unterzogen haben. Ihm war von Anfang an klar, daß Politikwissenschaft weder

Anmerkungen

- 1) 19. Auflage, München 1988
- 2) Unter diesem Titel hrsg. v. Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückerl, Frankfurt 1983
- 3) Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus, in: FH, Mai 1946, S. 62
- 4) Das Recht auf den politischen Irrtum, in: FH, Juli 1947, S. 649
- 5) ebd.
- 6) ebd., S. 655
- 7) Der politische Untergang des europäischen Widerstandes, in: FH, Mai 1949, S. 405
- 7a) Insbesondere: Lehren für morgen, in: Der Weg in die Diktatur, 1965; Was geht uns 1933 an? in: FH, Januar 1983; hieraus auch die folgenden Zitate
- 8) Gericht und Gewissen, in: FH, April 1946, S. 37
- 9) Eine seinerzeit gängige konservative These; mehr ist darüber nachzulesen bei Gerhard Kraiker, Politischer Katholizismus in der BRD, Stuttgart 1972
- 10) Zuschriften und Antworten, in: FH, August 1946, S. 83
- 11) Das Dritte Reich und die preußisch-deutsche Geschichte, in: FH, Juni 1946, S. 56
- 12) Was geht uns 1933 an? in: FH, Januar 1983, S. 25
- 13) ebd.
- 14) ebd., S. 26
- 15) Unvergeßliche Stimmen, in: FH, Dezember 1954
- 16) Über die Situation, in: FH, Januar 1947, S. 27

eine Verlängerung der Geschichtswissenschaft über die Zeitgeschichte hinaus sein, noch ein Ableger der Rechts- oder der Wirtschaftswissenschaft bleiben konnte, daß Politikwissenschaft vielmehr betrieben werden mußte als eigenständige, auf die Erzeugung von systematischem Wissen gerichtete Disziplin. Ihren Grundbestand fand Kogon in der „vergleichen- den normativen Kritik“, einem doppelten Ansatz also, der strenge Komparatistik mit normativer, handlungsleitender Orientierung verband.

Dieser Ansatz bewegte sich in einem Grenzgebiet zwischen dem empirisch-analytischen und dem dialektischen Wissenschaftsverständnis, verklammerte Werturteil und Analyse in einer interessanten, eigenwilligen Verbindung. Kogon war sich der Werturteilsproblematik in den Sozialwissenschaften wohl bewußt, er hat stets und gern darüber diskutiert. Vor die Aufgabe gestellt, die Politikwissenschaft neu zu begründen, aber den Elfenbeinturm weder zur Verfügung zu haben, noch bauen zu wollen, entschied sich Kogon für die Kurzform dessen, was er „Orientierungswissen“ nannte. Es verband die Ergebnisse systematischer Erkenntnisgewinnung mit einer politischen Handlungsanleitung. Diese Verbindung entsprach in hohem Maße den Interessen der Studenten; sie reflektierte wohl auch den Stand der Disziplin der damaligen Zeit. Der Politologe jener Jahre mußte nicht nur das gesamte politikwissenschaftliche Fachgebiet abdecken (für das heute mindestens drei Professuren gefordert werden), er mußte auch den Praxisbezug seiner wissenschaftlichen Arbeit so profilieren, daß er dem Bedarf der jungen deutschen Republik an einer wissenschaftlich ausgebildeten politischen Elite unmittelbar entsprach.

Natürlich lag Kogon diese stark praxeologisch gerichtete Form der Politikwissenschaft auch deswegen nahe, weil sie ihm eine leichte Verbindung zur politischen Publizistik schuf, der er als Herausgeber der Frankfurter Hefte (zusammen mit Walter Dirks) sein wichtigstes Lebenswerk gewidmet hat. Diese für Kogon als Person sehr glückliche Verbindung erwies sich für die Interessen der Wissenschaft als weniger günstig. Die ständige Möglichkeit – ja auch Notwendigkeit – zur literarischen Äußerung in den Frankfurter Heften führte zu einem kontinuierlichen Abfluß der Ergebnisse des wissenschaftlichen Diskurses innerhalb der TH Darmstadt in die Monatszeitschrift. So entstand weder Anlaß noch Anreiz, die mit großem Arbeitsaufwand erzeugten Ergebnisse seines wissenschaftlichen Denkens in einer wissenschaftlichen Publikation gesammelt und systematisch zu fixieren. Vielmehr sind sie über das gesamte

literarische Werk Kogons verstreut. Man müßte sich die Mühe machen, sie dort aufzusuchen, herauszufiltern und in ihrer wissenschaftlichen Form neu zu edieren. Jedenfalls ist das große wissenschaftliche Hauptwerk, das Eugen Kogon bei seinen Vorlesungen und Seminaren an der TH Darmstadt vorbereitet – und zweifellos zu publizieren vorgehabt – hat die Arbeit über die „Grundvorgänge und Grundbegriffe der Politik“, nicht geschrieben worden. Das ist ein großer Verlust für die Politikwissenschaft, weil keiner der Kollegen Eugen Kogons einen ähnlichen Versuch auch nur unternommen hat.

Er war sechstellig aufgebaut. Einer philosophisch-anthropologischen Grundlegung folgte eine soziologische Strukturanalyse, die sich mit der Sozialstruktur und den gesellschaftlichen Verbänden befaßte. Daran schloß sich die Darstellung der Herausbildung politischer Herrschaft, gefolgt von einer Beschreibung der Funktionen dieser Herrschaft. Sodann bot Eugen Kogon eine vergleichende Präsentation und Analyse der verschiedenen Herrschaftssysteme an, leitete damit auch über zum sechsten Kapitel seiner Hauptvorlesung, dem über die Außenpolitik der Nationalstaaten und die internationale Politik.

Es ist ausgeschlossen, hier auch nur in Umrissen die gedanklichen Linien darzustellen, die Kogon in diesem Kolleg wieder und wieder entfaltet hat. Einzelprobleme daraus hat er dann vergrößert, so beispielsweise die „Spezielle Theorie der Herrschaftssysteme“, den Problemkreis von Nationalismus, Supranationalität und Integration, den der Wiedervereinigung und der Neuordnung Europas. Flankiert hat er die Hauptvorlesung mit Seminaren und Kollegs zur Geschichte der politischen Theorien, unter denen ihn speziell die der Patristik interessierte. Kogons politische Theorie war tief im christlichen Menschenbild verwurzelt, ebenso wie Eugen Kogon selbst im Christentum. Deswegen hat er sich stets besonders für die „Väter“ interessiert und für deren Versuch der Entwicklung eines christlichen Naturrechts. Kogon hat auch Veranstaltungen zur „christlichen Politik“ angeboten und immer wieder das Verhältnis von Politik und Ethik darin erörtert.

Wie lassen sich unter den modernen Existenzbedingungen Humanität und Freiheit verwirklichen, deren sich wechselseitig bedingende Genese durch die Jahrhunderte hindurch Kogon besonders interessierte? Die Antwort darauf fand Eugen Kogon im Herrschaftssystem der Demokratie, das allerdings von drei Voraussetzungen abhängt: von der Einsicht, daß es in der Politik „keine absolute Verbind-

lichkeit richtiger Erkenntnisse gibt“, daß „kein Mensch ein Patent auf absolut richtige Erkenntnis hat“, und daß jeder „Menschentwicklungsfähig ist und zu den notwendigen Entscheidungen beitragen kann“. Daraus leitete Eugen Kogon sehr früh, nämlich schon 1952, zwei „Lebensprinzipien“ der Demokratie ab: nämlich die Kontinuität des Arguments (des Diskurses, würden wir heute sagen) als dem besten Mittel, dem „Richtigen als dem im Sinne des Allgemeinwohls jeweils Zweckmäßigen auf die Spur zu kommen“. Die zweite Voraussetzung bildete die Toleranz, auf die das Argument angewiesen ist.

Die Betonung beider führte Kogon zum Einzelnen als dem Subjekt der Geschichte. Indem sich die Befriedigung der Grundbedürfnisse des Menschen in der Geschichte mit Hilfe langer Kämpfe durchsetzt, emanzipiert er sich politisch aus nicht-selbstbestimmter Herrschaft. Sie ihrerseits war für Kogon nicht der Gegensatz, den der Begriff zweifellos enthält. Herrschaft war erforderlich, weil nur mit ihrer Hilfe das Allgemeinwohl verwirklicht werden konnte. Von dieser Kategorie, die ihn ganz besonders mit der christlichen Naturrechtslehre verband, ist Kogon nie gewichen. Für ihn bestand die Lösung des Problems, Herrschaft auszubilden und Freiheit zu bewahren, in den Funktionsprinzipien der modernen Demokratie. Indem sie Herrschaft nur widerwillig und auf Zeit gestattet, ermöglicht sie durch den kontinuierlichen Wechsel der Herrschaftseliten die Bewahrung der Freiheit und durch den kontinuierlichen Wechsel der Verteilungsangebote die Annäherung an den Idealwert des Allgemeinwohls. Es stellte sich für Kogon dar nicht als das autoritär formulierte und mit Herrschaftsgewalt durchgesetzte Einheitsziel der Gesamtgesellschaft, sondern als das sich ergebende Resultat des politischen Diskurses, den die miteinander in wechselseitiger Toleranz wetteifernden Einzelnen und ihre politischen Gruppen miteinander führen.

Immer wieder hat Kogon seine Hörer vor dieses Grundgesetz der modernen Gesellschaft geführt, das er die „positive Konfliktbewältigung“ genannt hat. Zwar sah auch er, daß sich in der modernen Gesellschaft der Nachkriegszeit die tradierten Generalnormen aufzulösen begannen, daß die Suche nach neuen Generalnormen eingesetzt und gleichzeitig Prozesse ausgelöst hatte, die mit ihrer Neigung zur Verabsolutierung und notfalls zum Einsatz von Gewalt den demokratischen Grundkonsens zu sprengen drohten. Um so deutlicher lehrte er seine Hörer, daß das „Gesetz der pluralistischen Gesellschaft . . .

nicht die Gewaltanwendung sein“ kann, daß das kritische Bewußtsein der Bürger zu einer neuen und höheren Form des Konsenses führen müsse.

Von diesem Grundgedanken aus hat er auch das Konzept der europäischen Integration gestaltet. Die Überwindung des Nationalstaats infolge seiner Disfunktionalität war für Kogon eine dringend gebotene Voraussetzung für die Erhöhung des Allgemeinwohls. Im Versagen der politischen Eliten vor dieser Aufgabe, in der Verweigerung der Integration und der Bewahrung der nationalstaatlichen Herrschaft sah er ein wichtiges Element der Restauration, des Mangels an Zukunftsbewältigung. So läßt sich seine „Grundlegung der Politik“ stark vereinfacht auf die Formel bringen, daß die Freiheit und die sie bedingende Toleranz nur optimal erhalten bleiben können, wenn der im Diskurs sich entfaltende und ständig erweiternde Horizont des Allgemeinwohls von den politischen Eliten kontinuierlich als Richtschnur ihres politischen Handelns angesehen wird.

Dieses normative Konzept hat Eugen Kogon über seine Hauptvorlesung hinaus seinen Hörern immer wieder in einer Unzahl spezieller Vorlesungen und Seminaren erläutert. Ob es um die Diktatur und den Terrorismus, um die Konzentrationslager und um den Faschismus ging, ob Kogon die romantischen Staatstheorien des 19. Jahrhunderts oder die des Liberalismus vortrug, beziehungsweise deren Vorläufer im 17. und im 18. Jahrhundert erläuterte, stets präsentierte er in seiner Sicht die Stadien des historischen Prozesses zur Freiheit des Einzelnen.

Natürlich waren nicht alle Angebote auf dieses Grundthema gestimmt. Das Deutschlandproblem hat Eugen Kogon stark beschäftigt, weil er in ihm ein Kernproblem einer europäischen Friedensordnung sah. Mit dem Völkerbund und den Vereinten Nationen hat er sich beschäftigt, indem er sie seinen Studenten als einen besonders großen Fortschritt auf dem Gebiet der globalen Friedenssicherung vorstellte. Die Supranationalität und der Prozeß der Integration waren für ihn, der von 1948 bis 1953 Präsident der Europa-Union gewesen war, nicht nur Themen politischer Aktualität, sondern auch solche politologischer Systematik. Beiden trug er Rechnung, wenn er seine Studenten auf Exkursionen nach Brüssel mitnahm.

Es läßt sich nicht ermesen, welchen großen Einfluß diese „Grundlegung der demokratischen Politik“ auf die Generationen gehabt hat, die vor dem Katheder Eugen Kogons saßen. Sein Einfluß kann kaum überschätzt werden, und Kogon trug selbst dazu bei, daß der Bereich dieses Einzugs sich ständig

erweiterte. Kogons Lehrangebot innerhalb der Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften der TH Darmstadt war nicht nur dazu bestimmt, den Studenten der technologischen Disziplinen eine Art „politischer Bildung“ zu ermöglichen. Für die Wirtschaftsingenieure war die Politikwissenschaft Bestandteil ihrer Ausbildung. Für die Lehramtsstudenten bildete sie ein Hauptfach, dessen Studium sie zum Unterricht im Fach Sozialkunde an den Gymnasien befähigte. Schließlich war Kogon der wichtigste Architekt der Integration des Gewerbelehrerstudiums in die Technische Hochschule Darmstadt. Sie fand 1962 statt, wobei Kogon der Senatsbeauftragte für die Eingliederung des Gewerbelehrerstudiums der Technischen Hochschule war. Kogon hat in vielen Jahren sehr viel Mühe auf diese Integration verwandt und dabei auch durchgesetzt, daß die Gewerbelehrer-Studenten zusätzlich zu ihrem technologischen Hauptfach entweder eine sozialkundliche oder eine rechts- und wirtschaftskundliche Ausbildung erhielten. Viele Multiplikatoren also sind bei Eugen Kogon in die Schule gegangen, haben bei ihm die Theorie und die Praxis der parlamentarischen Demokratie studiert. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde ihm 1982 der „Hessische Kulturpreis“ überreicht.

Hat sich Eugen Kogon in der akademischen Lehre außerordentlich stark engagiert, so ist er nicht in ihr aufgegangen. Der brillante Intellektuelle, der er war, hat die Chance zum fachwissenschaftlichen Gespräch über die traditionellen Grenzen der Disziplinen hinweg genutzt, die im besonderen Maße die Technische Hochschule bot. Hier waren Kollegen tätig, die sich, beispielsweise in der Praktischen Mathematik oder in der „künstlichen Intelligenz“ mit Gebieten beschäftigten, die weit in die Politikwissenschaft hineinreichten und deren Selbstverständnis beeinflussten. Faszination und Irritation leiteten Kogon bei seiner intellektuellen Auseinandersetzung gerade mit den informationsverarbeitenden Disziplinen an. Griff nicht der technologische Fortschritt schon weit in die Humansphäre ein, indem er die Bedingungen der Arbeit neu und zumeist zum Nachteil der Arbeitnehmer regelte? Welche Konsequenzen resultierten daraus für die Arbeitnehmervertretung und für die Gewerkschaften, deren sich Kogon nicht nur wegen seiner beruflichen Herkunft, sondern auch wegen seines christlichen Engagements stets besonders verbunden fühlte? War jetzt nicht, darüber hinaus, die Technologie auf dem Sprung, auch noch das Zentrum der Humanität, den Geist, zu usurpieren, indem sie seine Arbeitspro-

zesse maschinell zu simulieren versuchte? Welche Rolle kam dem Herrn über diese Maschinen, dem Ingenieur, in der modernen Massendemokratie zu, und wie ließ sich der Einbruch der Technik in die Gesellschaft eindämmen? Eugen Kogon hat diese in seiner Tätigkeit als Politologe an einer Technischen Hochschule liegende besondere Herausforderung immer deutlich gespürt, zunächst als intellektuelles Stimulanz, sodann als Aufforderung zu einschlägiger politikwissenschaftlicher Forschung. In den letzten Jahren in Darmstadt und noch danach hat er sich mit der technischen Intelligenz befaßt, diesem Problemkreis seine letzte große Monographie gewidmet.

Es war keineswegs die einzige Forschungsarbeit, die Eugen Kogon geleistet hat. Sein akademischer Akzent lag auf der Lehre, gewiß. Es wäre auch schwer vorstellbar, daß Kogon zu seinen drei Berufen als Politiker, politischer Publizist und akademischer Lehrer noch einen vierten hinzugenommen hätte, den des wissenschaftlichen Forschers. Er hat ihn trotzdem in nicht gerade kleinem Maße ausgeübt. Was an eigener Forschungstätigkeit in seine Lehrdarbietungen eingegangen ist, läßt sich, da sie nicht schriftlich fixiert worden sind, nicht ermes sen. Die immense Belesenheit, die ihn und jede seiner Äußerungen charakterisierte, kann den Vergleich mit dem Arbeitsaufwand eines Forschers bequem aushalten.

In seiner großen Untersuchung über die „Wirkungen der Konzentration auf die Demokratie“, die Kogon 1960 vorgelegt hat, hat er seinen politiktheoretischen Ansatz auch in der akribischen empirischen Forschung fruchtbar werden lassen. Er rechnet ab mit der marxistischen These, daß der „bürgerliche Demokratismus“ das Produkt des Kapitalismus sei; sie ist für ihn „erweislich falsch“. Er rechnet aber auch ab mit der Unbekümmertheit, mit der der entwickelte Kapitalismus die Konzentration als Ausdruck unternehmerischer Freiheit zu verharmlosen suchte. Ihr stellt er die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung entgegen, durch die ein „wesentliches Stück demokratischer Freiheitsgarantie in der industriewirtschaftlichen Gesellschaft“ erreicht werde. Diese vergleichende Untersuchung über die Konzentration erstreckte sich nicht nur auf Deutschland, sondern zog genauso Beispiele aus Frankreich und Italien heran; sie kann für sich in Anspruch nehmen, nicht nur die früheste politikwissenschaftliche Untersuchung dieses Problems, sondern zugleich auch ein Paradigma für die Methode des Vergleichs in der Politikwissenschaft gewesen zu sein. Auch das

normative Ergebnis dieser Studie Eugen Kogons kann heute noch Bestand für sich reklamieren, nämlich die Forderung nach „gemeinschaftlicher Kontrolle der Konzentration“. Sie darf nicht mit der Vergesellschaftung oder gar Verstaatlichung verwechselt werden, bezieht sich eben im strengen Sinn des Wortes auf die gemeinschaftliche Kontrolle des Vorgangs der Konzentration. Unsere Gegenwart, in der der geplante Zusammenschluß von Daimler-Benz und MBB auch auf seiten liberaler Konservativer Besorgnis auslöst, unterstreicht die Aktualität der Untersuchung und ihres Ergebnisses. Sie profitierte von drei Qualitäten des Wissenschaftlers Eugen Kogon: Von seinen gründlichen nationalökonomischen Kenntnissen (Eugen Kogon war Volkswirt von Hause aus), von seiner profunden Beschäftigung mit der Theorie der Demokratie und ihrer Geschichte, und von seinem normativen Engagement für die Freiheit. In ihrem Zeichen hat er die Gewerkschaften stets als Gegenmacht begriffen, ihnen aber gleichzeitig auch den modernen Weg gezeigt, auf dem diese Macht zugunsten nicht des Verbandswesens, sondern der Freiheit eingesetzt werden kann.

Kogons letztes wissenschaftliches Hauptwerk, das Buch „Die Stunde der Ingenieure, Technologische Intelligenz und Politik“, war der technischen Intelligenz gewidmet, der Thematik, der er in seinen Analysen der Industriegesellschaft und der Technologieentwicklung immer wieder begegnete. In Darmstadt, dem akademischen Freiraum, in dem sich zu bewegen Eugen Kogon stets genoß, wuchsen diese beiden Themen bald zu einer großen Fragestellung. Kogons empirische Studie über technologische Intelligenz und Politik stellt den ersten Versuch der Politikwissenschaft dar, den Unterschied zwischen der literarischen und der naturwissenschaftlichen Intelligenz auf den für die Moderne angemessenen Begriff zu bringen. Kogon sah die „Stunde der Ingenieure“ für gekommen, in der der klassische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zwar nicht aufgehoben, aber doch transformiert worden war in eine von der abhängig arbeitenden technologischen Intelligenz maßgeblich hervorgerufene Leistungs- und Konsumgesellschaft.

Das Bewußtsein dieser Ingenieure suchte Eugen Kogon zu analysieren. Stand am Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn die untersuchende Durchdringung des faschistischen Terrorstaates, war seine wissenschaftliche Lehre auf die Analyse und kritische Darstellung klassischer Formen von Herrschaft gerichtet, so wandte sich sein letztes Buch der antizipatorischen Reflexion über die Führungsprobleme

einer technisierten und damit weitgehenden re-privatisierten Welt zu. Kogon nahm damit ausgangs der 60er Jahre Themenstellungen auf, die, wie die der Ökologie, erst sehr viel später in das öffentliche Bewußtsein drangen. Vor allem aber warf er eine Frage auf, die bis heute nach ihm niemand in dieser Präzision wieder gestellt hat, die Frage nach dem Schicksal politischer Herrschaft in einer Welt der Hochtechnologie. Es war dies, sozusagen, seine einschlägige Antwort auf den Versuch der Technikwissenschaft, eine künstliche Intelligenz zu erfinden. Kogon forderte statt dessen die technologische Intelligenz auf, die politischen Folgen ihres Tuns mitzudenken, die, wie wir heute sagen, „Technikfolgenabschätzung“ vor allem auf dem Gebiet der Politik mitvorzunehmen.

Darin lag Weitsicht und Resignation zugleich. In der Tat wirft die hochtechnisierte, global arbeitsteilige (und, wie wir hinzufügen müssen, schon weitgehend internationalisierte) Industriegesellschaft des Westens hochkomplexe Steuerungsprobleme auf, denen mit den überkommenen Lenkungsgriffen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr beizukommen ist. Auch Kogon hat die Lösung nicht gefunden, wenn er sie auch mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer „supranationalen Autorität“ andeutete. Er sieht in der Gruppe der Ingenieure eine „sich ausbreitende Herrschaftsklasse eigener Art“, ähnlich, wie es Daniel Bell in den USA getan hat. Aber diese Herrschaft soll nicht in Technokratie ausarten, der Sachverstand nicht mit dem Argument des Sachzwangs zum neuen Diktator werden. Diese Gefahr sah Kogon sehr deutlich, und zwar nicht als Rekonstitution autoritär-reaktionärer Herrschaft, sondern gerade als Ausfluß liberal-sozialen Denkens. Der „Funktionsautoritarismus“ kann durchaus „patriarchal-sozialstaatlich“ denken. Aber er höhlt die Demokratie von innen aus, weil er an die Stelle pluralistischer Entscheidung die Verfügung über den Sachzwang setzt.

Dennoch suchte Eugen Kogon die Lösung nicht in einer neuen und sehr viel komplexeren Form politischer Herrschaft, er suchte sie überhaupt nicht bei den Politikern, bei denen er die intellektuellen Voraussetzungen vermißte. In dieser Resignation klang sicher auch die Enttäuschung darüber mit, daß es ihm in vielen Versuchen nicht gelungen war, die Politiker zum Erwerb politikwissenschaftlichen Wissens zu veranlassen. So suchte Kogon die Lösung bei den Technikern selbst, aber auch bei ihnen nicht etwa in deren zu verbessernder politikwissenschaftlicher Bildung, die auch sie verweigert hatten. Wäh-



Eugen Kogon beim „Springer Hearing“ 1968 in Berlin

Foto: dpa

rend Kogon seine wissenschaftliche Tätigkeit an der Technischen Hochschule Darmstadt aufgenommen hatte in der Absicht, die Ausbildung von Naturwissenschaftlern und Technikern durch „Einführungsvorlesungen in Soziologie und Politologie zu ergänzen“, so war er „jetzt der Meinung, allein schon Ökologie würde genügen, das zu erreichen, worauf es ankommt: ... den Sinn für die zivilisatorischen Zusammenhänge und die Existenzprobleme von heute“ zu erzeugen.

Gerade wer Kogon den Respekt entgegenbringt, den sein bedeutender Geist verdient, wird ihm hier widersprechen wollen, weil er sich damit selbst widerspricht. Seine wissenschaftliche Arbeit war durchweg dem Versuch gewidmet, eine Kritik der politischen Herrschaft zu entwickeln. Aus der vergleichenden Analyse der Vergangenheit lernend, bemühte sich Kogon kontinuierlich um die zeitgleiche Anpassung der Formen politischer Herrschaft an die Herstellung der Bedingungen von Humanität. Seine Arbeit war, wenn man ein Schlagwort der Gegenwart aufgreifen darf, der Selbstmodernisierung der modernen Politikwissenschaft ständig gewidmet – eben auf jener Suche nach immer neuen und immer größeren Möglichkeiten von Freiheit. Seine umfang-

reiche empirische Analyse des Bewußtseins der technologischen Intelligenz der Bundesrepublik war und bleibt ein Standardwerk empirischer Forschung. Es ist Kogon nicht mehr gelungen, dessen Ergebnisse für eine neue Grundlegung moderner Politik zu verarbeiten. Dafür, daß er sich wirklich mit dem Rückzug auf die Ökologie zufriedengegeben hätte, findet sich in seinen Darmstädter Arbeiten kein Hinweis.

Eugen Kogon war, gerade als Wissenschaftler, ein unermüdlicher Anwalt der Aufklärung. Der archimedische Punkt, von dem aus die Welt sich bewegen ließ, war für Kogon der menschliche Geist. Dessen Rationalität barg für Eugen Kogon die Möglichkeit zum Fortschritt – in der Technik und den Naturwissenschaften, aber eben auch in der Politik. Dieser Grundgedanke speiste Kogons unermüdliche Bereitschaft zum Diskurs, zum Austausch der Argumente, zum akademischen Raisonnement. Gerade deswegen schätzte er seine Tätigkeit als Hochschullehrer, war er so gern in Darmstadt, fühlte er sich an der THD zu Hause. In academia fand Eugen Kogon alles, was er für die Entfaltung seines großen Geistes brauchte. Hier war er Wissenschaftler, hier konnte er es sein.

Iring Fetscher

Dieser Revolutionär nahm die parlamentarische Demokratie ernster als seine bürgerlichen Gegner

Bemerkungen zu Brigitte Seebacher-Brandts Bebel-Biographie

Prof. Dr. Iring Fetscher, Jahrgang 1922, ist seit 1963 Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M.

Die Verfasserin, die, 1946 geboren, mit anderen, nüchterneren Augen auf die Vorkriegssozialdemokratie zurückblickt als die meisten Älteren, hat eine aufregend aktualisierte Bebel-Biographie geschrieben. Hinter fast jedem Kapitel ihres Buches spürt man das Bedauern darüber, daß Bebel nicht ganz anders war, daß er offenbar unwillig und außerstande gewesen sei, die wachsende Stimmenstärke der Sozialdemokratie in politischen Einfluß, in Gesetzgebungsinitiativen oder Regierungsbeteiligung umzusetzen. Friedrich Naumanns Idee eines großen Blocks „von Bebel bis Bassermann“ ist, so muß man sie wohl verstehen, vor allem an Bebels hartnäckiger „Prinzipienreiterei“ gescheitert. Die bekannte und schon oft – namentlich unter Hinweis auf den „Cheftheoretiker“ der Parteileitung Karl Kautsky – kritisierte Haltung des Parteizentrums wird von Brigitte Seebacher-Brandt im wesentlichen Bebels Charakter zugeschrieben. Neben einem verbissenen Festhalten am vulgärmarxistischen Evolutionismus ging eine korrekte und fleißige Mitarbeit Bebels an der Aufgabe des Reichstagsabgeordneten einher. Dort, im Reichstag, trat er für korrekte Kleidung und korrektes Verhalten („wir sind hier nicht in einer Kaschemme“) ein und beteiligte sich mit glänzenden und eindrucksvollen Reden an der allgemeinen Diskussion. Aber er versuchte weder mit den Liberalen noch mit der Zentrumsparterie Kontakt aufzunehmen und errötete sogar, als ihn der Reichskanzler Bethmann-Hollweg einmal freundlich ansprach und ihm die Hand gab.

Das Bild, das hier von Bebel gezeichnet wird, ist sicher nicht falsch, aber es unterstellt ihm die Möglichkeit eines prinzipiell anderen Verhaltens und einen damit erzielbaren Erfolg. Das Gegenbeispiel von Ludwig Frank, der im badischen Landtag durch Zusammengehen mit den dortigen Liberalen eine konservative Regierungsmehrheit verhindert hatte, ist deshalb nicht ganz überzeugend, weil Franks Eintritt in die Politik schon zu einem Zeitpunkt erfolgte, in dem – durch die werbende Wirkung Bebels und seines Kurses – die Sozialdemokratie zu einem nicht mehr zu übersehenden politischen Faktor geworden war und weil Baden weder Preußen noch das Reich war.

Vielleicht ist es aber sogar ein Vorteil, daß die Verfasserin Bebel mit skeptischer Distanz gegenüberstand. Auf diese Weise gewinnt nämlich das Bild des Autodidakten, des Wissensdurstigen, des Praktikers, Redners, Unternehmers Bebel um so größere Plastizität. Man kann diese ungemein materialreiche Biographie auch gleichsam gegen den Strich lesen und wird dann immer wieder beeindruckt vom Format dieses Volkstribuns aus der Arbeiterklasse. Die von Brigitte Seebacher-Brandt wiederholt beschriebene stürmische Begeisterung der Arbeiter, die Reden August Bebels hörten, läßt sich kaum an-

ders erklären als aus der Tatsache, daß hier einer der ihnen aus dem Herzen sprach. Er kannte die Not und das Elend der damaligen Arbeiter aus eigener Erfahrung und aus dem Kontakt mit notleidenden sächsischen und preußischen Arbeiterbezirken. Aber er kannte auch deren Sehnsucht nach einer besseren Welt, nach dem Umsturz der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse. Daß die Evokation der strahlenden Zukunft und des ihr vorausgehenden „großen Kladderadatsch“ der kapitalistischen Gesellschaft auch die Funktion einer „Ersatzbefriedigung“ haben konnte, war weder Bebel noch seinen Zuhörern bewußt und wäre von ihnen vermutlich auch energisch bestritten worden, hätte man es ihnen gesagt. Heute, im Rückblick, sieht das freilich anders aus. Heute erscheint uns das kaiserliche Deutschland als ein einheitliches Ganzes, von dem die disziplinierte und organisierte proletarische Subkultur der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ein wichtiger, integraler Bestandteil war. Aber konnte es denn wesentlich anders sein? Haben denn die französischen Sozialisten, auf die die Verfasserin mehrfach verweist, damals mehr erreicht? War nicht die Sozialgesetzgebung des Deutschen Reiches, die als Mittel zur Minderung des sozialdemokratischen Einflusses gedacht war, indirekt auch ein Erfolg für die Sozialdemokratie?

Gewiß, Bebels evolutionistischer Marxismus, der im Wachstum der deutschen Industrie und der Arbeiterklasse schon eine Garantie der künftigen Revolution erblickte, war naiv, aber zugleich erklärte und rechtfertigte er auch den von Frau Seebacher-Brandt mit so viel Verwunderung registrierten „Stolz“ Bebels auf die „Fortschritte“, die das Deutsche Reich gemacht hatte. Der Patriotismus dieses Internationalisten muß – so scheint mir – als ein Aspekt seiner Geschichtstheorie verstanden werden. Das Wort von Marx, mit der Reichsgründung habe sich der Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland verlagert und die wachsende Stärke der deutschen Sozialdemokratie machten Bebel „stolz“, so sehr er zugleich den reaktionären Charakter des neu-deutschen Reiches erkannte und kritisierte.

Paradox freilich wird dieser Stolz immer dort, wo er auch die preußische Disziplin und sogar die preußischen Junker einbezieht. An einer Stelle zumindest hatte ich allerdings den Eindruck, als sei Bebels „Lob“ für den preußischen Junker eher ironisch gemeint gewesen.

August Bebel, der mehrfach Gefängnis- und Festungsstrafen auf sich nehmen mußte, aber diese Monate und Jahre mit stoischer Gelassenheit ertrug, war – wie fast alle Sozialdemokraten –, als nach 12 Jahren der weitgehenden Einschränkung legaler Arbeit durch das „Sozialistengesetz“ endlich 1890 dessen Ende gekommen war, zweifellos „eingeschüchtert“. Die Furcht vor einem erneuten Verbot und vor dem so oft verhängten „kleinen Belagerungszustand“ saß den Genossen im Nacken; vermutlich mehr als notwendig und sicher mehr als gut für ihr Selbstbewußtsein war. In seinen Reden hat sich Bebel kaum Zwang auferlegt. Wenn man jedoch bedenkt, mit welcher harten Strafen schon die geringsten Übertretungen geahndet wurden, wenn sie von den verfolgten und diskriminierten Sozialdemokraten begangen wurden, kann man Bebels Zurückhaltung, was 1. Mai-Demonstrationen oder politische Streiks anlangt, schon verstehen.

Manche Formulierungen der Verfasserin erscheinen mir schlicht als ungerecht. So z. B. die Bemerkung, nach dem Zusammenbruch des Berliner Zigarrenarbeiterstreiks im Frühjahr 1868 habe sich „sein Empfinden radikalisiert, denn was war der Zusammenbruchswahn anderes als eine innere emotionale Radikalisierung und ein Eingeständnis, Wandel nicht selbst bewirken zu wollen?“ Hier scheint die Verfasserin zu übersehen, daß 1868 die organisierten Arbeiter eine verschwindende und verfolgte Minderheit waren.



August Bebel im April 1894. Bisläng unveröffentlichtes Foto aus dem Privatbesitz des Bismarck-Biographen Ernst Engelberg, dessen Vater Wilhelm das Bild im Kinzigtal (Schwarzwald) aufnahm.

Foto aus dem Buch „Bebel“ von Brigitte Seebacher-Brandt, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn

Das demokratische Bürgertum hatte sich soeben dem Staatsmann Bismarck unterworfen und durch nachträgliche Indernität seinen zeitweiligen Verzicht auf das Budgetrecht besiegelt. Sozialistische Arbeiter bildeten den kleinen linken Flügel der schwachen demokratischen Bewegung (etwa in der Deutschen Volkspartei oder in Gestalt des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins). Die Hoffnung auf soziale Veränderung lag notwendig in weiter Ferne. Die vulgärmarxistische Erwartung des „Zusammenbruchs“ konnte in dieser Lage immerhin Mut machen.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik sieht Brigitte Seebacher-Brandt das größte Verdienst August Bebel im Protest gegen die Annexion Elsaß-Lothringens, den er in seiner Reichstagsrede vom 26. 11. 1870 zum Ausdruck brachte. Die Rede ist – so ihre Formulierung – „ein Dokument der Standfestigkeit und Überzeugungstreue, des Scharfsinns und rhetorischen Geschicks.“ Der Krieg sei „gegen den Kaiser und die Armee Frankreichs“ angekündigt worden, nicht gegen das französische Volk. Die Hetze, die anlässlich dieser staatsmännischen Rede Bebel gegen ihn und die Sozialdemokratie losbrach, sollte nicht so bald verstummen. Bebel's Eintreten für die Pariser Kommune, deren Niederwerfung u. a. der aktiven Unterstützung durch die preußische Regierung zu „danken“ war, hat Bismarck – wie er rückblickend bekannte – zu dem Entschluß gebracht, mit allen Mitteln die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Das Sozialistengesetz, der kleine Belagerungszustand, der vollständige Ausschluß aller Sozialdemokraten von beamteten Positionen und – die Sozialgesetzgebung – sollten diese „zersetzenden Elemente“ vernichtend treffen. Daß gegenüber diesen Vernichtungsdrohungen des konservativen Preußen die Stimmenzahl der Sozialdemokraten dennoch fast regelmäßig wuchs, wurde nicht ohne Grund als Zeichen der Lebenskraft und als Unterpfand des kommenden Sieges angesehen. Mit diesem „Milieu“, in dem die Arbeiterbewegung des Kaiserreiches aufwuchs, hat sich die Verfasserin zu wenig beschäftigt. Die Arbeiterbewegung hat sich zwar in einer eigenen „Subkultur“ eingeeigelt, aber sie wurde zuvor aus der „offiziellen“ Gesellschaft ausgegrenzt. Ihre Isolation war eine erzwungene.

Die äußerste Verachtung, Verunglimpfung und Herabsetzung umgab alle Sozialdemokraten. Wenn daher Bebel auf korrekte Kleidung und zivile Umgangsformen einen so großen Wert legte, dann geschah es *auch*, weil er die groben Klischees und Schreckbilder desavouieren wollte, die in Zeitungen und Stammtischreden über Sozialisten verbreitet wurden. Die Arbeiter aber wollten stolz auf „ihren Bebel“ sein und wußten es zu schätzen, daß er im Reichstag auch auf die Gegner „Eindruck“ machte. Arbeiter konnten sich mit ihm identifizieren und hätten es kaum gut gefunden, wenn er die Formen verletzt hätte, die er dem „hohen Hause“ glaubte schuldig zu sein. Dieser Revolutionär nahm die parlamentarische Demokratie ernster als viele seiner bürgerlichen Gegner.

Die zweite außenpolitische Option, die für Bebel charakteristisch war, findet bei der Verfasserin nicht die gleiche durchwegs positive Anerkennung wie das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Elsässer und Lothringer. Es handelt sich um Bebel's proenglische Haltung. In ständiger Furcht vor einem russischen Angriff und beunruhigt über den französisch-russischen Vertrag, bekämpfte Bebel die unsinnige Tirpitzsche Flottenpolitik, die England zum Feind machen mußte, und gab insgeheim der britischen Regierung den Ratschlag, durch entsprechende Anstrengungen die Überlegenheit gegenüber der deutschen Flotte auszubauen. Ausreichende Stärke Englands, so seine Hoffnung, werde die deutsche Regierung von einem Krieg abhalten. Wie Friedrich Engels fürchtete Bebel einen verheerenden europäischen Krieg, für dessen Verhinderung er mit diplomatischen Mitteln, nicht jedoch mit dem politischen Massenstreik sich engagierte.

Eine Menge bisher unbekannter Informationen enthalten die Abschnitte des Buches, die über die geschäftliche Tätigkeit Bebels berichten. In meinen Augen mindert es den historischen Rang des Parteiführers in keiner Weise, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß er auch als Handwerker und Kleinunternehmer erfolgreich war. Solange die SPD noch eine arme Partei war, konnten nur Personen, die über eigenes Einkommen verfügten, als Abgeordnete für sie tätig sein. Bebel lebte – zunächst jedenfalls – mehr für die Partei als von ihr, und noch in seinem Testament hat er seine Partei reichlich bedacht.

Im Unterschied zu Brigitte Seebacher-Brandt sehe ich auch keinen Widerspruch zwischen Bebels Überzeugung, die kapitalistische Wirtschaft werde schließlich an ihren immanenten Widersprüchen zugrundegehen und seiner gewissenhaften Verwaltung des kleinen Vermögens, das er durch unternehmerische und schriftstellerische Tätigkeit erworben hatte. Friedrich Engels hat es im übrigen nicht anders gehalten. Solange das kapitalistische Wirtschaftssystem noch existiert, ist jeder genötigt, sich seinen Gesetzmäßigkeiten anzupassen. Im übrigen zeigt die Aufstellung des Testaments, daß Bebel sehr vorsichtig bei der Anlage von Ersparnissen und Erbschaften war. Die oft erwähnten „Papiere“ sind samt und sonders öffentliche Anleihen, keine Aktien, auf deren Kurssteigerung er spekuliert hätte. Marx, der gelegentlich leichtsinniger war, hat mit Aktienspekulation einmal sogar erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Verdienstvoll ist in diesem Zusammenhang, daß die Verfasserin die von der gegnerischen Presse wiederholt beschworene schweizerische Villa auf ihre reale Dimension herunterholt. Schon um angesichts immer wieder drohender Verfolgungen eine sichere Zufluchtstätte zu haben, hatte Bebel ein Mehrfamilienhaus erworben, in dessen Dachgeschoß er eine eigene Wohnung besaß.

Die Eigenart dieser neuen Bebel-Biographie wird besonders deutlich, wenn man ihre Urteile mit denen vergleicht, die z. B. Hermann Wendel in seiner biographischen Skizze (1923) formuliert. Wendel schreibt „In Wahrheit war Bebel weder ein geschmeidiger Opportunist, wie die einen sagten, noch ein unentwegter Radikalissimus, wie die andern meinten, und erst recht nicht, wie die dritten wollten, eine komplizierte Erscheinung, in deren Brust der praktische Politiker und der orthodoxe Theoretiker in stetem Bürgerkrieg miteinander lagen, sondern wie alle großen Naturen war Bebel klar und einfach. Einen leuchtend unverrückbaren Stern hatte er über sich: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Umwälzung der bestehenden Gesellschaft. Diesem Ziel ordnete er alles andere unter, und wer zum Zweifler an diesem Ziel wurde, der war sein Freund nicht.“ Diesem engen Zusammenhang von festgehaltenem Fernziel und reformerischer Tagesarbeit gab Bebel selbst gelegentlich Ausdruck: „Für uns ist die Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft nur da, um unseren Kampfboden so günstig wie möglich zu schaffen.“ Damit rechtfertigte er sein Eintreten auch für so spezielle Verordnungen wie eine Arbeitszeitregelung für Bäcker (1896) oder die Bekämpfung von Soldatenmißhandlungen in Armee und Marine.

Aber auch wenn man an der theoretischen Haltbarkeit der These von der Verbindung von Reformarbeit und revolutionärem Fernziel zweifeln wollte, bleibt doch die Wahrscheinlichkeit groß, daß nur die Furcht vor der von Bebel beschworenen Revolution die herrschenden Kreise zu Konzessionen auf sozialpolitischem Gebiet veranlaßte. Eine Sozialdemokratie, die von vornherein sich kompromißbereit gezeigt hätte, wäre kaum einflußreicher gewesen und hätte kaum die Massen mobilisiert.

Das hohe Ansehen, das Bebel zuletzt auch von seinen politischen Gegnern und von der „bürgerlichen Presse“ entgegengebracht wurde, hing aber nicht zuletzt von der Integrität

seines Charakters ab und davon, daß er immer wieder mit größter Energie gegen Mißstände sich engagierte. Das gilt sowohl für die Brutalitäten deutscher Truppen in Afrika als auch für den politischen Antisemitismus, der bis in die Reihen der Arbeiterbewegung eingedrungen war und mit dessen Hilfe eine Zeitlang sogar die „respektablen“ Konservativen Stimmen zu gewinnen suchten. Bebel war ein Anwalt aller Schwachen und Unterdrückten. Gegen die Welle des Chauvinismus und Sozialdarwinismus hielt er unerschütterlich an den Idealen der internationalen Solidarität und des Friedens fest. Wenn er 1907 auf dem Kongreß der Internationale und danach davor warnte, die kriegsverhindernde Macht der Arbeiterbewegung zu überschätzen, so urteilte er nur nüchtern und illusionslos, weil er aus Erfahrung wußte, wie stark nationalistische Emotionen in Zeiten internationaler Spannungen zu sein pflegen. Brigitte Seebacher-Brandt nimmt an, daß Bebel am 4. 8. 1914 nicht anders votiert hätte als die damalige Reichstagsfraktion. Vielleicht, aber einiges spricht doch auch dagegen. Zumindest hätte Bebel sehr energisch gegen jede Eroberungsabsicht sich gewandt und die Verletzung der belgischen Neutralität verurteilt.

Daß die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder, die von der Absicht eines über belgisches Territorium durchzuführenden Feldzuges im Westen informiert waren, ihre Kenntnis nicht an die interessierten Regierungen weitergaben, gehört zum legalistischen Verständnis ihrer patriotischen Pflicht. Immerhin haben sie auf Grund ihres Wissens die Kriegsgefahr realistischer eingeschätzt. Karl Kautsky, dessen Theorie dem praktischen Konzept der Bebelschen Politik weithin entsprach, soll 1914 in einem Gutachten für die Reichstagsfraktion das typisch professorale Votum abgegeben haben: Wenn es sich um den imperialistischen Krieg handelt, den wir seit langem vorausgesehen haben, dann müßten wir die Anleihe ablehnen, sollte es sich jedoch um einen reinen Verteidigungskrieg handeln (vor allem gegen das zaristische Rußland, mit dem Frankreich verbündet war), dann müßten wir unser Vaterland schützen und für die Anleihe stimmen; da sich die Frage allerdings nicht eindeutig entscheiden läßt, sollte die Fraktion sich der Stimme enthalten. Bebel jedenfalls hätte so auf keinen Fall entschieden. Es ist aber offen, ob er sich mit Rosa Luxemburg gegen die Kriegskredite oder mit der Fraktionsmehrheit für sie ausgesprochen hätte. Die Zustimmung zu Teilen der Finanzierungsgesetze für die Heeresvermehrung (1913), die die Verfasserin Bebel indirekt zum Vorwurf macht, war doch ein konkretes Beispiel für die von ihr wiederholt angemahnte Mitwirkung an Gesetzgebung und Regierung. Dabei war die Tatsache, daß die Mittel durch progressive Besteuerung von Vermögen aufgebracht werden sollten, zweifellos entscheidend. Jedenfalls führt von hier aus kein zwingender Weg zur Kriegsanleihe vom August 1914.

Was man aber auch immer gegen dieses neue Bebel-Bild einwenden mag, unbestreitbar regt es zur Diskussion an. Ein Rezensent hat – nicht zu Unrecht – darauf aufmerksam gemacht, daß die Verfasserin von aktuellen Problemen der SPD ausgeht und sie gleichsam in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückprojiziert. Als Methode, die zu einem angemessenen Bild der damaligen Realität führt, ist das gewiß problematisch, wenn man aber berücksichtigt, daß die SPD auch noch nach 1945 vom Erbe der Vergangenheit geprägt war und die „Unbeweglichkeit des Tankers“ mit diesem Erbe zusammenhängt, macht diese Umwertung der Werte einigen Sinn.

Von seinem hohen Denkmalsockel heruntergeholt, hört Bebel damit auf, der strategischen und taktischen Beweglichkeit der SPD im Wege zu stehen. Wenn man sich dennoch wünscht, daß dieser großen Gestalt nicht nur der Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern der deutschen und europäischen Geschichte die berechnete Anerkennung und Bewunderung bewahrt bleiben möge, so ist das sicher nicht unberechtigt.

Zum Schluß möchte ich auf ein paar kleine Schönheitsfehler hinweisen. Das Buch arbeitet mit vielen unveröffentlichten und veröffentlichten Quellen, gibt aber – leider – keine Nachweise – außer den pauschalen Angaben am Ende. Manchmal möchte man ein Zitat im Zusammenhang nachlesen, um die Deutung überprüfen zu können, manchmal möchte man auch gerne wissen, wo sich die Quelle einer Information befindet. Der Stil ist meist lebendig und flüssig wie schon der der Ollenhauer-Biographie. Unangenehm empfinde ich allerdings den neudeutsch-bürokratischen Ausdruck „der Redner hob auf dies und jenes ab“. Das Bild ist unglücklich und schief, auch wenn es heute oft genug benutzt wird. Vermutlich soll gesagt werden, der Redner habe besonders dies und das hervorgehoben. Oder: vor dem Hintergrund der düsteren Vergangenheit hob sich sein Bild der Zukunft um so heller ab. Aber „er hob ab“? Das könnte man nur von einem Flugzeugpiloten sagen, der startet. Zwei sachliche Fehler sind mir aufgefallen, ohne daß ich darauf besonders geachtet hätte: „An dieses Malthus'sche Gesetz knüpfte Adam Smith an . . .“ (S. 55) Das wird Smith nicht gut möglich gewesen sein, denn er starb schon 1790, als Malthus „sein“ Gesetz noch nicht veröffentlicht hatte (1798). Der andere Fehler beruht auf einer Namensverwechslung. Wolfgang Heine konnte 1928 nicht gut an Lilly Braun schreiben, da diese schon 1916 gestorben war, es muß sich also um ein Schreiben an Julie Braun-Vogelstein handeln, von der auch die Biographie ihres Mannes „Heinrich Braun, ein Leben für den Sozialismus“ stammt.

Der Hinweis auf Lilly Braun bringt mich noch einmal auf den August 1914. Nicht nur der eindrucksvolle Reformist Ludwig Frank, auch die feministische Reformistin Lilly Braun fiel 1914 um und wurde zur kriegsbegeisterten Nationalistin. So sehr engagierte sie sich für den Kampf, daß sie sogar ihren vielgeliebten einzigen Sohn dazu motivierte, nach ausgeheilter Verwundung sich abermals freiwillig ins Feld zu melden, wo er wie Ludwig Frank gefallen ist. Wenn die Entscheidung, für die Kriegskredite zu stimmen, ein Fehler war, wie Brigitte Seebacher-Brandt und ich annehmen, dann war er offenbar nicht auf die Angehörigen des von ihr kritisierten parteipolitischen Zentrums beschränkt. Karl Kautsky gehörte immerhin zu den ersten, die 1915 ihren Fehler korrigierten. Er wurde dafür mit dem Entzug der Redaktion der „Neuen Gesellschaft“ bestraft. Wäre nicht vielleicht wenigstens diese Entscheidung unter Bebels Parteiführung anders ausgefallen? Die Parteisplaltung, die sich schon während des Krieges abzeichnete, hätte Bebel gewiß zu verhindern gewußt. Daß solche Integrationsleistung oft mit einem Verlust an Eindeutigkeit erkaufte wird, sollte die Verfasserin wissen. Immerhin hat Bebel stets dafür gesorgt, daß Personen wie Eduard Bernstein auf der einen Seite und Rosa Luxemburg auf der anderen in der Partei bleiben konnten und – trotz aller Kritik – nicht ausgeschlossen wurden. Der von der Verfasserin favorisierte kooperative Kurs der Fraktion im Reichstag wäre auch aus Gründen des Erhalts der Parteieinheit nicht möglich gewesen. Er hätte ziemlich sicher zur Spaltung geführt.

Brigitte Seebacher-Brandt:
Bebel – Kämpfer und Kämpfer im Kaiserreich
Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1988, 416 S.,
DM 38,-

Freimut Duve Deutsch-französische Gemeinsamkeiten, deutsch-französische Mißverständnisse

Freimut Duve, geboren 1936, ist Herausgeber der politischen Taschenbuchreihe rororo-aktuell und Abgeordneter des Deutschen Bundestages, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Vorsitzender der Arbeitsgruppen „Kunst und Kultur“ und „Frankreich“ der SPD-Fraktion. Sein Essay geht zurück auf einen Vortrag, den er am 28. 10. 1988 in Belfort auf einem von Jean-Pierre Chevènement veranstalteten Colloquium „L'idée de Nation et l'idée de Citoyenneté en France et dans les pays de langue allemande sous la Révolution“ gehalten hat.

Die Idee der Nation, die Idee von den Rechten der freien Bürger – was haben sie uns gebracht, den Franzosen, uns Deutschen?

Ich will einen Sprung in unsere gemeinsame Gegenwart wagen. Dabei beschäftigt mich folgende Frage:

Könnte es nicht sein, daß wir, bei aller theoretischen Übereinstimmung in Fragen der nachrevolutionären Geistes- und Kulturgeschichte, bei dem exegesischen Verständnis für Reaktionsweisen der Deutschen auf die Grundwerte der Revolution und für deren Wirkung auf das 19. Jahrhundert, ein Grundproblem nicht genug herausarbeiten, das uns – auch im deutsch-französischen Verhältnis – bis in die Gegenwart beschäftigt?

Haben wir uns nicht zu wenig Gedanken gemacht über

- den Charakter von politischer Öffentlichkeit in den beiden Traditionen?
- die Unterschiede in der Art der geistig-politischen Diskussionen?
- die jeweilige Struktur des politischen Prozesses selbst?

Ich bin in den letzten Jahren immer mehr zu der Überzeugung gelangt, daß viel von den deutsch-französischen Gemeinsamkeiten und ebensoviel

von den deutsch-französischen Mißverständnissen besser zu verstehen (und leichter zu überwinden) wäre, wenn die Menschen in beiden Ländern eine genauere Kenntnis von der Unvergleichbarkeit der politischen Strukturen im jeweils anderen Land hätten.

Wir sind auf diese Struktur-Frage besonders verwiesen worden, als die französischen Intellektuellen geradezu schockartig auf die Friedensbewegung in der Bundesrepublik reagierten. Auch die Art und Weise, wie bei uns Umweltfragen diskutiert wurden, stieß auf Unverständnis. Beide wurden mit französischen Augen gesehen, mit französischen Ohren gehört.

Der große Aufklärer und Freund der Französischen Revolution *Adolf von Knigge* hat auf den grundsätzlichen Strukturunterschied schon vor bald 200 Jahren hingewiesen:

„Wir haben nicht, wie ehemals Frankreich, nur Einen Mittelpunkt, den ein kleiner Cirkel privilegierter Volks-Schinder umgiebt; sondern eine Menge Höft“,

also Kleinstaaten.

Knigge sagte auch:

„Angenommen aber auch, daß ein Volk in Teutschland so auf's Aeusserste getrieben würde, daß ein allgemeiner Geist der Rebellion es ergriffe, so fühlt vielleicht gerade dies Völkchen sich allein zu schwach zur Ausföhrung zu schreiten. Es ist aber von Nachbarn umgeben, die keine Ursache haben, mit ihm gemeinschaftliche Sache zu machen, die vielmehr ihren Fürsten lieben.“

Das Begriffspaar zentral – dezentral sagt wenig aus über den viel tiefer liegenden Unterschied zwischen dem auf Paris konzentrierten Zentralstaat und der deutschen Vielstaaterei. Es geht nicht nur um die Zentrale bzw. um ihr „Fehlen“, es geht um eine *grundsätzlich andersartige Form von Öffentlichkeit*, die sich aus dieser unterschiedlichen Geschichte ergibt.

Knigge macht an mehreren Stellen eindringlich darauf aufmerksam, daß es in der vielgestaltigen Vielstaaterei der Deutschen ein permanentes Konkurrenzverhältnis sowohl an Fürsten-Benevolenz wie an rebellischem Geist gegeben hat.

Beides zusammen führt zu einem *Reformdruck aus Revolutionsangst*:

Wer wie die Franzosen seit 200 Jahren stolz ist auf

ein weltgeschichtliches Zentralereignis wie die Revolution, der entwickelt und bewahrt sich ein distanzierendes Verhältnis zur Reform.

Wer dagegen wie die Deutschen seit 200 Jahren Angst vor der Revolution hat, der denkt ständig darüber nach, wie er sie durch schrittweise Veränderungen unterlaufen kann – graduelle Reform als Dauerauftrag.

Daß selbst Hitler seine faschistische Konterrevolution gegen die Idee von der Gleichheit der Menschen und gegen die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte erfolgreich beim deutschen Bürgertum mit der allgemeinen Revolutionsangst begründen konnte, spricht nicht gegen, sondern für meine These.

Die Idee der Nation, die Vorstellung nationaler Identität bei Deutschen und Franzosen ist so grundsätzlich verschieden, daß ich dazu einige Bemerkungen machen möchte.

Kaum jemand weiß, daß der innerste Begriff des französischen Gemeinschaftsgefühls: ‚La France‘ keinerlei Entsprechung in der deutschen Geistes- und Staatengeschichte hat. Der erste und bisher einzige Staat, der in seiner offiziellen Bezeichnung den Begriff „Deutschland“ trägt, ist die Bundesrepublik, ein Rest- und Westdeutschland seit 1949 und in sich selbst schon ein markanter Ausdruck für die Unvergleichbarkeit mit unserem westlichen Nachbarn. Niemals zuvor hätte der Begriff Deutschland so angewendet werden können, um die Einheit von Staat und Nation zu bezeichnen – wie bei ‚Great Britain‘ und ‚La France‘. Deutschland als staatliche Einheitsnation hat es nie gegeben.

Wir haben uns zweihundert Jahre mit diesem Traum herumgeschlagen. Blutige Irrwege hat uns der schmerzende Neid auf die „eine“ Nation der anderen beschert.

Heute haben die meisten von uns diese Lektion gelernt: Die Deutschen der NS-Zeit verschlangen ein Buch mit dem Titel ‚Volk ohne Raum‘, heute sind ausländische Beobachter verstört, bei uns ein ‚Volk ohne Traum‘, jedenfalls ohne nationalen Traum, anzutreffen.

Ich empfinde dies nicht als Manko, sondern als Ausdruck der deutschen Geschichte. Völker sind keine biologischen Entitäten, die immer zu einer ähnlichen Ausdrucksform drängen. Der französische Nationalstaat ist nicht der „Normalfall“, und die deutsche Vielgestalt ist nicht der historische „Anormalfall“.

Ich halte den post-nationalen Zustand, in dem die Westdeutschen sich befinden, für gut.



Freund der französischen Revolution: Adolf von Knigge
Foto: Ullstein

Also: Wir müssen uns sehr klar darüber sein, was die jeweils anderen meinen, wenn diese von sich und ihren Verhältnissen sprechen.

Ich möchte die *strukturellen Unterschiede*, deren große Bedeutung ich anfangs erwähnt habe, beschreiben anhand der Art und Weise, wie in der Bundesrepublik und in Frankreich mit dem 1. Januar 1993 (dem Jahr, in dem wir der Enthauptung des französischen Königs gedenken werden und der Zeitpunkt, an dem der europäische Binnenmarkt Wirklichkeit werden soll) umgegangen wird.

Wir beide – Deutsche und Franzosen – sind bereit, immer mehr Elemente staatlicher und damit auch nationalstaatlicher Souveränität aufzugeben. Wir post-nationalen Deutschen haben es in vielem leichter und in manchem schwerer als die Franzosen.

In beiden Ländern wird ganz unterschiedlich auf dieses Datum – 1. 1. 1993 – reagiert:

Bei uns gibt es fünf Elemente fundamentaler Skepsis, die ich in Frankreich kaum diskutiert sehe.

Demgegenüber beruht die französische Position auf zwei fundamentalen Grundüberzeugungen, in denen die Überzeugungskraft zentraler Themenregisseure zu spüren ist. Diese Positionen allerdings spielen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik praktisch keine Rolle.

Ich meine die in Frankreich wirklich dramatisch artikulierte Hoffnung, daß das Jahr 1993 mit dem einheitlichen europäischen Binnenmarkt ökonomisch den großen Durchbruch, den Sprung nach vorne bringen wird, auf der Rennbahn der großen Wirtschafts- und Machtblöcke. Außerdem wird mit dem Jahresbeginn 1993 in Frankreich die weitere Festigung der eigenen internationalen Rolle erhofft.

Ähnliches wird natürlich von unserem Bundeskanzler oder von den Leitartiklern in großen Zeitungen auch gesagt. In der öffentlichen Diskussion spielen diese Überlegungen jedoch nur eine untergeordnete Rolle.

Was sind die fünf *Elemente der Skepsis* auf bundesdeutscher Seite?

1. Die Furcht vor einem Verlust an politischer Partizipation.
2. Die Sorge, daß erreichte Qualitätsstandards in der Umweltpolitik auf einen niedrigeren Stand gezwungen werden könnten.
3. Die Furcht, daß unter konservativem Druck Erregenschaften unseres Sozial- und Wohlfahrtsstaates, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften durchgesetzt worden waren, einer Modernisierung nach britischem oder amerikanischem Muster weichen müßten.

Hinzukommen zwei Überlegungen auf dem Gebiet der Außenpolitik, die ich nur kurz erwähnen möchte:

4. Könnte der Dialog mit den Nachbarn der Deutschen in Ost- oder Mitteleuropa gestört werden, wenn in Westeuropa eine noch intensivere Zusammenarbeit zur politischen Wirklichkeit wird? (Ich glaube das überhaupt nicht).
5. Wird sich Europa mit höheren protektionistischen Mauern gegenüber Produkten, die in Ländern der Dritten Welt hergestellt worden sind, umgeben?

Die öffentliche Begeisterung in Frankreich und die erwähnten skeptischen Gedanken in der Bundesrepublik spiegeln die unterschiedliche Struktur unserer Debatte, unserer Ängste, ja unserer Werthierarchien – trotz unserer gemeinsamen Wurzeln in der Aufklärung und der Revolution, in der Idee der Bürgerrechte und in den Lektionen, die wir aus der Idee der Nation gelernt haben.

Ich will versuchen, an einem Beispiel – dem der *Partizipation* – den grundsätzlichen Unterschied aufzuzeigen. Er ist mehr in der Struktur als im Inhalt zu suchen.

Bei uns wird befürchtet, daß die Mitwirkungsrechte der Bürger nach 1992 weiter abnehmen könn-

ten. Manche sprechen gar von einer dramatischen Schwächung der Mitbestimmungsrechte.

Ich bin Abgeordneter eines Wahlkreises, in dem es unter dem Bundestag noch drei demokratische, durch Wahlen legitimierte Repräsentationsgremien gibt: Den Ortsausschuß, die Bezirksversammlung und die Hamburger Bürgerschaft. Als Mitglied des nationalen Parlaments habe ich „über mir“ noch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

In allen diesen Bezeichnungen:

Ausschuß, Versammlung, Bürgerschaft, Bundestag und Parlament

sind übrigens *erst revolutionäre Vorgänge* Institution geworden.

Bei der Debatte um den *europäischen Binnenmarkt* interessiert uns *weniger der mögliche Souveränitätsverlust der Exekutive* – oder dessen, was man noch Nationalstaat nennen kann –, *sondern der Partizipationsverlust der repräsentativen Demokratie*.

Frankreich fragt, was bringt es der Nation: Da der Binnenmarkt ökonomisch nicht aufzuhalten ist, wird die Zukunft rosig, werden die Briten als Störenfriede empfunden.

Wenn ich aber auf diese Weise meine Skepsis erläutere, kann es mir durchaus passieren, daß ein französischer Journalist notiert: „Politischer Widerstand der SPD in der Bundesrepublik gegen Binnenmarkt“.

Mir ist diese Form der Berichterstattung häufig begegnet, aber sie berücksichtigt nicht unsere Art der Diskussion. Natürlich gibt es keinen ernstzunehmenden Widerstand gegen die vertiefte wirtschaftliche Integration. Doch wir dürfen nicht die angemeldeten Bedenken übergehen, die sich in der Hoffnung bündeln, durch einen Diskussionsprozeß die Art und Weise, wie Europa zusammenwächst, stärker demokratisch zu legitimieren und möglicherweise den drohenden Partizipationsverlust aufzuhalten.

In der *Bundesrepublik* gibt es eine *dezentrale Disputation*, manchmal auch eine aufgeregte Diskussion, die von außen häufig nicht wahrgenommen wird.

Aber es gibt die Hoffnung, einen von der Exekutive vorbereiteten Schritt doch noch zu verhindern oder zu verändern. Wenigstens können wir uns dem partizipatorischen Traum hingeben, wir hätten vielleicht noch eine Entscheidung beeinflussen können.

Wir Deutschen haben nie eine kulturell und politisch zentrale Signalanlage besessen, wie es die kulturelle Großorganisation namens ‚Paris‘ verkörpert. Wir beneiden das manchmal: Diskussionen in

Frankreich sind Diskussionen in Paris. Sie sind überschaubar. Das Personal ist wohlsortiert. Es entsteht der Gesamteindruck einer ständigen, dramaturgisch hervorragend vorbereiteten kulturellen Veranstaltung in Permanenz. Ein Teil des Drehbuchs schrieb die Französische Revolution. Stichworte kommen von den jeweils Mächtigen (auch deren Personal ist häufig raschen Auf- und Abgängen unterworfen).

So etwas hatten wir nie und ist bei uns nicht denkbar. Schon die zeitgenössischen Analytiker der Französischen Revolution hatten darauf hingewiesen. Wer die Erscheinungsorte der Broschüren und Flugblätter aus den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts mit denen Frankreichs vergleicht, wird sehen, wie vielfältig nicht nur die Stimmen, sondern auch ihre Herkunftsorte waren.

(Auch der Versuch der Hitler'schen und Goebels'schen Radikalkur, endlich eine machtvolle Zentrale zu etablieren, ist eher ein Beleg für die Richtigkeit meiner Feststellung.)

Ich möchte eine *überspitzte These* wagen: Die Partizipationsidee, der Wunsch, an Entscheidungen beteiligt zu sein oder auch, Nein sagen zu können, die Forderung nach partikularen Reformen, ist um so stärker, je schwächer die Identität von Regierten, der Regierung und der Nation ist: Je „post-nationaler“ der politische Bewußtseinsstand, um so skeptischer die Haltung gegenüber „großen Staatsaktionen“.

Die These ist als Anregung gemeint. Es gibt durchaus Vorgänge, die dieser Einschätzung widersprechen. Ich bin nicht sicher, wie stichhaltig meine Feststellung bleiben wird. Zumindest ein Vorgang unserer jüngsten Vergangenheit scheint mir ein wichtiges Indiz für ihre Richtigkeit zu sein: Die Auseinandersetzung um die *Nutzung der Atomenergie* hat zu großen gegenseitigen Verwunderungen geführt. Ende der 60er Jahre dominierte in der Bundesrepublik wie in Frankreich in den politischen Führungsgruppen die feste Überzeugung: Atomenergie, das ist die wirtschaftliche Zukunft! Wer sie hat, kann im Wettlauf der Industrienationen mithalten; wer sie nicht hat, wird ökonomisch zurückfallen.

Auch bei uns war für viele Politiker und Ingenieure der Kern ihres Verständnisses vom gesellschaftlichen Fortschritt eng verknüpft mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie. In Frankreich ist dies bis heute unbestritten.

Es war die dezentral strukturierte Partizipation der Bürger, die zwei kritische Argumente in die politische Diskussion in der Bundesrepublik eingebracht hat:



La France, erneut verkörpert: de Gaulle Foto: dpa

- Kerntechnische Anlagen würden ihren Standort, die Umwelt, ihre nähere Umgebung und die Landschaft verändern, vielleicht gefährden.
 - Die nukleare Großtechnologie wird künftig unsere Partizipationsmöglichkeiten beschädigen, ja eines Tages vielleicht zerstören: Wir Bürger wollen uns keinem Sach-Zwangs-Staat unterwerfen.
- Entscheidend war (und ist) für uns in der Bundesrepublik das *Ergebnis des Protestes*: Die nukleare Kapazität wurde um zwei Drittel gekürzt (heute eine ökonomisch als sinnvoll empfundene Entscheidung). Und zweitens wurde vor allem die Zukunftsweisheit der ökonomischen Berechnungen der Zentrale, der Exekutive zutiefst erschüttert. Damit wurde die Klugheit von Partizipationsvorgängen aufgewertet.

- Es war Partizipation auf den drei Ebenen:
- Veto der örtlichen Gremien,
 - überregionaler Protest und
 - Mobilisierung einer dezentral geführten und über Jahre andauernden Medien- und Wirtschaftsdiskussion.

Dies ist ein typisches Beispiel für die hier anders als in Frankreich ausgeprägten Mitbestimmungsformen. Dabei spielt die *Struktur der Öffentlichkeit* die hervorragende Rolle:

- Eine öffentliche Debatte, die in keinem Zentrum stattfindet und von niemandem konzentriert werden kann,
 - Landtagswahlkämpfe,
 - kommunale Dispute,
 - lokale Demonstrationen
- sind in der Bundesrepublik ebenso Teil der nationalen, gesamtstaatlichen Themensetzung wie die größeren Ereignisse und Wahlen auf Bundesebene. Die vielfach gegliederte partizipatorische Diskussion etwa in den über das ganze Land verstreuten Akade-

mien mobilisiert in einer Weise Inhalte der öffentlichen Debatte, die mit dem großen kulturellen Themenfokus Paris nicht vergleichbar sind.

Wir werden um so rascher eine europäische Familie, je wacher und kenntnisreicher wir historisch gewachsene Strukturen und ihre Wirkung auf Ideen ebenso genau betrachten wie die Ideen und ihre Autoren selbst. Hätte es mehr Einübung in diese Form der Beobachtung gegeben, wäre manches Zitat, das deutsche Journalisten aus Frankreich berichteten bzw. französische Journalisten aus der Bundesrepublik, auf der jeweils anderen Seite weniger dramatisch und weniger selbstbespiegelnd aufgenommen worden.

Christian Deubner Kontinuität und Wandel in der französischen Europapolitik

Dr. habil. Christian Deubner, Jahrgang 1942, Diplom-Politologe, ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris und Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Mehr Kontinuität als Wandel

In Frankreich hat zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren die Regierungspartei gewechselt, die Sozialisten sind wieder – wenn auch nur mit einer Minderheit – am Ruder, die Verwirklichung der einheitlichen Akte für die Europäische Gemeinschaft rückt näher. Das sind Gründe genug, um die französische Europapolitik einmal Revue passieren zu lassen: haben sich ihre Grundlagen und Ziele mit dem innenpolitischen Wandel geändert? Wie stellt sie sich zu den Herausforderungen von 1992?

Die Antwort ist, daß sich in der Europapolitik nur wenig geändert hat. Nach einem kurzfristigen Vordringen von weniger europafreundlichen gaullistischen Positionen des RPR im Jahre 1986 setzte sich wieder eine stark pro-europäische Haltung durch, in der sich die strukturellen französischen Interessen in Europa spiegeln. Wesentliche Elemente der Politik von vor 1986 wurden auch von der bürgerlichen Re-

gierung wieder aufgenommen und im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf „1992“ in den Vordergrund geschoben. Offenbar verfolgt auch die neue Regierung *Rocard* diese Linie weiter.

Die Kontinuität der französischen Probleme, der Wandel der Weltwirtschaftsordnung

Der wesentliche Grund für diese Entwicklung ist die Fortdauer der französischen Konkurrenzschwäche in der EG. Diese französischen Schwächen zeigen sich an den wirtschaftlichen Problemen des Landes im Inneren und im Außenaustausch. Die Arbeitslosigkeit bleibt mit über 2,5 Millionen im westeuropäischen Vergleich auf alarmierender Höhe. Wie vielfach vorausgesagt, hat sich nach dem Verschwinden der Ausnahmebedingungen von 1985 – als die Dollarpreise für das importierte Erdöl drastisch sanken – das französische Defizit im Außenhandel wieder hergestellt. Schlimmer noch, erstmals ist es auch im Industriewarenhandel zu einem Defizit für Frankreich gekommen. Überlegene Konkurrenten kommen außerdem nicht mehr nur aus Europa, sondern zunehmend und je nach Branche auch von außerhalb, vor allem aus Ost- und Südostasien, aber auch den USA.

Zweitens haben der Börsenkrach und die Währungskrise vom Herbst vergangenen Jahres das Interesse verschiedener europäischer Regierungen an einer zeitweiligen Kooperation in geldpolitischen Fragen erhöht.

Zur Lösung der anstehenden Probleme greift der französische Staat auch weiterhin auf traditionelle

merkantilistische Strategien zurück, selbst wenn es in den letzten vier Jahren deutliche Liberalisierungsschritte in der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik gegeben hat. Neomerkantilistische Politik zum Aufholen der Konkurrenz-Rückstände stellt die gesellschaftlich-politischen Strukturen Frankreichs, die ihnen vielfach zugrunde liegen, am wenigsten in Frage. Diese Politik sieht sich angesichts der neomerkantilistischen Deformationen der Weltwirtschaftsordnung in den letzten fünfzehn Jahren gerechtfertigt und legitimiert. Die Widerstände gegen die Anwendung traditioneller französischer Politiken auf europäischer Ebene haben sich infolgedessen in der EG und selbst in der Bundesrepublik verringert.

Die Politik der Europäischen Gemeinschaft hat sich in den letzten Jahren infolgedessen auch etwas „französiert“: Verschärfung der gemeinschaftlichen Außenwirtschaftspolitik, Vertiefung der Währungs-kooperation, Ausweitung der europäischen Technologiepolitik sind die wesentlichen Schritte, die diesen Weg seit 1981 markiert haben und auf deren Fortsetzung auch die heutige Regierung nicht mehr verzichten möchte.

Die Wiederentdeckung der Europapolitik

Sei es nun im Gefolge der Neubetonung Europas oder sei es aufgrund anderer Zusammenhänge, jedenfalls hat sich auch die öffentliche Meinung den europapolitischen Fragen sehr positiv zugewandt. So wünschten sich bei einer kürzlichen Umfrage immerhin 79 % der Befragten die Schaffung einer europäischen Währung (und zwar immerhin noch 71 % der kommunistischen Wählerschaft), 67 % befürworteten die Wahl eines direkt gewählten europäischen Präsidenten, und – man höre und staune – 56 % wünschten sich die Schaffung einer europäischen Armee unter multinationalem Oberbefehl. Mit diesen Zahlen stand Europa unumstrittener positiv da, als fast alle anderen Themen dieser Umfrage außer der Ausbildung.

Europapolitik hat für alle Mitgliedsländer der EG eine nationale, innenpolitische, und eine europäische Dimension. Sie verwirklicht sich sowohl in *interner Anpassung* an die Regeln und Gegebenheiten der europäischen Umwelt wie in dem Streben nach deren Veränderung durch eine *nach außen gerichtete Politik*. Nationale Europapolitik ist damit intern auch immer eine Auseinandersetzung um das richtige Maß dieser beiden Elemente.

Zumal für Frankreich mit seinem im wesentlichen ungebrochenen Leitbild nationaler Größe einerseits,

mit seinen objektiven Rückständen und Anpassungserfordernissen andererseits, ist diese Auseinandersetzung meistens heftig gewesen und hat oft zum Einschlagen des innenpolitisch leichteren Weges, der Konfrontation mit den anderen Mitgliedsländern, geführt.

Die interne Dimension Europas: Innenpolitik und Parteien

Gerade deshalb ist es ermutigend zu sehen, daß die neue Betonung der Europapolitik im Zeichen von 1992 vor allem die vielen heiklen innenpolitischen und innerwirtschaftlichen Gegebenheiten anvisiert, die im Zeichen von 1992 vom Zwang zu Anpassung und Harmonisierung betroffen werden. Zu dieser Bereitschaft hat der Schachzug der Kommission, als Vorbedingung für „1992“ einen Anpassungskatalog für alle Mitgliedsländer aufzustellen, sicher wesentlich beigetragen.

Darüber hinaus wurden „Europa“ und „1992“ in den letzten drei Jahren von allen Parteien (außer Lepenisten und Kommunisten) auch deshalb so stark in den Vordergrund gestellt, weil sie ganz einfach wichtige Schwachstellen in deren innenpolitischem Angebot an die Wähler füllen.

Sie füllen sie – und das ist besonders wichtig – mit einer *Herausforderung von außen*, durch die in Frankreich selbst der Notwendigkeit von Austerität und Anstrengungen neue Legitimität verliehen, dem Verlangen nach einer stärkeren sozialen Komponente im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aber von vornherein die Legitimität entzogen wird. Dieser Akzent wird traditionell von den bürgerlichen Kräften, seit 1983 aber auch von den sozialistischen Regierungen besonders betont. In den jüngsten Auseinandersetzungen der Regierung *Rocard* mit den Streiks im öffentlichen Dienst wird der Widerstand gegen jedes Nachgeben von Präsident, Ministerpräsident und Wirtschaftsminister einhellig mit dem Hinweis auf die europäische Konkurrenz begründet.

Für die wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien aller Parteien spielt der 1992 anstehende einheitliche europäische Markt eine zentrale Rolle. Im Zentrum der Hoffnungen, als noch herbeizuführende *Voraussetzung* für den Erfolg nach 1992, und zugleich als eine durch die dann fällige weitere Öffnung des Landes erhoffte *Konsequenz*, steht ohne Unterschied die beschleunigte Modernisierung der Wirtschaft, die Umstrukturierung, Anpassung und erhöhte internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Der Akzent der PS und von François Mitterrand

liegt darin, daß der Gedanke einer verstärkten Nachfrageausweitung über Stützung der Investitionen oder der Sanierung des sozialen Wohnungsbaus wenigstens nicht völlig aufgegeben wurde. Wenn aber eine an der Massennachfrage ansetzende Expansionspolitik in Erwägung gezogen wird, dann wird ihre Einbindung in ein europäisches Aufschwungprogramm von der PS deutlich zur Voraussetzung dieser Strategie gemacht. Darauf kommen wir im Zusammenhang mit der Industrie- und Währungs politik, vor allem aber mit dem europäischen Sozialraum noch zurück.

Auf Europa wird so auch in gewissem Maße die Schuld an der heute noch nicht möglichen Politik gegen die Arbeitslosigkeit – die allen Parteien gleichermaßen schwierig und undankbar erscheint – wie auch die Hoffnung auf wiederzugewinnende Konkurrenzfähigkeit, Wachstum und mehr Beschäftigung in der Zukunft projiziert. In dieser Sicht liegt meines Erachtens ein problematischer Verzicht auf das notwendige Bemühen um die national noch möglichen Reformschritte. Sie wird von einer Minderheit in der PS abgelehnt, die sich vor allem um den jetzigen Verteidigungsminister *Chevènement* gruppiert und die unter diesen Umständen die volle Beachtung der EG-Regeln zugunsten nationaler Wachstumsstrategien zurückstellen möchte.

Die verbliebenen antieuropäischen Interessen und Sentiments im Lande haben weiter an Bedeutung verloren. Sie sind eigentlich nur noch für parteitaktische Erwägungen und Aktionen von Belang. Sie fanden ihren politischen Ausdruck nämlich bei den Kommunisten und in den traditionellen Parteien der Rechten, vor allem im RPR, die die von der modernen Entwicklung benachteiligten Schichten der Bevölkerung vertreten und insofern vielfach traditionelle nationalistische Werte hochhalten.

Für beide ist das Thema Europa bei weitem problematischer als für die PS. Insoweit die Gaullisten Europa heute positiver bewerten, drängen sie damit eigene Traditionalisten nach rechts und in die Ränge der *Le Pen*-Wähler. Insoweit sie Europa aber nicht positiv genug sehen, fördern sie die Absetzbewegung der entschieden proeuropäischen Zentrumsparteien zur unabhängigen Mitte hin. Die Kommunisten dagegen treiben durch ihr Festhalten an einer antieuropäischen Position die modernistisch orientierten Teile ihrer Sympathisantenschaft in Richtung PS. So kann die Betonung des Europa-Themas dem Präsidenten *Mitterrand* auch zur Spaltung der wichtigsten Konkurrenten der PS dienen.

Aber auch für die PS hat die Europa-Orientierung

angesichts ihrer parlamentarischen Minderheitsposition zuweilen problematische parteitaktische Akzente: für wesentliche Teile ihrer Politik, die von den Kommunisten abgelehnt werden, sucht *Rocard* die notwendigen Abstimmungsmehrheiten heute im Verein mit den proeuropäischen Zentristen des CDS. Das hat dann zu höchst widersprüchlichen Positionen geführt, wenn auch die PS keine ganz klar proeuropäische Haltung finden konnte, wie kürzlich etwa in der Frage der Mehrwertsteuersenkung.

In welcher Weise die verbliebenen antieuropäischen Interessen und Sentiments im Lande in Zukunft noch politischen Ausdruck finden werden, bleibt eine interessante, aber wohl keine europapolitisch entscheidende Frage mehr. Auf der Rechten dürfte *Le Pen* hier die vom RPR freigegebene Lücke füllen, aber weiterhin nur eine marginale politische Kraft bleiben. Auf der Linken wird die KPF wohl ebenfalls in ihrer Hoffnung enttäuscht werden, unter Zuhilfenahme der Antieuropa-Sentiments wieder zu einer nennenswerten und politisch entscheidenden Position zurückzufinden.

Schon die bisherigen Ausführungen zeigten, daß die französische Europapolitik von verschiedenen – durchaus traditionellen – Motivationen bewegt wird und auf verschiedenen Ebenen ansetzt. Kurz zusammengefaßt will sie intern eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität der französischen Wirtschaft durch mehr europäische Kooperation und noch weitere Öffnung zum europäischen Markt erreichen. An zweiter Stelle steht – vor allem bei den Sozialisten, aber nicht nur bei ihnen – die Erwartung, daß die europäische Dynamik durch ihre wirtschaftlichen Folgewirkungen, wie sie der *Cecchini*-Bericht vortrug, oder auf indirektem Wege dem Wachstum und damit auch der Beschäftigung in Frankreich positive Impulse vermitteln wird.

Auf der *Außenebene* hofft sie, in der EG die Gemeinschaftspolitik so zu beeinflussen und mit zu steuern, daß die Verwirklichung dieser Ziele erleichtert wird. Die EG-Politik wird heute am stärksten durch den Termin von 1992 und die dann beabsichtigte Verwirklichung des einheitlichen europäischen Marktes geprägt. Im Zusammenhang damit hat Präsident *Mitterrand* kürzlich drei Teilgebiete als seine europapolitischen Prioritäten benannt, für die die Regierung sich besonders einsetzen wird:

die Entwicklung des *technisch-wissenschaftlichen Europas* (Stichwort EUREKA), die Entwicklung der sozialen Dimension Europas im Konzept eines *europäischen Sozialraums* und die Entwicklung einer gemeinsamen *europäischen Währungspolitik*. In

diesen Prioritäten scheint auch das Anliegen eines intern wirksamen Modernisierungs- und Wachstumskalküls des Sozialisten *Mitterrand* besonders gut mit einer stärkeren französischen Rolle in Europa vereinbar zu sein.

In der Regierung *Rocard*, deren Europa-Ministerin *Edith Cresson* schon vor 1986 im Kabinett war und damals eine sehr offensive Europapolitik vertrat, bereitet man sich außerdem auf die Übernahme der französischen EG-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1989 vor. Zusätzliches Motiv, um institutionelle Voraussetzungen für eine noch stärkere Koordinierung der französischen Positionen zu schaffen.

Ein traditionelles, aber mit Gorbatschow wieder aktualisiertes Anliegen der französischen Europapolitik besteht gegenüber den Deutschen weiter fort: mit Hilfe Europas die Westdeutschen an den Westen und an Frankreich zu binden. Noch Anfang des Jahres hat die PS dieses Anliegen in ihrem neuen Programm ausdrücklich hervorgehoben.

Diese Europa aktiv zugewandte politische Grundlinie kommt in den verschiedensten Feldern der Politik zum Ausdruck. So finden schon seit 1986/87 in der gesamten staatlichen Verwaltung und in vielen großen Unternehmen, in den Verbänden und Parteien weitgespannte und öffentlichkeitswirksame Vorbereitungen auf den einheitlichen Markt von 1992 statt. Dabei standen wohl drei Ziele im Vordergrund:

- einmal der Versuch, in traditioneller Weise der französischen Bevölkerung und vor allem den Industriellen von seiten der Regierung eine politische Vorgabe für die neue Modernisierungsanstrengung zu setzen;
- dann das Bestreben, auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung im französischen Gesetzes- und Verordnungssystem die 1992 gemeinschaftswidrigen Regeln und Praktiken aufzuspüren, zu bewerten und gegebenenfalls auszuräumen;
- schließlich das Interesse, einerseits solche wirtschaftlichen Problembereiche, andererseits solche politischen oder Verwaltungs-Traditionen zu identifizieren, die man noch nicht der vollen Konfrontation mit den EG-Partnern aussetzen kann, mit anderen Worten die Bereiche zu identifizieren, Argumente zusammenzustellen, in und mit denen man Ausnahmen von „1992“ verlangen und begründen kann.

Dieser Punkt leitet zu der interessantesten und wichtigsten Entwicklung über: Wenn vorher gesagt wurde, daß die französische Bemühung um 1992

sich vor allem als eine Bemühung um erfolgreichere interne Anpassung an die Bedingungen voller inner-europäischer Freizügigkeit darstellt, dann muß sie doch auch die Kosten und Widerstände berücksichtigen, die das mit sich bringen wird. Das führt mit dem Näherrücken des Datums immer klarer zur Aufstellung französischer Bedingungen für mehr Freizügigkeit auf dem Binnenmarkt, auf dem währungspolitischen, außenhandelspolitischen und technologiepolitischen Felde, um nur die wesentlichsten zu nennen. Dabei spielen die Freunde *Chevènementis* eine wichtige Rolle. Auch *Michel Rocard* hat in diesem Zusammenhang Reserven vorgetragen: bei aller französischen Bereitschaft zur Einhaltung der Verträge habe man doch „zuviel versprochen“. So gibt es auf diesen verschiedenen Feldern eine Auseinandersetzung um das richtige Maß von Anpassung und erneuten Forderungen an die Partner, die den eigentlichen Kern der aktuellen Europapolitik ausmacht.

Zunächst und als Wichtigstes geht es um den von allen Parteien als zentrales Element von 1992 anerkannten vertieften *Binnenmarkt*. Wir zeigten, daß man sich ernsthaft darauf vorbereitet. Bei allen politischen Richtungen gibt es allerdings Befürchtungen, daß der Austausch auf diesem Markt sich unter für französische Unternehmen nachteiligen Bedingungen abspielen könnte. An erster Stelle steht das Bedenken, daß dieser nunmehr völlig von Hindernissen befreite Markt es Unternehmen von außerhalb der Gemeinschaft sehr erleichtern würde, sich in der gesamten EG, und damit auch in Frankreich, gegen die heimische Konkurrenz durchzusetzen. Bekanntestes Beispiel dafür ist die nationale Mengenbeschränkung der japanischen Automobilimporte, die heute auch noch an den französischen Grenzen zu anderen EG-Ländern durchgesetzt wird. Diese den Freihandel in der Gemeinschaft verletzende Praxis muß Frankreich 1992 eigentlich aufgeben, und so fürchtet seine Regierung, daß dann die Flut asiatischer Billig-Autos auf dem eigenen Markt nicht mehr zu bremsen sein und die französische Kfz-Industrie aufgegeben werde. Von allen Richtungen, einschließlich des Präsidenten, erklingt daher seit über einem Jahr bereits der Ruf, die *außenhandelspolitischen Instrumente der Gemeinschaft* müßten in Vorbereitung auf diese Gefahren deutlich gestärkt werden. Diese Forderung ist den Partnern bereits vorgetragen worden und wird im Endeffekt auch gegen deutsche Widerstände wohl zu einer Zunahme des europäischen Protektionismus führen.

Zweite wichtige Bedingung freien Austauschs ist

nach dem Katalog der Kommission eine *Annäherung der sehr unterschiedlichen nationalen Mehrwertsteuersätze in der Gemeinschaft*, damit der Austausch zwischen ihnen nicht durch die entsprechend unterschiedlichen Endpreis-Niveaus verzerrt oder andernfalls durch die Steuer-Ausgleichsverfahren verkompliziert wird. Für Frankreich würde eine solche Annäherung insgesamt eine wesentliche Verminderung seiner MwSt-Sätze und der entsprechenden Einnahmen des Fiskus bedeuten. Zur Sicherung der Staatseinnahmen müßte man in diesem Fall wohl die bisher etwas niedrigeren Einkommensteuern erhöhen. Dazu zeigt sich die Regierung *Rocard* bisher äußerst unwillig und hat sich entsprechend bereits für eine Zurückstellung der Mehrwertsteuer-Annäherung ausgesprochen.

Frankreichs Regierung steht mit diesen Bedenken nicht allein, und zusammen mit den Reaktionen der Partnerländer kann das zu einer ernstesten längerfristigen Beeinträchtigung des vollen Freihandels in der EG führen.

Versicherungen und Banken machen sich Sorgen, daß sie angesichts ihrer schwerfälligen und durch jahrzehntelangen Staatseinfluß deformierten Entscheidungsstrukturen, angesichts auch ihrer unzureichenden Präsenz im Industriesektor keinen Widerstand gegen die Konkurrenz aus der Bundesrepublik und anderen EG-Ländern leisten könnten, wenn erst die völlige Freizügigkeit auf dem europäischen Kapitalmarkt erreicht ist. Dabei hat die nach französischer Berechnung vergleichsweise sehr hohe Sparkapitalbesteuerung im eigenen Land eine besonders negative Wirkung. Sie sei nicht – so der neue Premierminister *Rocard* – schnell genug zurückzuführen und daher sei volle Kapitalmobilität kaum vertragsgemäß zu realisieren.

Diese Fragen hängen eng mit der *gemeinsamen Währungspolitik* zusammen, deren erste institutionelle und bisher erfolgreiche Ausformung das europäische Währungssystem bildet. Weitere freie Anpassung der Wechselkurse zwischen den Gemeinschaftsländern könnte nämlich die durch die unterschiedliche Verbrauchsbesteuerung – und auch die unterschiedlichen Soziallasten übrigens – verursachten Probleme deutlich mindern. Andererseits benötigt Frankreich dringend eine Verringerung des trotz EWS-Mitgliedschaft immer wieder gegen den Franc wirkenden Abwertungsdrucks, der die französischen Bemühungen zur Inflationsbekämpfung behindert und der durch die DM-Aufwertungen gegenüber dem Dollar provozierten und ungewollten Wertsprünge des Franc gegenüber der amerikani-

schen Währung, die gegen seine Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Dollar-Märkten wirken.

In der Tat arbeitet die französische Regierung daher seit Jahren auf eine Konsolidierung des EWS und eine politische Koordinierung der Dollar- und inzwischen auch der Yen-Politik zwischen den Mitgliedstaaten hin, zu der im EWS eine Stärkung der Interventionsmechanismen treten soll. Insbesondere soll endlich auch die übermäßige Aufwertung einzelner Währungen – sprich der DM – im EWS die Pflicht zur eigenen Intervention nach sich ziehen. Erste Schritte dazu sind im Jahr 1987 getan worden. Auch die sozialistische Regierung orientiert sich hauptsächlich auf effektive Verbesserungen in diesem Bereich sowie auf die Möglichkeit, nationale Währungsüberschüsse in der EG für gemeinschaftliche europäische Wachstumsimpulse zu nutzen. Dieser Wunsch ergibt sich auch aus der schon betonten Problematik nationaler Expansionspolitik.

Ein drittes wichtiges Feld schließlich bleibt trotz einiger Akzentverschiebungen die Entwicklung einer *Europäischen Technologiepolitik*. Man wird sich erinnern, daß sie 1985 beim europäischen Gipfel von Mailand als das Pendant zum Projekt der einheitlichen europäischen Akte beschlossen wurde und in dieser Akte einen wichtigen Platz erhalten hat. Heute liegt die erklärte Priorität der französischen Regierung bei dem Versuch, die privaten Unternehmen zu mehr F&E-Kooperationen in Europa anzureizen. Sie will nicht die EG-F&E-Politik als solche stärken, sondern die internationale F&E-Kooperation in Europa. Das Lösungswort in diesem Zusammenhang – wie in anderem – heißt Flexibilität, „souplesse“. Für EUREKA allerdings fordert sie – hier völlig auf einer Linie mit *Mitterrand* – größere staatliche Mittel und neue Anstöße, weil sie sich auch europäische Wachstumsimpulse erhofft.

Die französische Idee des *europäischen Sozialraums* ist in ihren politischen und europapolitischen Implikationen höchst widersprüchlich. Sie wird einerseits sehr nüchtern mit den nach der 1993 anstehenden Erhöhung von Kapital- und Arbeitsmobilität in der EG zu erwartenden Risiken für die arbeitsrechtlichen und sozialen Standards in einzelnen Mitgliedsländern begründet. Andere Befürworter sehen das eigentliche soziale Problem Europas aber in der Arbeitslosigkeit. In einem noch enger integrierten Binnenmarkt bei verringerten Spielräumen zu nationaler Beschäftigungspolitik ist demnach der beste Weg zu einem europäischen Sozialraum eine europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Diese Forderung paßt gut in das Bemühen von Präsident und PS, der französischen Europapolitik das linke Profil zu geben, das ihr vielfach fehlt, und mit dem man intern die diesbezüglichen Angriffe der KPF abwehren kann. Ob ihr trotz ihrer gewachsenen Popularität auch außerhalb Frankreichs im Jahr 1989 mehr Erfolg beschieden sein wird als 1981, als *Mitterrand* bei *Helmut Schmidt* mit ihr „abblitzte“, wird man abwarten müssen. Aussichtsreicher scheinen Fortschritte zum ersten Punkt – vor allem zur europaweiten Annäherung von Tarifverträgen und von minimalen sozialen Sicherungsstandards – zu sein, wo sich auch die französischen Unternehmer nicht verschließen wollen.

Die Konzentration auf die aktuellsten Erfordernisse für 1993 bedeutet auch, daß andere „klassische“ Fragen der Europapolitik, wie etwa diejenige der *Landwirtschafts-* und der *Industriepolitik*, zur Zeit weniger im Vordergrund stehen. Auf dem EG-Gipfel vom Februar 1988 hat die französische Regierung nach anfänglichem Widerstand die Quotenregelung für Milch sowohl wie die Flächenstilllegung angenommen und damit erst einmal die bisher umkämpften Projekte der Landwirtschaftspolitik geregelt. Ihr Hauptanliegen, die Sicherung der Prinzipien und der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, wurde dabei berücksichtigt. Ob diese Fragen damit erledigt sind, wird die Erfahrung zeigen; als weitere sozialistische Wünsche bleiben auf jeden Fall eine Verringerung der amerikanischen Futtermittelimporte in die EG und die völlige Aufhebung der Währungsausgleichsbeträge bestehen.

In der Industriepolitik ruht der latente Konflikt um die Notstands-Regime in schrumpfenden Branchen zur Zeit; er dürfte aber wieder aufleben, wenn von westdeutscher Seite ernsthaft an die Stahlsubventionen der EG-Partner und Frankreichs gerührt werden sollte. Im positiven Sinne liegt seit einiger Zeit die Forderung der PS und des heutigen Wirtschaftsministers *Bérégovoy* auf dem Tisch, einige großangelegte europäische Infrastrukturvorhaben im Transport- und Telekommunikationsbereich zu verwirklichen und dafür die in den Überschußländern der EG – also vor allem in der Bundesrepublik – disponiblen Sparkapitale einzusetzen. Die Grenze zur gemeinschaftlichen Technologiepolitik ist hier fließend.

Françoise Manfrass-Sirjacques Möglichkeiten und Grenzen einer deutsch-französischen militärpolitischen Kooperation

Die Politologin Dr. Françoise Manfrass-Sirjacques, Jahrgang 1941, war Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Veröffentlichungen: Determinanten der französischen Rüstungspolitik; Ein Beitrag zur Analyse von Rüstungsdynamik, Frankfurt/Bern 1977; Frankreich und die NATO, Frankfurt/New York 1979, außerdem zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften.

In der Diskussion um die deutsch-französische militärische Zusammenarbeit werden häufig die Probleme vernachlässigt, die sich aufgrund des Sonderstatus' Frankreichs im Bündnis, der Eigenständigkeit sowie der Eigenartigkeit seiner Strategie und schließlich der unterschiedlichen Sicherheitsprioritäten zwischen Frankreich und der Bundesrepublik ergeben.

Das französische Interesse an einer zunehmenden militärischen Kooperation mit der Bundesrepublik ist nicht erst durch den INF-Vertrag geweckt worden. Sowohl das „Ceterum censeo“ Senator Nunn als auch die tendenzielle Umorientierung der Carter-Administration in Richtung Pazifik, das aus französischer Sicht isolationistisch anmutende SDI-Projekt sowie die durch Reykjavik illustrierte Angst vor einem „Kondominium“ der Weltmächte, vor einer „Entnuklearisierung“ Europas und vor den dabei stets gewitterten Abkopplungstendenzen haben zweifellos dazu beigetragen, daß mit Frankreichs Interesse an einer Verfestigung des militärisch-strategischen Status quo in Europa in der europäischen Kooperation auch ein Instrument dieser Verfestigung entdeckt wird. Es war aber in erster Linie die Nachrüstungsdebatte in der Bundesrepublik, die schon lange vor Reykjavik in Frankreich ein Überdenken im Hinblick auf die Prämissen der französischen Verteidigungspolitik eingeleitet hat. Während sich Frankreich jahrzehntelang in seiner Position als „Trittbrettfahrer der Allianz“ (so Walter Schütze) si-

cher gewährt hatte, haben die im Umfeld der Stationierungsdebatten aufgeworfenen Fragen nach der Teilung Europas und der Teilung Deutschlands sowie die nur mühsam von der Bundesregierung durchgesetzte „Nachrüstung“ in der französischen „Classe politique“ die Angst vor einem Abdriften der Bundesrepublik geschürt und für eine Revision der bisherigen Position gesorgt, mit dem Ziel, die Bundesrepublik fest in der westlichen Staatengemeinschaft zu verankern. Eine stärkere Anbindung der Bundesrepublik konnte – so die weitgehend einhelligen Überlegungen – nur durch ein stärkeres Engagement Frankreichs in Mitteleuropa erfolgen. Die Revision galt deshalb nicht der Position Frankreichs zum Bündnis, sondern nur der Rolle Frankreichs in Europa und insbesondere den Beziehungen zur Bundesrepublik. Sie fand ihren ersten Niederschlag in den bereits im Sommer 1985 anlässlich des bevorstehenden Wahlkampfes von den drei maßgebenden Parteien (Gaullisten, UDF und Sozialisten) herausgegebenen programmatischen Zielsetzungen zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.¹⁾

Der INF-Vertrag, der zunächst auf eine breite – quasi überparteiliche²⁾ – Ablehnungsfront stieß, dennoch von Paris nicht verhindert werden konnte, zumal die französischen Hoffnungen, die doppelte Null-Lösung mit deutscher Hilfe zu Fall zu bringen, sich nach der Erklärung des Bundeskanzlers zur doppelten Null-Lösung als unrealistisch erwiesen, hat die französischen Motivationen für eine militärische Kooperation mit der Bundesrepublik noch verstärkt. Denn die doppelte Null-Lösung wird erneut mit Abkopplungs- bzw. Disengagementtendenzen der USA in Europa in Verbindung gebracht.³⁾ Was auf französischer Seite gefürchtet wird, ist unter dem (falschen) Begriff „Entnuklearisierung Europas“ das Wegfallen der operativen Nuklearfähigkeit der NATO auf Frankreichs Vorfeld, der Bundesrepublik. Damit aber wären die Prämissen der französischen Nuklearstrategie aufgehoben.

Die Aussicht auf einen Abzug der NATO-Mittelstreckenwaffen aus der Bundesrepublik läßt Paris aber nicht nur um den Verlust des NATO-abgeschirmten Vorfelds fürchten, sondern darüber hinaus jenes Rapallo-Gespens wieder erwachen, das seit den Debatten um die Nachrüstung bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Frankreich umgeht. Denn – so die französische Analyse – eine weitgehende Erosion der amerikanischen Garantie (Abkopplung) könnte die Bundesrepublik dazu veranlassen, eine „Zuversicherung“ zu suchen. Überhaupt – heißt es in Paris – leistete die doppelte Null-Lösung dem

„National-Neutralismus“ Vorschub. Und ohnehin würde ein Bedeutungsschwund der Nuklearwaffen das deutsche „Handicap“, d. h. den „Nuklearverzicht“⁴⁾ aufgrund des Non-Proliferation-Treaty wettmachen und damit einen wesentlichen Grund der Westbindung der Bundesrepublik unterminieren.

So das Parteivorstandsmitglied der Sozialistischen Partei G. Fuchs: „Moskau würde dann wohl nicht darauf verzichten, indem es neue Kooperationsmöglichkeiten bietet oder das ewige Trugbild der Wiedervereinigung vorgaukeln würde, den dann auftretenden Riß zu vertiefen, mit dem Risiko eines tatsächlichen Auseinanderbrechens Europas.“⁵⁾ Darüber hinaus würde – was allerdings weniger offen zugegeben wird – ein Bedeutungsschwund der Nuklearwaffen in Europa Frankreichs Status als Nuklearmacht tangieren und die dazu gewonnene europapolitische Dimension dieses Status in der europäischen Staatengemeinschaft insbesondere gegenüber der Bundesrepublik beeinträchtigen.⁶⁾

Aufgrund des drohenden Verlusts der militärstrategischen und der europapolitischen Dimension der Nuklearwaffen wird auf der politischen Ebene in einem überparteilichen Konsens die verteidigungspolitische „deutsch-französische Achse“, so der UDF-Politiker und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses F. Fillon, gefordert. Doch sowohl der Sonderstatus Frankreichs im Bündnis auf der institutionellen Ebene als auch Frankreichs unabhängige Nuklearstrategie lassen eine Kooperation als alles andere als problemlos erscheinen.

Die institutionelle Ebene

Auf der institutionellen Ebene herrscht aus französischer Sicht weitgehend Einigkeit darüber, daß eine deutsch-französische verteidigungspolitische Kooperation nicht als getarnte Rückkehr Frankreichs zur integrierten Militärorganisation der NATO mißverstanden werden sollte.

Da innenpolitisch eine Rückkehr zur integrierten Organisation des Bündnisses außer Frage steht, weil damit die Grundlage der V. Republik, die Unabhängigkeitsdoktrin hinfällig würde (während der Bundeskanzler sagt: Die NATO ist unsere Staatsräson, könnte die französische Formel gerade umgekehrt lauten) bleibt als vertragliche Grundlage der militärischen Kooperation nur die bilaterale Basis oder die WEU.

Als bilaterale Basis wird im allgemeinen der deutsch-französische Vertrag des Jahres 1963 genannt. In der Tat sah der Elysée-Vertrag eine Koope-



„Concept des deux batailles“: Mitterrand

Foto: Eduard N. Fiegel

ration auf dem Gebiet der Verteidigung vor: Beide Länder sollten sich laut Vertrag darum bemühen, „auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik . . . ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen“ (Teil II, Abs. B des Elysée-Vertrags). Es ist auch kein Wunder, daß dieser Teil des Vertrags bisher unerfüllt blieb, da die Bundesrepublik, als voll integriertes NATO-Mitglied die NATO-Strategie voll und ganz übernimmt und gar nicht die Möglichkeit hat, mit Frankreich zu „gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen“.

Mit Recht hat noch während seiner Amtszeit der ehemalige gaullistische Premierminister Jacques Chirac darauf hingewiesen, daß die Erfüllung dieses Teils des Elysée-Vertrags sowohl verfassungsrechtlich als auch im „nationalen Interesse“ die „Zustimmung des Staatspräsidenten und der Regierung“ vorschreibe, und daß es auch nötig wird, „daß die Parlamente . . . auf die eine oder andere Weise damit befaßt werden“,⁷⁾ so daß also gegenwärtig der

deutsch-französischen militärischen Kooperation eine juristische Grundlage weitgehend fehlt.

Das Heranziehen der Ailleret-Lemnitzer und Valentin-Ferber-Abkommen des Jahres 1968 bzw. '74 z. B. als Grundlage des deutsch-französischen Manövers „Kecker Spatz“ ist zwar richtig, da diesen Abkommen zufolge die 1. Armee als NATO-Reserve gilt. Auch die 1983 geschaffene französische „Schnelle Eingreiftruppe“ (FAR) wird denselben Einsatzbedingungen unterworfen. Doch sind diese Abkommen mit dem Bündnis und nicht mit der Bundesrepublik geschlossen worden. Die „Ausladung“ des NATO-Oberbefehlshabers für Europa aufgrund des französischen Drängens während des Manövers zeigt u. a. wie prekär die vertragliche Lage und wieviel „Zündstoff“ im Dreiecksverhältnis vorhanden ist.

Die WEU hätte als institutioneller Rahmen der militärischen Kooperation den Vorteil, daß beide Länder Mitglied sind. Darüber hinaus ist der WEU-Vertrag in seiner Beistandsklausel zwingender als der

NATO-Vertrag. Die WEU, die über Jahre hinweg von Paris als Bollwerk gegen die amerikanische Vorherrschaft im Bündnis betrachtet wurde, wird auch mittlerweile nicht mehr als Konkurrenzunternehmen zur NATO gesehen. Doch wird auf französischer Seite der bilateralen Zusammenarbeit der Vorzug gegeben, weil jedwede Definition einer gemeinsamen westeuropäischen Verteidigung tendenziell integrative Momente enthält, die nach wie vor – trotz gelegentlicher Forderung nach einer „europäischen Verteidigung“ insbesondere aus den Reihen der UDF – etliche Widerstände hervorrufen. Und Paris ist auch nicht bereit, seine Strategie zum Gegenstand einer Diskussion zu machen.

Die strategischen Probleme

Überhaupt bleibt die Tatsache, daß Frankreich als nicht integriertes NATO-Mitglied eine Strategie definiert, die in erheblicher Weise von der Strategie des Bündnisses abweicht, das Grundproblem einer deutsch-französischen militärischen Kooperation.

Während die Bundesrepublik als vollintegriertes NATO-Mitglied die NATO-Strategie übernommen hat, welche seit 1967 eine Strategie der flexiblen Erwidern ist, hat Frankreich, wo nicht nur die Gaullisten die flexible Antwort stets als verkappte Abkopplung denunziert haben, im Prinzip eine Strategie der massiven Vergeltung beibehalten (im Prinzip nur, denn eine Entwicklung ist im Gange, auf die wir gleich zurückkommen werden). So zumindest definiert sie die offizielle Militärdoktrin und nicht zuletzt aus diesem Grund – wenn es auch nicht der einzige ist – wurde nach der Indienststellung der taktisch-nuklearen Waffen, die Theorie der Verkopplung zwischen dem taktisch-nuklearen und dem strategischen Potential verkündet, und infolge dessen die Funktion der taktisch-nuklearen Waffen als letzte Warnung vor dem strategischen Einsatz definiert. (Um diese Verkopplung zu unterstreichen, hatte seinerzeit der sozialistische Verteidigungsminister 1985 die taktischen Waffen in „prästrategischen Systeme“ umbenannt). Alle politischen Parteien haben bisher wiederholt den Grundsatz der französischen freien Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Kernwaffen betont.

Der Grundsatz der freien Entscheidungsgewalt besagt nicht nur, daß Frankreich im Hinblick auf eine Einsatzentscheidung völlig unabhängig vom NATO-Oberbefehl und vom Präsidenten der Vereinigten Staaten (der innerhalb des Bündnisses die Entscheidungsgewalt über einen Einsatz von Kernwaffen innehat) ist, sondern auch, daß Frankreich je-

derzeit und nur unter Berücksichtigung seiner Interessen die Einsatzentscheidung treffen kann. Damit wird auch eine der wesentlichsten Unterschiede und Unvereinbarkeiten zwischen der NATO- und der französischen Strategie sichtbar: Während die Bündnisstrategie der flexiblen Erwidern eine auch für den Gegner relativ berechenbare Strategie ist, die durch eine adäquate Antwort auf den jeweiligen Angriff die Eskalation unter Kontrolle zu halten bedacht ist (mit der Gefahr allerdings eines begrenzten Nuklearkriegs in Europa, d. h. der Gefahr der Abkopplung) basiert die französische Strategie auf dem Prinzip der Unberechenbarkeit. Die „Unberechenbarkeit“, jene Ungewißheit, in die der Gegner anläßlich eines eventuellen Einsatzes von Kernwaffen versetzt wird und die ihn zur Vorsicht bewegen soll, soll Frankreichs nukleare Schwäche im Vergleich zu den Potentialen der Supermächte kompensieren.

Frankreichs Strategie war gleichwohl in einem Zusammenhang konzipiert worden, der die NATO-Rückendeckung voraussetzte. Unter dem Schirm der NATO-Nuklearkapazität sollte die auf dem Prinzip der Unberechenbarkeit beruhende französische Strategie eine zusätzliche Abschreckungswirkung zugunsten Frankreichs erzielen, weil der Gegner sich nicht auf die relative Kalkulierbarkeit der flexiblen Erwidern des Bündnisses verlassen können. Und dem Prinzip der Unberechenbarkeit lag das stets von Frankreich für sich reklamierte Recht auf „First use“ zugrunde. Doch war die First-use-Option keine operative Option außerhalb des Kontextes der NATO-Vorneverteidigung.

Ohnehin erhielt infolge des sog. „Concept des deux batailles“⁶⁾ das französische Nuklearpotential de facto eine reine „Rückversicherungsfunktion“. Das „Concept des deux batailles“ besagte, daß im Falle eines militärischen Konflikts in Mitteleuropa Frankreich gar nicht oder nur im geringen Umfang an der NATO-Vorneverteidigung teilnehmen würde (erste bataille) und erst nach einem Zusammenbruch der NATO-Vorneverteidigung, wenn die feindlichen Verbände gegen Frankreich rollen würden, Frankreich Kernwaffen – quasi als ultima ratio – einsetzen würde (zweite bataille).

Das „Concept des deux batailles“ hat auch mehr als jede andere konzeptuelle Auslegung der französischen Strategie die grundlegend unterschiedlichen Sicherheitsprioritäten zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gezeigt: Während auf deutscher Seite der Vorneverteidigung die absolute Priorität eingeräumt wird (wobei jedoch zwischen einer deutschen und einer bündniseigenen bzw. amerikani-

schen Lesart im Hinblick auf den Begriff der Vorverteidigung zu unterscheiden wäre) war für Frankreich der Schutz des eigenen Territoriums die eigentliche Priorität.

Im Zusammenhang des erweiterten französischen Engagements in Mitteleuropa und insbesondere im Kontext der angestrebten deutsch-französischen militärischen Kooperation hat zwar J. Chirac dem „Concept des deux batailles“ eine Absage erteilt. Doch unter den Prämissen des INF-Vertrags entstehen neue Antinomien, die trotz des verkündeten Willens zum verstärkten Engagement eine reibungslose Kooperation insbesondere aus den folgenden Gründen zu beeinträchtigen vermögen:

1. Der Glaubwürdigkeitsverlust der französischen First-use-Option infolge des INF-Vertrags wird auf französischer Seite durch eine tendenzielle Abkopplung zwischen dem strategischen und dem taktisch-nuklearen Potential, d. h. die Übernahme einer Strategie der operativen Nuklearfähigkeit kompensiert.

2. Eine Neudefinition der französischen Strategie im Sinne der Schaffung einer nuklearen Interventionskapazität steht aber im direkten Gegensatz zu den Bemühungen des Bündnisses, die Abhängigkeit von Nuklearwaffen im operativen Bereich zu reduzieren.

3. Die Einführung einer autonomen – d. h. vom strategischen Einsatz abgekoppelten – operativen Nukleooption in die französische Strategie verschärft den Gegensatz zwischen den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und denjenigen Frankreichs im Spannungsfeld der unterschiedlichen Sicherheitsprioritäten.

4. Da Frankreich durch keinen „Kunstgriff“ die bereits infolge des INF-Vertrags ausgefallenen Nukleooptionen in der Bündnisstrategie wiederherstellen kann und da es eine strategische „Garantie“ zugunsten Dritter weder übernehmen will noch kann, bedeutet die Beibehaltung der First-use-Option in der französischen Strategie ein Zusatzrisiko, statt eine zusätzliche Sicherheit für die Verbündeten und insbesondere für die Bundesrepublik.

5. Eine Verkopplung der taktisch-nuklearen Waffen mit dem konventionellen Potential – wie in einigen Vorschlägen auf französischer Seite als Konsequenz des INF-Vertrags erwähnt – würde die Grundlage der konventionellen deutsch-französischen Kooperation unterminieren, möglicherweise eine solche Kooperation unmöglich machen.

Ohne die Rückkopplung zur NATO-Abschirmung droht für Frankreich eine nukleare First-use-Option zur Selbstabschreckung zu degenerieren und führt zur Handlungsunfähigkeit in der Krise. Das

Ausfallen der Verbindung der französischen First-use-Option an das amerikanische strategische Potential qua „flexible response“ unterstützt u. a. jene Kritik aus den eigenen Reihen (so General a. D. Coppel), wonach Nuklearwaffen nur Nuklearwaffen „abschrecken“ können. Ein Verzicht auf die First-use-Option bedeutet indes einen Verzicht auf jenen nuklearen Mythos des „pouvoir égalisateur de l'atome“ („gleichmachende Eigenschaft des Atoms“), der der französischen Unabhängigkeitsdoktrin zugrunde liegt. Eine Beschränkung der Einsatzdoktrin allein auf den Zweitschlag, d. h. eine Übernahme der „berechenbaren“ Strategie beider Weltmächte, setzt aber zumindest die nukleare Parität mit dem Gegner voraus. Es wird von einigen Experten aber sogar bezweifelt, daß Frankreich überhaupt eine Zweitschlagkapazität besitzt. Darüber hinaus würde ein „No-first-use“ den Nuklearwaffen jene Lückenfüßfunktion auf konventioneller Ebene entziehen, die sie infolge der konventionellen Defizite nach und nach erhalten haben.

Um sich aus dem drückenden Dilemma zu befreien (in dem ohnehin quasi als Geburtsfehler die französische Strategie steckt, das aber nach dem INF-Vertrag noch verstärkt zum Ausdruck kommt), nur die Wahl zwischen Selbstmord oder Einsatzverzicht zu haben, gehen verstärkt die Überlegungen – vor allem in den bürgerlichen Parteien – in Richtung einer Abkopplung zwischen den prästrategischen, taktischen Systemen und dem strategischen Arsenal. Wenngleich die Sozialisten nach wie vor an der herkömmlichen Doktrin der Warnungsfunktion eines taktischen Einsatzes festhalten, so sieht das 1987 verabschiedete neue 5jährige Rüstungsbeschaffungsgesetz „Loi de Programmation militaire“⁹⁾ für das erste Mal ein „sowohl-als-auch“ im Hinblick auf einen Einsatz taktischer Nuklearwaffen vor: Ihnen wird sowohl die klassische Funktion der letzten Warnung vor einem strategischen Einsatz als auch ein Einsatz als „counter-Forces“-Kapazität zugeschrieben. Dies bedeutet aber die Kapazität zur nuklearen Kriegsführung – und zwar auf deutschem Boden.

Darüber hinaus wird von einer ganzen Denkschule nicht nur ein „Überdenken des Begriffs von prästrategischen Waffen“, sondern eine Verkopplung zwischen den taktischen Nuklearsystemen und der konventionellen Kapazität gefordert.¹⁰⁾ Diese Entwicklung verläuft nicht nur diametral entgegengesetzt zu dem, was der Schaffung der FAR zugrunde lag, sie ist besonders geeignet, die Spannungen, die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik im

Zusammenhang mit Einsatzdoktrin und -zielen der taktischen Nuklearwaffen ohnehin vorhanden sind, zu verschärfen. Das Einsatzkonzept und vor allem die Einsatzziele der taktischen Kernwaffen zeugen in der Tat wie nichts anderes von der Persistenz des „Glacis-Gedankens“ in der französischen Militärdoktrin. Korrekturen von französischer Seite auf Bestreben der Bundesrepublik brachten bisher wenig. Es zeigten sich nur neue Gegensätze beim Begriff „von deutschem Boden“, der auf französischer Seite auf die Bundesrepublik beschränkt wird, während Bonn ihn auf die DDR erweitert wissen möchte. Die Formel Jacques Chiracs, wonach der prästrategische Schlag tief in den gegnerischen Raum hinein geführt werden soll, scheidet schon an der Tatsache, daß selbst die ab 1992 in Dienst tretenden neuen Hadès-Raketen mit ihren ca. 450 km Reichweite bestenfalls die deutsch-deutsche Grenze erreichen könnten. Auch die Luft-Boden-ASMP-Raketen mit 300 km autonomer Reichweite dürften nach der deutschen Definition nur Ziele auf deutschem Boden ansteuern können.

Auch Versuche, die Konkretisierung des „Glacis-Gedankens“ in der Einsatzdoktrin taktischer Nuklearwaffen durch Konsultationsverfahren zu korrigieren, erscheinen wenig überzeugend. Denn solche Konsultationsverfahren werden wahrscheinlich – wie alle ähnlichen Einrichtungen – ihre Grenzen dort finden, wo unterschiedliche Interessen, Zeitdruck und schließlich die Machtkonstellation die Oberhand zu gewinnen drohen. Es war General Poirier, einer der bedeutendsten gegenwärtigen Theoretiker der französischen Strategiedoktrin, der sagte, Frankreich habe zwar solidarische Interessen mit seinen europäischen Verbündeten, aber nicht nur solidarische Interessen und insbesondere in einer schweren Krise hätte es nicht nur solidarische Interessen. Ein deutsches Veto-Recht – was man auch immer von der Effizienz von Veto-Rechten halten mag – und der französische Grundsatz der freien Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Kernwaffen schließen ohnehin miteinander aus.

Gerade die wachsende Antinomie zwischen der französischen und der Bündnisstrategie im Kontext eines erweiterten französischen Engagements in Mittel-Europa ohne Integration macht für die Bundesrepublik als Ort, wo die Gegensätze sich konkretisieren würden, den Gewinn an Sicherheit äußerst fragwürdig. Die Persistenz einer französischen First-use-Option ohne eigene Zweitschlagkapazität verleiht dem Begriff vom begrenzten Nuklearkrieg eine neue Aktualität. Denn der Gedanke wäre abwegig

(wenn der INF-Vertrag u. a. den Willen der Weltmächte zeigt, das Risiko eines interkontinentalen strategischen Schlagabtauschs durch eine aus den Fugen geratene Eskalation zu unterbinden), daß eine französische eigenmächtig vorgenommene Eskalation die Verbindung zum amerikanischen strategischen Potential „erzwingen“ könnte. Wiederum will und vor allem kann Frankreich aufgrund seiner beschränkten Mittel keine „Garantie“ zugunsten Dritter übernehmen. Zumindest darüber herrscht in der „classe politique“ ein weitgehender Konsens.

Die Öffnung der französischen Strategie zur autonomen operativen Nuklearkoption und vor allem die (allerdings in der gegenwärtigen innenpolitischen Konstellation nicht konsensfähige) Forderung nach einer Verkoppelung zwischen den taktisch-nuklearen Waffen und dem konventionellen Potential könnte darüber hinaus die bereits in die Wege geleitete Kooperation auf konventioneller Ebene in Frage stellen. Ein Konzept des sofortigen Einsatzes von Kernwaffen als nukleare Artillerie ist nicht nur in der dicht besiedelten Bundesrepublik inakzeptabel, er macht eine Kohäsion in der Vorverteidigung von Anfang an hinfällig.

Nach wie vor bleiben in der Perspektive einer deutsch-französischen militärischen Kooperation die Nuklearwaffen, insbesondere in ihrer operativen Dimension, das trennende Element. Die wachsende Antinomie zwischen der französischen und der Bündnisstrategie nach dem INF-Vertrag läßt die Prämisse einer solchen Kooperation noch prekärer erscheinen. Weder die Rhetorik des „einheitlichen strategischen Raums“ (so die Sozialistische Partei) noch die der „Freiheitswache an der Elbe“ (so die bürgerliche UDF¹¹) können darüber hinwegtäuschen, daß die französischen und die deutschen sicherheitspolitischen und militärstrategischen Prioritäten alles andere als deckungsgleich sind.

In dem Maß, wie auf französischer Seite schon ein konventioneller Beitrag die Möglichkeit der nuklearen Eskalation enthält, Frankreich sich die eigenmächtige Wahrnehmung dieser Möglichkeit vorbehält und aufgrund der budgetären Engpässe und der jahrzehntelang der nuklearen Aufrüstung auf Kosten der konventionellen Kapazität¹²) eingeräumten Priorität ein französischer Verzicht auf die nuklearen Optionen nicht zu erwarten ist, dürfte sogar eine konventionelle Kooperation nicht unproblematisch sein. Im Spannungsfeld zwischen dem deutschen Streben nach einem französischen konventionellen Zusatzbeitrag zur Vorverteidigung und den französischen (nach wie vor nationalen) Prioritäten,

die ihren Niederschlag in einer nicht frei von Glacis-Reminiscenzen bleibenden Nuklearstrategie finden, ist der Raum für eine Kooperation auf dem Grundsatz der gleichen Sicherheit sehr eng, wenn es überhaupt einen solchen Raum gibt.

Anmerkungen

1. siehe hierzu insbesondere: Cahiers de l'Avenir de la France, Nr. 6 „Défense Nationale“, Okt. 1985, sowie: Texte sur la sécurité de l'Europe adopté au Bureau exécutif du Parti socialiste, le 26 juin 1985
2. Der damalige Verteidigungsminister Giraud sprach von einem „neuen München“, der ehemalige Premierminister und Präsidentschaftskandidat R. Barre von einer „Kapitulation“, der ehemalige sozialistische Verteidigungsminister Quilès von „Täuschungsmanövern der Sowjetunion“ und der damalige gaullistische Entwicklungsminister Aurillac von einem „schweren Schlag“ gegen das Bündnis. Staatspräsident Mitterrand war außerhalb der KPF fast der einzige, der – allerdings nach einer gewissen Überlegungszeit – befand, „die Abschaffung der Buroraketen (stimme) mit den Interessen Frankreichs überein“. Der damalige Premierminister Chirac schwenkte kurz darauf auf Mitterrands Kurs ein. Vgl. Le Monde 31. 3. 1987, 19/20, 4. 1987, Neue Zürcher Zeitung, 6. 3. 1987 u. a.
3. S. z. B.: D. Moisi, L'Europe entre les conséquences de Reagan et les sourires de Gorbatchev, in: Défense Nationale, Juni 1987, S. 34 ff.
4. So schreibt der neue sozialistische Verteidigungsminister J.-P. Chevènement im Zusammenhang mit der doppelten Null-Lösung: „... die doppelte Null-Lösung (führt) nicht ... zu einer Entnuklearisierung Europas. ... Noch weniger führt (sie) ... zu einer Neutralisierung des alten Kontinents. ... Aber gleichzeitig gehen Gerüchte um, wonach Gorbatschow bald die Frage der deutschen Wiedervereinigung ansprechen könnte. Mehr noch als die Beschwörung eines dem deutschen Herzen lieb gewordenen Mythos (die Wiedervereinigung) ... findet in Deutschland die von Gorbatschow skizzierte Perspektive einer europäischen Abrüstung ein um so stärkeres Echo, als es nicht explizit zum Ausdruck kommt ... sie kompensiert ganz von selbst die grundlegende Schwäche Nachkriegsdeutschlands, Ursache so vieler Erniedrigungen: seine militärische Machtlosigkeit bzw. das vertraglich verankerte Verbot des Besitzes von Atomwaffen. Aus diesem Grund gibt diese Perspektive der zivilen, wirtschaftlichen und technologischen Macht Deutschlands, in welcher der Handel mit dem Osten keine unwichtige Rolle spielt, noch mehr Gewicht. ... Darin liegt die Gefahr der Null-Lösung. ...“ J.-P. Chevènement, L'option zéro, in: Lettre de la République Moderne, Nr. 13, Juni 1987.
5. Vgl. G. Fuchs, Une chance à saisir, in: Le Monde, 14. 3. 1987
6. Der „Nuklearunterschied“ hat vor allem nach den Nachrüstungsdebatte eine neue politische Dimension bekommen, deren Haupttrichtung Westeuropa und die europäische Integration geworden ist. Im Gezeir der Europapolitik soll die Nuklearkapazität die wirtschaftlichen Defizite machtpolitisch ausgleichen. In erster Linie soll die Nuklearkapazität dazu bei-

- tragen, die Bundesrepublik in der EG-Gemeinschaft zu verankern und die deutsche Wirtschaftsmacht auszugleichen. So schreibt z. B. der bekannte Staatsrechtler M. Duverger: „Selbst wenn Frankreich bis 1992 ... Fortschritte macht, ... wird die wirtschaftliche Vereinigung in erster Linie von Deutschland abhängen. Auf diesem Gebiet besitzt aber Deutschland eine dominierende Position. Wir haben aber eine dominierende Position auf dem Gebiet der Verteidigung. Auf diesem Gebiet kann unsere Force de Frappe diejenige Rolle spielen, welche die D-Mark auf dem wirtschaftlichen Sektor spielt.“ M. Duverger, Une défense commune, in: Le Monde 20. 5. 1987
7. Vgl. J. Chirac, L'Europe doit se faire entendre, in: Le Figaro, 21. 9. 1987
 8. Zwar steht dieses „Konzept der beiden Schlachten“ nirgends geschrieben. Doch hat es ohne Zweifel die Definition der französischen Militärstrategie stark beeinflusst. Das „Concept des deux batailles“ steht im Widerspruch zu einem taktisch-nuklearen Engagement Frankreichs auf dem deutschen Vorfeld und wird deshalb von den Verfechtern eines solchen Engagements abgelehnt. Auch wäre das „Concept des deux batailles“ mit einem stärkeren konventionellen Engagement kaum zu vereinbaren. Gegen dieses Konzept hatten die Vorstandssozialisten in ihrem Grundsatzpapier des Sommers 1985 (Anm. 1) versucht, Europa als einen „einheitlichen strategischen Raum“ zu definieren. Doch und nicht zuletzt aufgrund der damit quasi implizierten „Nukleargarantie“ zugunsten Dritter und insbesondere der Bundesrepublik stießen die Überlegungen auf enormen Widerstand, insbesondere von seiten des Staatspräsidenten.
 9. Vgl. Loi de programmation militaire 1987–1991
 10. Vgl. Th. de Montbrion, Sur la politique de sécurité de la France, in: Commentaire, Nr. 40, S. 651 ff. Gewiß wird ein Konzept der Nuklearkriegsführung vorrangig von den bürgerlichen Parteien (in erster Linie den Republikanern) vertreten. Doch auch bei den Sozialisten gibt es Stimmen, die einem solchen Konzept zumindest nicht abgeneigt sind. So das Vorstandsmitglied G. Fuchs, der für eine „operative Minimalabschreckung“ mit einer eventuellen Stationierung französischer „prästrategischer“ Systeme in der Bundesrepublik plädiert. Vgl. G. Fuchs a. a. O.
 11. S. Anm. 1
 12. Hierzu schreibt R. de Weck in „Die Zeit“: „Der vorausichtliche Stand der französischen Rüstung 1991: 1100 Panzer (viermal weniger als die Bundeswehr) – die Hälfte veraltet; 500 Kanonen – 1/3 für Einsätze in Europa schlecht geeignet ... nur etwa 100 Flugzeuge für die Luftunterstützung der Landstreitkräfte ... Die Marine ... 1977 hatte sie 175 Schiffe, in zehn Jahren werden es nur noch 110 sein, wovon dann eigentlich die Hälfte abgewrackt werden müßte. ... In den französischen Streitkräften gibt es ein Nebeneinander von modernstem Gerät wie dem Fernmeldesystem RITA und vorintuitivem Material. Selbst hohe schweizerische Offiziere halten dafür, daß ihre eidgenössischen Truppen der 1. Armee Frankreichs haushoch überlegen seien.“ De Weck stützte sich in seiner Kritik auf den Parlamentbericht zur Rüstungsprogrammierung. Vgl. R. de Weck, „Muß eine Schlacht verloren gehen?“, in: Die Zeit, Nr. 40, 25. 9. 1987

Albrecht Dehnhard

Eine neue Phase der Westintegration?

Dr. Albrecht Dehnhard, Jahrgang 1937, ist Professor für Öffentliches Recht an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin; Veröffentlichungen zum Schul- und Hochschulrecht sowie zur Verfassungs- und Verwaltungspolitik.

Am 25. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages – am 22. Januar dieses Jahres – fand in Warschau ein Empfang statt, zu dem die Botschafter aus Bonn und Paris gemeinsam eingeladen hatten. Die polnische Prominenz blieb der Feierlichkeit jedoch überwiegend fern. Ein Parlamentarier kommentierte: Die neue militärische Zusammenarbeit, die die beiden Regierungen am selben Tag vereinbart hatten, könne in Polen nur mit Bitterkeit betrachtet werden.

Die Episode zeigt, daß die Europapolitik der Bundesrepublik westeuropäisch orientiert ist. „Mitteleuropa“, zu dem Polen gehören würde, war eine Zeit lang Thema von Tagungen und Publikationen. In der praktischen Politik ist „Mitteleuropa“ weit davon entfernt, als Leitvorstellung mit „Westeuropa“ konkurrieren zu können.

Im Bundestag fand Willy Brandt zwar auch kritische Fragen an die neue deutsch-französische Militärpartnerschaft. Zutreffend berichtete jedoch die „Frankfurter Rundschau“ unter der Schlagzeile „Harmonische Momente im Bundestag. Auch Dregger lobte Brandt“.

Über die Parteigrenzen hinweg bilden sich derzeit die Konturen einer neuen Europapolitik heraus.

● Innerhalb des atlantischen Bündnisses gewinnen die westeuropäischen Staaten ein stärkeres Gewicht. Die USA nehmen ihr Europaengagement in gewissem Umfang zurück, um freiere Hand für ihre Interessen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika zu haben. Die militärische Führungsrolle in Westeuropa, das durch die NATO mit den USA verbunden bleibt, ist Frankreich zugeordnet. Der Bundesrepublik fallen besondere Funktionen zu, als Grenzgebiet zu Osteuropa, wegen der konventionellen Stärke der Bundeswehr, sowie wegen ihrer wirtschaftlichen Potenz.

● Die besondere militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris ist als

Kristallisationskern für den weiteren Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und wohl auch militärischen Zusammenarbeit in Westeuropa (einschließlich Nord- und Südeuropa) gedacht. Als Fernziel ist gelegentlich von einem (west-)europäischen Bundesstaat die Rede. Diese „Vereinigten Staaten von Europa“ wären an Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft den USA und der UdSSR mindestens ebenbürtig. An die Stelle eines von zwei Großmächten beherrschten internationalen Systems tritt ein multipolares: Neben USA und UdSSR sind Westeuropa, Japan und China die Weltmächte der Zukunft.

● Auf der Grundlage der westeuropäischen Zusammenarbeit soll die Entspannungspolitik im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten ausgebaut werden. Die westeuropäische Einigung ist danach zugleich ein Schritt zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung, die den Grundsätzen der KSZE-Schlußakte entspricht. Die bestehenden Grenzen, besonders die innerdeutsche, sollen durchlässiger werden. Für Berlin wird in diesem Zusammenhang an eine besondere Brücken- und Mittlerfunktion gedacht.

Es ist nicht zu bestreiten, daß von diesem Europakonzept eine gewisse Faszination ausgehen kann.

– Es verbindet die traditionelle Westorientierung der Bundesrepublik mit der Fortsetzung der Entspannungspolitik.

– Es verspricht Europa eine größere Selbständigkeit gegenüber der Dominanz der USA.

– Es zeigt eine neue weltpolitische Perspektive, die mehr Stabilität verspricht als die bipolare Weltordnung seit dem 2. Weltkrieg.

Um so notwendiger ist es, die Schwachstellen dieses Konzeptes deutlich herauszustellen.

1. Die deutsch-französische Militärkooperation bindet die Bundeswehr auf einer weiteren Ebene an eine Nuklearmacht. Auch wenn der vorgesehene deutsch-französische Militärrat nicht über die Zukunft der französischen Atomwaffen verfügen wird, übernimmt die Bundesrepublik ein Stück Mitverantwortung für die französische Strategie der atomaren force de frappe. Es entspricht dies der bisherigen Situation in der NATO: Die Bundesrepublik verfügt nicht über Atomwaffen; sie hat aber aufgrund ihrer Assoziation im Bündnis einen gewissen Einfluß und eine gewisse Mitverantwortung.

Ebenso wie bei der NATO stellt sich nun auch bei der deutsch-französischen Militärpartnerschaft die Frage, ob die Sicherheitsinteressen der Deutschen (wir könnten auch sagen: unsere nationalen Interessen) gewahrt werden.



In Polen nur mit Bitterkeit?

Foto: dpa

Erinnern wir uns: Französische Atomraketen haben Reichweiten, die vor allem Ziele in der Bundesrepublik, der DDR und der CSSR treffen können. Chirac machte klar, welches die nationalen Sicherheitsinteressen Frankreichs seien: „Unser Überlebenskampf beginnt an der eigenen Grenze, unsere Sicherheit an den Grenzen der Bundesrepublik.“ Margaret Thatcher hat dasselbe drastischer gesagt: „Wenn man an vorderster Front steht, wird man selbstverständlich das erste Opfer.“

Die französische und die britische Sichtweise macht deutlich, daß die Risiken im deutsch-französischen Militärpaket ebenso wie in der NATO ungleich verteilt sind. Im Kriegsfall ist Deutschland der Ort der Katastrophe, nicht Frankreich, nicht Großbritannien.

Die Sozialdemokraten haben auf ihrem Parteitag 1984 in Essen deutlich gemacht, daß das westliche Bündnis für die Bundesrepublik nur akzeptabel ist,

wenn sie „ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen“ kann. Die deutsch-französische Militärpartnerschaft hat die Möglichkeit, dies zu tun, in weitere Ferne gerückt.

2. Der deutsch-französische Militärpakt vertieft die Spaltung Europas. Er verstärkt die Westintegration der Bundesrepublik und die Abgrenzung zu Osteuropa. Die oben erwähnte polnische Empfindlichkeit ist auf diesem Hintergrund sehr verständlich.

Daß der Ausbau der westlichen Militärkooperation den Entspannungsprozeß fördern könnte, ist recht unwahrscheinlich. Diese Erwartung erinnert an Adenauers Beteuerung, die Mitgliedschaft in der NATO werde uns der Wiedervereinigung näherbringen. Die westliche Rüstung richtet sich – neben den Funktionen, die sie außerdem hat – gegen den Warschauer Pakt. Solange das westliche Bündnis nicht auf offensive Strategieelemente verzichtet,

müssen die Staaten des Warschauer Paktes das westliche Bündnis als Bedrohung empfinden. Dadurch wird nicht nur der Zusammenhalt im Warschauer Pakt, sondern vor allem der Einfluß der Militärs auf die innere Entwicklung in den osteuropäischen Staaten verstärkt. Gerade von ihnen ist aber die Förderung der KSZE-Ziele am wenigsten zu erwarten.

Die Chancen von Demokratisierungsbewegungen in Osteuropa sind derzeit so günstig wie noch nie. Wie erfolgreich sie sein werden, hängt auch von der westlichen Militärpolitik ab. Die in Essen beschlossene Forderung, die Bundeswehr dürfe nur verteidigungsfähig, nicht aber auch angriffsfähig sein, gewinnt hier neue Aktualität. Es fehlt nicht an überzeugenden Vorschlägen wie die Bundeswehr defensiv – und zwar ausschließlich defensiv – organisiert werden könnte.

Eine solche Militärpolitik würde allerdings voraussetzen, daß die Bundesrepublik eine eigenständigere Politik im westlichen Bündnis vertritt – eine Politik, die west- und osteuropäische Orientierungen und Interessen miteinander zu verbinden versteht.

3. Die deutsch-französische Militärkooperation stärkt die gegen die Dritte Welt gerichteten Aktionen der westlichen Militärmacht. Ein mit französischen und britischen Atomwaffen gerüstetes vereinigt Westeuropa – das wäre der Ausbau einer Militärmacht zur Absicherung von wirtschaftlichen Herrschaftspositionen.

Das westliche Militärbündnis hatte noch nie ausschließlich die Aufgabe, eine Aggression des Warschauer Paktes zu verhindern. Seit Jahren fordern die USA ein verstärktes Engagement der NATO-Verbündeten in Interessensphären außerhalb des NATO-Gebietes – neuerdings auch in der Bundesrepublik nicht ohne Erfolg. Ebenfalls im Januar dieses Jahres wurde erstmalig ein kompletter Kampfverband der Bundesmarine ins Mittelmeer entsandt, um die im Golfkrieg engagierte US-Flotte zu entlasten. Die zusätzliche Bindung an Frankreich wird weitere Zwänge und Rücksichtnahmen zur Folge haben.

Die Bundesrepublik steht heute vor der Frage, ob sie sich dem Anspruch der USA anschließen soll, dem westlichen Bündnis eine globale militärpolitische Funktion zu übertragen. Sicher berühren heute

kriegerische Konflikte in allen Teilen der Welt auch unsere Interessen. Viele Argumente sprechen aber dafür, das internationale Krisenmanagement nicht den USA und ihren Verbündeten zu überlassen, sondern einer revitalisierten UNO.

Es sind also nationale, gesamt europäische und globale Gesichtspunkte, die die deutsch-französische Militärpartnerschaft und darüber hinaus das Westeuropakonzept insgesamt fragwürdig erscheinen lassen.

Die (west-)europäische Einigung ist im Denken der Westdeutschen weithin zu einem Wert an sich geworden. Relativierungen sind hier dringend erforderlich. Europapolitik wird auf Dauer nur erfolgreich sein können, wenn sie bezogen ist auf die regionalen (manche sagen: nationalen) Probleme der europäischen Partner und auf die globalen Probleme der Menschheit, das heißt insbesondere der Dritten Welt. Solange Frankreich und Großbritannien jedoch glauben, Atommacht sein zu müssen, ist aus der Sicht derer, die ihr Land als Schlachtfeld zur Verfügung stellen sollen, Distanz geboten. Die Verleugnung der eigenen Überlebensinteressen ist eine Lebenslüge. Die europäische Einigung ist aber eine zu wichtige Entwicklung, als daß sie auf einer Lebenslüge aufgebaut sein dürfte.

Als Partner für die militärpolitische Zusammenarbeit bieten sich eher die nichtatomar bewaffneten Staaten (in Nord- und Südeuropa, Niederlande, Belgien und Luxemburg) an.

Die institutionellen Formen europäischer Zusammenarbeit sollten sich auf allen Gebieten mehr an den politischen Zielen und Aufgaben orientieren, als an der Idee eines europäischen Bundesstaates. Die Staatsvielfalt in Europa bietet möglicherweise mehr Chancen für die Verwirklichung einer Politik, die sozialstaatlichen, ökologischen und friedenspolitischen Grundsätzen verpflichtet ist, als dies ein westeuropäischer Koloß leisten könnte. Auch für die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und eine produktive Nord-Süd-Politik dürfte dies gelten.

Die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa kann somit für die absehbare Zukunft kein wünschenswertes Ziel sein. De Gaulles „Europa der Vaterländer“ ist auch heute noch die realistischere Version der Europapolitik.

Berthold Meyer

Der Teufel steckt in den Begriffen

Konventionelle Stabilität in Europa

Der Friedensforscher, Dr. Berthold Meyer, Jahrgang 1944, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- u. Konfliktforschung; Veröffentlichungen: u. a. „Der Bürger und seine Sicherheit. Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik“, 1983; zus. m. Lothar Brock (Hrsg.) „Die Zukunft der Sicherheit in Europa“, 1984; „Atomwaffenfreie Zonen und Vertrauensbildung in Europa“ 1985; Mitarbeit am Friedensgutachten 1987 und 1988.

Probleme der Begriffsbestimmung

In Wien wird seit Februar 1987 über das Mandat für eine Konferenz über konventionelle Stabilität in Europa verhandelt. Obwohl sich die 23 Teilnehmerstaaten der NATO und der WVO schon in bezug auf die Präambel und eine Reihe inhaltlicher Punkte geeinigt haben, gibt es noch Probleme, die offenbar schwer auszuräumen sind.¹⁾ Doch auch dann, wenn der Konferenz – vielleicht noch in diesem Jahr – vom Wiener KSZE-Folgetreffen das Mandat erteilt werden sollte, wird der Weg zur konventionellen Abrüstung und Stabilität in Europa noch lang und steinig sein.

Geht man einmal vom Begrifflichen her an das Vorhaben, „konventionelle Stabilität in Europa“ herstellen zu wollen (immerhin herrscht über diese Zielsetzung Einigkeit, nachdem die WVO-Staaten der NATO-Version zugestimmt haben, daß es um die Herstellung und nicht um die Aufrechterhaltung von Stabilität gehen soll), dann zeigt sich, daß bei sämtlichen drei Begriffen, „konventionell“, „Stabilität“ und „Europa“, noch beachtliche Probleme lauern.

„Europa“

Europa wird von den Teilnehmerstaaten in der Tradition der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) als Europa vom Atlantik bis zum Ural verstanden. Über konventionelle Stabilität (CST)²⁾ soll aber nur zwischen den 23 Staaten von

NATO und WVO einschließlich der beiden Supermächte verhandelt werden, von denen die eine keine und die andere nicht nur eine europäische Macht ist.

Dies wirft einige Abgrenzungsfragen auf: Auf der einen Seite handelt es sich bei der Sowjetunion um eine Landmacht, deren überwiegender Teil auf asiatischem Boden liegt. Daher weisen westliche Kommentatoren zu Recht darauf hin, daß sowjetische Truppen und ihr Material sehr schnell aus dem hinter dem Ural liegenden Teil des Landes in den europäischen Teil verbracht werden können. Demgegenüber kann die SU geltend machen, daß sie potentielle Gegner nicht nur in Westeuropa sieht und deshalb auch in ihren asiatischen Grenzbereichen Verteidigungsvorkehrungen zu treffen hat und außerdem im Norden und Nordosten den nicht-europäischen NATO-Partnern relativ dicht gegenüberliegt. Man kann ihr also nicht verargen, daß sie weiterhin in ihrem asiatischen Teil Truppen und Waffen unterhalten will.

Auf der anderen Seite geht es um die Präsenz der USA in Westeuropa, mithin um nicht-europäische Truppen in diesem Teil des Kontinents und um die Vorkehrungen dafür, im Krisenfälle weitere Truppen aus den USA nach Westeuropa zu bringen. Beides wird von den westeuropäischen NATO-Staaten für wichtig gehalten, um angesichts der großen Entfernung der USA von diesem Kontinent den Bündniszusammenhalt zu sichern. Gerade die technischen Vorbereitungen für eine Verstärkung der US-Truppenpräsenz³⁾ werden aber von den Staaten der WVO als eine schwer zu kalkulierende Gefahrengröße angesehen.

Es ist somit für beide Seiten sehr kompliziert, in den Verhandlungen und zukünftigen Vereinbarungen „Europa“ auf den geographischen Größenbegriff als Teil der eurasischen Landmasse zu beschränken. Aber auch die politische Gliederung Europas kann das Verhandlungsvorhaben belasten. Bekanntlich gibt es neben den 23 Staaten der beiden Militäralianzen noch zwölf neutrale und nicht paktgebundene (N+N) Staaten, die nicht an den Mandatsgesprächen beteiligt sind und auch nicht an der CST teilnehmen werden, sondern nur über deren jeweiligen Stand informiert werden sollen. Sie sind jedoch gemeinsam mit den Staaten beider Bündnisse weiterhin am KSZE-Prozeß insgesamt und an einer parallel zu der CST stattfindenden zweiten Phase der KVAE beteiligt. Die Aufspaltung in zwei unterschiedliche Konferenzebenen schließt einen Teil der Staaten von den Verhandlungen über substantielle Rüstungsbeschränkungsmaßnahmen aus und unter-

hüllt dadurch das für den KSZE-Prozeß bisher sehr wichtige Prinzip der Gleichheit und Gleichbehandlung aller Teilnehmerstaaten. Außerdem kann sich der Verzicht der beiden Bündnisse auf die „guten Dienste“ der N+N-Staaten erschwerend auf die Kompromißfindung bei der CST auswirken.

„Stabilität“

Nach Auffassung aller 23 Unterhändler bei den Mandatsgesprächen sollen von der Konferenz drei Aufgaben bewältigt werden:

1. soll ein Gleichgewicht konventioneller Streitkräfte, Waffen und Rüstungen auf einem niedrigeren Niveau erzielt werden;
2. sollen Disparitäten, die sich nachteilig auf die Stabilität und Sicherheit auswirken, ausgeglichen werden;
3. soll die Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur Einleitung einer ausgreifenden Offensive beseitigt werden.⁴⁾

„Gleichgewicht“ und „Stabilität“ werden auch in diesem Zielkatalog weitgehend als synonym verwendet, sind es aber nicht. Ein bipolares Gleichgewicht ist prinzipiell instabil oder labil (in der Physik z. B. die Balkenwaage). Aus der ursprünglichen Vorstellung des „Gleichgewichts des Schreckens“, basierend auf der nuklearen Zweitschlagsfähigkeit (Motto: Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter), wurde immer mehr der Wunsch nach einem zahlenmäßigen Gleichgewicht. Dies behinderte seit 15 Jahren Fortschritte bei den auf Zentraleuropa bezogenen MBFR-Verhandlungen, bei denen es darum ging und geht, einen Gleichstand der in diesem Bereich stehenden Truppen zu erreichen bzw. – aus östlicher Sicht – festzuschreiben.⁵⁾ Die Zielsetzung des zahlenmäßigen Gleichgewichts behinderte aber auch alle anderen Rüstungskontrollverhandlungen, nicht zuletzt, weil es schwierig war oder man sich nicht darauf einigen konnte, die Ausgangsdaten beider Seiten festzustellen. Das einzige bisherige Abrüstungsabkommen, der INF-Vertrag vom 8. 12. 1987, wurde erst möglich, nachdem beide Supermächte sich auf die „Null“ als beiderseitige globale Zielgröße einigen konnten.

Nur bei Null ist ein Gleichgewicht an militärischen Kräften zugleich stabil. Null wird aber nicht die Zielgröße für die konventionellen Streitkräfte und ihre Waffen sein können. Deshalb werden Stabilitätsverhandlungen nur wenig Aussichten auf Erfolg haben, wenn sie oberhalb von Null vom Kriterium des Kräftegleichgewichts abhängig gemacht werden. Wichtiger ist es vielmehr, ein Kräfteverhältnis zu er-

reichen, das so gestaltet ist, daß keine Seite durch das Überschreiten der Gewaltschwelle sich eine Gewinnchance ausrechnen kann.

„Konventionell“

Im Kontext der Konferenz steht „konventionell“ zunächst einmal im Gegensatz zu „nuklear“ und in Abgrenzung zu „biologisch“ und „chemisch“. Für eine solche Einschränkung sprach, daß die USA über nukleare Abrüstung nur direkt mit der SU verhandeln wollen und die beiden westeuropäischen Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien vorerst gar kein Interesse an Verhandlungen über ihre Atomwaffenpotentiale haben. Die anderen nicht-nuklearen Kriegsführungsmittel sind ausgeklammert worden, weil entweder darüber im weltweiten Rahmen der Vereinten Nationen verhandelt wird oder weil es den Konferenzrahmen über Gebühr ausweiten würde.

Die Einbeziehung des Wortes „konventionell“ in den Konferenznamen macht zugleich deutlich, daß sich die Verhandlungen nicht nur auf *Truppenstärken* beziehen, sondern deren konventionelle *Bewaffnung* mit einschließen sollen. Nicht nur wegen der bisher ergebnislos gebliebenen MBFR-Verhandlungen war es wichtig, die Waffen mit in den Mittelpunkt des CST-Mandates zu stellen. Eine Truppenreduzierung allein wäre nicht stabilisierend. Soldaten können nämlich schnell mobilisiert oder von Amerika oder Asien nach Europa zurückgebracht und eingesetzt werden, wenn weiterhin Militärgerät in großen Mengen für solch einen Fall vorhanden ist.

Problematisch wird die Abgrenzung zu den nicht-konventionellen Waffen vor allem dort, wo beide Seiten über „dual capable systems“ verfügen, also über Waffensysteme, die sowohl konventionelle als auch atomare (ggf. auch chemische) Sprengladungen verschießen oder abwerfen können. Hier haben beide Seiten unterschiedliche Vorstellungen, ob und in welchem Maße diese Systeme ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen sein sollen. Der Westen vertritt die Auffassung, daß Kernwaffen generell und Flugzeuge zumindest vorläufig nicht einbezogen werden sollen, während der Osten von Anfang an die taktischen Luftstreitkräfte samt ihrer konventionellen und nuklearen Bewaffnung zum Verhandlungsgegenstand machen wollte, allerdings in neuester Zeit kein Interesse mehr an der Einbeziehung von Jagdflugzeugen zu haben scheint.

„Konventionelle Stabilität in Europa“

Diese Bezeichnung des Konferenzvorhabens suggeriert, daß Stabilität für einzelne Teilbereiche des

Spektrums militärischer Mittel erreicht bzw. darüber verhandelt werden könne. Ausgangspunkt solcher Prägungen dürfte der Gedanke der „atomaren Stabilität“ sein. Dahinter steht die Vorstellung vom Gleichgewicht des Schreckens bzw. der beiderseitigen gesicherten Zweitschlagsfähigkeit, von der man annimmt, sie habe wesentlich dazu beigetragen, daß es in den letzten Jahrzehnten zwischen den beiden Bündnisystemen zu keinem Krieg gekommen ist und relativ stabile Verhältnisse geherrscht haben.

Gerade wenn das *nukleare Patt* tatsächlich der wesentliche Grund dafür war, daß Krisensituationen nicht in einen Krieg oder gar den Atomkrieg eskaliert sind, lassen sich überhaupt keine in etwa abgesicherten Aussagen darüber treffen, ob und ggf. welche abschreckende Wirkung bisher von den unterhalb der nuklearen Ebene vorhandenen konventionellen und sonstigen Waffen der einen und der anderen Seite ausgegangen ist. Wir wissen dann auch nicht, ob ein generelles Gleichgewicht oder ein Kräfteverhältnis von 1 : 1,5; 1 : 2 . . . 1 : n bei den Hauptwaffensystemen notwendig ist, um Kriege zu verhindern; denn es gab im prä-nuklearen Zeitalter wie auch nach 1945 außerhalb des nuklearen Abschreckungskontextes Kriege, bei denen der Aggressor aus der Position der Übermacht, wie auch des Gleichgewichts und der Unterlegenheit heraus einen Angriff riskiert hat.

Es ist daher fraglich, ob es Sinn macht, isoliert nach einem konventionellen Gleichgewicht, aber auch nach konventioneller Stabilität zu streben. Deshalb kommt es nicht so sehr darauf an, daß sich die NATO-Staaten um ein Gesamtkonzept für ihre Verteidigungspolitik und Rüstungskontrolle bemühen, was bei den feststellbaren Interessendivergenzen und -differenzen⁶ noch einige Zeit dauern oder auf höchst biegsame Formeln hinauslaufen dürfte, während ein Verhandlungskonzept vielleicht eher zuwege zu bringen ist. Statt dessen wäre es wichtiger, wenn *alle* an der CST beteiligten oder gar sämtliche KSZE-Staaten sich bemühten, *gemeinsam* ein *Gesamtkonzept* zu entwickeln, das die Bedingungen für eine gesicherte Verteidigungsfähigkeit eines jeden Staates beschreibt. Auf dieser Grundlage ließen sich dann die zur Herstellung und Sicherung dieser Fähigkeit notwendigen vertrauensbildenden, Rüstungskontroll-, Um- und Abrüstungsmaßnahmen formulieren und verifizieren.

Das Spannungsverhältnis von Stabilität und Wandel

Im Gegensatz zur Physik gibt es in den Beziehungen zwischen sozialen Einheiten keine eindeutig und

dauerhaft stabilen Verhältnisse. Vielmehr lassen sich sowohl innerhalb eines Landes als auch bei den Beziehungen zwischen Staaten bestimmte *Situationen* als stabil beschreiben, und es können *Bedingungen* benannt werden, unter denen zu erwarten ist, daß diese Stabilität von der gegenwärtigen Situation für die nähere oder weitere Zukunft fortbestehen wird.

Wenn Stabilität im politischen Sprachgebrauch als etwas Wünschenswertes angesehen wird, so hängt dies mit Gegenüberstellungen zusammen wie Stabilität und Krise, Stabilität und Unruhe/Aufbruch, Stabilität und unsichere Verhältnisse, die möglicherweise einen dramatischen Ausgang nehmen, der das Überleben oder auch nur das Wohlergehen der Beteiligten gefährden könnte. Sofern eine stabile Beziehung allen Beteiligten in gleicher oder gleichwertiger Weise nutzt, wird ihr Fortbestand auch von allen gewünscht werden. Dies kann jedoch nicht für alle Beziehungsmuster stillschweigend vorausgesetzt werden. In der Realität von innergesellschaftlichen, trans- und internationalen Herrschaftsverhältnissen dürfte vielmehr die Wünschbarkeit fort-dauernder Stabilität von der Perspektive derjenigen abhängen, die von diesen Verhältnissen Vorteile genießen oder von ihnen benachteiligt sind. Letztere werden – mit welchen Mitteln auch immer – eine Veränderung der Situation, den gesellschaftlichen Wandel oder die Beseitigung einer Hegemonialordnung etc. anstreben.

Nun hat der Ost-West-Konflikt seinen Ursprung bekanntlich nicht in den von beiden Seiten gegeneinander gerichteten Waffensystemen, sondern im Konkurrenzverhältnis der kapitalistischen und der (real-)sozialistischen Gesellschaftsordnung. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß vor allem die Regierungen beider Seiten die jeweils andere Gesellschaftsordnung ablehnen und für veränderungsbedürftig halten. Sie haben daher immer wieder diejenigen gesellschaftlichen Kräfte im anderen Machtbereich zumindest moralisch unterstützt, die auf eine Veränderung ihrer Gesellschaftsordnung hinarbeiten. Zugleich befürchteten sie, daß von der gegnerischen Seite gemeinsam mit subversiven oder für subversiv gehaltenen Kräften im eigenen Lande militärisch interveniert und ein Umsturz vorbereitet werde. Diese Grunddispositionen haben sich über die Verabschiedung der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 und das darin enthaltene Prinzip der *Nichteinmischung* in die inneren Angelegenheiten anderer Teilnehmerstaaten erhalten.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die von

den beiden Militärblindnissen für Europa angestrebte „konventionelle Stabilität“, so wird deutlich, daß dieses Ziel nicht isoliert von der Frage nach der politischen Stabilität und den Möglichkeiten eines friedlichen Wandels gesehen werden darf.

Daß die Regierungen in Ost und West an einer politischen Stabilität im eigenen Herrschaftsbereich interessiert sind, kann als selbstverständlich angenommen werden. Inwieweit ihnen an einer politischen Stabilität im gegenüberliegenden Herrschaftsbereich gelegen ist, steht in Frage. Es mag zwar sein, daß innere Unruhen auf der Gegenseite auch als Gefahr für die internationale Stabilität und damit für das gemeinsame Überleben angesehen werden. Es widerspräche jedoch allen politischen Erfahrungen und jeglicher Staatsräson, würden nicht Veränderungen auf der Gegenseite, die den eigenen Wertvorstellungen nahekommen, als positiv wahrgenommen. Da jedoch die Befürwortung eines Wandels im gegnerischen Herrschaftsbereich wenigstens teilweise mit der Interessenlage dort bestehender Oppositionsparteien oder -gruppen korrespondiert, kann es in den Fällen, in denen diesen Gruppen keine legalen Mittel für die Regierungsübernahme zur Verfügung stehen, zu internationalen Spannungen kommen. Wo liegt die Grenze des Erlaubten zwischen wohlwollender Kommentierung politischer Veränderungsansätze, Kommunikation z. B. auf Parteebene, Einmischung z. B. durch elektronische Medien und – letztlich militärischer – Intervention? Es wird um des Fortgangs, ja um der Absicherung der zweiten Phase der Entspannungspolitik willen notwendig sein, den Einmischungsbegriff strikter von dem der Intervention zu trennen.

Ein Schritt auf diesem Wege sollte sein, bei dem von Ost und West gemeinsam zu erarbeitenden Gesamtkonzept das in Helsinki verabschiedete Prinzip der Nichteinmischung *substantiell* zu *unterfüttern*: d. h. in Zukunft sollte die konventionelle Bewaffnung und die Struktur der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten so beschaffen sein, daß militärische Interventionen in einem anderen Land weitestgehend ausgeschlossen werden können.⁷⁾ Dann brauchte z. B. auf in ihrer Reichweite nicht begrenzbare Radiokommentare zur innenpolitischen Lage in einem anderen Teilnehmerstaat nicht mehr so empfindlich reagiert zu werden. Daß diese Maßnahmen allerdings nicht hinreichen, um die Asymmetrien zwischen den westlichen und östlichen Lebensbedingungen und die daraus resultierende unterschiedliche Attraktivität der beiden Systeme zu überwinden, die eine wichtige Ursache für das in Ost- und

Ostmitteleuropa zunehmende Reformbedürfnis darstellt, sei nur am Rande erwähnt.

Stabilität und Vertrauensbildung

Die Konferenz über Konventionelle Stabilität in Europa (CST) und die Fortsetzung des KSZE/KVAE-Prozesses stehen für die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes trotz der unterschiedlichen Teilnehmerenschaft in einem untrennbaren Zusammenhang.

Die 1986 in Stockholm von der KVAE beschlossenen Maßnahmen zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung sollten primär dazu dienen, die *Transparenz* über das militärische Verhalten der Teilnehmerstaaten zu vergrößern.⁸⁾ Ein Mehr an Transparenz kann sich stabilisierend auswirken, indem es die Gefahr eines Überraschungsangriffes mindert und auch diesbezügliche Fehleinschätzungen und das daraus resultierende Risiko eines Präemptivschlages verringert. Die seit Anfang 1987 erprobte Praxis der wechselseitigen Ankündigungen, Manöverbeobachtungen und Vor-Ort-Inspektionen hat gezeigt, daß die Teilnehmerstaaten willens sind, die Vereinbarungen von Stockholm auch einzuhalten.⁹⁾

Einer Stabilisierung im Sinne der Erschwerung, wenn nicht gar Verhinderung von militärischen Interventionen würde jedoch besser Rechnung getragen, wenn es der zweiten Phase der KVAE gelänge, sich neben weiteren transparenzfördernden Vorkehrungen¹⁰⁾ auch über einen Satz von Maßnahmen zu einigen, die die *Operationsmöglichkeiten* der Streitkräfte erheblich *einschränkten* (z. B. räumliche Trennung von Trägern und Munitionslagern, Rückverlagerung von beweglichen Militärbrücken sowie die Vereinbarung, Manöver mit Panzerbeteiligung nicht näher als 80 km zur Blockgrenze abzuhalten).

Stabilität, Rüstungskontrolle, Um- und Abrüstung

Noch weiter reichende Schritte zur Stabilisierung dürften der CST vorbehalten sein. So plausibel die Forderung ist, „wer mehr hat, soll auch mehr abrüsten“, so ist sie doch allein nicht hinreichend, eine militärische Stabilität in Europa herzustellen. Hierfür müssen noch andere Komponenten berücksichtigt werden.

Sicher ist es erforderlich, die Zahl der Kampf- und Schützenpanzer sowie der schweren Artillerie beider Seiten in einem stufenförmigen Prozeß so weit zu verringern, daß ihre Zahl für einen erfolgversprechenden Vorstoß auf gegnerisches Territorium nicht mehr ausreicht. Die von der NATO ins Gespräch ge-

brachte Perspektive eines Gleichgewichts bei 95 % des derzeitigen NATO-Bestandes an Panzern und 90 % bei der Artillerie dürfte allerdings wenig Aussichten auf Verwirklichung haben, da er von der NATO nur eine marginale Verringerung ihrer Kampfmittel, von den Warschauer Vertragsstaaten jedoch eine 65 %ige Verminderung ihrer Waffennmacht erwartet, die nicht ohne Eingriffe in deren Struktur und Strategie möglich wäre, während die NATO in dieser Hinsicht alles beim alten lassen könnte. Aus einem anderen Grunde problematisch sind Konzepte, die eine beiderseitige Halbierung der Bestände vorschlagen, da sie die vom Westen beklagten Disparitäten prinzipiell nicht beseitigen würden.

Eine Vereinbarung, die dem Stabilisierungsziel eher entspräche, könnte aus der Kombination zahlenmäßiger und räumlicher Beschränkungen bestehen: Eine beiderseitige Reduzierung der Panzer- und Artilleriewaffen auf 80 % der derzeitigen NATO-Bestände würde zwar der östlichen Seite noch mehr zumuten als der NATO-Vorschlag. Aber er könnte akzeptabler sein, da er auch die NATO zu einer substantiellen Verringerung ihrer Hauptkampfmittel brächte. Gleichzeitig wäre eine Zone zu vereinbaren, in der keine Panzer mehr stationiert werden dürfen, die jeweils z. B. 80 km auf beiden Seiten der Grenze zwischen NATO und WVO umfaßt. Zusätzlich sollte verbindlich abgemacht werden, daß auch außerhalb dieser Zone maximal 500 Panzer pro 10 000 qkm stationiert sein dürfen, um so Konzentrationen für einen Angriff erheblich zu erschweren. Parallel dazu sollten sich die Atomkräfte auf eine Reduzierung der landgestützten nuklearen Kurzstreckenwaffen auf Null verständigen.

Darüber hinaus wird es erforderlich, jedoch vielleicht erst in einer zweiten Phase der CST möglich sein, Vereinbarungen zur Reduzierung der für militärische Interventionen besonders geeigneten Luftlandkapazitäten und amphibischen Einheiten beider Seiten zu treffen. Vermutlich ist es erst danach sinnvoll, über allgemeine weitergehende Abrüstungsschritte zu verhandeln.

Stützende Maßnahmen

Der Zusammenhang zwischen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Stabilität darf nicht außer acht gelassen werden. Maßnahmen zur Förderung einer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung Gesamteuropas tragen insofern zur Stabilität bei, als sie wechselseitige Abhängigkeiten schaffen, deren Unterbrechung durch militärische Interventionen

auch demjenigen, der sich hiervon einen Nutzen verspräche, größeren Schaden brächten als die zu erwartenden Vorteile.

Da die Umweltverschmutzung und -vergiftung weder vor nationalen, noch vor Bündnisgrenzen Halt macht, ist eine bündnisübergreifende Kooperation im Bereich des Umweltschutzes nicht nur notwendig, sondern inzwischen eine so große Herausforderung, daß sie auf beiden Seiten dazu zwingt, gemeinsame Anstrengungen zur Schadensbegrenzung und – soweit dies noch möglich ist – Schadensbehebung zu unternehmen und, um dies finanziell zu bewerkstelligen, erhebliche Eingriffe in die Militäraushalte vorzunehmen.

Politische Stabilität in den einzelnen Ländern und damit in Europa ist abhängig von der Lebensqualität der Bürger. Diese bemißt sich nicht nur an den Kriterien des Lebens ohne Angst vor Krieg, Hunger und Umweltschäden, sondern auch an der Verwirklichung der Menschenrechte in den einzelnen Ländern und an den damit zusammenhängenden Möglichkeiten zu zwischenmenschlichen Begegnungen über die Grenzen hinweg.

Aus all diesen Gründen muß der KSZE-Prozeß in allen seinen Bereichen vorangetrieben und der Zusammenhang zwischen der CST, der KVAE und den KSZE-Folgeverträgen aufrechterhalten werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Berthold Meyer, Der weite Weg zur Konventionellen Stabilität in Europa, in: *Mediasus*, 8. Jg., Heft 5/1988, S. 3-8.
- 2) Im folgenden wird abweichend von der in der Bundesrepublik immer noch gängigen Abkürzung KRK (Konferenz über Konventionelle Rüstungskontrolle) für das Konferenzvorhaben die englische Abkürzung CST für Conventional Stability Talks benutzt.
- 3) Geregelt zwischen der deutschen Bundesregierung und der US-Regierung in dem Wartime Host Nation Support (WHNS) Programm vom 15. 4. 1982.
- 4) Vgl. Reinhard Mutz, Die Kontrolle Konventioneller Rüstung in Europa, in: Klaus v. Schubert, Egon Bahr, Gert Krell (Hg.), *Friedensgutachten 1988*, Heidelberg 1988, S. 124.
- 5) Vgl. dazu u. a. Reinhard Mutz, *Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR*, Baden-Baden 1984.
- 6) Vgl. dazu u. a. Mathias Jopp/Berthold Meyer, *Europäisierung der Sicherheitspolitik: Blindflug ohne Orientierung?* in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 34 Jg., 11/1987, S. 1006 ff.
- 7) Diese Überlegungen decken sich weitgehend mit Forderungen, die von sozialdemokratischer Seite häufig unter dem wenig eleganten Begriff der „Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ zusammengefaßt, aber inzwischen bis in den konservativen Bereich des Parteienspektrums der Bundesrepublik vertreten werden (vgl. Dieter S. Lutz, *Teilelement einer politischen Konzeption. Funktionen, Zielkriterien, Konzeptioneller Rahmen*

der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 35 Jg., 6/1988, S. 547 ff.)

- 8) Vgl. dazu Berthold Meyer, Stockholm brachte Fortschritte – aber auch für die Vertrauensbildung? HSFK-Friedensforschung aktuell, Ausgabe 16, Winter 1986/87.
- 9) Vgl. Norbert Ropers/Peter Schlotter, Der KSZE-Prozeß, in: v. Schubert/Bahr/Krell (s. Anm. 4), S. 41 f.
- 10) Vorschläge hierfür sind z. B. in dem am 7. Juli 88 gemeinsam von der SPD und der SED vorgelegten Vorschlag für eine „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“ enthalten.

Wolf Scheller Pardon wurde ihm nicht gegeben Alfred Döblins Emigrationsjahre in Frankreich

Wolf Scheller, Jahrgang 1944, ist Redakteur beim WDR/Hörfunk, Köln.

In einem Brief an seinen Freund Ferdinand Lion schreibt Alfred Döblin am 2. April 1933: „Es ist da jetzt so eine Sache im Lande. Am 10. Mai ist Auto-dafé, ich glaube, der Jude meines Namens ist auch dabei, erfreulicherweise nur papieren. So ehrt man uns. . .“

Längst war der Dichter gewarnt. Lange schon vor der sogenannten Machtergreifung hatten ihn die Nationalsozialisten auf ihre Verhaftungslisten gesetzt. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 hatte in Berlin der Reichstag gebrannt. Freunde rieten Döblin zur sofortigen Abreise. Er verläßt die Stadt und überquert die Schweizer Grenze. Hier in Kreuzlingen findet der durch seinen „Alexanderplatz“-Roman weltberühmt gewordene Schriftsteller im Sanatorium des mit ihm befreundeten Psychiaters Ludwig Binswanger erste Unterkunft. Dann geht es mit der Familie weiter nach Zürich, wo die Döblins bis zum Herbst in einer Pension an der Hochstraße wohnen. Doch Zürich bleibt nur Zwischenstation auf dem Weg ins Exil. Frankreich ist das Ziel, das Land, das in jenen ersten Jahren der Hitler-Diktatur so viele prominente deutsche Autoren aufnahm.

So wie er aus dem Kriegsdienst der Jahre 14/18 den „Wallenstein“ und „Die drei Sprünge des Wang-Lun“ mitgebracht hatte, führte auch die Emigrationszeit bei Döblin nicht zu einer Unterbrechung der literarischen Produktivität. In seinem Gepäck befanden sich, als er Deutschland verließ, die ersten Hefte eines Romanmanuskripts, was später die „Babylonische Wandlung“ wurde, Döblins erster Exilroman. Es ist ein groteskes Buch, vollendet in den Lesesälen von Zürich und Paris, eine Persiflage auf den Heroismus der Zeit, in der der gestürzte babylonische Gott Konrad am Ende zur Menschlichkeit findet. Vor allem aber ist es ein Buch, das die Verzweiflung und die Ratlosigkeit des Autors über die deutschen Verhältnisse zu erkennen gibt. Der Wut über den Sieg der Nationalsozialisten entsprach die Einsicht in das Scheitern der eigenen ökonomischen Existenz. Denn so redlich sich Döblin auch mit Frankreich und seiner Sprache abmühte, er blieb in der Kulturszene ein Außenseiter, mit wenigen eng



Für den damals 55jährigen Dichter Alfred Döblin . . .

Foto: dpa

befreundet. So etwa mit Robert Minder, dessen Urteil über Döblins Situation im französischen Exil aus eigener Beobachtung rührte: „Von vornherein fühlte er sich infolge ungenügender Sprachkenntnisse französischen Partnern gegenüber unter dem eigenen Niveau, verkrümelte sich, schwieg.“

Robert Minder hatte Alfred Döblin im Frühsommer 1937 in Paris kennengelernt. Der Anlaß war eine von Minder veröffentlichte Studie über Döblins kurz zuvor erschienenen Roman „Pardon wird nicht gegeben“, ein Buch, das mit starkem autobiographischem Bezug traumatische Erfahrungen aus der Stettiner Kinder- und Berliner Frühzeit Döblins zu verarbeiten sucht. Zwischen Minder und Döblin entstand damals eine Beziehung, wie man sie sich enger kaum wünschen konnte. Unter dem 8. Juni heißt es in einem Brief Döblins an Minder: „Es ist doch eine merkwürdige Freude für einen Autor, sich so ernst betrachtet zu sehen; man schreibt die leisen und flüchtigen Dinge hin, die einem kommen und die man gerade erwischt, man haut so oft vorbei, und nun wird es da ausgebreitet, hat einen Grund, hat

Beziehung nach vorn, rechts, links, merkwürdig. Ich kann Ihnen nur für Ihren eindringenden Blick und die Vorsicht, mit der Sie mit mir umgehen, danken.“

Seit Herbst 1934 wohnten die Döblins in Paris am Square Henri-Delormel, einer Nebenstraße der heutigen Avenue du général Leclerc. Für den damals 55jährigen Dichter muß die Millionenstadt Paris eine Art Herausforderung bedeutet haben, ähnlich der Erfahrung mit Berlin, das dem jungen Döblin zum Inbegriff der Großstadt geworden war. Dies entsprach einem Grundgefühl Döblins, das Leben in der Stadt, das Dahintreiben des einzelnen, anonym in der Masse, aber doch auch in ihr geborgen. Döblins Wohnung in Paris wird rasch zu einem Mittelpunkt des Dialogs zwischen den deutschen Emigranten. Manés Sperber und Hermann Kesten, Arthur Koestler und Joseph Roth. Der Pen-Club gibt einen Empfang zu Ehren Döblins. Sein sechzigster Geburtstag wird groß gefeiert. Anna Seghers, Ludwig Marcuse und Arnold Zweig halten die Ansprachen.

Für manches, was auf französischer Seite vor sich ging – vor allem für die Tiraden und Aktivitäten im



... muß die Millionenstadt Paris eine Art Herausforderung bedeutet haben

Foto: Eduard N. Fiegel

Zeichen von „le couple France-Allemagne“ – zeigte Döblin kein Verständnis. Er war nicht vor den Hitler-Leuten geflohen, um hier in Frankreich in das Sogwasser der kulturellen Kollaboration zu geraten, wie sie von Autoren wie Jules Romains, noch drastischer aber von Drieu la Rochelle betrieben wurde. Robert Minder vermittelte andere Kontakte – so etwa zu James Joyce. Döblin sucht den ihm thematisch und stilistisch verwandten irischen Romanzier in Paris auf, doch der kurze Besuch zeitigt nur Irritationen auf beiden Seiten. „Wir sahen uns an und schwiegen“, berichtete Döblin später. Die Nähe beider Großstadt-Autoren war eben auch ihrer beider Ferne, man hatte einander erkannt.

Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir – Sartres „Ekel“ war bereits erschienen – schätzten Döblin, von dem sie vor allem „Berlin Alexanderplatz“ kannten. Außer diesem Roman waren nur „Wang-Lun“ und die „Babylonische Wandlung“ übersetzt worden. Die französischen Verleger hielten sich bei Döblin merklich zurück. Daran sollte sich auch durch verschiedene mutige Einzelunternehmungen später wenig ändern. Immerhin brachte Sartre in den „Temps Modernes“ eine Übersetzung von Döblins Essay „Von Großstadt und Großstädtern“ heraus. Das vermutlich wichtigste Buch, das Döblin in seiner Pariser Zeit schrieb – „Pardon wird nicht gegeben“ – erschien 1935 im Querido-Verlag in Amsterdam. Döblin berichtete später dem Freund Robert Minder: „Das Werk ist 1934, in etwa sechs Monaten, in Maisons-Laffite bei Paris geschrieben; es ist der bisher einzige Roman, den ich ohne Studien, Stoffsammlung etc. schrieb. Aus einem simplen Grunde: es ist und sollte ein persönliches Ereignis bleiben. Das Buch sollte nicht in extensive Zeitdarstellung hineingeraten. Welches Erlebnis? Meiner Familie.“

Das zweite Werk, das im französischen Exil entsteht, ist die südamerikanische Romantrilogie „Der blaue Tiger“. Es handelt von der Vernichtung der Indianer durch die spanischen Eroberer, von der Gründung eines Jesuitenstaates in Paraguay und vom Untergang europäischer Machteliten in der Sträflingskolonie Cayenne. Am 28. Juli 1938 heißt es in einem Brief Döblins an Robert Minder: „... Für den Beginn des ersten Bandes, ja für den Trieb, etwas zu schreiben, hatte ich mir meine tiefe alte Bewunderung (schlechtes Wort) des Wassers, jetzt des Stroms meines Amazonas, und daß ich zufällig beim Blättern solcher Sagen wie der ‚Mutter des Stromes‘ Sukuruja begegnete, hat mich ganz fest an das alte Thema, eines meiner Leitmotive, gebunden.“

In der Pariser Nationalbibliothek beschäftigt sich Döblin in diesen Jahren auch mit philosophischen und religiösen Fragestellungen. Er liest Kierkegaard, die Predigten Taulers, die er sich – wie Minder berichtet – von der Sorbonne ausgeliehen hatte. Jude und Sozialist – die Konversion Döblins zum Katholizismus bereitet sich in der Pariser Zeit deutlich vor.

In Paris gehört Döblin zum Zentrum der antifaschistischen deutschen Exilliteratur. Als 1940 der Krieg im Westen beginnt, wird er von Jean Giraudoux in sein neu gegründetes Informationsministerium berufen. Auch Robert Minder gehört dazu, später ebenfalls Pierre Bertaux. Man verfaßte Flugblätter, entwickelte Ideen für eine wirksame Gegenpropaganda, die dann doch nicht in die Tat umgesetzt wurden. Minder spricht von einer „Kafka-Atmosphäre“ in diesem Ministerium. Es dauerte auch nicht lange. Als die Deutschen vor Paris stehen, flüchtet Döblin ein zweites Mal.

Diese Flucht im Sommer 1940 wird ihm zur „Schicksalsreise“, auf der sich seine neue Religiosität, sein Übertritt zum katholischen Glauben innerlich vollzieht. Rein äußerlich werden die Ereignisse von der Kriegsentwicklung bestimmt. Döblin berichtet darüber später in seinem Buch „Schicksalsreise“: „Am 16. Mai 1940, einem Donnerstag, schloß er vormittags eine Arbeit ab, die mich lange Monate beschäftigt hatte. Der Ansager meldete: die ‚Tasche‘ an der Nordfront der französischen Armee hätte nicht geschlossen werden können. Die Meldung sagte nichts von einem Durchbruch, von einem Zerreißen der Front, aber wer Ohren hatte zu hören, hörte. Die Feder wurde mir aus der Hand geschlagen.“

Auf abenteuerlichen Wegen flieht Döblin zunächst allein – später mit der wiedergefundenen Familie in den Süden. Er, seine Frau, die Kinder, waren seit 1936 naturalisiert. Nur ein vierter Sohn, der nach Amerika ausgewandert war, blieb hiervon ausgeschlossen. Über Cahors, Le Puy und Bordeaux gelingt es Döblin, sich mit seiner Familie nach Lissabon durchzuschlagen. Einmal wird er in dem Provinznest Mende von der französischen Sicherheitspolizei festgehalten. Oft ist die Lage für die Familie des Schriftstellers verzweifelt. Die Dramen, die sich auf der Flucht der vielen vor der herannahenden Front in Frankreich abspielen, sind in dem Band „Schicksalsreisen“ festgehalten.

Als Döblin im Oktober 1945 aus Amerika nach Frankreich zurückkehrt, läßt er sich zum „Kulturoffizier“ im Rang eines Oberst ernennen. Er geht nach Baden-Baden, dem Machtzentrum der französi-

„Wir haben Reichtümer an uns gerissen“

(Mitterrand in Aachen)

Als im Berliner Westmilieu, von Berufsprotestlern kakophon (mit polizeilichen Paukenschlägen) und Berufungsklägern neuhäutig untermalt, „Fonds und Bank“ ihr Welt-Jahrespalaver abhielten, blieben zwei Anwohner dieses Platzes draußen vor. So fehlten die Sowjets, die im Kreise von vier Siegermächten seit bald einem halben Jahrhundert den Status der alten deutschen Kapitale definieren; die umgebende DDR war ebenfalls nicht mit von der Partie.

Allein diese örtliche Zustandsbeschreibung bestätigt und symbolisiert den in vielerlei Weise anachronistischen Charakter der 1944 in Bretton Woods (Gründungsmitglied damals die SU) geschaffenen Zwillings-Institutionen IWF/Weltbank, die mittlerweile zu Lenkungsmechanismen einer sozialdarwinistisch durchwirkten Entwicklungshilfepolitik degeneriert sind. Dennoch sollte es um die Erhaltung von noch-brauchbarer Bausubstanz dieser, ursprünglich nach den Prinzipien politischer Neutralität und Globalität konzipierten, Organisationen gehen. Selbst deren Rundum-erneuerung aber dürfte nicht ausreichen, um die auf der südlichen Halbkugel gestaute Problemmasse soweit aufzulösen, daß nicht auch die Industriegesellschaften der Nordhälfte unter ihr ersticken. Eine Pferdekur zur Verjüngung der beiden Schwestern von der 19. Straße, Washington D.C., die das Anpassen an ein sich dynamisch veränderndes internationales System signalisieren sollte, müßte durch weiterreichende Initiativen nord-südlicher und west-östlicher Musterung aktuell ergänzt werden. Immerhin könnte der IWF, nach Maßgabe sozialverträglicher Strukturaufgaben, neue Orientierungspunkte auch für private Kreditgeschäfte mit den jeweiligen Empfängerländern setzen. Gemessen an der Komplexität der zu bewältigenden Aufgaben (Bevölkerungsexplosion, Weltökologie, Grundrechte und Kriegsverhinderung) macht ein geregelter Zufluß „frischen Geldes“ nur einen – essentiellen – Teilaspekt aus.

Die West-Berliner „Bankmesse“ hat sich bei der ihr abverlangten Pionierleistung erwartungs- und routinemäßig als Flop I. Klasse erwiesen: in trügerischen Hoffnungsschimmer getauchte Pflichtübung einer Gesellschaft ohne Haftung für die Schuldknechtschaft jener armen Welt, die – per Kapitalrendite – die reiche Welt reicher machen soll – bis zum nächsten Mal in Washington (nur jedes vierte Jahr tagt man „außerhalb“).

Immerhin hat das Berlin-Treffen mehr als je zuvor transparent werden lassen, wo die Reaktionsäre, die Anstifter und Vorreiter der großen Schuldenkrise sitzen, die den Kräften der Erneuerung (Wall Street Journal: Das „Camdessus-Problem“ über den französischen

IWF-Vorsitzenden) die Hände binden. Entsprechendes Lob wurde Brady, dem Finanzminister der letzten Reagan-Stunden, zuteil, als er europäisches und japanisches Bemühen um eine Erhöhung des Finanzpolsters schroff abblockte und statt dessen eine schärfere Schuldeneintreibung reklamierte. Wie kann da ein gemeinsamer Nenner gefunden werden, nachdem – laut „Prawda“ – die Spaltung der Weltwirtschaft nach ideologischen Prinzipien für niemanden von Nutzen mehr sei? Willy Brandt hat – früher als Kohl – von Gorbatschow erfahren, daß die Sowjetunion sich der Mitverantwortung für Fragen global-interdependenter Entwicklung keineswegs entziehen werde und schon möglichst bald an Tagungen von IWF und Weltbank teilnehmen wolle.

Mit einer Reihe komplementärer Vorschläge haben Vogel, Brandt und Schmidt die Europäer (und Japaner) zu Initiativen und eigenem Handeln für eine sozialökonomisch gesündere Welt aufgerufen. Da geht es etwa um die Einrichtung eines Fonds, der durch Einsparung von Rüstungskosten west-östlich finanziert werden soll; schön wär's ja, könnten die beidseitigen Anteile gleich in den Abrüstungsvereinbarungen festgeschrieben werden. Jedenfalls CAVE! Eine „notleidende“ Waffenwirtschaft dürfte sich noch vehementer als jetzt schon auf den Südexport verlegen. Also müßte etwa die Internationale Entwicklungsagentur ein Mandat zur Kontrolle dieser dunklen Geschäfts- und Staatshilfepraktiken erhalten; ihre Listenführung könnte an die Stelle von COCOM treten. Immerhin eine Möglichkeit für die europäischen Bündnisstaaten, an der Beseitigung „regionaler Konfliktherde“ mitzuwirken.

Mittel aus den Rüstungsbudgets sollten auch in eine „Programm-Agentur für Bevölkerungsfragen“, mit Schwerpunkt auf Sexualaufklärung im frühen Schulalter beginnend, fließen. Dieses Schlüsselproblem der armen Welt hat allerhöchste Priorität, denn auch der großzügigste „Marshallplan“ dürfte kaum als Schnellverfahren – per vias naturales – bei den einseitigen Wachstumsraten greifen.

Ebenfalls auf nord-südlicher Expertenebene sollten Aufsichtsorgane für globalen Umweltschutz und zur Bekämpfung der Kapitalflucht bei einem – nach Camdessus-Rezept – neugestalteten IWF angesiedelt werden. Es gibt viel zu tun für Europa, das des 92er Binnenmarktes und das des „gemeinsamen Hauses“, soll sich Perez de Cuellar's Wort vom „Neuen Kalender Menschheit“ bewahrheiten. – Geist geht dabei vor Geld!

Klaus Bloemer

schen Zone im besetzten Deutschland. Robert Minder schreibt: „Der Entschluß erklärt sich zunächst aus seinem Hang zum Didaktischen, seinem preußischen Zutrauen in Schulung und Erziehbarkeit: der Dichter sollte unmittelbar mithelfen an der Neugestaltung der Welt. „Dabei“, so fährt Minder fort, „war Döblin nur das fünfte Rad am Wagen, ohne irgendwelche Machtbefugnisse.“ Daß ausgerechnet die französische Kulturbehörde es war, die nach dem Krieg die Neuanlage von „Bürger und Soldaten“, dem ersten Band des Romanzyklus „November 1918“ untersagte, mag nachgerade als Treppenwitz der Literaturgeschichte verstanden werden. 1950 übersiedelte die Kulturstelle der französischen Besatzungsmacht nach Mainz, wo Döblin an dem Zustandekommen der „Akademie der Wissenschaften und der Literatur“ mitwirkte. Materiell stand sich der Dichter in diesen letzten Lebensjahren nicht schlecht, wie Minder berichtet. Als er aus dem Amt als Kulturoffizier ausschied, ließ ihm der französische Hochkommissar François-Poncet eine ungewöhnlich stattliche Abfindungssumme überweisen, ungewöhnlich deswegen, weil Döblin keinerlei Pensionsberechtigung besaß.

Das Exil in Frankreich – soviel steht heute fest – war für Döblin eine entscheidende Spanne seines Lebens. Hier suchte und fand er unter dem Eindruck der zusammenbrechenden demokratischen Ordnung in Deutschland Zuflucht bei der Kirche. Hier wurde er zum Mystiker, der von einem neuen Jerusalem, einer neuen Gesellschaft träumte. Daß er neben Pascal und Kierkegaard auch den Talmut als Studienobjekt wählte – in Paris unter Anleitung eines Rabbiners – entsprach einer umfassenden religiösen Neigung. In Paris besucht er die Messe, und Paris wird er immer wieder aufsuchen, auch in den letzten Lebensjahren als Schwerkranker, dessen fortschreitende Lähmung, die Folgen eines Herzinfarktes und die durch den Gelben Star abnehmende Sehkraft ihn zu einem Pflegefall machen, einen Menschen, der an den Rollstuhl gefesselt ist.

Von dem Gefühl der Verlassenheit Döblins zeugt ein Brief vom Februar 1954 an Robert Minder: „Ich wünsche Dir von Herzen, daß Du bald wieder auf den Beinen bist – und mir wünsche ich, daß Du bald wieder zu mir hereinspazierst. Ich lebe ja in diesem Paris, dans la plus grande solitude et la plus stricte isolation. Bei mir zuhause spricht man nicht oder kaum, und ich sitze vor meinem hohen Bücherregal, an das ich nicht herankann, und nur Papier. . .“

Wolfgang Fritz Haug Die geistige Situation der Zeit und ihre Veränderung durch die Perestrojka¹

Wolfgang Fritz Haug, geb. 1936, wurde Ende der 50er Jahre durch die Anti-Atom-Bewegung politisiert, war Sekretär des Berliner Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ und Gründer der Zeitschrift „Das Argument“ (1959); trat damals der SPD und dem SDS bei. In den 60er Jahren Austritt aus der SPD, seither parteilos. Seit 1979 Prof. für Philosophie an der FU Berlin. Herausgeber der deutschen Fassung des „Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“; Veröffentlichungen zu Existentialismus, Faschismus und Antifaschismus, Warenästhetik, Ideologie und Massenkultur. Der nachstehende Aufsatz von W.F. Haug ist sein Beitrag zur XIII. Konferenz „Socialism in the World“ in Cavtat/Jugoslawien 1988.

I.

*„Man kann sagen, daß wir die neue Mentalität unter Schmerzen hervorgebracht haben.“
(Gorbatschow 1987c, 185)²*

Michail Gorbatschows neues Denken und Handeln an der Spitze der KPdSU hat die geistige Situation der Zeit verändert. Ein Alptraum weicht. Der weltgeschichtliche Horizont des Sozialismus hat sich neu geöffnet. Eine Gegenwart gewinnt ihre Zukunft mitsamt ihrer Vergangenheit.

Die Stagnation des Landes, bei Apathie der Regierten, während unter den Regierenden Korruption sich ausbreitete, ein Zustand, den man in Anlehnung an die kapitalistische Stagflation „Stagruption“ nennen könnte, ließ, als Spätfolge der stalinistischen Industrialisierungsdespotie, in den 70er Jahren die UdSSR in eine „Vorkrisensituation“ versinken. Diese Verhältnisse hatten weltweit gewirkt. Erst heute dämmert uns, wie stark deren negative Ausstrahlung die Zeit bestimmt hat. Die ideologischen Parfüme, deren Duft noch vor kurzem so viele Intellektuelle betörte, stechen unangenehm in die Nase. Hätten sie bisher die Fäulnis des Sozialismus zu überdecken, so wird nun, da ein frischer Wind aus Osten weht, ihre Chemie auffällig. Das spiritualisti-

sche „neue Denken“ mit seinen kulturindustriellen Mystizismen kriegt es mit dem *Denken einer neuen Praxis der sozialen Emanzipation* zu tun, in der zugleich Freiheitsrechte des Individuums und das Projekt eines ökologischen Umbaus der gesellschaftlichen Naturverhältnisse Raum gewinnen. Die Ideologien der *Absage* an Moderne, Industrie, Vernunft, Sozialismus – sie sind schal geworden angesichts des tatkräftigen *Bruchs* mit dem stagnanten „befehls-administrativen System“ im Osten, das Sozialismus mitsamt Natur und Vernunft in babylonischer Gefangenschaft gehalten hat. Was aber die „Postmarxisten“ angeht, die reuigen Ehemaligen – diese Verabschiedeter des Marxismus haben sich von etwas historisch bereits Verabschiedetem losgesagt und den Beginn der Erneuerung fürs Ende genommen. Ihr Bruch mit dem Marxismus ist ein Symptom dafür, daß sie sich vom Veralteten im Marxismus nicht zu lösen vermochten. Indem die Sowjetunion die radikale *Erneuerung des Sozialismus* (1988e) auf die Tagesordnung gesetzt hat, hört die *Erneuerung des Marxismus* auf, eine fixe Idee isolierter Intellektueller zu sein, und dem Postmarxismus ist damit der Anschein einer Rechtfertigung entzogen.

Anders steht es mit denjenigen, deren Warnungen sich zu Untergangsvisionen verjenseitigt und die sich in *Apokalyptiker* verwandelt haben, solange ihr enthusiastischer Ruf zur *Umkehr* in West und Ost ungehört verhallt: Die Erneuerung im Osten hat sie zu Wegbereitern gemacht, ob sie es wahrhaben oder nicht. Ihre Apokalyptik ist überholt, seit auf ihre Warnung gehört wird. Sie stehen vor der Alternative, entweder wieder weltlich zu werden oder aber das Wirklichwerden ihrer Änderungsvorschläge zu verleugnen.

Das sind Zeiten für Dialektiker. Das Ruhe- und Ordnungs-Denken, links wie rechts, versteht die Welt nicht mehr. Die gewohnten Erkennungszeichen schicken einen in die Irre. „Konservatives“ erscheint im „Progressiven“, und umgekehrt. Wer sich daran gewöhnt hat, daß Bürokratiekritik und -abbau dem offensiv-kapitalistischen Bündnis aus Neoliberalen und Neokonservativen gehörten, der versteht die Welt nicht mehr.

Vor allem hat die Zuordnung der Krisen und Bewegungen sich jäh verändert. Vom innersowjetischen Umbruch ging die Veränderung aus, man muß aber die innere Umgruppierung der Fronten von den Veränderungen der globalen Konstellation unterscheiden. Auf internationalem Parkett scheinen umgekehrte Saturnalien ausgebrochen: Der autoritäre Populismus tummelt sich mit der Aufhebung der



Die geistige Situation der Zeit verändert?
Gorbatschow

Foto: Eduard N. Fiegel

Entfremdung, der Managerkapitalismus mit der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes, die russische Ausgabe von *Burda-Moden* mit der deutschen Ausgabe der *Pravda*. Anders in der Sowjetunion. Man verwechsle das verwirrende Treiben der Zivilgesellschaft, das „komplexe Mosaik von Stimmungen, Aufruhr in den Köpfen, Illusionen, Ungeduld, Irritation“ (1988q), was da endlich ins Freie tritt, nicht mit einer Konstellation der Verwirrung. Im Gegenteil, vieles, was ausweglos auseinanderdividiert und zerfahren war, findet sich ins Einfache zusammengenommen. Dadurch sind neue Spaltungen aufgebrochen, aber solche, die den Neuerungsprozess beschleunigen. Der starre Determinismus ist aufgebrochen und hat *Möglichkeiten* freigesetzt. Freilich steht, wie tatkräftig und massenhaft sie ergriffen werden, auf einem andern Blatt. Zunächst soll es um ihre einfache Wahrnehmung gehen.

II.

Der Kern der Perestrojka kann darin gesehen werden, daß die säkulare Besetzung des Sozialismus durch den Staat an ihre immanente Grenze gestoßen ist. Es zeigt sich jetzt, daß selbst marxistische Kriti-

ker der Entstehung des Sozialismus den Staat einerseits nicht kritisch genug eingeschätzt, andererseits die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit unterschätzt hatten, ja daß sie genau genommen im Banne des Kritisierten geblieben waren. Wir wollten gewaschen, aber nicht naßgemacht werden. Werden wir nun die Frage an einzelne Lösungen und Maßnahmen richten, etwa an „persönliche Interessiertheit“, marktbezogene Produktion und „Gewinn“, ob ihr „Wesen“ marxistisch sei? Aber wo nähmen wir vor aller Erfahrung die fertigen Kriterien her? Nein, wir müssen uns zunächst so weit als irgend möglich den Erfahrungen aussetzen. Aus ihnen ist die „Logik der Umgestaltung“ (1988b, 92) zu erschließen. Die von den Marxisten der ganzen Welt mitzumachende Erfahrung der UdSSR besagt: Die bis in die Verästelungen hinunter staatlich verwaltete Gesellschaft ist ebenso unwillig wie unfähig, die wissenschaftlich-technische Revolution zu tragen. Das *ancien régime* der Sowjetunion wirkte wie eine gigantische Apathiemaschine. Der Rückstand in Produktivität und neuen Schlüsseltechnologien drohte tödlich zu werden. Der Ansatz zur Änderung liegt in der Aktivierung der Menschen. Diese Aktivierung ist nur zu haben auf dem Weg der Öffnung neuer Praxisfelder, in denen die Individuen und Kollektive nicht ständig gegängelt werden, sondern ihr Handeln an den effektiven Erfolgen ausrichten können.

Es verläuft nach dem ABC des Marxismus, angewandt nun freilich unerwarteterweise auf den Sozialismus: Den Anstoß gab die Entwicklung der Produktivkräfte; die Produktionsverhältnisse wurden zu Fesseln; mit ihrer Umwälzung muß der gesamte Überbau umgewälzt werden. Jener Rückstand erschließt sich als Ausdruck eines gesamten Sozialgefüges, etwas, das in keinem isolierten Bereich behebbar wäre. Die Wirtschaftsreform mußte, um die Aufholung des technologischen Rückstands überhaupt denkbar zu machen, politische, kulturelle, „moralische“ und „ideologische“ Reformen mit sich führen oder vor sich herschicken, kurz, *revolutionäre Reform* werden. Aber Revolution ist kein extensiver, sondern ein intensiver Begriff, und marxistisch geht es dabei in letzter Instanz um die Produktionsverhältnisse. Nicht anders bei der Perestrojka. Um dies denkbar zu machen, wendet sich Gorbatschow gegen „die vereinfachte Auslegung der bekannten These von der Übereinstimmung von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften im Sozialismus“, weil diese sich in Wirklichkeit „nicht von selbst reproduziert“ (1984a, 89). Die gegenwärtige Etappe der Politik ist dementsprechend gekenn-

zeichnet „durch tiefgreifende Wandlungen im gesamten System der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf der Basis qualitativer Veränderungen in den Produktivkräften, durch die sich vertiefende Wechselwirkung und gegenseitige Durchdringung wissenschaftlich-technischer, sozialpolitischer und geistig-ideologischer Faktoren“ (1984a, 89).

In ihrer bisherigen Fassung war die UdSSR unfähig, eine Produktivkraftentwicklung hervorzu- bringen, die das Land befähigen würde, im weltweit von den entwickelten Industriegesellschaften und sogar von vielen „Schwellenländern“ des Kapitalismus vollzogenen Übergang zur „High-Tech-Gesellschaft“ – d. h. zur elektronisch-automatischen Produktionsweise mit adäquater Lebensweise – auch nur von fern den Anschluß zu halten.

III.

Von der Blamage der Ideale des Sozialismus haben wir einstweilen geschwiegen, nicht weil wir ihnen nicht anhängen, sondern belehrt – wenn nicht von Marx, so von der seitherigen Entwicklung des Sozialismus –, daß die Ideen sich in der Geschichte zu blamieren pflegen, wo sie nicht mit den Interessen konform gehen. Aber nun ist das kaum mehr für möglich Gehaltene geschehen: Die Interessen bewegen sich, von unterschiedlichen Seiten und unterm Druck der Verhältnisse, auf marxistische Ideen zu, um sie zur materiellen Kraft aufzuheben: „Sozialistische Selbstverwaltung“ und „Aufhebung der Entfremdung“ werden plötzlich brennend aktuell als Bedingungen der Produktivkraftentwicklung. Der Blamage der Macht, ihre Misere machte das Wunder möglich, daß wir neue Hoffnung schöpfen konnten. Geist und Macht ändern ihre Anordnung zueinander. Begreifen, was war und ist, Fähigkeit zur Fehlerkritik: „Diese Wissenschaft ist lebensnotwendig“. (1988q)

„Eine Niederlage“, notiert der späte Lenin, „ist nicht so gefährlich wie die Angst davor, seine Niederlage einzugestehen, die Angst, alle Konsequenzen daraus zu ziehen.“ (LW 33, 74) Daß Michail Gorbatschow es wagte, dieser Einsicht zu folgen, führte eine jener Sternstunden herbei, in der die Oberen nicht mehr wie bisher können und die Unteren nicht mehr wollen, während eine revolutionäre Alternative jäh die Kräfte umgruppiert und aus Krisen und Konflikten eine neue Chance gestaltet: „Weder die Arbeiterklasse noch die Bauernschaft, noch die technische und die schöpferische Intelligenz – keiner will länger auf die alte Art und Weise leben . . . Wir alle können nun schon nicht mehr auf die alte Art leben.“



„Eine Niederlage ist nicht so gefährlich wie die Angst davor, seine Niederlage einzugestehen“: Lenin

Foto: AdS/D

(1986d, 36) Was in dieser Situation latent war, ist durch einiges Glück und vor allem durch die politische Kunst Michail Gorbatschows³ zur manifesten Politik geworden. Objektive Bedingungen allein genügen nicht für den Erfolg, wie er 1988 in einer Rede vor Jugendlichen gesagt hat. „Es kommt in höchstem Maße auf die Fähigkeit der politischen Kräfte an, die Situation richtig zu erfassen, einen konkreten Aktionsplan zu entwerfen und ihn furchtlos zu vertreten. Die zweite Lehre besteht darin, daß keine bedeutenden gesellschaftlichen Umwälzungen, keine Revolutionen und keine Reformen zustandekommen, wenn das Volk sie nicht will, und wenn es nicht begreift, wie gehandelt werden muß, damit nicht nur das Alte negiert und verworfen, sondern auch Neues geschaffen . . . wird.“ (1988i) In der Tat hat Gorbatschow durch Überdeterminierung unterschiedlicher Widersprüche eine Konstellation geschaffen, in der es keine Alternative zur Veränderung mehr gibt. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft –

und mit ihm die Funktion der Partei und das Verständnis von Theorie –, Produktionsverhältnisse und politischer Überbau, Kultur- und Naturverhältnisse, ja, die gesamte soziale Gliederung gerät in die Bewegung des revolutionären Umbaus. Auf die Bühne treten zumal immer größere Massen von Menschen. Das war von Anfang an gewollt, aber keineswegs gewiß. Den Umbau der ungarischen Wirtschaft hat „eine stillschweigende Vereinbarung fast des ganzen Volkes getragen. Der sowjetische ‚Umbau‘ erscheint im Vergleich dazu wie eine Verschwörung der besten Köpfe“ (Schmidt-Häuer 1987b, 323). Das mag 1986 noch so ausgesehen haben, war aber im Sommer 1988 bereits überholt. Man möchte sagen: längst überholt – aber noch Anfang 1988 konnte Gorbatschow sagen, daß „nun . . . die komplizierteste Etappe“ (1988a, 11) bevorstehe: „Das, was von der politischen Führung, vom fortschrittlichen Teil unseres Volkes erkannt wurde, muß jetzt von unserem ganzen Volk, von allen seinen Schichten erkannt werden, denn sonst, ohne ein klares Verständnis der Politik der Partei, wird es keine Überzeugung von ihrer Notwendigkeit geben. Gerade diese Überzeugung prägt aber den Geist der Menschen und ihre wirklichen Taten.“ (1988a, 11 f) Noch waren die Menschen nicht genügend gewonnen, viele warteten erst einmal ab. Grigori Baklanow, der Chefredakteur der Zeitschrift *Snamja*, sagte damals: „Wenn während des Krieges so viele abgewartet hätten, hätten wir nicht gesiegt.“ (1988a, 48) Mit der 19. Parteikonferenz hat sich das Blatt gewendet. Selbst konservativer Unmut war Wasser auf die Mühlen einer neuen Öffentlichkeit, kaum daß er sich erst einmal öffentlich artikuliert hatte. Der Grad der inneren Beteiligung der Bevölkerung sprang ruckartig nach oben. Nicht daß die Sache damit über den Berg gewesen wäre. „Das interessanteste Zeichen unserer Zeit ist das ungeheure Verlangen der Menschen nach einer Veränderung zum Besseren. . . . Gleichzeitig ist die Arbeiterklasse, Genossen, sehr besorgt, daß die Perestrojka bei all dem Reden von ihr vergessen wird.“ (1988q) Nun hatte die Zeit der Taten zu beginnen, angefangen mit dem Kampf gegen das tägliche Schlangengestehen nach Waren. Unser Versuch weiß noch nichts von Erfolgen oder Mißerfolgen dieses Umbauprozesses. Mit Gewißheit läßt sich absehen, was Gorbatschow im Juli 1988 in einer Rede vor Jugendlichen gesagt hat: „Die Perestrojka braucht . . . eine Menge Zeit“, und „die schwerwiegendsten und wichtigsten Aufgaben werden denen zufallen, die jetzt noch ganz jung sind.“ (1988i)

IV.

*Denk dir den Sozialismus von allem befreit, was dich stört
frage dich, wen er dann erst recht stören würde
niemand als der ist und bleibe wirklich dein Feind
Erich Fried*

Die Bedeutung der Perestrojka ist mit der des Oktober 1917 verglichen worden (Hermlin 1987). „Die übrige Welt folgt den inneren Auseinandersetzungen in der heutigen SU mit einer Spannung, Aufmerksamkeit und Erwartung, die jener nach dem Oktober 1917 nicht entscheidend nachsteht.“ (Albers 1988) Aber damals kristallisierte sich am Leninschen Programm fast überall in der Welt eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die sich von der reformistischen Sozialdemokratie abspaltete und sich eine neue Internationale schuf. Nichts von alledem in der Gegenwart! Wir werden nicht wie Ernst Bloch seinerzeit sagen *ubi Lenin, ibi Jerusalem*⁴. Michail Gorbatschow knüpft an Lenin an, aber er ist kein neuer Lenin, sondern eine handelnde Person historisch neuer Art: Er repräsentiert die sozialistische *Gesellschaft*, ihr Zusichkommen auf einem hohen Kulturniveau. „Als ob sie aus einem Dämmerschlaf erwachten“, entdeckten die Medien neue Themen, entdeckten vor allem Debatten statt der Monologe (1987b, 95). Es ist kein Zufall, daß die Metapher vom „Aufwachen“ sich durch so viele Texte der Perestrojka zieht. Gorbatschow rührte, mit Becher zu sprechen⁵, an den Schlaf der Welt, aber freilich nicht mit Worten, die Blitze waren. Der Schlaf, an den er rührte, war die resignierte Gleichgültigkeit des sozialistischen Staatsvolks, und er rief die in Gleichgültigkeit Versunkenen nicht zum Endkampf, sondern zur ungewöhnlich-gewöhnlichen Teilnahme am alltäglichen Nachdenken, Sich-Verständigen, Entscheiden, Handeln. Obwohl er schon heute historische Verdienste um die Entfesselung einer bislang gefesselten Gesellschaft erworben hat, ist er kein „Erlöser“. Er ist der Moderator des gesunden sozialistischen Menschenverstandes einer vielstimmig, vernehmbar sich verstehenden Gesellschaft. Er ist der Organisator des Konsenses und der Formen zu seiner immer erneuerten Herausbildung. Nicht zuletzt ist er der Protagonist einer Politik, die Atomkriegsverhinderung an die erste Stelle rückt und den Systemantagonismus in zivilisierte Bahnen „antagonistischer Kooperation“⁶ lenken will.

Die Perestrojka wird von Gorbatschow als *Phase* der sowjetischen Revolution gedacht, und zwar als „eine Art Phase ‚der Negation der Negation‘“ (1988b, 100). „Er will die russische Revolution rechtfertigen, indem er die Larve des Industrialisie-

rungsdspotismus von ihr absprengt.“ (Bahro 1987) Der bloße Vergleich, der Oktoberrevolution und Perestrojka unverbunden nebeneinander stellt, bleibt an der Oberfläche. In Wirklichkeit ist es doch so, daß ohne die Perestrojka der Oktober 1917 nichts mehr in den Vergleich einzubringen gehabt hätte. Wenn Enrico Berlinguer 1981 erklären konnte, daß sich „die vorwärtstreibende Kraft des Oktober 1917 erschöpft“ habe, so ist die Perestrojka dabei, die Voraussetzungen dieses Satzes aufzuheben. Bei der Beredigung des italienischen Kommunistenführers soll Gorbatschow 1984 gesagt haben: „Berlinguers Kritiken waren nicht umsonst.“ (Z. n. Schmidt-Häuer 1987b, 27⁷) Im Nachhinein liest sich der schlichte Satz wie ein atemberaubendes Gelbnis. Und es ist gehalten worden! 1917 sendet wieder. Ohne die Perestrojka wäre dieser Sender ausgefallen. Mit Recht konnte Gorbatschow 1988 sagen: „Der Anstoß, den uns die Oktoberrevolution, Lenin und unsere Revolution während der ersten Etappe unter der Führung Lenins gaben, besteht weiter.“ (1988o) Genauer hätte es heißen können: Jener Anstoß besteht *wieder*.

Auf ganz andere Weise als einst Lenin wirkt Gorbatschow daher nach draußen. Nicht nur, daß der nukleare Winter der Politik gewichen ist. Sondern es war ja, als hätte die sowjetische Versteinerung der ganzen Welt die Alternative genommen. Es wäre euphemistische Untertreibung zu sagen, sie hätte den Sozialismus um seine Anziehungskraft gebracht, hatte sie ihn doch mit einer wahren Abstoßungskraft ausgestattet. Nun ist die *Möglichkeit* wieder offen, Veränderung wieder denkbar geworden.

V.

„Wird es nun noch ein Linker wagen, die sowjetische Diktatur als letztlich ‚humanistisch‘ darzustellen?“ (Schreiber 1986)

Nicht viel länger als die Druckerschwärze zum Trocknen braucht so manches Urteil über die Sowjetunion zum Verhalten. Gorbatschows Vorschläge zur Demokratisierung seien bisher „so vage“, schrieb zum Beispiel ein bundesdeutscher Sowjetexperte noch 1987, „daß man ihn kaum als einen ‚Reformkommunisten‘ bezeichnen kann“ (Meissner 1987). Wir gewöhnen uns zu schnell an das Neue, das vor kurzem noch keiner für möglich hielt. Das paradoxe Nebeneinander zweier aus unzähligen Mündern kommender Äußerungen kennzeichnet die Situation: „Man hätte es sich vor drei Jahren nicht träumen lassen“⁸, und „es gibt keine Alternative“⁹ oder, wie selbst der als „konservativ“¹⁰ geltende

Sekretär des Schriftstellerverbands auf der 19. Parteikonferenz sagte, es ist „anscheinend wirklich die letzte Chance“ (Karpow 1988). „Ich überlege manchmal“, sagte Gorbatschow Anfang 1988 bei einem Treffen mit Redakteuren, „was für komplizierte Prozesse sich in den Weiten dieses Landes unter Mitwirkung von fast 300 Millionen Menschen vollziehen. . . . Hätten wir die begonnenen Vorgänge gestoppt, hätten wir davor Angst bekommen, würde das verheerende Folgen haben, denn ein zweites Mal könnten wir unser Volk für ein Unternehmen dieses Ausmaßes einfach nicht mehr mobilisieren.“ (1988a, 38) Der Historiker Juri Afanasjew drängt genau deshalb darauf, die Kritik am Stalinismus und seiner Hinterlassenschaft zu radikalisieren, weil sonst damit zu rechnen sei, daß wir „auf einem Weg einschläfernder oder eigennütziger Halbwahrheiten – nur Halbmaßnahmen treffen könnten und daß damit dieser unser letzter Versuch, aus der furchtbaren Sackgasse herauszukommen, zum Scheitern verurteilt wäre.“ (Afanasjew 1988)¹¹

Die Politik, zu welcher keine der rivalisierenden Richtungen eine Alternative sieht und die man sich gleichwohl nicht hätte träumen lassen – wahrhaft, sie ist des Nachdenkens wert. Sie prägt einen jener seltenen Geschichtsmomente, in denen das Denken sich mit einer Politik berührt, die es aufzunehmen vermag und von der es deshalb Impulse empfängt.

VI.

„Wir kehren zu Lenin zurück, indem wir die Perestrojka fortführen. An seinen Worten und Taten messen wir unsere heutigen Entscheidungen und Handlungen. Wir bemühen uns, alles wie er zu sehen und uns an seiner Einstellung zu den Dingen, an seiner Menschenbeurteilung, seiner Fähigkeit, das Wesentliche und den Lauf der Zeit zu sehen, zu prüfen.“ Gorbatschow (1988i)

Nach der Parteikonferenz vom Sommer 1988 konnte Gorbatschow unwidersprechbar sagen, daß es „fast sechzig Jahre lang nichts Derartiges gegeben“ hatte (1988h). Der Vergleich führt zurück zur „Leninischen Partei“. Georg Lukács hat 1924 versucht, Lenins Denk- und Handlungsweise darzustellen, um den revolutionären Impuls von 1917 als *Leninismus* weitergebbar zu machen. Die Bedeutung Lenins sah Lukács zu Recht darin, daß er die selbständige Handlungsfähigkeit der russischen Arbeiterbewe-



„... tiefgehende qualitative Veränderungen in den Produktivkräften“: Andropow Foto: APN

gung entwickelt und diese zur sozialistischen Revolution in Anpassung an die spezifisch russischen Gegebenheiten geführt hatte. „Lenin ist nicht der Erste gewesen, der diesen Kampf aufgenommen hat. Er ist aber der Einzige gewesen, der sämtliche Fragen radikal zu Ende gedacht, der Einzige, der seine theoretische Einsicht radikal in Praxis umgesetzt hat.“ (GW II, 528) Lukács' Lenin ist genial vereinzelt; er vertritt die Arbeiterklasse, aber kein konkretes Kollektiv.

Dieses Lenin-Bild soll hier nicht diskutiert werden. Es kann helfen, eine historische Distanz und strukturelle Andersartigkeit im Kontrast deutlich zu machen. Michail Gorbatschow tritt nicht auf als der „Einzige, der sämtliche Fragen radikal zu Ende gedacht“ hätte. Er ist Sprecher und Artikulator einer komplexen politischen Kultur, an deren Freisetzung er freilich führenden Anteil hat. Wenn er es als „Ziel der Umgestaltung“ bestimmt, „theoretisch und praktisch die Leninsche Konzeption des Sozialismus vollständig wiederherzustellen“ (1987e), so trifft dies im Methodischen zu, darf aber nicht vergessen machen, daß die materiellen Bedingungen radikal andere sind, so daß von einem Zurück-zu-Lenin im Konkreten nicht die Rede sein kann.

Zweifellos führt der Weg der Perestrojka in „historisch unerforschtes Neuland“ (Albers 1987), und solcher Unsicherheit setzt sich auch der Versuch aus, ihr Denken zu erkunden. Aber was hilft's? „Es findet sich wohl kaum jemand, der den Faden der Ariadne in der Hand hält, der helfen könnte, den Ausweg aus dem Labyrinth der gegenwärtigen widersprüchlichen Welt zu finden“ (1987d). Wir sind nicht klüger als unser Gegenstand. Wir machen uns mit auf die Suche.

Gorbatschows Diskurs und dessen gesellschaftlich-politische Wirkung bezeugt erneut die überraschende Bedeutung Lenins. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß dahinter auch Marx frisch auftauchen wird. Die Kommunisten, hieß es bei Lukács, sollten „sich zu Lenin so zu verhalten versuchen, wie sich Lenin selbst zu Marx verhalten hat“ (587). Das kam einer Warnung vor Dogmatisierung gleich, ging aber darüber hinweg, daß Lenin selber, mit gewiß übertriebener Bescheidenheit, nur „ein einfacher Marxist“ hatte sein wollen. Vielleicht wird sich bald deutlicher herausstellen, daß die Heutigen gut beraten sind, wenn sie sich zu Marx so zu verhalten suchen, wie sich Lenin einst zu ihm verhalten hat. In gewisser Weise ist die sowjetische Gesellschaft erst heute dafür reif, die Marxschen Fragestellungen einzuholen. Es ist rechtsbürgerliches Wunschdenken zu glauben, das neue Denken des Michail Gorbatschow gründe „im kompletten Scheitern des marxistischen Erlösungstraums“ (Gillesen 1988), und der Marxismus habe sich gleichsam selbst überführt als „eine archaische Glaubenslehre aus spätbürgerlicher Zeit . . . ungeliebt und ungeglaubt selbst von den eigenen Priestern, ein Spott der Zwangsgemeinde“ (Siedler 1987).

Was aber ist mit all denen, die – zumeist für einen Bruchteil dessen, was inzwischen von der Parteiführung geäußert wird – verketzert und verfolgt, zumindest ausgegrenzt worden sind?¹² Ihr verzeihlicher, gleichwohl blockierender Fehler wäre es, vor allem nach der Selbstbestätigung zu suchen, verspätet recht zu erhalten. Auch dem Verfasser wäre es ohne weiteres möglich, den Nachweis zu führen, daß die Grundideen, die er im *Pluralen Marxismus*¹³ vorgebracht hat, auch in der Theorie der Perestrojka auftauchen, wie ja auch der Begriff der *politischen Kultur*, den jenes Buch im Untertitel führt, einer ihrer Schlüsselbegriffe ist. Aber es geht um etwas viel wichtigeres: Das Auftauchen einer neuen geschichtlichen Gestalt ermöglicht es, die Fragen neu zu stellen. Zuvor gilt es, einen Schwarm von Einzelaspekten, Formulierungen wie Praktiken, auf seinen inne-



Wie, wenn Boris Jelzin recht hätte?

Foto: APN

ren Zusammenhang hin zu befragen, Kohärenz wie Grenzen der Perestrojka auszuloten, die implizite Theorie und den Theoriebedarf zu erschließen, Hinweise für die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie zu gewinnen.

VII.

„Gesagt – getan. Das ist unser Gesetz.“ *Motto einer Genossenschaft (Pravda, 26.9.1988)*

Ist es sinnvoll, Gorbatschows Worten solches Gewicht beizumessen, wo doch zumal in der Sowjetunion seit sechzig Jahren traditionell Worte und Taten auseinanderklaffen? Und ist das Neue nicht so gleich unter Verdacht gestellt worden, bloße „Öffentlichkeitsarbeit“ zu sein, in ihrer Raffiniertheit vergleichbar gar, nach Meinung von Helmut Kohl, der teuflischen Propaganda des weiland Josef Goebbels? Der tückische Vergleich war nicht sehr wirksam, erinnerte sich wenig später nur noch als peinliches Kuriosum. „Jetzt ist es schon nicht mehr notwendig, sich mit diesen im Geist von sturem Antisowjetismus gehaltenen Wertungen auf eine Polemik einzulassen, denn das Leben hat sie einfach vom

Tisch gefegt.“ (1988q) Der Umbruch in der Sowjetunion hat solcher Propaganda den Atem verschlagen. Aber mit der Frage nach dem Verhältnis der Öffentlichkeitsarbeit und öffentlicher „Arbeit der Umgestaltung“ (1987b, 68) werden wir uns beschäftigen müssen. Könnte es nicht sein, daß es sich, wie einige meinten, vor allem um einen Umbruch im Reich der öffentlichen Rede handelt? Blieben zum Beispiel nicht alle früheren Resolutionen über die Aufwertung der Sowjets auf dem Papier, wie Gorbatschow auf der Parteikonferenz (1988f) gesagt hat? Ist es nicht tatsächlich eine der „chronischen Krankheiten“ und das „alte Leiden“ sowjetischer Politik, die Realisierung von Beschlüssen in die Länge zu ziehen, bis die Reform versandet (1988h)? Wie, wenn Boris Jelzin recht hätte, der auf eben dieser Konferenz vor der „zu starken Stützung auf Parolen“ warnte?¹⁴ Werden wir der „Hypnose der Worte“ (Jelzin) verfallen? Aber in ihrer Abfolge, ihrem Selbst- und Fremdwidersprechen zeigen die Diskurse eine *Dialektik* an, in der sich die „Hypnose“ der Losungen auflöst. Vor allem beglaubigt sie der wirkliche Umbruch in der Sowjetunion, mag er auch das Schwierigste noch vor sich haben und ohne Fehlerversicherung und Erfolgsgarantien vor sich gehen.

VIII.

Man hört gelegentlich sagen, die Perestrojka stelle den Marxismus in Frage. Muß man daher marxistisch die Perestrojka in Frage stellen?

Lenins letzte große politische Intervention, die radikale Wendung vom Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik setzte sich ähnlichen Fragen aus. So radikal anders die damaligen Bedingungen waren, so gibt Lenins Antwort doch einen Hinweis, der an Aktualität nichts eingebüßt hat. „Wo sind die Grenzen des Rückzugs?“ So lautete eine der Zweifelsfragen. Lenin antwortete: „Diese Frage ist falsch gestellt, weil nur die weitere praktische Durchführung unserer Wendung das Material zu ihrer Beantwortung liefern kann.“ (LW 33, 89)

Nicht anders verhält es sich heute. Die praktisch-empirischen „Materialien über die Erfahrungen der Umgestaltung“ reichen zwar noch nicht aus (1988b, 107), desto aufmerksamer gilt es aber, das „Material“, das die sowjetische Perestrojka bereits geliefert hat, zu studieren. Es gibt der marxistischen Theorie nicht wenig Nüsse zu knacken. Aber wenn sie sich vor dieser Arbeit drücken würde, schwände das Leben aus ihr. Das Dispositiv des Weltmarxismus hat sich als Folge der sowjetischen Erneuerung schon jetzt objektiv weit mehr gewandelt, als wir wahrge-

nommen haben. Die „Volksfeinde“-Verfolgung in Theorie, Geschichte, ja sogar Sprache ist vorbei. Ideen und Begriffe, Kontroversen und Erfahrungen werden neu rezipiert; was brauchbar erscheint, wird ausprobiert. Man verwechsle das nicht mit Elektizismus. Eine neue Unbefangenheit des Aufgreifens und Durchsprechens, des tentativen Gebrauchs hat sich erschlossen, und die Worte werden nicht mehr wie Schibboleths benutzt. Die Verteilung des Marxismus auf gegeneinander verhärtete Formationen, seine Spaltung in machtlose Kritik und über jede Kritik sich erhebende Macht, sind überholt. Die theoretische Kultur der Marxisten muß diese Veränderungen einholen, ihre Potentiale entdecken. Träge Gewohnheit gibt es auch im theoretischen Milieu. Dem jugoslawischen Marxismus ist der tradierte Gegensatz zum sowjetischen genommen; wie wird er sich angesichts der Krise des Landes reformieren? Einen jähren Wandel der Bedeutungen erfährt auch jene Strömung im Marxismus, die sich auf Gramsci beruft. Alle nennenswerten Impulse Gramscis finden sich heute wieder in Theorie und Praxis der Perestrojka. Nicht anders verhält es sich mit dem Erbe Rosa Luxemburgs. Vielleicht wissen es einige Mitstreiter der Perestrojka nicht, aber sie tun es. Gemessen an den zerrfahrenen Verhältnissen in vielen Ländern und Bewegungen des Sozialismus in der Welt verkörpert die Perestrojka die Fähigkeit, sich zu neuer pluraler Einheit zusammenzunehmen und die herakleischen Aufgaben einer Erneuerung des Sozialismus anzupacken.

Auch wenn sie die Perestrojka bejaht, darf marxistische Theorie nicht in die Falle der Ideologie gehen. Wie es gar nicht anders sein kann, produziert auch die Perestrojka heute ihr Imaginäres, ihre Mythen, ihre Phraseologie. Theoriegeleitete Erfahrung und erfahrungsorientierte Kritik brauchen einander „wie die Luft zum atmen“. Die Rehabilitierung der Kritik gehört zu Gorbatschows historischer Signatur.

Zitierte oder benutzte Texte von Michail Gorbatschow

1. Sammelausgabe

Ausgewählte Reden und Aufsätze. 3. Bände. Hrsg. v. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau (Politisdai) 1987. Deutsche Übersetzung: Berlin/DDR (Dietz) 1987 (2. Aufl. 1988).

Band 1: November 1967 – Dezember 1983. (Zit.: AW 1)

Band 2: Februar 1984 – Oktober 1985. (Zit.: AW 2)

Band 3: Oktober 1985 – Juli 1986. (Zit.: AW 3)

2. Einzeltexte bzw. -ausgaben

1983; Rede zum 113. Geburtstag von Lenin am 22. April, in: AW 1, 413–35.

1984a: „Das lebendige Schöpferium des Volkes“ (Referat auf der wiss.-praktischen Unionskonferenz am 10. Dezember), in: AW 2, 83–120 (Auszüge in 1987 f, 16–26, 81–85, 159–64).

1984b: Rede vor den Mitgliedern des Parlaments von Großbritannien, in: AW 2, 121–29.

1985a: Rede auf dem ZK-Plenum, 11. März (Tag der Wahl zum Generalsekretär), in: Sowjetunion heute, Nr. 4, 4–5 (Auszüge in: 1987 f).

1985b: „Über die Einberufung des XVII. Ordentlichen Parteitag“, Rede beim ZK-Plenum am 23. April 1985, in: Sowjetunion heute (Beilage) 6, I–IX. (z. n. Auszüge in 1987 f).

1985c: Referat auf der Beratung im ZK zu Fragen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, 11. Juni, in: AW 2, 277–308.

1986a: Bericht an den XXVII. Parteitag, 25. Februar 1986, in: AW 3, 200–314 (teilweise z. n. 1987 f).

1986a1: Ansprache bei der Beendigung des 27. Parteitags der KPdSU, 6. März, in: AW 3, 315–20.

1986b: Über den Fünfjahrplan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1986–1990... (16. Juni), in: AW 3, 466–512 (teilweise zit. n. Auszüge in: 1987 f).

1986c: „For Peace, Security and Cooperation in Asia and the Pacific“ (Rede anlässlich der Verleihung des Lenin-Ordens an die Stadt Wladiwostok, 28. Juli), in: Soviet Life, Supplement, October.

1986d: „Die Umgestaltung duldet keinen Aufschub, sie betrifft alles und jeden.“ Rede vor dem Aktiv der Regionalparteiorganisation in Chabarowsk, 31. Juli. In: Sowjetunion heute (Beilage) Nr. 9, VI–XIII (Auszüge in: 1987 f).

1986e: Vorwort zu dem 1986 im Italienischen Verlag „Editori Riuniti“ erschienenen Redenband, in: AW 3, 459–65.

1986 f: Rede auf einem Treffen mit Werktätigen aus Togliatti (8. April), in: AW 3, 365–401.

1986g: Ansprache im sowjetischen Fernsehen (am 14. Mai) zur Katastrophe im AKW Tschernobyl, in: AW 3, 435–42.

1986h: Vorwort zur englischen Ausgabe ausgewählter Reden und Texte bei Pergamon Press, in: AW 3, 445–7.

1987a: Die Rede. Ansprachen vor dem Plenum des ZK, 27.–28. Januar, Reinbek b. Hamburg.

1987b: Perestrojka. Die zweite russische Revolution. (Aus dem Amerikanischen) München.

1987c: Partei der Revolution – Partei der Umgestaltung. (Rede in Leningrad am 13. 10.) Moskau 1987.

1987d: Verantwortung für das Schicksal der Welt beweisen. (Rede am 4. November 1987 auf dem Treffen der Vertreter von Parteien und Bewegungen, die an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution teilnahmen.) Moskau.

1987e: Siebzig Jahre Oktoberrevolution. (2.11.1987) Moskau.

1987f: „Zurück dürfen wir nicht.“ Eine kommentierte Auswahl der wichtigsten Reden von 1984–1987. Hrsg. v. H. Temmen, Bremen.

1987g: Rede auf dem XVIII. Gewerkschaftskongress der UdSSR, am 25. Februar 1987. (APN) Moskau (z. n. 1987 f).

1987h: Antworten auf Fragen der *Unita*, 18. Mai 1987, in: Sowjetunion heute (Beilage) 6, I–IX (Auszüge), ergänzt durch Passagen aus *Moskowskije nowosti* 22 (z. n. 1987 f).

1988a: „Demokratisierung – das ist das Wesen der Umgestaltung, das Wesen des Sozialismus“ (Rede und Diskussion beim Treffen im ZK mit den Leitern der Massenmedien usw., 8. Januar), in: 1988k, 9–87.

1988b: „Die revolutionäre Umgestaltung erfordert ideologische Erneuerung“ (Rede auf dem ZK-Plenum vom 18. Februar, in: 1988k, 89–154).

1988c: Das Potential der Genossenschaften – für die Perestrojka. (Rede auf dem IV. Kongress der Kolchosbauern, 23. März). Moskau.

1988d: Durch Demokratisierung zum neuen Anlitz des Sozialis-

mus. (Treffen im ZK mit den Leitern der Massenmedien usw., 7. Mai). Moskau.

1988e: Die Verwirklichung der Beschlüsse des 27. Parteitages der KPdSU und die Intensivierung der Perestrojka. 28. Juni 1988, Eröffnungsrede zur 19. Parteikonferenz, in: Pravda, dt. Ausgabe, 29.6., 2–7.

1988f: Diskussionsbeitrag auf der 19. Parteikonferenz am Donnerstag, 30. Juni, in: Pravda, 1.7., 8.

1988g: Zwischenbemerkung auf der 19. Parteikonferenz am 1. Juli, in: Pravda; 2.7., 5.

1988h: Schlusswort zur 19. Unionsparteiikonferenz der KPdSU, in: Pravda, dt. Ausg., 2./3. Juli, 1f.

1988i: Rede beim Freundschaftstreffen polnischer und sowjetischer Jugendlicher in Krakau am 12. Juli, in: Pravda, 13.7., 2.

1988j: Rede und Diskussionsbeiträge auf der Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zum Konflikt um Nagorny-Karabach (18. Juli 1988), in: Pravda, 20.7., 1–6.

1988k: Perestrojka. Die zweite Etappe hat begonnen. Eine Debatte über die Zukunft der Reformpolitik (enthält: 1988a und b). Köln.

1988l: „Die praktische Arbeit zur Verwirklichung der Beschlüsse der 19. Gesamtsowjetischen Parteikonferenz“ (Referat beim ZK-Plenum vom 29. Juli), in: Pravda, 30./31.7., 1–3.

1988m: „Das Morgen beginnt heute. Der Aufenthalt Michail Gorbatschows in der Region Krasnojarsk“ (Diskussionen vor Ort), in: Pravda, 14.9., 1f.

1988n: Diskussionen in Krasnojarsk, in: Pravda, 16. Sept., 1.

1988o: Fernseh-Interview, in: Pravda, 16. Sept., 1f.

1988p: Rede in Krasnojarsk, in: Pravda, 18. Sept., 1–3.

1988q: „Neue Etappe der Perestrojka“ (Rede beim Treffen mit Medienverantwortlichen), in: Pravda, 25.9., 1.

Thesen 1988: Thesen des ZK der KPdSU zur XIX. Unionsparteiikonferenz, 23.5.1988.

Resolutionen 1988: Resolutionen der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz der KPdSU, in: Pravda, 5.7., 1–3; 1. *Die Realisierung der Beschlüsse des 27. Parteitags und die Intensivierung der Perestrojka*; 2. *Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und Reform des politischen Systems*; 3. *Bekämpfung des Bürokratismus*; 4. *Beziehungen zwischen den Nationalitäten*; 5. *Glasnost*; 6. *Über die Rechtsreform*.

Dokument 1988: „Rüstungswettlauf und Umwelt“, Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (15.–16. Juli), in: Pravda, 17.7., 2.

- 1 Aus der Einleitung zu einem in Arbeit befindlichen Buch, das demnächst im Argument-Verlag erscheinen wird: *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*.
- 2 Zitate ohne Verfasserbenennung stammen immer von Gorbatschow; die Nachweise sind in der Literaturliste erklärt.
- 3 Vorbereitet durch Yuri Andropow, der schon im Juni 1983 erklärte: „Es ist ein historischer Punkt erreicht, wo tiefgehende qualitative Veränderungen in den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht nur herangereift, sondern unvermeidlich geworden sind.“ (Z. n. Schmidt-Häuser 1987b, 115)
- 4 Sinngemäß: „Wo Lenin ist, dort ist das neue Jerusalem.“
- 5 In den von Hanns Eisler vertonten „Neuen Deutschen Volksliedern“.
- 6 Dieser Ausdruck, den Peter Glotz 1984 für das sozialdemokratische Management des innergewerkschaftlichen Klassengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital geprägt hat, scheint mir weniger verhillend als Egon Bahr von der SU inzwischen aufgegriffene Kategorie der „Sicherheitspartnerschaft“.
- 7 Die Rede ist nicht in der Auswahlgabe von 1987 (AW) enthalten, auch nicht in 1987 f.

- 8 Streng genommen muß es heißen: Man hat sich 1985 nicht träumen lassen, was bereits 1987 wahr geworden ist; und nach der 19. Parteikonferenz notierte Egon Bahr (1988): „Vor einem Jahr noch hat man sich diese offene und öffentliche Diskussion im Kreml nicht vorstellen können“. Der SPIEGEL (18/1988) zitierte einen jungen Delegierten der 19. Parteikonferenz: „Wer hätte vor kurzem noch davon zu träumen gewagt.“
- 9 Ein Aspekt dieser Unausweichlichkeit der Perestrojka ist die von Dmitri Kasutin in einem Literaturbericht zur sowjetischen Reformdiskussion am Vorabend der 19. Parteikonferenz festgestellte „fatale Unfruchtbarkeit“ der „Konservativen“ (Kasutin 1988a).
- 10 Daß er den Medien wieder „eine straffere Führung durch die Propagandaabteilungen“ (Karpow 1988) verordnen möchte, zeigt, daß die Abstempelung nicht grundlos ist. Indem aber seine Forderung (im Sinne der Rede Gorbatschows) auf eine Verpflichtung der Medien hinausläuft, „auch die Reaktionen auf ihre kritischen Beiträge abzudrucken“, also Kritisierten ein Erwidernrecht einzuräumen, bewegt er sich ganz im Rahmen der „Glasnost“, und ist die Behauptung des SPIEGEL (27/1988), der „Konservative“ Karpow habe „gegen Glasnost“ argumentiert, irreführend.
- 11 Glasnost mit Konflikten: Die *Pravda* veröffentlichte Afanasjews Antwort auf Kusnezow (1988), fügte dem aber in einer nicht namentlich gezeichneten Stellungnahme heftige (und zum Teil persönliche) Angriffe hinzu: Sie klassifiziert Afanasjews Antwort als „Plattform“, deren Autor in bezug auf die Pere-

- strojka „Ansprüche auf einen besonderen Platz bei der Auslegung ihrer Aufgaben“ erhebe. Sie belehrt ihn dann im alten Ton, die Strukturen des alten Regimes fortsetzend: „Die Partei leitet ... die ernsthafte Analyse vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus und die wissenschaftliche Analyse der Vergangenheit, deren Lehren und die daraus resultierenden heutigen Aufgaben.“ (Pravda 1988) Der Historiker wird für unzuständig erklärt, seine Darstellung weicht ab von (ungenannten) „auf der Grundlage der historischen Wahrheit ausgearbeiteten Einschätzungen ... Diese basieren auf einem objektiven dialektischen Abbild unserer Errungenschaften und Niederlagen“ (Pravda 1988). Wir befinden uns im Spiegelsaal der Ideologie, wo Wahrheit stets nur auf Grundlage der bereits gefundenen „Wahrheit“ festgestellt werden kann. Selbst wenn Afanasjew im Einzelfall unrecht haben sollte – diese Replik ist *strukturell* im Unrecht und straft die Perestrojka Lügen.
- 12 Vgl. neben vielen anderen die heilsichtigen Stellungnahmen von Bahro (1987), Biermann (1987), Dubcek (1987), Mlynar (1987).
- 13 Veröffentlicht im gleichen Jahr, in dem Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU wurde (1985).
- 14 „Derzeit kann der Glaube der Menschen jederzeit umschwenken. Bisher befanden sich alle unter der Hypnose der Worte, was uns auch gerettet hat. Im weiteren Verlauf kommt das Risiko des Verlustes der Lenkung und der politischen Stabilität.“ (Jelzin 1988)

Heinz Timmermann Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie Akzentänderungen im Zeichen des „neuen Denkens“

Dr. phil. Heinz Timmermann, geb. 1938, ist Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Veröffentlichungen u. a.: Eurokommunismus: Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt 1978 (als Hrsg. und Mitautor); Lexikon des Sozialismus, Köln 1986 (als Mithrsg. und Mitautor); The Decline of the World Communist Movement, Boulder/USA (Sommer 1987).

Plädoyer für ein neues „Macht- und Verwaltungssystem“ in der Sowjetunion

Anfang Oktober dieses Jahres, wenige Tage nach seiner Wahl zum Vollmitglied des Politbüros der

KPdSU und Leiter der neugeschaffenen ZK-Kommission für Ideologie, hielt ZK-Sekretär W. Medwedjew auf einer Moskauer Tagung von Gesellschaftswissenschaftlern sozialistischer Länder eine bemerkenswerte Rede. Darin plädierte er – in deutlicher Abgrenzung gegenüber J. Ligatschow, seinem eher konservativen Vorgänger in der Verantwortung für Ideologie und Programmatik – für die Schaffung eines „substantiell neuen Macht- und Verwaltungssystems“ in der Sowjetunion, für eine Reduzierung des Staatseigentums zugunsten von Genossenschaften und Privatinitiative, für eine stärkere Wechselbeziehung zwischen Plan und Markt.

Darüber hinaus forderte Medwedjew seine Zuhörer unumwunden auf, bestimmte Erfahrungen aus dem Westen für den anvisierten Umbau im eigenen Lande zu berücksichtigen, darunter „Formen der Organisation des gesellschaftlichen Lebens und des Wirtschaftsprozesses“ sowie Methoden der „internationalen ökonomischen Integration“. Bemerkenswerterweise verwies er dabei ausdrücklich auf die Programmatik und konkrete Politik der internationalen Sozialdemokratie. Hier stehe die Sowjetführung vor der Aufgabe, betonte Medwedjew, sich „ernsthaft mit der Praktik der heutigen Sozialdemokratie und deren konkreten Tätigkeit zu befassen,

darunter auf dem Gebiet des Schutzes der sozialen und allgemeindemokratischen Errungenschaften der Werktätigen“.¹⁾

Angesichts der bisherigen scharfen ideologisch-programmatischen Abgrenzung der Sowjets von den Sozialdemokraten wirkt diese Neubewertung geradezu sensationell – zumal dann, wenn man bedenkt, daß sie von dem für Ideologie zuständigen Spitzenpolitiker der KPdSU vorgenommen wurde. Dennoch kommt sie nicht völlig überraschend und unerwartet: Bereits seit zwei bis drei Jahren befassen sich sowjetische Wissenschaftler und Experten intensiv mit der Politik der Sozialdemokratie, mit deren Vorstellungen über einen „demokratischen Sozialismus“ sowie ihren wirtschaftlichen und sozialen Konzepten.

Dieses Interesse findet seit kurzem auch Ausdruck in konkreten Aktivitäten: So reisten sowjetische Politiker und Wirtschaftsspezialisten wiederholt nach Stockholm, um die Erfolgsrezepte der dortigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) zu studieren und daraus womöglich für das eigene Perestrojka-Programm Nutzen zu ziehen. Die Moskauer „Komsomolskaja Prawda“ beispielsweise berichtete im August 1988 in vier Folgen über die Eindrücke, die eine sowjetische Delegation unter Leitung von Abalkin und Aganbegjan, zwei herausragenden Wirtschaftsberatern von KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow, in Schweden gewannen.²⁾

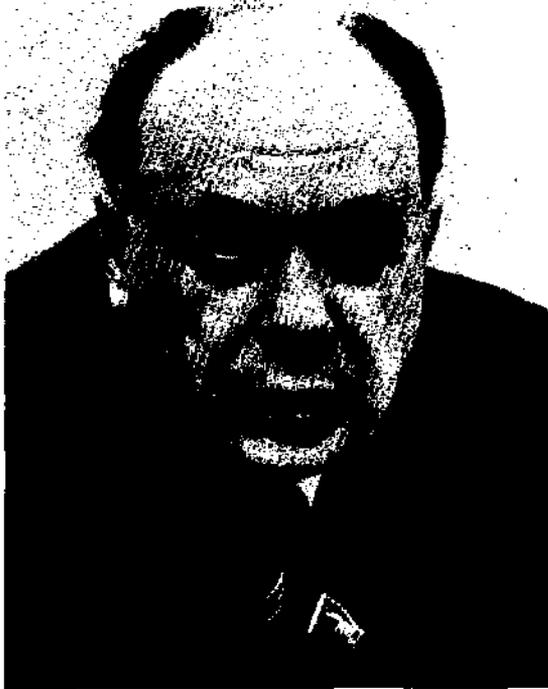
Besonders beeindruckt zeigen sich die Sowjets vom Funktionsmechanismus des schwedischen Systems, das – so heißt es – die Gewährleistung der politischen Demokratie mit starkem Wachstum und hohem Lebensstandard, erfolgreichem Strukturwandel der Wirtschaft, geringer Inflation, faktischer Vollbeschäftigung, weitgehenden Arbeitnehmer-Mitbestimmungsrechten und sozialer Gerechtigkeit verbinde. Eine zentrale Ursache für die positiven Ergebnisse dieses Systems sehen die Sowjets in der spezifischen Konzeption der SAP von der Rolle des Staates: Einerseits gebe der Staat – auf überwiegend privatwirtschaftlicher Grundlage – den ökonomischen Markt- und Konkurrenzmechanismen breiten Raum. Andererseits nehme er durch Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, durch begleitende Strukturmaßnahmen, Dezentralisierung und Förderung gesellschaftlicher Gegenmacht (Gewerkschaften) starken Einfluß auf die Richtung der Wirtschaftstätigkeit. So würden Privatinitiative und Kollektivinteresse in ihrer Spannung den Fortschritt stimulieren, heißt es, zugleich aber durch staatliches Handeln auf der Grundlage „zeitweiliger Kompro-

missen zwischen den gesellschaftlichen Kräften“ zum Ausgleich gebracht. Genau dies bilde die Essenz des Schwedischen Modells (in der „Komsomolskaja Prawda“ ohne Ausführungszeichen): Durch eine konsensorientierte, auf Sicherung des „bürgerlichen und Arbeitsfriedens“ gerichtete Politik des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts nehme der sozialdemokratisch geprägte Staat die Interessen der Gesamtgesellschaft wahr.

Sozialdemokratie – Experten in Moskau

Diese Neueinschätzung des „schwedischen Modells“ in Moskau ist Ausdruck eines tiefgreifenden Prozesses positiver Neubewertung programmatischer und politischer Konzeptionen der internationalen Sozialdemokratie allgemein. Das betrifft vor allem die traditionellen Massenparteien der Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa wie die SPD, die SAP und die SPÖ (einschließlich des Austromarxismus). Auffallend weniger Aufmerksamkeit finden dagegen die „neuen“ sozialistischen Parteien Südeuropas.

Die in Moskau geführten Diskussionen über eine Neubewertung der Sozialdemokratie, die in ihrer Bedeutung weit über das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hinausreichen und im Grunde einen wichtigen Indikator für die Radikalität des sowjetischen Perestrojka-Programms überhaupt bilden, finden auf mehreren Ebenen statt. Besonders starke innovative Impulse geben dabei die Experten aus den politikberatenden Instituten – beispielsweise die Mitarbeiter des ZK-Instituts für Gesellschaftswissenschaften (russ.: ION) und die Spezialisten aus den Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften (AdW).³⁾ So wurde jüngst dem ION ein institutsübergreifender „Rat für Sozialdemokratieforschung“ zugeordnet, dessen Aufgabe darin besteht, überkommene Einschätzungen der internationalen Sozialdemokratie zu überdenken und entsprechende Neubewertungen zu stimulieren. An anderer Stelle befassen sich sowjetische Wissenschaftler eingehend mit zentralen Dokumenten der Sozialdemokratie und Artikeln sozialdemokratischer Politiker und Wissenschaftler. Das geschieht in der Broschürenreihe „Referierende Sammlung“ (Referatnyj Sbornik) in Form kompletter Übersetzungen (so beim Irseer Programmentwurf oder beim SPD-SED-Papier über Ideologie und gemeinsame Sicherheit), längerer Auszüge (so bei Artikeln von Brandt, Glotz, Klose, Scheer, Meyer und anderen aus der NG/FH) sowie eigener Einleitungen und Kommentierungen.



Denkfabriken: Alexander N. Jakowlew Foto: Tass

Der zentrale Grund für die Neubewertung der Sozialdemokratie liegt ganz offensichtlich nicht darin, daß man in Moskau bei dieser plötzlich eine besondere Aufgeschlossenheit für das sowjetische „neue Denken“ in den Außenbeziehungen entdeckt hätte: Bereits in der Breschnew-Periode galten die Sozialdemokraten als wichtige Ansprechpartner in Sachen Frieden und Abrüstung. Wurde die damalige Suche nach entsprechenden Gemeinsamkeiten jedoch mit einer deutlichen *Abgrenzung* von gesellschaftspolitischen Konzepten der Sozialdemokraten verbunden (Bazillus des „Sozialdemokratismus“), so sind es heute gerade diese Konzeptionen, die von den sowjetischen Experten intensiv analysiert werden. Dabei wird ganz offen gefordert, aus Programm und Politik der Sozialdemokratie zu lernen und sie im Zeichen der inneren Perestrojka für den eigenen Umbau nutzbar zu machen.

Berufungsinstanz sind für die Wissenschaftler Gorbatschow selbst („mehr Sozialismus bedeutet mehr Demokratie“) sowie Politbüromitglied und ZK-Sekretär Jakowlew mit seiner Forderung, die „Vielgestaltigkeit gesellschaftlicher Formen des So-

zialismus“ sowie die „Alternativmöglichkeiten seiner Entwicklung“ zu analysieren“). Daraus leiten die Wissenschaftler die Legitimität ihres Strebens ab, die unterschiedlichen Erfahrungen und Varianten der Sozialdemokratie sowie deren „Vorstellungen und Inhalt sozialistischer Gesellschaftsstruktur“ zu untersuchen³⁾. Daß dabei die traditionellen sozialdemokratischen Parteien für die Experten interessanter sind als die „neuen“ sozialistischen Parteien Südeuropas, ergibt sich sichtbar aus dem spezifischen Charakter der ersteren Gruppe als historische Formationen der Arbeiterbewegung mit breiter Verankerung in den Massen.

Neubewertung der westlichen Demokratie

Ausgangspunkt für die Neubewertung der Sozialdemokratie in der sowjetischen Wissenschaft ist eine Neueinschätzung der westlichen „bürgerlichen“ Demokratie, ihres Funktionsmechanismus und der in ihr wirkenden Kräfte. So könne der Staat nicht länger als simpler Agent des Monopolkapitals angesehen werden, heißt es. Vielmehr sei er umkämpft und als eine Institution anzusehen, die den Reformkräften für *einschneidende Strukturänderungen* mit dem Ziel sozialistischer Umgestaltung dienen könne (Stichwort: „Vitalität und Reformfähigkeit des Kapitalismus“). Insgesamt sei der Staat in Westeuropa tendenziell geprägt von „Vielfalt der Interessen und Positionen, autonomer Existenz der Zivilgesellschaft, Konfliktregelung auf der Grundlage des sozialen und politischen Kompromisses“. Daher sei es an der Zeit, Theorie und Praxis der „pluralistischen Demokratie“ zu überdenken, zumal Marx und Engels gerade die „vom Proletariat erkämpften politischen Rechte“ so hoch eingeschätzt hätten.

Diese Argumentation wird gestützt durch eine Neubewertung des Neokonservatismus in Moskau. So habe der Neokonservatismus seine politische, wirtschaftliche und soziale Militanz, die beispielsweise die deutschen Konservativen der Weimarer Zeit geprägt habe, nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden und sei zum Klassenkompromiß bereit und fähig. Der Sozialstaat werde von den bürgerlichen Parteien nicht länger grundsätzlich in Frage gestellt, da die Unternehmer an einem „Klima des gesellschaftlichen Konsenses und nicht an einer Verschärfung des Konfliktes interessiert“ seien. Fazit: „Die langfristige Orientierung auf den sozialen Kompromiß markierte eine äußerst bedeutende Änderung, die die herrschende Klasse in ihrer politischen Ideologie und ihrer politischen Praxis vornahm.“

Zur sozialdemokratischen Reformstrategie

Vor diesem Hintergrund sowie im Lichte des eigenen Perestrojka-Projekts und seiner Probleme werden Programm und Strategie der Sozialdemokratie neu bewertet. Die Spaltung der Arbeiterbewegung, verschärft durch das Stalinsche Interpretationsmonopol, habe die KPdSU von westlichen Entwicklungen abgeschnitten und bis in die Gegenwart hinein zu stereotypen Einschätzungen der Sozialdemokratie geführt.⁶⁾ Heute sei klar – eine Kritik auch an die eigene Adresse und an die der westlichen KPen –, daß es in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg keine Alternative zum evolutionären Wandel gegeben habe. Und wenn gesagt werde, daß die Ergebnisse sozialdemokratischer Politik vielfach unbefriedigend seien: Wo schon könne behauptet werden, daß Programme nach Plan und komplett in die politische Praxis umgesetzt worden seien? „Revolutionäre Durchbrüche“ in der Ideologie, wie sie Gorbatschow fordert, seien nur dann möglich, wenn die eigenen historischen Erfahrungen kritisch überdacht und dabei zugleich Methoden und Ergebnisse insbesondere der Sozialdemokratie berücksichtigt würden.

Bei allen Varianten im einzelnen schälen sich unter den sowjetischen Experten folgende Einsichten und Überlegungen heraus:

Staat und Reform: Der Staat und seine Institutionen im Westen spielen eine autonome Rolle, sie sind umkämpft. Sie können der Arbeiterbewegung je nach Kräfteverhältnis als Hebel für die *Durchsetzung tiefgreifender politischer Rechte und sozialer Verbesserungen* dienen und haben dies auch getan. Das System funktioniert in einer Kombination privatwirtschaftlicher Anreize und kollektiver Interessen, wobei der Staat rund ein Drittel des Sozialprodukts zugunsten des letzteren umverteilt. Dieses Konzept des „Klassenkompromisses“ bildet heute die Grundlage für die Strategie der Sozialdemokratie. In Schweden und Österreich schufen die Sozialdemokraten eine solche politische Kultur und erkämpften solche wirtschaftlichen und sozialen Erfolge, daß man diese Gesellschaften schon heute als „postkapitalistisch“ charakterisieren könnte.

Wirtschaftsregulierung: Die Sozialdemokraten rückten die Vorstellung vom Staatseigentum als höchster Form des gesellschaftlichen Eigentums, die in der Sowjetunion äußerst negative Folgen hatte, in den Hintergrund. Statt dessen entwickelten und praktizierten sie unter Beibehaltung funktionierender Marktmechanismen erfolgreich Konzepte, um die Wirtschaftsprozesse über verschiedene Metho-

den und Kombinationen *staatlicher Regulierung, gesellschaftlicher Mitwirkungsrechte und sozialpartnerschaftlicher Institutionen* in fortschrittliche Richtungen zu drängen. Beispiele sind der „funktionale Sozialismus“ in Schweden und das Institut der Mitbestimmung in der Bundesrepublik, aber auch die Produktionsräte im Austromarxismus („hohe Schule der proletarischen Selbstverwaltung“).

Sozialstaat: Eine der größten Errungenschaften sozialdemokratischer Wirtschaftsregulierung bildet der Sozialstaat, auch er ein Ergebnis des dauerhaften Klassenkompromisses. Davon zeugen die Sozialhaushalte jener Staaten, in denen die Konservativen die Macht zurückeroberten. Zwar ist der Sozialstaat einerseits geeignet, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu stabilisieren; andererseits trägt er aber zur Steigerung des Lebensniveaus für die arbeitende Bevölkerung bei, sichert in einigen Fällen (z. B. Schweden) sogar Vollbeschäftigung und bildet für die Sozialdemokratie eine Etappe auf dem Weg zum „demokratischen Sozialismus“.

Soweit die Neubewertung traditioneller Aspekte sozialdemokratischer Reformstrategie unter sowjetischen Experten. In der Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm habe die SPD ihre Bedeutung als „Theorie-Partei“ unterstrichen, heißt es. Mit ihrem Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ habe sie darüber hinaus Vorstellungen entwickelt, die „in vielen Teilen in die vom 27. KPdSU-Kongreß (1986) verabschiedeten außenpolitischen Beschlüsse zur Friedenssicherung eingeflossen“ seien.

Neue Herausforderungen an die Sozialdemokratie

Das lernorientierte Interesse in Moskau bezieht sich jedoch nicht nur auf Aspekte sozialdemokratischer Transformationsstrategie, sondern auch auf die *neuen Herausforderungen* und die entsprechenden Antworten der Sozialdemokraten. Das gilt insbesondere für folgende Felder: Entstaatlichung als Voraussetzung für Entbürokratisierung und Wirtschaftsmodernisierung (einschließlich Verhältnis Staatsvorgaben/Markt); Ökonomie und Ökologie; Stimulierung und Steuerung der wissenschaftlich-technischen Revolution (einschließlich der Nuklearenergie-Problematik); Arbeit und Freizeit; Neudefinition des Sozialstaats; Verhältnis von Kollektiv- und Individualinteresse; sozialer und Wertewandel; Fähigkeit zu Motivation und Integration Jugendlicher (das Problem der Frauen-Gleichstellung wird bezeichnenderweise *nicht* angesprochen).

Auf vielen dieser Gebiete spielt die SPD nach Ansicht sowjetischer Sozialdemokratie-Experten in

Programmatik und Diskussion eine wichtige Rolle. So sei sie in der internationalen Arbeiterbewegung diejenige Partei, die als erste fundierte Antworten auf die ökologischen Probleme gegeben habe, hieß es in einem Institut. Zugleich wird aber auch kritisch gefragt, ob die SPD (und die Gewerkschaften) nicht dadurch an Dynamik und Konsens verlieren könnten, daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Wandel sowie die damit verbundenen neuen Werte und Interessen nicht genügend in Rechnung stellten. Hier ergäben sich Einfallstore für den Neokonservatismus. Dieser sei nicht nur negativ einzuschätzen, hieß es, sondern zeige in manchen Bereichen sogar fortschrittliche Züge, so etwa im Hinblick auf die Dynamisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; das Verhältnis von Staatsinterventionismus und Markt; den Umbau des Sozialstaats mit dem Ziel seiner Entbürokratisierung; das Verhältnis von kollektivem und Privatinteresse.?)

Diese Einschätzung hat gelegentlich den Charakter unreflektiert *technokratischer Fortschrittsgläubigkeit*. Zugleich verweist die differenzierte Bewertung neokonservativer Konzepte jedoch auf interessante Entwicklungen: Auf der Suche nach Lösungen für die eigenen Umbau-Probleme berücksichtigen innovatorische sowjetische Experten neben Erfolgen auch Defizite der Sozialdemokratie und prüfen programmatisch-politische Neuansätze auch solcher Kräfte, die weit über das linke Spektrum hinausreichen. Die kommunistischen Parteien im Westen geraten dabei – mit Ausnahme der KPI – fast völlig aus dem Blickfeld.

Die Geschichte ist nach vorne offen

Wenn sich sowjetische Experten für die Funktionsmechanismen westlicher – und hier insbesondere sozialdemokratisch geprägter – Gesellschaften interessieren, so läuft dies aus ihrer Sicht keineswegs auf eine Konvergenz der Systeme, auf eine Übernahme struktureller Systemeigenschaften dieser Gesellschaften hinaus. Der Markt und seine Gesetze seien nicht ausschließlich Attribute des Kapitalismus, heißt es; vielmehr seien sie *systemneutral* und daher auch für den Sozialismus nützlich und notwendig. Konsequenterweise fehlt es in ihren Analysen nicht an Hinweisen darauf, daß „die Gegensätze, unterschiedlichen Vorstellungen und unterschiedlichen Einschätzungen der Geschichte zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten durch Dialog und Erfahrungsaustausch zwischen ihnen nicht einfach verschwinden“. Das werde, wie der Irseer Entwurf in seinen Ausführungen über die Ge-

schichte der Spaltung nach dem Ersten Weltkrieg und über den Charakter des sowjetischen Gesellschaftssystems unterstreiche, ja auch von der anderen Seite ähnlich gesehen. Von Perspektiven einer Wiedervereinigung der beiden Strömungen der Arbeiterbewegung, wie sie unter anderen Bedingungen die KPI anvisiert, ist nirgends die Rede.

Andererseits wird aber auch darauf verzichtet – nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in den offiziellen Dokumenten Moskaus –, die Sozialdemokratie durch Aufdrücken des Stempels „Opportunismus“, „Reformismus“, „Revisionismus“ gesellschaftspolitisch zu diskreditieren. Im Gegenteil: Sie wird als eine politische Kraft eingeschätzt, die nicht nur westliche Gesellschaften zum Nutzen der Arbeitnehmer tiefgreifend reformiert hat (bis hin zur Schaffung „postkapitalistischer Gesellschaften“), sondern von der man auch für den eigenen Umbau viel lernen kann. In dieser positiven Einschätzung gehen die sowjetischen Experten weiter als ihre Kollegen in anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft (vielleicht mit Ausnahme von Ungarn und Polen, aber einschließlich der DDR). Hieran knüpfen sich zwei Fragen: Welchen Einfluß haben die Neubewertungen der Wissenschaftler auf die Politik der Sowjetführung, und wie sollten die Sozialdemokraten reagieren?

Gewiß darf der Einfluß der Moskauer Institute auf die politische Entscheidungsbildung wie überall in der Welt nicht überschätzt werden. Dies gilt um so mehr, als die Ansichten von Wissenschaftlern in einer Zeit, da sie von der Führung zur Entwicklung von Varianten, Alternativen und unkonventionellen Ideen geradezu aufgefordert werden, keineswegs mehr unbedingt als repräsentativ für die politische Generallinie gelten können.

Andererseits verweist das Umdenken der Experten, die nach eigenem Bekunden – anders als in der Breschnew-Ära – von ZK und Ministerien intensiv konsultiert werden, auf einen Diskussionsprozeß in der sowjetischen Elite, der offensichtlich mehr oder weniger stark auch die Willensbildungsprozesse der Führung beeinflußt. Ein deutliches Beispiel hierfür ist die eingangs zitierte Neueinschätzung der Sozialdemokratie durch Politbüromitglied und ZK-Sekretär Medwedjew. Hierbei sollte nicht übersehen werden, daß hochrangige Politiker wie die Reformer Medwedjew, Jakowlew und Tschernjajew (ZK-Mitglied und Berater für Außenbeziehungen im Büro Gorbatschows) enge Verbindungen zu den Instituten pflegen. So gelten das ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften, das neugegründete Europa-

Institut und das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (als dessen Direktor er von 1983–1985 fungierte) als Denkfabriken Jakowlews. Medwedjew amtierte von 1978–83 als Leiter der ZK-Akademie für Gesellschaftswissenschaften und dürfte sich bei seinen Neueinschätzungen nicht zuletzt auf die Analysen des Führungsteams um J. Krassin und A. Galkin im parallelen ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften stützen. Tschernjajew seinerseits war bis 1985 über 20 Jahre lang in der Internationalen Abteilung des ZK u. a. für die Sozialdemokratie zuständig und hielt dabei enge Verbindung zu den entsprechenden Experten in den Instituten.

Die Sozialdemokratie ihrerseits sollte die Umdenkprozesse in Moskau zum Anlaß für Überlegungen nehmen, in welcher Form Kontakte und Gespräche über außen- und sicherheitspolitische Fragen hinaus intensiviert werden können. Wenn die sowjetischen Reformler heute von der Offenheit der Geschichte im Zeichen einer „unvermeidlichen Evolution der Welt“ (Gorbatschow) sprechen, wenn sie die Interdependenz der Systeme und deren Reformfähigkeit betonen sowie auf die Notwendigkeit verweisen, den Systemantagonismus in friedlichen Wettbewerb, Vergleich und umfassende Zusammenarbeit zu überführen, so zeigt dies: Der Prozeß einer Historisierung Lenins, einer Revision deterministischer „allgemeiner Gesetzmäßigkeiten“ der Revolution und des Sozialismus in der Innen- und Außenpolitik ist unter den sowjetischen Politikern und Wissenschaftlern in vollem Gange. Die gesellschaftspolitische Abgrenzung gegenüber den Gefahren des „Sozialdemokratismus“ weicht in Theorie und Praxis einer Politik des Wettbewerbs und des Vergleichs mit

sozialdemokratischen (aber auch mit chinesischen, ungarischen und sogar japanischen) Konzepten. Das eingangs beschriebene Interesse der Reformler in Moskau am „Schwedischen Modell“ unterstreicht, daß die Sozialdemokraten diese Prozesse in einem kritisch-konstruktiven, erfolgsorientierten Dialog mit den Vorkämpfern der Perestrojka positiv beeinflussen können.

Anmerkungen:

- 1) Die heutige Konzeption des Sozialismus, Prawda (Moskau), 5. 10. 1988.
- 2) In den Ausgaben vom 9., 13., 16. und 17. 8. 1988.
- 3) Vgl. dazu beispielsweise das Buch des ZK-Konsultanten A. Weber, Klassenkampf und Kapitalismus. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als Faktor der sozialökonomischen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert (russ.), Moskau 1986; sowie den Aufsatz von ION-Direktor J. Krassin, Neues Denken in den Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, in: Mirowaja ekonomika i mehdunarodnye otnoschenija (Moskau), Nr. 4/1988.
- 4) Prawda, 28. 11. 1987.
- 5) Die folgenden Zitate beziehen sich auf Einschätzungen sowjetischer Experten in der erwähnten Broschürenreihe „Reflexionende Sammlung“, hg. vom AdW-Institut für die Information auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften. Darüber hinaus wurden Erfahrungen und Ergebnisse eines Informationsbesuchs des Autors vom Juni 1988 in Moskau verwertet.
- 6) Vgl. dazu die Ansätze zu einer Neubewertung der Komintern und ihrer Politik gegenüber den Sozialdemokraten in den 20er Jahren: F. Firsow/K. Schirinja, Komintern: Opyt dejatelnosti, Kommunist (Moskau), Nr. 10/1988.
- 7) Hierzu J. Krassin, Rabotscheje dwiszenije w poiskach demokratischskoj alternatywy, Kommunist, Nr. 14/1988, S. 65–76. Krassin's jüngster Aufsatz bildet ein eindrucksvolles Zeugnis für die in Moskau eingeleitete Neueinschätzung wirtschaftlicher, sozialer und wertbezogener Entwicklungsprozesse im Westen.

Auch heute noch gültig

Ossip K. Flechthelm:

Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten, Junius-Verlag, Hamburg 1986, 336 S., DM 48,-

Beinahe vier Jahrzehnte nach dem ersten Erscheinen hat der Junius-Verlag das Buch des emeritierten Berliner Politologen, der seiner Überzeugung als „Humansozialist“ auf sympathische Weise treu geblieben ist, erneut veröffentlicht. Bereits 1969 (und wieder 1976) waren in der Europäischen Verlagsanstalt Neuauflagen erschienen. Spätestens seitdem gilt diese bislang einzige Gesamtdarstellung speziell der KPD vor 1933 als Standardwerk, und das zu Recht.

Selbstverständlich konnten manche Details korrigiert werden (siehe bereits die Einleitung Hermann Webers von 1969), und eine Reihe von Interpretationen und Urteile sind umstritten. Insgesamt ist aber vielmehr erstaunlich, in wie hohem Maß die Darstellung Flechthelms, auf einer durchaus begrenzten Materialbasis fußend, trotz zahlreicher neuerer Forschungsarbeiten auch heute noch gültig ist. Der Wert „des Flechthelm“ liegt insofern heute mehr in den großen Argumentationslinien und Thesen, die zur Auseinandersetzung mit dem Thema zwingen. Es als Handbuch oder Nachschlagewerk zu benutzen, wäre angesichts des heutigen Kenntnisstandes eine Überforderung.

Lesenswert ist die hier vorzustellende Ausgabe zusätzlich wegen der fast fünfzigseitigen Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten, die etwa zeitgleich eine eigene Untersuchung der „März-Aktion“ 1921, des größten putschistischen Unternehmens in der Geschichte des deutschen Kommunismus, vorgelegt hat. Diese packend und

mit großem Engagement geschriebene, außerordentlich gedankenreiche und instruktive Einleitung (im Anmerkungsteil irreführenderweise als „Vorwort“ bezeichnet; dort im Satz auch sonst einige kleinere Flüchtigkeiten) liefert zunächst einen Forschungs- und Literaturbericht anno 1986. Dabei greift die Autorin namentlich auch die Ergebnisse derjenigen Arbeiten aus den 70er und 80er Jahren auf, die stärker als Flechthelm die Politik der KPD aus den Klassenverhältnissen in Deutschland statt aus den Gesetzen des Apparats und der sowjetrussischen Außenpolitik ableiten. Obwohl die neuen sozial-, alltags- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen hilfreich seien, um erklären zu können, warum die KPD mit dieser oder jener Initiative zu diesem oder jenem Zeitpunkt habe Resonanz finden können oder nicht, urteilt die Verf. letztlich noch entschiedener als Flechthelm. Der Beitrag der KPD zur politischen Kultur der Weimarer Republik und der Linken sei ausschließlich negativ zu bewerten: „Gewalt statt Auseinandersetzung; Demagogie statt Erklärung; Fraktionierung statt Konsens; Polarisierung statt Integration; Intoleranz statt Toleranz; Totalitarismus statt Pluralismus – einen positiven Ausweg aus der Strukturkrise der Weimarer Republik konnte sie nicht anbieten, auf keiner Ebene.“ (46 f.) Als zunehmend fremdbestimmter, militarisierter und bürokratisierter, von vornherein neben der Arbeiterbewegung existierender „Orden“ habe die KPD die Massen, ihre Interessen und Bedürfnisse stets nur instrumentell benutzt.

Die Verf. weiß, wovon sie spricht, und jede ihrer Thesen ist gut begründet. Dennoch finde ich, daß die Thesen teilweise viel eindeutiger formuliert sind, als es die – in der gebotenen knappen Form ja durchaus vorgestellten – neueren Forschungsergebnisse nahelegen. Müßten die Akzente nicht zwangsläufig anders gesetzt werden, wenn man die Entwicklung der KPD, die nun einmal die zweite große deutsche Arbeiterpartei war, stärker auf die der sozialdemokratischen Konkurrenz und auf die gesellschaftlich-politische Gesamtentwicklung bezieht? Selbst gewagte taktische Varianten, die

die Verf. als von der Arbeiterbasis der Partei losgelöste und prinzipienlose Manöver ansieht, erscheinen dann nicht mehr nur in diesem Lichte, sondern u. U. auch als Ansätze eines situationsangemesseneren Vorgehens. So waren z. B. die – wie demagogisch, inkonsequent und konzeptionell unausgewiesen auch immer eingeleiteten – Versuche am Ende der Weimarer Republik, mit dem Aufgreifen mittelschichtenspezifischer, populär-demokratischer und nationaler Forderungen kleinbürgerlich-bäuerlichen, von den Nationalsozialisten konterrevolutionär gegen „Weimar“ und „Versailles“ artikulierten Protest in einen antikapitalistischen Sinn- und Organisationszusammenhang zu integrieren, m. E. nicht eo ipso nutzlos oder verwerflich (auch wenn das Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften gewiß das vorrangige Problem darstellte).

Meine Empfehlung: das Buch von Flechthelm einschließlich der Einleitung von S. Koch-Baumgarten lesen (oder wieder lesen)! Beide Texte provozieren dazu, sich eigene Gedanken zu machen.

Peter Brandt

Vorreiter auf Europa-Parcours

Hans-Georg Ehrhart:

Die deutsche Frage aus französischer Sicht (1981–1987) – Frankreich zwischen deutschlandpolitischen Befürchtungen, sicherheitspolitischen Nöten und europäischen Hoffnungen tuduv-Verlagsgesellschaft, München 1988, 320 S., DM 44,80

Man lasse sich nicht von dem nur ganze sieben, eben verfllossene Wechseljahre in den französisch-deutschen Beziehungen umreißen den Buchtitel täuschen. Dieser entpuppt sich als glattes *understatement*, zieht man den Tiefgang historisch und sozialpsychologisch ausgeloteter, ausgewerteter Langzeitergebnisse in Betracht, mit denen der Autor dem Phänomen eines

rasant verlaufenen Verhaltens- und Verhältniswandels gerecht zu werden sucht. Der bei der „Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung verankerte Hans-Georg Ehrhart hat dort bis ins laufende Jahr hinein eine Anzahl von einschlägigen Arbeitspapieren vorgelegt, in denen er sich mit beidseitigen Imponderabilien sowie Reflexen aus den westlichen wie östlichen Umfeldern auseinandersetzt, die den zu beobachtenden symbiotischen Prozeß zwischen Franzosen und Deutschen begleiten. Aber hierbei wird auch er immer wieder vom Sprint neuer Einsichten und Entscheidungen überrascht, ja überholt, mit dem man sich französischerseits einem im Umbruch befindlichen internationalen System anpaßt. So hat Mitterrand eine Neudefinition der französischen Atomwaffen eingeleitet, indem er – nach bereits praktisch vollzogenem Verzicht auf den Bau von Neutronenbomben – nunmehr auch auf die Einführung von Hades-Raketen für noch zusätzliche zwei bis drei Jahre „zurückgestellt“ und damit faktisch als *bargainchip* in einen Gesamt-europa betreffenden Abrüstungsprozeß zur Disposition gestellt hat –, in Parallellität zu Bonner Vorstellungen hinsichtlich einer LANCE-„Modernisierung“. Den Träumen von Rechtsauslegern in beiden Ländern von einer „flexible response à la française“ (der prästrategischen Art) wurde so erst einmal ein Ende bereitet. Inzwischen ist es Genscher und seinem Kollegen Dumas gelungen, akzeptable, von Moskau bereits anerkannte Kriterien für ein Mandat zu den Wiener Verhandlungen der 28 westöstlichen Bündnisstaaten vorzulegen.

Das alles spiegelt deutlich genug einen von Paris radikal beschleunigten Anpassungsprozeß mit entsprechenden Konsequenzen für das nationale Unabhängigkeitspostulat wider, den Ehrhart noch mit skeptischer Erwartung bedacht hatte. Es manifestiert aber zugleich auch einen Trend in der französischen Politik, sich mehr denn je auf die „offiziell nicht bestehende Achse Bonn-Paris“, die als treibende Kraft einer Europäischen Union angesehen wird, zu stützen, wie das vom Autor als Ergebnis seiner Analyse vom

seitherigen Verlauf der achtziger Jahre registriert wurde. Eine wesentlich motivierende Rolle habe dabei wachsender Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Verlässlichkeit der integrationspolitischen Bereitschaft in Bonn gespielt, was im Endeffekt eine Umkehr der beidseitigen Positionen zu Fragen nationaler Unabhängigkeit eingeleitet habe. – Frankreich gehe es um den Gewinn politischer, militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Sicherheit, für den es den – in Anbetracht seiner nationalstaatlichen Sozialisation – hohen Preis eines Hintanstellens traditioneller Souveränitätsvorstellungen und Kontinuitätsbedürfnisse zu zahlen sich anschieke. So stellten Sicherheits- und wirtschaftliche Integration – zitiert wird hierzu der jetzige Verteidigungsminister Chevènement (vor einem Jahr in LE MONDE) – aus französischer Sicht eine Einheit dar. Das retardierende Verhalten von deutschen Seiten gegenüber Pariser Avancen in Richtung auf eine bilaterale Wirtschafts- und Währungsunion, die eine essentielle Pilotfunktion für europäische Rahmgestaltung haben sollte, berechtigt durchaus zum Vorwurf des nationalen Egoismus, den Ehrhart als Bestandteil der „deutschen Frage“ nicht ausspart. Das Kernstück aller Fraktionen seiner Untersuchungen aber bildet die allenthalben bestehende Unsicherheit über die deutschlandpolitische Entwicklung, „die Frankreich beim weiteren Abbau eigener nationaler Mythen“ und seiner „latenten Bedrohungsensibilität“ sowie bei der Wahrnehmung gesamteuropäischer Perspektiven im Wege ist.

Hier verdient eine luzide Nachzeichnung der zeitlich versetzt und substantiell divergenten Wachstumsphasen im gesellschaftlichen und Staatsbewußtsein der Nachbarvölker hervorgehoben zu werden: Während die historischen Wurzeln der französischen Nation in Koinkidenz mit staatlicher Ausformung bis in das vorige Jahrtausend zurückreichen, war politisches Denken schon unter dem konstitutiven Begriff des Ersten Reichs mit einer *romantischen Aura* umgeben. Politische, kulturelle, später auch religiöse Vielfalt wirkten durch die Jahr-

hunderte einem kohärenten deutschen National- und Nationalstaatsbewußtsein entgegen. – Erst über die Anstöße der französischen Revolution und der napoleonischen Besatzung entstand in deutschen Landen ein sehr zwiespältiges Nationsverständnis im Gemisch schwärmerisch-deutschülmeinder und humanistisch-demokratischer Ideen, das auf eine vom „Volksgeist“ deutscher Romantik getragene Staatsappfänger hinsteuerte. Bismarcks „Kleindeutsche Lösung“, so konstatiert der Autor, stand im Widerspruch zur „objektiven“ Existenz der deutschen *Kulturnation*, deren staatliche Verwirklichung schließlich im dreizehn Jahre währenden System eines exzessiv imperialistischen Nationalismus ad absurdum kam. Aus den Trümmern dieses großdeutschen Reichs-Intermezzos entstanden dann drei deutschsprachige Staaten, davon zwei aus dem Torso des mit „Blut und Eisen geschmiedeten“ Kernstaats. Ehrhart lapidar: „Die Tradition der Diskontinuität deutscher Staatlichkeit blieb somit bewahrt.“

Irrational aufgeladene Ausschläge von Pangermanismus und die geopolitisch nachweisliche Unverträglichkeit jedweden Einheitsstaates deutscher Nation erklären *nicht nur* Mitterrands Ansicht, wonach eine „Wiedervereinigung weder wünschenswert noch möglich sei“. Denn wie immer diese ausfallen sollte, würde sie nicht nur sein wichtigstes Integrationsziel unerreichbar machen: Europa als Kraft des Friedens und des Gleichgewichts zwischen den Supermächten und als „Kraft der Gerechtigkeit und des Fortschritts zwischen dem Norden und dem Süden“ wirksam werden zu lassen. Der Verfasser läßt Andreotti und Hernu (warum sollte ein deutscher Nationalneutralismus eigentlich besser sein als der Nationalsozialismus?) grüßen. Er bemerkt dazu, daß latente Befürchtungen um das Irrationale im deutschen politischen Wesen ausschlaggebend dafür seien, daß die „*classe politique*“ Frankreichs auf zwischendeutsche und anderweitig ostpolitische Aktivitäten Bonns ebenso irritiert und überzogen reagiert wie auf Friedensbewegung, neutralistische Parolen und Mitteleuropa-Ideen. Immerhin katalysieren

solche Faktoren eine Entschlossenheit in Paris, die Bundesrepublik in eine feste Zweiergemeinschaft (plus X) einzubinden. – Zu Recht vermißt Ehrhart hier klare Vorgaben von Bonner Seite; denn wie könne man von Frankreich eine umfassende „Entmythologisierung“ eigener Politik erwarten, solange bei uns noch Tabus, insbesondere in der „deutschen Frage“, existieren, die das Image eines „unheimlichen Nachbarn“ in ost- und westpolitischer Hinsicht aufrechterhalten? Konkrete Vorschläge zur Klarstellung einer europäisch definierten deutschlandpolitischen Finalität bringt der Autor auch in seinen Schlußfolgerungen nicht ein. – Sie ergeben sich vage aus seiner Gesamtanalyse, die u. a. mit dem Credo abschließt, daß ein Verzicht des deutschen Volkes auf das natürliche Recht auf Selbstbestimmung von keiner Bundesregierung vollziehbar sei. – Aber läßt sich Selbstbestimmung – unter dem Vorzeichen interdependenter Interessenwahrung – nicht auch auf zweistaatlicher Grundlage nach dem Muster des dritten, der deutschen Kulturation zuzurechnenden Staates Österreich gewinnen? Würde eine derartige Zielprojektion, für die es einen parteiübergreifenden Mehrheitskonsens insgeheim schon geben dürfte, endlich einmal formuliert, so wären damit Türen für eine friedensstabilisierende Struktur in Europa aufgestoßen, die zu verriegeln kaum jemand mehr in West und Ost imstande sein sollte. *Klaus Bloemer*

Badische Sozialdemokratie

Hans-Joachim Franzen:
Auf der Suche nach politischen Handlungsspielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in den regionalen und lokalen Organisationen der badischen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914, 2 Bde., 721 Seiten, Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. u. a. 1987 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 321), Sfr. 100,-

Baden, die „künstlichste aller napoleonischen Staatschöpfungen“ (V. Valentin), erscheint im historischen Rückblick als Experimentierfeld nicht nur für den Frühliberalismus des Vormärz und den Radikalismus der Jahre 1848/49, später dann für den Kulturkampf und die Parlamentarisierungsbestrebungen der 1860er Jahre in Deutschland; die Innenpolitik des – im Vergleich mit Preußen oder gar Sachsen wirtschaftlich durchaus zurückgebliebenen – Großherzogtums war auch in der wilhelminischen Epoche, im Ersten Weltkrieg und in der Revolution 1918/19 von überregional interessanten, aufschlußreichen Entwicklungen teilweise experimentellen Charakters bestimmt.

Eine wesentliche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die reformstrategischen Initiativen der badischen Sozialdemokratie. Das „Großblockbündnis“ mit den verschiedenen liberalen Parteien, durch die eine Gliederung der SPD erstmals Bestandteil einer parlamentarischen Regierungsmehrheit wurde, beflügelte schon die Phantasie der Zeitgenossen, Hans-Joachim Franzen hat es unternommen, die Herausbildung einer strategischen Konzeption in der kontroversen Diskussion auf der Landes- und Ortsebene zu untersuchen. In differenzierender Beweisführung zeichnet der Autor ein lebendiges Bild von den Auseinandersetzungen an der „Basis“ der Partei und vermeidet dabei mit Bedacht alle aus vorgefertigten Modellen abgeleiteten allgemeinen aprioristischen Zuordnungen („reformistisch“, „radikal“, „rechts“, „links“). In der systematischen und kontinuierlichen Berücksichtigung der die genannten Charakterisierungen vielfach sprengenden Meinungsbildung und -vielfalt auf unterster Organisationsebene sieht der Verf. gerade die Berechtigung des regionalhistorischen Ansatzes.

Die Organisationsentwicklung wird nur behandelt, soweit unbedingt erforderlich; auf einen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Vorspann, der – wie bei zahlreichen Büchern dieser Art – ohne Zusammenhang mit dem Thema geblieben wäre, wurde verzichtet. (Das Argument vermag nicht ganz

zu überzeugen, da selbst die Einleitungskapitel der von Franzen kritisierten Art für den Leser oft eine gewisse Hilfe bedeuten, der ja nicht immer ein Spezialist im engeren Sinne ist.)

Die Arbeit fußt neben Nachlässen und Akten des Innenministeriums im Badischen Generallandesarchiv Karlsruhe sowie im Stadtarchiv Mannheim, Protokollen und Tätigkeitsberichten, zeitgenössischen Schriften und Memoiren sowie der einschlägigen Literatur auf der minutiösen Auswertung der (teilweise auch nicht-badischen) sozialdemokratischen Presse.

Die auf den ersten Blick befremdliche Tatsache, daß der Anmerkungsband deutlich stärker ist als der Textband, leuchtet bei der Darstellungsweise des Verf. letztlich ein. Die Anmerkungen enthalten nicht nur die zahlreichen Belege und Auseinandersetzungen mit anderen Autoren, sondern zu einem großen Teil ausführliche Zitate aus den Debatten der badischen SPD gerade von einfachen Mitgliedern bzw. unteren Funktionären. Dieses Verfahren fördert nicht nur die Lesbarkeit des eigentlichen Textes, sondern macht auch die Argumentationslinie des Verf. in hohem Maße durchschaubar.

Zugrunde lagen der Suche der badischen SPD-Führer, deren Agieren von der großen Mehrheit der Mitglieder zumindest geduldet, wenn auch immer wieder modifiziert wurde, nach einer Alternative zur Politik der Gesamtpartei die besonderen konstitutionellen und sozialen Bedingungen im deutschen Südwesten, die eine gradualistische Strategie plausibler erscheinen ließen und andererseits ein stärkeres Eingehen auf die Interessen und das Bewußtsein der kleinbürgerlich-kleinbäuerlichen Bevölkerungsmehrheit erforderten als nördlich der Mainlinie. Allerdings begann der Weg des sozialdemokratischen Reformismus in Baden zunächst rein pragmatisch. Die praktische Relevanz der Debatten auf nationaler Ebene um Revisionismus, Agrarfragen und Massenstreik wurde noch kaum erkannt. Auch nach der Durchsetzung der reformstrategischen Linie in der badischen SPD in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts

konnten die Protagonisten dieses Kurses – hauptsächlich Wilhelm Kolb und Ludwig Frank – keinesfalls darauf rechnen, daß ihre subtilen strategisch-taktischen Überlegungen stets von ihrer Partei verstanden und mitgetragen wurden.

Allerdings gewann die Großblock-Politik, die – als Voraussetzung eines schrittweisen Übergangs zum Sozialismus – im Bündnis mit den Parteien der bürgerlichen Mittelschichten die parlamentarische Demokratie wirklichen sowie eine fortschrittliche Sozial- und Kulturpolitik sichern sollte, mit den vor allem für die SPD erfolgreichen Stichwachsabkommen von 1905 und 1909 und mit der Bewilligung des Staatsbudgets 1908 und 1910 eine Eigendynamik, die sowohl die Reichs-SPD (bis hin zum offenen Konflikt) als auch die konservativeren Kräfte des badischen Bürgertums und der Beamtenschaft zunehmend irritierten. Aber auch in der badischen SPD formierte sich eine antireformistische Opposition, ohne daß diese eine plausible strategische Alternative zu entwickeln vermochte. Die badische SPD-Linke wird bei Franzen erstmals überzeugend dargestellt, der damit Erwähnungen in der bisherigen Literatur als veraltet erscheinen läßt. Aber auch die Mehrheit der SPD Badens wollte bei aller Loyalität zur Politik der Führung keinen Bruch mit der Gesamtpartei, auch nicht vorübergehend.

Der Autor sympathisiert offenkundig mit den herausragenden badischen Reformisten und ihrer Politik, zeigt aber auf, wie zunehmende Einzelkritik auch aus der Parteimehrheit, eine skeptischere Einschätzung der Möglichkeiten des Großblocks, den Handlungsspielraum der Führung einengten. Das wachsende Mißvergnügen erscheint aber nicht einfach als gedankenloser traditionalistischer Radikalismus, sondern reflektierte reale Probleme des reformstrategischen Konzepts und seiner Durchsetzung: das die grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüche unterschätzende („undialektische“) Politikverständnis der führenden Reformisten; ihre allzu optimistische Einschätzung der Liberalen, namentlich der Nationalliberalen; die

Behinderung einer auf die katholischen Arbeiter und Bauern gerichteten populär-demokratischen Agitation gerade durch die enge Kooperation mit der großbürgerlich-protestantischen Regierungspartei u. a. m. Zeitweilige Stagnationserscheinungen in der Organisationsentwicklung, der Verlust von zwei Reichstagsmandaten 1912 (bei zahlenmäßig insgesamt gutem Abschneiden) und dann die deutlichen Stimmeneinbußen bei der Landtagswahl 1913, als der rechte Flügel der Nationalliberalen und die badische Staatsführung sich unverkennbar vom Großblock absetzten, machte das Scheitern des Experiments in seiner ursprünglichen Fassung deutlich und zwang Wilhelm Kolb, das Bündnis mit den Liberalen anlässlich einer kulturpolitischen Streitfrage noch vor Kriegsbeginn faktisch aufzukündigen.

An die für das Verständnis der klassischen Sozialdemokratie bedeutsame Studie von Hans-Joachim Franzen schließt Klaus-Peter Müllers, zeitlich enger, aber thematisch breiter angelegte Untersuchung in mancher Hinsicht direkt an. (Beide Arbeiten sind übrigens gut geschrieben.) Müller be-

Klaus-Peter Müller:

Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimitätsverlust des badischen Staates 1914–1918, 511 Seiten, Verlag W. Kohlhammer: Stuttgart 1988 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, 109. Band), DM 58,-

stättigt für Baden, was die neuere Forschung, nicht zuletzt angeregt von Jürgen Kockas „Klassengesellschaft im Krieg“ (1973), inzwischen mit unterschiedlicher Akzentuierung untermauert hat. Zusammenbruch und Revolution 1918/19 waren kein lediglich aus der militärischen Lage zu erklärender Betriebsunfall, sondern in der Ereigniskette der Jahre nach 1917 kulminierten grundlegende strukturelle Widersprüche des deutschen Kaiserreichs und die verschiedenen, zum Teil konkurrierenden Lösungsansätze: die Verschärfung der Klassenkonfrontation von Arbeit und Kapital bei gleichzeiti-

gen Tendenzen zur Verrechtlichung der Klassenauseinandersetzungen und zur Integration der Gewerkschaften; der Protest breiter Massen gegen das konsumentenfeindliche, „sammlungspolitisch“ unterstützte „Kartell der schaffenden Hände“; die Parlamentarisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen der politischen Linken, teilweise auch der Mitte. Während des Krieges fanden alle diese Herausforderungen des herrschenden junkerlich-großbürgerlichen Machtblocks einen gemeinsamen Bezugspunkt in der Versorgungsfrage. Das vermeintliche Versagen der zuständigen Behörden und Verbände bei gleichzeitig im Mangel deutlicherem Hervortreten der sozialen Ungleichheit ließ jene antiplutokratisch und (so in Baden) manchmal partikularistisch gefärbte „Antiverwaltungs-Koalition“ (J. Kocka) entstehen, die das monarchische Regime im Angesicht der Niederlage zum Einsturz brachte. Der Legitimitätsverlust der Regierung und Verwaltung Badens als eine zentrale Voraussetzung für den Novemberumsturz wird vom Verf. einleuchtend, präzise und auf einer breiten Materialbasis untersucht: neben der einschlägigen Literatur und den gedruckten Quellen (Statistiken und andere amtliche Veröffentlichungen, Memoiren, Zeitungen) Akten aus neun staatlichen, städtischen und universitären Archiven.

In vier Hauptteilen untersucht der Verf. die badische Innenpolitik während des Krieges, die Problematik der Kriegsadministration und Versorgungsregelung, die Kriegsunterstützung und -wohlfahrtspflege sowie die sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen der Kriegswirtschaft. Dabei schenkt er der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung besondere Aufmerksamkeit. Die Politik der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens fand in der SPD Badens besonders entschiedene Vertreter. Man war überzeugt, daß die neue innenpolitische Konstellation demokratisierende Verfassungsreformen, spätestens nach Beendigung des Krieges, begünstige, wenn nicht erzwingt. Ludwig Frank meldete sich als Freiwilliger und fiel. Wilhelm Kolb tendierte sogar zu den sozialimperialistischen und kriegsso-

zialistischen Positionen der äußersten Rechten in der SPD (Cunow, Haenisch, Lensch etc.). Obwohl die Unterstützung der Kriegsanstrengungen von der großen Mehrheit der Parteimitglieder getragen wurde, wuchs die Neigung zu innenpolitischer Profilierung, besonders angesichts offen annexionistischer Strömungen in den bürgerlichen Parteien. Die USPD blieb in Baden eine Randgruppe, doch zeigten sich auch innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie – ähnlich wie in den Vorkriegsjahren – Differenzierungen. Der Druck auf die Parteiführung, energische Reformen zu verlangen, nahm besonders nach der Bildung der unabhängigen Konkurrenzpartei zu. Insgesamt ist erstaunlich, wie auch auf regionaler Ebene die Kriegszieldiskussion das politische Leben bestimmte.

Der Legitimitätsverlust der staatlichen und kommunalen Verwaltung, der die Revolution von 1918/19 möglich machte, beruhte jedoch hauptsächlich auf der kriegsbedingten Versorgungskrise. Dabei scheint die geringe Menge der verteilten Güter, sofern nicht ein Mindestmaß unterschritten wurde, weniger Anstoß erregt zu haben als die ins Auge springende und ohne tiefe Eingriffe in die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur nicht aufzuhebende Ungleichheit beim Zugang zu Lebensmitteln. Die in Baden insgesamt relativ effektiv arbeitenden Behörden vermochten nur begrenzt auszugleichen, und so wurden deren Maßnahmen und Anordnungen zunehmend mißachtet.

Besondere Erbitterung lösten Schleichhandel und illegale Versorgung aus, die zunehmend die Lebensmittelbewirtschaftung gefährdeten. Dabei wurde stets genau registriert, daß es sich aufgrund der hohen Schwarzmarktpreise „fast ausschließlich um die Reichen“ handelte, „die ihre Vorratskammern ins Ungeheuerliche füllen“. (296) Als Kriegsgewinner sahen namentlich die Bauern die Rüstungsindustrie einschließlich der dort beschäftigten Arbeiter, den Lebensmittelhandel wie die – vermeintlich hoch profitierenden und dabei verschwenderisch wirtschaftenden – Kommunalverbände und Kriegsgesellschaften an.

Für die sich seit Anfang 1917 ausweitenden und tendenziell erfolgreichen Lohnbewegungen (vielfach unterhalb der Streikschwelle) war mit bestimmend, daß die durch das Hilfsdienstgesetz gestärkten Gewerkschaften in Baden seit Jahresbeginn 1917 wieder Mitgliederzuwächse zu verzeichnen hatten und gleichzeitig der kriegsbedingte Facharbeitermangel die Marktposition der Ware Arbeitskraft verbesserte. Selbst in den für die organisierte Arbeiterbewegung traditionell schwierigen Bereichen der sildbadischen Textil- und Tabakarbeiterinnen und der Angestellten war eine Stärkung der Gewerkschaften und eine gesellschaftliche Polarisierung entlang der Trennungslinie zwischen den Hauptklassen zu registrieren.

In der letzten Kriegsphase verbanden sich dann die nach dem Steckenbleiben der großen Westoffensive vom Frühjahr 1918 übermächtig werdende Friedenssehnsucht mit dem sozialen Protest und – zunächst noch ganz diffusen – politischen Parolen. Die alte Ordnung war von innen vollkommen ausgehöhlt, bevor die Soldatenmeuterei und die Arbeitererhebung von November 1918 ihr den letzten Stoß versetzten. Den dorthin führenden Prozeß auch in dem als fortschrittlich gepriesenen, vergleichsweise liberalen Baden mit seinem großen bäuerlichen und mittelständischen Bevölkerungsanteil aufgezeigt und kenntnisreich analysiert zu haben, ist das Verdienst Klaus-Peter Müllers in Hinblick auf die Ablösungsphase der Monarchie in Deutschland. *Peter Brandt*

Sowjetgeschichte aus marxistisch-sozialdemokratischer Sicht

Zum 50. Todestag des österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer ist im kleinen sozialdemokratischen DVK-Verlag in Berlin (West) ein Buch erschienen, das sich mit Otto Bauers Rezeption der Russischen Revolution und der folgenden Entwicklung Sowjetrußlands bzw. der Sowjetunion

beschäftigt. Es handelt sich um die vollständige Fassung eines bislang nur gekürzt veröffentlichten Beitrags, den Schöler auf der Otto-Bauer-Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg im Sommer 1984 vortrug.

Uli Schöler: Otto Bauer und Sowjetrußland. Mit einem Interview mit Wolfgang Abendroth, Berlin (West) 1987. 100 S., DVK-Verlag, 9,80 DM

Mit dieser Entstehungsgeschichte läßt sich erklären, warum Schöler manche mittlerweile aufgeworfene Frage nicht behandelt: Beispielsweise die, inwieweit Parallelen zwischen der damaligen Beurteilung der Sowjetunion durch einen marxistischen Sozialdemokraten und heutigen, in der Ära Gorbatschow durch sowjetische Historiker veröffentlichten Neubewertungen bestehen. Oder die, inwieweit diese Ära Gorbatschow selbst mit Hilfe der Analysen Otto Bauers erklärt werden kann. Auf die letzte Frage gibt Schöler allerdings implizit Antwort.

Schade ist, daß Otto Bauers Biographie dem Leser nicht mitgeteilt wird. Dieser bleibt damit auf die im Zuge der Renaissance des Austromarxismus in den letzten Jahren erschienenen Publikationen anderer Autoren verwiesen. Sinnvoll ist, daß Schöler Otto Bauer selbst ausführlich zu Wort kommen läßt. Dies ist auch deshalb notwendig, weil dieser bedeutende Theoretiker des Austromarxismus höchst unterschiedlich rezipiert und interpretiert wird: Rechts- und linkssozialdemokratisch, marxistisch-leninistisch und trotzkistisch. Damit wird oft selektiv vorgegangen und der „Gegenstand“ nicht immer adäquat behandelt. Erst zum Schluß faßt Schöler seine eigene Interpretation theseartig zusammen, nennt Stärken und Schwächen und beantwortet die Frage, was man heute noch von Otto Bauer lernen kann.

Die Oktoberrevolution beurteilt Otto Bauer anfangs eher skeptisch. Monate vorher war er selbst in Rußland als Kriegsgefangener gewesen. Bei dieser Gelegenheit hatte er seine Kontakte zum linken Flügel der Menschewiki, den Internationalisten um Mar-

tow, intensiviert, deren Positionen ihm am meisten zusagten. Die Oktoberrevolution begrüßte er zwar einerseits als den Sieg des russischen Proletariats, erwartete aber andererseits, daß sie wegen der unzureichenden Industrialisierung des Landes scheitern müsse. Für ihn stellt sich zudem die Frage, ob die Oktoberrevolution in West- und Mitteleuropa nachzuahmen sei. Dies verneint er wegen der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Klassenverhältnisse. Dennoch schließt dies ein Lernen aus der Oktoberrevolution nicht aus.

Ans der Beschäftigung mit Sowjetrußland zieht Otto Bauer früh die Konsequenz, daß unterschiedliche nationale Wege zum Sozialismus anzuerkennen seien. In seinem Werk „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“ erkennt er erstmals an, daß es in Sowjetrußland um den Aufbau des Sozialismus gehe. Er geht davon aus, daß der „despotische Sozialismus“ nur ein Übergangstadium sein werde. Ein Jahr später, 1921, fühlt er sich bestätigt, als die Neue Ökonomische Politik eingeführt wird. Schöler zeichnet die wechselnden Ansichten Otto Bauers nach. Bereits 1925 ändert Bauer wieder seine Ansicht – und nicht erst im Jahre 1931, wie viele Kritiker bisher meinten – und hofft, daß in ein paar Jahren in Sowjetrußland der Beweis erbracht werden könne, daß es auch ohne Kapitalisten geht.

Mit seinem Theorem des Gleichgewichts der Klassenkräfte erfaßt Otto Bauer gleichzeitig, daß die bolschewistische Diktatur zur Verselbständigung neigt. Damit entwickelt er das marxistische Instrumentarium zur Analyse von Übergangsgesellschaften wesentlich fort. Seine Auseinandersetzung mit Sowjetrußland beeinflusst auch das wichtigste austromarxistische Dokument, das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie des Jahres 1926.

Wegen der Erfolge des ersten Fünfjahresplans meinte Otto Bauer dann, daß die Sowjetunion definitiv auf dem Weg zum Sozialismus sei. Seine Argumentation ist dabei keineswegs einfach. Einerseits bewertet er Industrialisierung und Zwangskollektivierung objektiv als Schritte zum Sozialismus. Andererseits kritisiert er scharf die angewandten Methoden, die grenzenlose Ausweitung der Stalinschen Diktatur. Schöler betont, daß manche Kritiker Bauer sehr zu Unrecht vorwerfen, ein Apologet der Stalinschen Diktatur zu sein. Er räumt jedoch ein, daß Bauer, indem er repressive Maßnahmen für objektiv notwendig befindet, nicht immer eine klare Grenze zum Stalinismus zieht.

Schöler arbeitet heraus, daß eine Durchsetzung des Sozialismus von oben keineswegs bedeute, daß eine spätere Demokratisierung unmöglich gemacht werde. Vielmehr würden

durch die nachgeholt Industrialisierung erst die materiellen Möglichkeiten einer späteren Demokratisierung geschaffen und die Kräfte, die eine solche Entwicklung verwirklichen. Diesen Aspekt hält Schöler bei Bauer für überaus aktuell und hilfreich zum Verständnis der Ära Gorbatschow.

Schölers Buch ist aus zwei Gründen sehr empfehlenswert: Es macht mit einer zeitgenössischen marxistischen/sozialdemokratischen Kritik an der Entwicklung der Sowjetunion zwischen den Weltkriegen bekannt. Außerdem zeigt es mit einigen Thesen, wie diese Kritik weiterzuentwickeln ist. Ein Interview mit dem leider schon verstorbenen Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth über „Russische Revolution und europäische Arbeiterbewegung“, das Schöler im Februar 1984 führte, ergänzt das Buch in vorzüglicher Weise. Das Verhältnis zur KPD und deren innerer Entwicklung, andere Kritiker Sowjetrußlands wie Karl Kautsky und Rosa Luxemburg werden darin zusätzlich behandelt.

Leider wird das Lesevergnügen durch eine Reihe sinnentstellender Satzfehler getrübt. Auch zahlreiche falschnummerierte Anmerkungen halten den Leser vom Mitarbeiten ab. Das beigelegte Errata-Blatt ist deswegen unverzichtbar. Dennoch in der Sache eine durchaus nützliche Publikation.

Hans Willi Weinzen